REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 454 · 27.9.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 42 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Stoppt den Rachefeldzug!
2. Gegen Krieg, Rassismus und Repression! - ak-Redaktion
3. Dead or alive. Eskalationsrisiken bei der NATO-Terroristenjagd - Stefan Gose
4. Der Terrorismus als Katalysator. Der NATO-Bündnisfall und die "Weiterentwicklung des Völkerrechts" - Ulrich Cremer
5. "Wer nicht raucht, hilft bin Laden." Deutschland wird wehrfähig gemacht - mb.
6. "Wüste der Realität". Der 11. September in Reaktionen der Linken - Boris Kanzleiter
7. Dokumentation: Innere Sicherheit. "Pro Asyl" und Flüchtlingsräte warnen - Frank John
8. Zivilisierte dieser Erde wachen auf. Was Feuilletons und Kommentare nach dem 11. September umtreibt - Stefanie Gräfe
9. Weltwirtschaft taumelt. Politik und Kapital machen in Zuversicht - gw
10. Kleine Schritte am Rande des Abgrunds. Israel/Palästina nach den Anschlägen vom 11. September - Achim Rohde
11. "Pearl Harbour´ dient dazu, das Kriegsfieber hochzutreiben." Interview mit der US-Aktivistin Leslie Cagan zur Lage in den USA
12. Multipolare Weltordnung. Der Bush-Krieg könnte die USA weiter schwächen - Kai Ehlers
13. Mubaraks Spagat. Ägypten zwischen Anti-Amerikanismus und US-Abhängigkeit - Götz Nordbruch
14. Die Stadt als begehbarer Fernseher Interview mit der Bremer Gruppe city.crime.control
15. Sozialpolitik von rechts außen. Zwischen "deutschem Sozialismus" und Neoliberalismus - Martin Bayer
16. Sieg der Bürger. Die Hamburg-Wahl - ein folgenschwerer Sonderfall - Js.
17. Neue Mitte oder olle Kamellen. Interview mit U. Hiksch und R. Taheri über die PDS-Programmdiskussion
18. make-world festival. Ein Treffen der besonderen Art zu Grenzen und Globalisierung
19. Frauen ohne Papiere - und ohne Geld. Illegalisierte brauchen Unterstützung
20. Flughafenblockade in Bremen. Antirassistische Aktion gegen die Abschiebung von libanesischen Flüchtlingen - Frank Baum
21. Ende der Versprechen. Ehemaliges Oppositionsbündnis in Jugoslawien zerfällt - Boris Kanzleiter
22. Schlechte Ernte. "Friedensprozess" in Mazedonien im Stocken - Tobias Pflüger
23. Väterchen Diktator. Alexandr Lukaschenka bleibt Präsident von Belarus - Boris Kanzleiter
24. Reflexionen einer Reise ans Ende der Welt. Referendum über die Zukunft der Westsahara weiter ausgesetzt - Thomas Seibert
25. "Der Handlungsspielraum der FSLN wäre negativ." Interview über die Situation in Nicaragua im Vorfeld der Wahlen
26. Tauziehen um Pinochet. Straffreiheit für Diktaturverbrechen in Chile - Ignacio Burgos
27. Philippinische Militärs wittern Morgenluft. Neue Sicherheitsvorkehrungen sollen auch von alten Pannen ablenken - Rainer Werning
28. Land ohne Gedächtnis. Zwei Staudämme in Argentinien: Yacyetrá und Corpus - Juan Eduardo Gehring
29. Tod einer frühen Queer-Aktivistin. Judith Butler liest Antigone - eine Rezension. - Stefanie Gräfe
30. Repressionswelle in Spanien und Italien - nv
31. Feindbild: Linker. Interview mit zwei freigelassenen Inhaftierten aus Genua
32. Wenn derAPO-Opa erzählt. Von lesenswert bis ärgerlich: Neuere Bücher über 1968 - Js.
33. Der Aufstand der Gekränkten. Der Spiegel enthüllt den Antifa-"Wahn" der 68er - Jens Renner
34. Ein Staatsbegräbnis für "68" oder: Scheitern als Erfolgsstory - Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe
35. Eine andere Welt ist möglich. Kongress der internationalen attac-Bewegung vom 19.-21. Oktober in Berlin
36. Ein Modell für den Standort. VW und IG Metall schaffen neue Standards - gw.
37. AUFGEBLÄTTERT
38. KALENDER

39. LESERBRIEF
40. EDITORIAL
41. Soziale Bewegungen in Zeiten von Globalisierung und Krieg
42. 1968 - Revolte und Wahn

1. Stoppt den Rachefeldzug!

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/tit454.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:tit454

Mit der kriegerischen Antwort der US-Regierung auf die Anschläge vom 11. September in New York und Washington werden weltweit zahlreiche Konflikte militärisch eskalieren. Vereinte Nationen und präventives Konfliktmanagement? Definitiv abgehakt. Die US-Regierung handelt auf eigene Faust, mit dem Blankoscheck der Nato-Verbündeten in der Tasche. Die Rot-Grüne Bundesregierung steht dabei an vorderster Front.

Die Aufforderung der UN, mutmaßliche AttentäterInnen und DrahtzieherInnen der furchtbaren Anschläge zu fassen und vor Gericht zu bringen, wird in den Wind geschrieben. Statt dessen proklamiert die US-Administration einen Rachefeldzug, bei dem Tausende Tote bewusst einkalkuliert werden. Wenn internationales Recht schon immer hauptsächlich der Legitimation herrschender Machtverhältnisse diente, so sorgte es doch zumindest in manchen Fällen dafür, dass Konfliktsituationen verhandelt wurden. Das war spätestens mit der Selbstmandatierung der Nato im Krieg gegen Jugoslawien 1999 vorbei. Der neue US-Feldzug stellt nun eine weitere Etappe auf dem Weg zu einer multipolaren Weltordnung dar, in der Krieg noch mehr zur Normalität gehören wird als bisher.

"Wir werden sie besiegen", kündigt US-Präsident George W. Bush den anstehenden globalen "Kreuzzug gegen den Terrorismus" an. Wer genau besiegt werden soll, ist allerdings noch offen. Sicher, es wird zu Attacken gegen den angeblichen Drahtzieher der Anschläge gegen das World Trade Center und das Pentagon, Osama bin Laden, und seine Gefolgsleute in Afghanistan kommen. Immer wahrscheinlicher werden auch Angriffe der US-Streitmacht gegen den Irak. Insbesondere die Hardliner in der US-Administration um Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und seinen Stellvertreter Paul Wolfowitz plädieren für Militäraktionen gegen den Golfstaat, dessen Präsident Saddam Hussein ebenfalls Mitglied der "Internationale des Terrors" sein soll. Auf der offiziellen US-Terroristen-Liste stehen weiterhin: Palästinensische Organisationen, islamistische Gruppen in Ägypten, Algerien und Libanon, aber auch die linksgerichteten Farc und ELN in Kolumbien. Dass militärische Angriffe auf alle mit dem Etikett "Terrorismus" versehenen Organisationen, Staaten und Bewegungen nur militärische Antworten zur Folge haben können, ist offenkundig.

Noch ist nicht absehbar, wie die Nato-Kampagne sich entwickelt. "Wir werden jedes Mittel in unserer Macht einsetzen - jedes Mittel der Diplomatie, jede Möglichkeit der Geheimdienste, jedes Instrument der Strafverfolgung, jeden finanziellen Einfluss und jede notwendige Waffe des Krieges", erklärte Bush unter langem Applaus der Abgeordneten am 20. September im Kongress. Und weiter: "Unsere Antwort beinhaltet mehr als einen sofortigen Gegenschlag und einzelne Angriffe. Amerikaner sollten nicht eine einzige Schlacht erwarten, sondern einen langen Feldzug, wie wir ihn bisher noch nicht erlebt haben." Diese Rede hielt Bush über eine Woche nach den Anschlägen, nach weltweiten Konsultationen zwischen Regierungen und innerhalb der US-Administration selbst. Die Ankündigungen sind also keine bloße Affektrhetorik. Der Amoklauf hat begonnen.

Erste Einschätzungen und Analysen auf den Seiten 3-12

2. Gegen Krieg, Rassismus und Repression!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; KB und AK; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:36

Die USA und ihre Verbündeten sind zum Krieg entschlossen. Der Kriegsgegner ist zwar nicht genau definiert, aber jederzeit ist mit dem Einsatz von Bomben und dem Einmarsch von Truppen zu rechnen. Als Rache für die Anschläge in Washington und New York am 11.9. wurde in den USA die Kriegsmaschinerie in Gang gesetzt. Flugzeugträger und Kampfflugzeuge sind in den Persischen Golf verlegt. Der Tod von Osama Bin Laden und das Ausschalten vermuteter Terrornetzwerke ist das vorgebliche Ziel. Ein Ziel, bei dem die NATO-Staaten willentlich unzählige Tote und die Zerstörung von Ländern und Regionen einkalkulieren.

Die Terroranschläge gegen das World Trade Center in New York und gegen das Pentagon in Washington galten Symbolen der US-Herrschaft - zivilen wie militärischen, die in einer koordinierten Aktion angegriffen wurden. Um sie zu treffen, wurden von den Tätern Tausende Menschen ermordet. Dies ist abscheulich und ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Die Terroranschläge stehen konträr zum Verständnis von emanzipatorischer Politik. Sie schränken Möglichkeiten emanzipatorischer Politik weiter ein und werden von den Herrschenden in den kapitalistischen Metropolen zum Anlass genommen, um den repressiven Staatsapparat auszubauen.

Wer die Täter waren und welche "Hintermänner" sie haben, ist völlig offen. Bei allen Spekulationen sind wir abhängig von den gefilterten, wenn nicht offen manipulierten offiziellen Informationen, die - wie wir zuletzt beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien erleben mussten - Teil der Kriegführung sind. Völlig unbewiesen sind Verbindungen der Tatverdächtigen zu Osama Bin Laden und zu der von diesem angeblich befehligten "Internationale des Terrors". Nicht hilfreich sind aber auch Verschwörungstheorien über die Verwicklung von Regierungen, Geheimdiensten oder "Kapitalfraktionen" als geheime Auftraggeber, auch wenn ganz andere Täter oder Mittäter - z.B. US-amerikanische Nazis - vorstellbar sind und das weltweite "Versagen" der Geheimdienste Fragen aufwirft.

Bei den Spekulationen über die Täter und ihre Motive ist häufig das Argument zu hören, Terror sei "die Waffe der Ohnmächtigen". Das mag ebenso stimmen wie das - auch von Linken - gern zitierte Sprichwort: "Wer Wind sät, wird Sturm ernten". Zurückzuweisen ist die Schlussfolgerung, die Anschläge seien die "unvermeidliche Folge" der US-Politik oder der kapitalistischen Herrschaft, denn das würde die Täter entschuldigen, die aber für ihre Taten voll verantwortlich sind.

Die westlichen Medien reagieren auf die Anschläge mit einer beispiellosen Emotionalisierung. "Trauer und Betroffenheit" werden verordnet, "Solidarität mit Amerika" wird gefordert. "Wir alle" sollen plötzlich "Amerikaner" sein. So ehrlich das Entsetzen über die Anschläge bei vielen sein mag - vor allem bei Jugendlichen, die Angst um ihre Zukunft haben - , so verlogen klingen die Betroffenheitsfloskeln aus dem Mund von PolitikerInnen und KriegsberichterstatterInnen, die Massaker und Völkermorde mit noch viel mehr Opfern für gewöhnlich achselzuckend zur Kenntnis nehmen oder, wie in Jugoslawien, zivile Opfer als "Kollateralschäden" in einem Krieg für "humanitäre" Zwecke rechtfertigen. Der verordneten selektiven Trauer und der demonstrativen "Solidarität mit Amerika" verweigern wir uns - auch weil das Entsetzen über die Anschläge für reaktionäre politische Projekte und militärische Abenteuer instrumentalisiert wird.

Medien und PolitikerInnen verbreiten gezielt ein Gefühl ständiger Bedrohung durch den Terrorismus. Mit der Behauptung, es könne jedeN treffen, sollen repressive Maßnahmen legitimiert werden: Sicherheit sei wichtiger als Freiheit. Die angeblich allgegenwärtige Terrorgefahr dient als Universalargument nicht nur für staatliche Projekte wie die weitere Verschärfung des geplanten Einwanderungsgesetzes, die Einschränkung des Datenschutzes, die Aufrüstung der Polizei oder gar den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Mit diesem Argument wird auch eine geistige Mobilmachung betrieben. Der Islam wird als Feindbild konstruiert. Die den Bürgerinnen und Bürgern verordnete "Wachsamkeit" gegen "verdächtige" AusländerInnen schürt ein Klima, in dem nicht nur massenhafte Denunziationen, sondern auch noch mehr rassistisch motivierte Anschläge zu befürchten sind. Schon jetzt sind dem rassistischen Mob in den USA mehrere vermeintliche Araber zum Opfer gefallen, schon jetzt berichten islamische Einrichtungen in Deutschland von massiven Drohungen.

In den USA hat die Kriegshetze nie erreichte Ausmaße angenommen. Präsident Bush und die politische Elite sprechen von "Kreuzzug" , "Armageddon" und dem "Kampf zwischen Gut und Böse"" in dem auch Staaten "beendet" werden könnten. Schon diese Wortwahl ist ein Beweis für die Barbarei in Mitten der "Zivilisation", die nun angeblich gegen die "Unzivilisierten" verteidigt werden soll. Dass der verbalen Aggression bald kriegerische Taten folgen, ist wahrscheinlich. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung findet, dass Vergeltung gerechtfertigt und notwendig sei. Gegen wen sie sich richten wird, ist schwer voraussehbar, auch wenn Afghanistan derzeit am häufigsten als Ziel genannt wird. Es kommen aber auch andere Ziele in Frage, die aus der langen Liste der "Schurkenstaaten" relativ beliebig auswählbar sind. Über begrenzte Vergeltungsschläge hinaus hat die US-Regierung einen "langjährigen Krieg gegen den Terrorismus" angekündigt. Zu den potenziellen Schauplätzen dieses Krieges gehören diverse Konfliktregionen; als Gegner sind Staaten und ihre Regierungen ebenso vorstellbar wie aufständische Bewegungen oder sonstige Unruhefaktoren. Sollten die USA ihre Drohung wahr machen, dann ist die Gefahr weltweiter Eskalation offensichtlich. Weil die Angegriffenen und ihre Verbündeten sich wehren und auch weil die einstigen Feinde und neuen Partner der USA, insbesondere Russland und China, dann erneut in Konflikt mit der globalen Führungsmacht geraten würden.

Obwohl die Ziele militärischer Vergeltungsschläge noch gar nicht definiert sind und obwohl das Eskalationsrisiko unkalkulierbar ist, erklären die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme der PDS, Deutschland werde den angedrohten "Feldzug" mitmachen, wenn die US-Regierung dies wünscht. Von den PolitikerInnen und KommentatorInnen, die vor unüberlegten Handlungen warnen, empfehlen viele eine größere Eigenständigkeit Europas, auch auf militärischem Gebiet. Das kann keine Alternative sein, weil es an der zu Grunde liegenden kriegerischen Logik nichts ändern würde. Andere, darunter SpitzenpolitikerInnen, versuchen den Eindruck zu erwecken, wir befänden uns bereits im Krieg, und es gebe kein Zurück mehr. "Jetzt hilft kein Wegducken", erklärte Joschka Fischer, während Angela Merkel besonneneren Kräften vorwarf, sie wollten sich ins "Hinterzimmer der Gemütlichkeit" zurückziehen. Nicht nur in der Massenpresse, auch in "seriösen" Blättern finden sich noch markigere Worte. Gerade Intellektuelle sind sich nicht zu schade, mit ihrem Geraune von einer am 11. September vollzogenen "Zeitenwende" und dem Schlachtruf vom "Kampf der Kulturen" die Kriegsstimmung zu schüren.

Mit ihrer Zustimmung zum NATO-Bündnisfall haben sich die Grünen erneut als Kriegspartei erwiesen. Die innerparteiliche Opposition ist gegenüber 1999, als die NATO gegen Jugoslawien in den Krieg zog, noch kleiner geworden. Auch wenn die Linken, Friedensgruppen und kirchliche Kreise, die sich dem Kriegskurs und der inneren Aufrüstung widersetzen, heute eine kleine Minderheit sind - Opposition ist nötig gegen Krieg und Burgfrieden, gegen den Polizei- und Überwachungsstaat und gegen die rassistische Formierung der Gesellschaft.

ak-Redaktion, 21.9.2001

3. Dead or alive. Eskalationsrisiken bei der NATO-Terroristenjagd

Autor: Stefan Gose · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Interventionspolitik und Kriege; Israel / Palästina; Irak; Afghanistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:20

Vor hundert Jahren wurden mit der Haager Landkriegsordnung erstmals Regeln für die Kriegsführung zwischen staatlichen Gewaltapparaten vereinbart. Die Gründung des Völkerbunds nach dem Ersten Weltkrieg und später der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg waren der Versuch, Gewalt unter internationaler Kontrolle zu zähmen. Mit dem angekündigten US-Kreuzzug gegen den weltweiten Terrorismus sind wir wieder bei der "neuen Zeitrechnung" der mittelalterlichen Gutsherrengewalt angelangt. Innergesellschaftliche Freiheiten werden eingeschränkt, die bevorstehende Gewalteskalation ist kaum absehbar und mit Sicherheit weder verhältnismäßig noch zu verantworten. Aufrichtiges Mitleid mit wehrlosen Menschen wird zum Kadavergehorsam mit Gewaltapparaten missbraucht. Was bleibt übrig vom "zivilisierten Abendland" (G. Schröder), wenn es Vergeltung zum Bündnisfall erklärt?

Die Situation des amerikanischen Präsidenten ist schnell skizziert: Den Forderungen nicht nur islamischer Extremisten entgegenzukommen, also ein US-Abzug aus Saudi-Arabien, politischer Einsatz für Palästina, substanzielle Hilfen für arabische Staaten und ein Ende der Protektion von arabischen Despoten, all das widerspräche den vitalen US-Interessen in Nahost. Demokratie, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit im Süden würden den Wohlstand des Nordens gefährden. Also will Bush jr. Stärke zeigen, um den status quo, die "Zivilisation" Amerikas, zu verteidigen, schließlich haben Terroristen etwa 5.000 Menschen in den USA getötet. Bush's Problem: Sobald er den ersten Militärschlag befiehlt, offenbart er die Wirkungslosigkeit seiner Bomben gegen Terroristen.

Die horrenden Gefahren, die US-Angriffe auf fremde Länder bergen, sind dem US-Generalstab bekannt. Dass damit Terroristen kaum getroffen werden, ja hydragleich an anderen Orten erwachen werden, wissen NSA und Mossad ebenso. Auch die begonnene Aufrüstung der weltweiten Geheimdienstüberwachung schafft hier mehr Widerstände als Sicherheit. Jene "Besonnenheit", die viele Medien augenblicklich an der US-Administration rühmen, ist nicht mehr als Ratlosigkeit, in deren Schatten ein altbackener Flottenaufmarsch vorbereitet wird. Die eigene Politikunfähigkeit drängt Bush, Gewalt für Stärke zu halten. Selbst wenn Osama bin Laden ausgeliefert würde, werden die USA zuschlagen. Denn auch der Mythos von Amerikas Stärke und Unverwundbarkeit trägt religionsähnliche Züge. Er wurde verletzt und soll nun gewaltsam wiederhergestellt werden. Was also steht uns bevor? Ein Szenario des Schreckens, das möglicherweise so beginnen könnte.

Es kann nur Verlierer geben

Drei amerikanische Flugzeugträgerkampfgruppen sind im Persischen Golf aufgekreuzt (Constellation, Enterprise, Carl Vinson), die Kitty Hawk ist aus dem Pazifik unterwegs, die 6. Flotte formiert sich im Mittelmeer, aus Ramstein starten Galaxy-Transporter nach Süden, in Pakistan sind Special Forces eingetroffen. Mindestens drei Länder sollen laut Pentagon in einem ersten Überraschungsschlag angegriffen werden. Neben Afghanistan, Irak und Libyen könnten dazu auch Sudan und Jemen gehören. Doch die US-Strategie massiver "Power Projection" hat drei vernichtende "Schwachstellen":

Afghanistan kann nicht mit Bodentruppen eingenommen werden. Vielmehr droht eine Ausweitung des Taliban-Regimes auf Pakistan und damit ein nuklearer Schlagabtausch mit Indien. Israel wird Hauptziel regulärer und irregulärer arabischer Vergeltungsschläge werden und damit selbst unter Einsatz seiner Atombomben nicht zu "verteidigen" sein. Sobald die ersten Marschflugkörper einschlagen, ist der Sturz des saudischen Königshauses nur noch eine Frage von Tagen. Wie 1979 im Iran verlieren die USA damit nicht nur ihren wichtigsten nahöstlichen Öl-Liefeneranten. Eine Vertreibung der US Air Force von der saudischen Prince Sultan Air Base hätte auch Konsequenzen für die amerikanischen Stützpunkte in den Emiraten und Kuwait, insbesondere für das US-Flottenkommando (NAVCENT) in Manama/Bahrain.

Der Reihe nach: Gehen wir vom "harmlosesten" Szenario gegen zunächst "nur" drei Länder aus:

1. Afghanistan: Amerikanische Marinekampfbomber F-14 und F/A-18 bombardieren Kandahar und Kabul mit luftgestützten Marschflugkörpern, unterstützt von Harriern des britischen Flugzeugträgers Invincible.

US-Kommandounternehmen dringen von Pakistan nach Afghanistan vor. Die Taliban reagieren mit einer Guerillaoffensive gegen Pakistan, Freiwillige aus Tadschikistan kommen hinzu, die pakistanische Regierung stürzt, die indische Armee mobilisiert. Die USA stehen vor der Alternative abzuziehen oder 2.000 Ledernacken ihrer 24th Marine Expeditionary Unit (USS Kearsage) wie einst die "ruhmreiche Rote Armee" in Afghanistan "zu verheizen". Triumphieren werden in jedem Falle die Taliban. Der Fall der pakistanischen Regierung könnte Indien zu einem Angriff auf Kaschmir ebenso verleiten wie ein Sieg die Taliban in Islamabad. Ein nuklearer Schlagabtausch wäre die Folge. Ebenso unkalkulierbar ist die Haltung der russischen und chinesischen Nachbarn, die beide mit dem pakistanischen Militärregime sympathisieren. Bei dessen Sturz kann zumindest eine chinesische Intervention nicht ausgeschlossen werden, denn wenn die chinesische Führung eines fürchtet, dann sind es parteifremde Glaubensgemeinschaften mit einer Atombombe.

Eine Katastrophe in jedem Land

2. Irak: Vom Mittelmeer und vom persischen Golf starten seegestützte Marschflugkörper (USS Benfold, USS Thach), um den Krieg von George Bush sen. zu beenden. In einer zweiten Welle marschieren türkische Truppen in Kurdistan ein, B-52, F-15, F-16, F-117A starten aus Incirlik und Saudi Arabien, A-10 Thunderbolt aus Kuwait und verbündete Tornados schießen das Baath-Regime in die Flucht. Die Gegenwehr dürfte "lediglich" aus vereinzelten Scud-Raketen gegen Israel bestehen. Es wäre möglich, dass iranische Truppen einen Regierungssturz in Bagdad zum Einmarsch nutzen. Folge wäre ein erneuter "Bruderkrieg" zwischen Sunniten und Schiiten, wobei dem Waffenarsenal des Iran nichts entgegen stünde, als die Empörung einzelner arabischer Nachbarn. In jedem Fall hätte eine Vertreibung des Baath-Regimes hohen Symbolgehalt in der arabischen Welt und würde von Marokko bis Syrien für mobilisierenden Aufruhr sorgen.

3. Libyen: Auch hier haben die USA noch eine Rechnung offen, die ohne direkte Gefährdung Israels mit seegestützten Marschflugkörpern auf Tripoli, eventuell auch Bengasi, mit F-14 und Eloka AV-8B "chirurgisch" verfolgt werden könnte. Doch Colonel Gaddafi hat bisher noch jeden Anschlag im Wüstenzelt überlebt. Er besitzt ältliche Raketen, MiGs und Mirages, die wahrscheinlich nicht nur die 6. US-Flotte angreifen würden, sondern auch NATO-Basen auf Sizilien und Kalabrien, nicht zuletzt das NATO-Südkommando in Neapel. Die Mehrzahl solcher Angriffe könnte die NATO wahrscheinlich abwehren, doch die Unruhe in Italien und Griechenland wäre beträchtlich. Da Libyen wenig statische Ziele bietet, würden bei anhaltendem Widerstand die NATO-Angriffe massiver. Damit stiege die Wahrscheinlichkeit, dass Libyen seine Raketen mit chemischen Gefechtsköpfen ausrüsten könnte. Bei einem C-Waffenangriff etwa auf Palermo oder C-Kamikazeangriffen auf die USS America kann mit dem Abwurf einer "Smart Nuke" auf Tripoli gerechnet werden. Damit wäre nicht nur Nordafrika im Ausnahmezustand, auch in der NATO wäre der Burgfrieden vorbei, für Russland und China wäre es das letzte Signal zur Generalmobilmachung.

So viel zur ersten Stufe des "harmloseren" Drei-Ziele-Szenarios, bei dem immerhin in zwei Fällen schnell ein nuklearer Einsatz erreicht werden kann. Sollten die USA auch Sudan und Jemen mit seegestützten Marschflugkörpern angreifen, wäre keine nennenswerte militärische Gegenwehr zu erwarten. Allerdings würde der Mobilisierungsgrad in arabischen Ländern gegen Israel verstärkt, Freiwillige würden nach Ägypten bzw. Saudi-Arabien ziehen, Tankeranschläge im Roten Meer bzw. gegen US-Nachschub im Golf von Aden wären wahrscheinlich. Entscheidend ist aber spätestens die zweite Reaktionsstufe im Nahen Osten, besonders in den stark gerüsteten Ländern Saudi-Arabien, Ägypten, Syrien und Iran.

In Saudi Arabien besteht eine ungeliebte Symbiose aus Saud-Regime und US-Schutzmacht. US-Angriffe auf islamische Staaten, insbesondere wenn sie von der saudischen Prince Sultan AB ausgehen, würden umgehend zu Anschlägen gegen Regierungsstellen und US-Stützpunkte führen. Ein Volksaufstand könnte in wenigen Wochen zum Bürgerkrieg und dem Sturz des Königshauses führen. In dessen Folge verlören nicht nur die USA wichtige Stützpunkte, das moderne saudi-arabische Kriegsgerät käme auch bald gegen Israel zum Einsatz.

In Ägypten wären vereinzelte US-Kommandounternehmen gegen radikale Kräfte wahrscheinlich. US-Schläge gegen arabische "Bruderstaaten" würden das Land in eine Polarisierung stürzen, die in unkontrollierte Anschläge im Land und gegen Israel münden würde. Sollte darüber die Regierung stürzen, radikale Kräfte den Suezkanal für US-Nachschub sperren und das umfangreiche Waffenarsenal gegen Israel in Stellung bringen, wären massive US-Luftangriffe zu erwarten, auch eine israelische Atombombe auf Kairo wäre nicht auszuschließen.

Keine falsche Bewegung!

Die syrische Regierung wäre durch amerikanische Drohgebärden (Flugzeugträger) und ökonomische Verheißungen wahrscheinlich zu anfänglicher Neutralität zu gewinnen. Nicht so allerdings bewaffnete Gruppen wie Hamas und SPLA in Syrien und Libanon. Da ein US-Angriff - egal wo - sofort zu schweren Gefechten in den von Israel besetzten Gebieten führen würde, wäre deren Ausweitung auf Libanon und Jordanien nur eine Frage von Stunden. Selbst wenn die USA zum Schutze Israels im Libanon landen würden, könnte sich Syrien dem Druck der "Bruderstaaten" nicht dauerhaft verweigern. Syrische MiG-Angriffe auf Tel Aviv hätten US-Luftangriffe zur Folge. Wie gegen Ägypten würde das Ausmaß der US-Zerstörungen darüber entscheiden, ob Israel eine Atomrakete gegen Damaskus zünden würde.

Um den Iran werden die USA nach Möglichkeit einen Bogen machen, um Israel wenigstens einen starken Gegner zu ersparen. Umgekehrt setzt die iranische Regierung auf Abstandhalten nach beiden Seiten. Die Grenzen sind für Flüchtlinge geschlossen, verhaltene Sympathiebekundungen für die USA erlaubt. Doch ob sich die iranische Bevölkerung in einem panarabischen Krieg langfristig neutral verhalten wird, allenfalls die Schwäche des Irak zu einem Einmarsch nutzt, ist ungewiss.

Bleibt schließlich das Epizentrum der Gewalt: Israel. Das kleine Land befindet sich mit Zündung des ersten US-Marschflugkörpers im Vielfrontenkrieg. Angriffe aus den besetzten Gebieten, aus Libanon und Jordanien mögen anfänglich noch zu parieren sein. Allerdings dürften die Angriffe zunehmend von kleinen Kommandounternehmen und unorganisierten Freiwilligen kommen, denen militärisch kaum zu begegnen ist. Sobald jedoch Raketen und Kampfflugzeuge aus Syrien, Libanon und Jordanien, evtl. sogar Ägypten und Saudi-Arabien angreifen, wird Israel mit Nuklearwaffen drohen. Auch US-Unterstützung wird nicht verhindern können, dass israelische Stellungen von allen Seiten blutig überrannt würden. Atomraketen auf Kairo oder Damaskus würden Pogrome zur Folge haben. Ob weitere nukleare Drohungen seitens Israels und der USA einen Waffenstillstand erzwingen könnten, wäre ungewiss.

Nur so viel zu den Eskalationsrisiken der NATO-Terroristenjagd. Vor diesem Hintergrund ist es müßig zu spekulieren, wann die ersten Bomben in London, Rom oder Berlin gezündet werden, wann Giftgasanschläge in den USA oder anderswo folgen, wann die Türkei die Fronten wechselt oder die NATO auseinanderfliegt. Wer all dies für übertriebenen Alarmismus hält, soll gerne widersprechen. Wer weiterhin einen US-Vergeltungsschlag für notwendig hält, muss allerdings den Unsinn jedes der skizzierten Szenarien begründen, denn bereits eine falsche Bewegung genügt für eine Katastrophe.

Stefan Gose, 19.9.2001

Redakteur der Zeitschrift ami

www.antimilitarismus-information.de

4. Der Terrorismus als Katalysator. Der NATO-Bündnisfall und die "Weiterentwicklung des Völkerrechts"

Autor: Ulrich Cremer · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:37

Die Terroranschläge vom 11. September wurden in den Tagen danach häufig als Zeitenwende, historische Zäsur oder radikaler Einschnitt bezeichnet. Einerseits zu Recht, denn der Terror hat eine bisher nicht gekannte Dimension erreicht. Andererseits haben die Ereignisse brutal die in Regierungen und Redaktionsstuben verdrängte Wahrheit ans Tageslicht gezerrt: "Hoch entwickelte Länder wie Amerika und Deutschland sind grundsätzlich verwundbar. Auf Dauer lassen sie sich weder technisch noch militärisch schützen..." (1)

Auch wenn militärischer Schutz nicht möglich ist, hat sich der stärkste Militärpakt der Welt, die NATO, mit den Terroranschlägen sofort beschäftigt und das erste Mal in der Geschichte den "Bündnisfall" in Stellung gebracht. Festgestellt ist dieser nämlich im NATO-Beschluss vom 12.9. genau noch nicht. Grundlage für den Bündnisfall ist der Artikel 5 des NATO-Vertrages von 1949: "Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird." Der springende Punkt ist, ob ein bewaffneter Angriff vorliegt oder nicht. Da waren sich die NATO-Staaten nicht einig. Insofern wurde die Einschränkung gemacht, "dass dieser Anschlag, falls festgestellt wird, dass er vom Ausland aus gegen die Vereinigten Staaten verübt wurde, als Handlung im Sinne des Artikel 5 ... angesehen wird". (2) Dafür müsste der Nachweis erbracht werden. Dann träte der Bündnisfall automatisch ein. Aber welche Institution würde darüber zu befinden haben, dass der Nachweis erbracht wäre, und damit den Automatismus einleiten? Vermutlich kein unabhängiges Gericht, sondern wiederum der Nordatlantikrat. Er würde also ein weiteres Mal zusammentreten, um die Lage zu besprechen und einen neuen Beschluss zu fassen. Insofern ist der Beschluss vom 12.9. juristisch völlig unverbindlich.

Aushöhlung des Völkerrechts

Einmal angenommen, der Nachweis wäre erbracht und der Bündnisfall träte ein. Dann sähe der Artikel des NATO-Vertrages vor, "dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten." D.h. die Wahl der Mittel stände den NATO-Mitgliedern auch nach Feststellen des Bündnisfalles völlig frei. Sie könnten ein Beileidstelegramm schicken, aber auch militärische Hilfe bei der Selbstverteidigung leisten. Wenn sich die Schröder-Regierung bereits jetzt für die militärische Komponente entschieden hat, leitet sich das also nicht zwingend aus dem NATO-Vertrag ab ("Bündnisverpflichtung"), sondern ist politisch motiviert.

Strittig diskutiert wird in diesem Zusammenhang, ob überhaupt ein "bewaffneter Angriff" vorliegt. Laut UN-Definition vom 14.12.74 wäre eine Aggression die "Anwendung von Waffengewalt durch einen Staat gegen einen anderen Staat". Nicht-staatliche Terrororganisationen hatte man als Akteure dabei nicht im Blick. Staaten kommen erst insofern ins Spiel, als sie Terroristen Unterstützung und Unterschlupf gewähren. Wie mit diesen zu verfahren ist, hat der UN-Sicherheitsrat (SR) am 12.9. so formuliert: Er "ruft alle Staaten auf, dringend zusammenzuarbeiten, um die Täter, Drahtzieher und Förderer dieser terroristischen Anschläge vor Gericht zu bringen, und betont, dass diejenigen, die den Tätern, Drahtziehern und Förderern helfen, sie unterstützen oder ihnen Zuflucht gewähren, zur Rechenschaft gezogen werden". Zumal der SR mit der Angelegenheit befasst bleiben will, lässt sich hieraus keinerlei Blankoscheck für einen Militärschlag gegen irgendein Land ableiten. Vielmehr wird der rechtsstaatliche Weg gewiesen.

Angriff heißt jetzt Verteidigung

An anderer Stelle gibt sich jedoch der SR "entschlossen, die Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch terroristische Gewalttaten mit allen Mitteln zu bekämpfen", und betont die

"Anerkennung des naturgegebenen Rechtes zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit der Charta". Dieses Recht darf laut UN-Charta Artikel 51 so lange ausgeübt werden, "bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat." Solange der SR also untätig bleibt, liegt die Selbstverteidigung in der Hand des angegriffenen Staates, also der USA. Aber was ist nun Selbstverteidigung? Wie kann diese von Angriffen abgegrenzt werden?

Das 1999 verabschiedete neue "Strategische Konzept" der NATO mag hier Licht ins Dunkel bringen. Darin wird klipp und klar festgehalten: "Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf das Gebiet der Bündnispartner ... finden Artikel 5 und 6 des Vertrages von Washington Anwendung." (Art. 24) Davon unterschieden werden Einsätze bzw. Reaktionen, die aus "Konsultationen nach Artikel 4 des Washingtoner Vertrags" (Art. 24) resultieren. Dieser lautet lapidar: "Die Parteien werden einander konsultieren, wenn nach Auffassung einer von ihnen die Unversehrtheit des Gebiets, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht sind." "Reaktionen" auf "Risiken umfassenderer Natur... einschließlich Akte des Terrorismus" (Art. 24) gründen sich in der NATO-Strategie eindeutig auf Artikel 4, haben also mit "Verteidigung" nichts tun! Es wären vielmehr "nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktionseinsätze". Diese können nach NATO-Auffassung von einem UN-Sicherheitsratsmandat gedeckt sein, müssen es aber nicht. Denn das NATO-Bündnis erinnert in diesem Zusammenhang an "seine ... Beschlüsse in Bezug auf Krisenreaktionseinsätze auf dem Balkan", übersetzt an den NATO-Krieg gegen Jugoslawien (Art. 31). Wenn also als Reaktion auf Terrorakte Kabul bombardiert wird, ist das gemäß dem Strategischen Konzept der NATO keine Selbstverteidigung, sondern Krisenreaktion, also Angriff. Wozu also den Bündnisfall feststellen?

Hören wir Bundeskanzler Schröders Einschätzung: "Die Vereinigten Staaten können auf der Grundlage der Entscheidung des Sicherheitsrates Maßnahmen gegen die Urheber und Hintermänner, gegen Auftraggeber und Drahtzieher der Attentate ergreifen. Und sie können und dürfen, durch diese Weiterentwicklung des Völkerrechts gedeckt, ebenso entschieden gegen Staaten vorgehen, die den Verbrechern Hilfe oder Unterschlupf gewähren." (Rede im Bundestag am 19.9.2001)

Worin besteht nun die "Weiterentwicklung des Völkerrechts"? In der Neu-Definition der "Selbstverteidigung", die nunmehr auch bewaffnete Angriffe umfassen soll. Wenn die USA bzw. die NATO militärisch handeln, verteidigen sie sich selbst: Angriff = Verteidigung. So wären mögliche Vergeltungsangriffe mit der UN-Charta "kompatibel" gemacht. Das Feststellen des Bündnisfalles hat den politischen Sinn zu suggerieren, dass es um Selbstverteidigung ginge.

Insofern wirkt der Terrorismus als Katalysator für die weitere Aushöhlung des Völkerrechts, für die Stärkung des militärischen Faktors in der internationalen Politik und die Zurückdrängung der UNO. Im Ergebnis schwächt er so die Stellung der Länder des Südens und festigt die bestehenden Machtstrukturen.

Zusätzliche Milliarden für die Bundeswehr

Neben den innenpolitischen Entwicklungen (Abbau von Freiheitsrechten), die hier nicht betrachtet werden sollen, erhalten die militärpolitischen Entwicklungen einen gigantischen Schub. Bisher war die NATO mit folgenden Problemen konfrontiert: 1. Die Wehretats in Europa wurden aus ihrer Sicht nur "unzureichend" erhöht, sanken sogar teilweise. 2. Die Einsätze im Kosovo und in Bosnien waren nicht wirklich erfolgreich. In der Öffentlichkeit wurden die Vertreibungen der Serben aus dem Kosovo angeprangert und beklagt, dass die Entwaffnung der UCK ausgeblieben ist. Für das Kosovo war keine politische Lösung in Sicht. 3. Immer wieder flammten Diskussionen um die Sinnhaftigkeit und Rechtmäßigkeit des NATO-Krieges gegen Jugoslawien auf (Stichworte: Hufeisenplan, Uran-Munition usw.).

Insofern war es höchste Zeit, der Organisation einen neuen, imagebildenden Auftrag zu verschaffen. So kam es zum Mazedonien-Einsatz, der der NATO eine öffentlich wahrnehmbare und vielfach positiv angesehene Ausweitung des Einsatzspektrums verschaffte. Nunmehr war die NATO auch für "Friedensbewahrung" zuständig. Der Aufmacher der diesjährigen Sommer-Ausgabe des NATO-Magazins NATO-Brief trug entsprechend die Überschrift: "Die Friedenserhaltung als Aufgabe".

Zehn Tage nach den Terroranschlägen ist das Ende der Bescheidenheit im militärischen Bereich eingeläutet. Bei der CDU/CSU redet man nicht länger von der "Unterfinanzierung der Bundeswehr". Vielmehr gab der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Glos, die neue Losung aus, man müsse "mehrstellige Milliardenbeträge"

bereitstellen. (FAZ 19.9.) Die Bundesregierung brachte durch Steuererhöhungen kurzfristig 3 Milliarden DM für "Terrorismusbekämpfung" auf, weitere Schritte sind wahrscheinlich.

Wird Russland Mitglied der NATO?

Eine weitere Entwicklungslinie tritt nach den Terroranschlägen deutlicher hervor: Die Zusammenarbeit zwischen NATO und Russland verstärkt sich. Die sich seit mehreren Jahren herausbildenden Gemeinsamkeiten und die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung dürften nunmehr im militärischen Bereich einen weiteren Schub erhalten. (3) Die Zusammenarbeit in Bosnien und im Kosovo sowie die Bildung des NATO-Russland-Rates sind erst ein bescheidener Anfang. Mit Bin Laden haben Russland und die USA seit mehreren Jahren einen gemeinsamen Feind. Angesichts der Taliban-Unterstützung für Tschetschenien brachten der russische Außenminister und der Verteidigungsminister im Mai 2000 die Option ins Gespräch, Stützpunkte in Afghanistan "präventiv" zu bombardieren. (4) Genau das hatten die USA 1998 bereits (vor-)gemacht, als sie das Lager von Bin Laden nach den Terroranschlägen auf US-Botschaften in Afrika zerstörten. Anfang August 2001 hielt Bushs Sicherheitsberaterin Rice eine "NATO-Mitgliedschaft Russlands nicht für ausgeschlossen". (5) Bundeskanzler Schröder fand den Vorschlag sogleich "hochinteressant". (6) Bereits 1997 hatte Clinton entsprechende Äußerungen gemacht. Von russischen Regierungsmitgliedern (Primakov 1997 und Putin) liegen gleichlautende Äußerungen vor. (7)

Vor diesem Hintergrund dürfte ein militärischer Nordblock unter Einschluss Russlands gegen den Süden Konturen annehmen. Gemeinsame Militäraktionen zur Terrorismusbekämpfung z.B. in Afghanistan könnten ein wichtiger Meilenstein werden. Der Terrorismus dient als Katalysator zur Bildung einer Militärallianz.

Ulrich Cremer, 22.9.2001

Ulrich Cremer ist Mitherausgeber des Buches "Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung" (VSA-Verlag, Hamburg 2000). Er war Initiator der grünen Anti-Kriegs-Initiative und bis Februar 1999 Sprecher des Fachbereichs Außenpolitik bei Bündnis90/Die Grünen

Anmerkungen:

1) D.S. Lutz: Was gegen den Terror zu tun ist, in: Hamburger Abendblatt 18.9.01

2) Erklärung des Nordatlantikrates vom 12.9.01, s. http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/nato_unterbereich/nato_erkl_usa_html

3) Vergl. Hierzu: U. Cremer / D.S. Lutz: Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung, Hamburg 2000, S.31ff.

4) ",Präventivschläge` gegen Afghanistan?" FAZ 25.5.2000

5) "Rice: Nato-Mitgliedschaft Russlands nicht ausgeschlossen" FAZ 4.8.2001

6) "Schröder: Russland in der Nato möglich". FAZ 9.8.2001

7) Vergl. Hierzu U. Cremer: Neue Nato neue Kriege? Hamburg 1998, S.91

5. "Wer nicht raucht, hilft bin Laden." Deutschland wird wehrfähig gemacht

Autor: mb. · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Ausländer- und Asylpolitik; Militärpolitik BRD - Bundeswehr · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:25

Nach den Anschlägen in den USA, die Bundeskanzler Gerhard Schröder zum "Krieg gegen uns alle" erklärte, fallen in der Diskussion über die "Innere Sicherheit" alle (grundgesetzlichen) Schranken. "Zaghaftigkeit und Unsicherheit darf nicht die Parole sein", verkündet Innenminister Schily. Mit der Behauptung, solche Anschläge wie in den USA könnten jede/n treffen, wird an einer massiven Ausweitung repressiver Maßnahmen gearbeitet: Vom Fingerabdruck im Pass bis zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren reichen die Ideen. Der Kampf gegen den Terrorismus sei "mit aller Kraft zu führen", so der deutsche Innenminister. Der Militarisierung nach außen folgt die Militarisierung nach innen.

Wie Staatsräson in diesen Zeiten dekliniert wird, brachte Die Welt am 18. September auf einen einfachen Nenner: "Unbedingte Loyalität im Bündnis, bedingungslose Unterstützung des großen Bruders USA und Eingriffe in eine liberale Rechtsordnung." Dass die "uneingeschränkte Solidarität" mit den USA für die Mehrheit des Bundestages mit "konkreten (sprich: militärischen, ak) Maßnahmen des Beistands" verbunden ist, hat das Parlament einen Tage später deutlich gemacht. Die erste sichtbare innenpolitische Umsetzung der Staatsräson nach den Attentaten in New York und Washington folgte noch am selben Tag mit der Verabschiedung des "Maßnahmenpakets zur Inneren Sicherheit" durch das Bundeskabinett.

Drei Milliarden Mark, die durch die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer aufgebracht werden sollen, ist das "Anti-Terrorismus-Programm" der rot-grünen Bundesregierung wert. "Wer nicht raucht, unterstützt bin Laden" schlussfolgerte daraufhin die Hamburger Morgenpost. Das Geld ist für die Bundeswehr, den Bundesnachrichtendienst (BND) und den Bundesgrenzschutz (BGS) bestimmt, die personell und infrastrukturell so auf neue Aufgaben vorbereitet werden sollen. Neben dieser Geldspritze beschloss das Kabinett auch noch die Aufhebung des Religionsprivilegs im Vereinsgesetz. So können nun radikal-islamische Organisationen verboten werden, die bislang als Religionsgemeinschaften unter besonderem staatlichen Schutz standen. Des weiteren soll zukünftig das Personal an Flughäfen - insbesondere in sicherheitsrelevanten Bereichen - intensiver überprüft werden, wofür auf Erkenntnisse des BND, des Verfassungsschutzes (VS) und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) zurückgegriffen werden kann. Banken werden zu Auskünften über Konten verdächtiger Organisationen verpflichtet, gleichzeitig ist ein Verbot von Geldsammlungen geplant. Geeinigt hat man sich auch auf die Internationalisierung des §129a des Strafgesetzbuch. Mit dem neu zu schaffenden §129b können dann auch Mitglieder von "terroristischen Vereinigungen" von der bundesdeutschen Justiz verfolgt werden, die ihren Sitz ausschließlich im Ausland haben.

Rauchen für die innere Sicherheit

"Das Kursbuch Sicherheit muss für Deutschland neu geschrieben werden", erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz. Trotz einiger Bedenken sind auch die Grünen bereit, ihren Teil dazu beizutragen. Noch im vergangenen Jahr haben beispielsweise prominente Grüne wie Claudia Roth, Renate Künast und andere die Abschaffung des §129a gefordert. In Zeiten des Ausnahmezustands gelten jedoch andere Regeln. Gegenüber der SZ bekannte jedenfalls der rechtspolitische Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, Volker Beck, er sei nun auch bereit, Maßnahmen mitzutragen, die er bisher abgelehnt habe.

Die Anschläge in den USA leiten für die Bundesregierung eine "Zeitenwende" ein. Wieder einmal tritt Schily in seiner Lieblingsrolle als Scharfmacher auf. Sekundiert wir ihm dabei von der Union. Die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel begrüßte zwar grundsätzlich das von der Bundesregierung verabschiedete Maßnahmenpaket zur Stärkung der Inneren Sicherheit, die Schritte gingen ihr allerdings nicht weit genug. Um eine weitere Verschärfung der "Inneren Sicherheit" durchzusetzen, bot Merz Bundeskanzler Schröder eine "nationale Allianz der Entschlossenheit" an. Sein Vize Wolfgang Bosbach sprach von einer "großen Koalition der Vernunft". Der bayerische Ministerpräsident plädierte für die Einrichtung eines "Nationalen Sicherheitsrats". In einer solchen schwierigen Situation müssen die großen Volksparteien

zusammenstehen, erklärte der ehemalige CDU-Verteidigungsminister Volker Rühe. Da will die FDP nicht fehlen, wie deren Generalsekretär Guido Westerwelle klar machte: "Es gibt in dieser Situation keine Regierungsparteien und keine Oppositionsparteien."

Grüne und FPD übernehmen in dieser "großen Koalition der Vernunft" den Part der Bedenkenträger. So gab sich FDP-Fraktionschef Wolfgang Gerhardt hinsichtlich geplanter Einschränkungen des Datenschutzes skeptisch: "Wie werden das prüfen, ob es notwendig ist." Die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus bedeute zwar "gewisse Einschränkungen", sie dürften aber nicht zu weit gehen. Zu "Ruhe und Besonnenheit" mahnen auch die Grünen. Die Fraktionsvorsitzende Kerstin Müller etwa warnte davor, Bürger- und Freiheitsrechte "vorschnell" einzuschränken.

Bereits Ende August - also noch vor den Anschlägen in den USA - hatte die Union eine Gesetzentwurf zur effektiveren "Bekämpfung von organisierten Kriminalität und Terrorismus" vorgelegt. Die Kernpunkte des Gesetzentwurfes: Die Kronzeugenregelung wird ausgeweitet, ebenso der Einsatz verdeckter ErmittlerInnen. Die StrafverfolgerInnen sollen einen einfacheren Zugriff auf Telekommunikationsdaten bekommen. Über Mobilfunksignale sollen Bewegungsprofile erstellt werden können. Geplant ist auch, dass Daten aus Telefon- und Internetkommunikation "auf Vorrat" gespeichert werden, um sie im Verdachtsfall auswerten zu können.

Vor diesem Hintergrund klingen die Vorschläge, mit denen Unions-PolitikerInnen in den letzten Wochen hausieren gingen, sattsam bekannt. Der rechtspolitische Sprecher der Union, Norbert Geis (CSU), forderte die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung im Bereich des Antiterrorismus und griff außerdem die alte Forderung seiner Partei wieder auf: "Beim Einsatz gegen Terroristen oder die organisierte Kriminalität sollten verdeckte Ermittler der Polizei in einem gewissen Maß Straftaten begehen dürfen." Dem stimmte sogar Guido Westerwelle zu: "Gegen Selbstmordattentäter kommt man nur mit verdeckten Ermittlern an."

Zudem stellte die Union einen Fünf-Punkte-Forderungskatalog zur inneren und äußeren Sicherheit vor. Die Vorschläge reichen von einer besseren technischen und personellen Ausstattung von Geheimdiensten, Polizei, Bundeswehr und Bundesgrenzschutz bis zu einem verschärften Kampf gegen die illegale Einreise.

Obwohl die Bundeswehr schon heute im Rahmen der Amtshilfe beim Objektschutz eingesetzt werden kann, nutzt die CDU/CSU auch hier die Gunst der Stunde und verlangt den "verstärkter Einsatz der Bundeswehr zum Schutz militärischer Einrichtungen einschließlich der Einrichtung der NATO-Verbündeten." Es waren der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber und der Bundesinnenminister, die die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zum Thema gemacht haben. Stoiber trumpfte mit seiner Forderung, die Bundeswehr künftig auch zur Sicherung von Flughäfen und anderen bedeutenden Einrichtungen einzusetzen, auf; Schily hat noch etwas ganz anderes im Sinn: "Es kann sein, dass wir polizeiliche Ziele auch mit militärischen Mitteln zu erreichen suchen." In Zukunft müssten polizeiliche und militärische Maßnahmen ineinander greifen, so Schily. Das verstößt zwar momentan noch gegen das Grundgesetz, doch so wie die "große Koalition" im Bereich der "Inneren Sicherheit" zur Zeit steht, dürfte sich im Bundestag eine Mehrheit für eine Verfassungsänderung finden lassen.

Und was ist mit Datenschutz?

In welche Richtung das gehen könnte, zeigt der Vorschlag des SPD-Politikers Helmut Wieczorek. "Unser Land braucht nicht neue Panzer und Fregatten für die Bundeswehr, sondern einen neuen Schutz vor hoch mobilen Terroristen", so der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses. Er regte deshalb an, aus einer Spezialeinheit der Bundeswehr für Radaraufklärung und Luftabwehr, Teilen des Katastrophenschutzes und der GSG 9 in Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten "eine Art Nationalgarde" zu bilden. Ganz konsequent hat Schilys Überlegung der Ex-Admiral Wellershoff zu Ende gedacht, wenn er die Verschmelzung von Bundeswehr und BGS, also der kasernierten Polizei des Bundes, fordert. Demgegenüber verblasst der Vorschlag des Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Eike Bleibtreu, regelrecht (weil verfassungskonform), "angesichts der terroristischen Bedrohung, die zerfaserten Sicherheitskräfte des Bundes von BKA, BGS und Zoll zu einer effizienten Strafverfolgungsbehörde zusammenzufassen".

Seit bekannt ist, dass mehrere der mutmaßlichen Attentäter zeitweise in Hamburg bzw. Bochum gelebt haben, gibt es im Bereich des Datenschutzes und der Überwachung kein Halten mehr. Für den bayerischen Innenminister Günther Beckstein sind "die freiheitlichen Gesetze in Deutschland missbraucht worden, um diesen Anschlag mit vorzubereiten." Was Beckstein hier nur andeutet, spricht Schily offen aus: Datenschutz ist

Terroristenschutz. "Es kann nicht sein, dass wir bestimmte Datenbestände nicht nutzen, und dass wir Terroristen auf diese Weise nicht unter Kontrolle bekommen." Da bei konkreten Verdachtsmomenten heute schon die Datenweitergabe an die Ermittlungsbehörden erlaubt ist, kann damit also nur die präventive Überwachung bestimmter Gruppen bis hin zur Gesamtbevölkerung gemeint sein. Der Berliner Datenschutzbeauftragte Hansjürgen Garstka: "Man kommt an solche Leute nicht heran, da müsste man schon alle überwachen." Hierzu gibt es schon erste Überlegungen. So schlug Wolfgang Bosbach (CDU) etwa die Überwachung des gesamten Mobilfunkverkehrs vor.

AusländerInnen unter generellem Verdacht

Über kurz oder lang ist auch eine neue Debatte um die Verschlüsselung von E-Mails zu erwarten. Der frühere CDU-Innenminister Manfred Kanther wollte nur solche Software zulassen, für die der Staat einen Art "Generalschlüssel " zum Dechiffrieren besitzt. Ein Verbot von Codes kann jedoch technisch mühelos umgangen werden, etwa durch illegale Software oder das Verstecken von Botschaften in Bild- oder Audiodateien. Der stellvertretende Landesbeauftragte für den Datenschutz in Schleswig-Holstein, Thilo Weichert, wies daraufhin, dass es selbst mit den weitgehenden Überwachungsbefugnissen und den allerbesten Überwachungstechniken praktisch ausgeschlossen ist, professionell geschützte Kommunikation zu erkennen und zu entschlüsseln.

Die Repressionen beziehen sich aber nicht nur auf den gemeinsamen Feind "Islamischer Terrorist", vielmehr geraten nun alle AusländerInnen ins Visier der Fahndung. "Muss man genau hinschauen, wer alles reinkommt", so CSU-Generalsekretär Thomas Goppel. Den passenden Vorschlag dazu hat der Hamburger Innensenator Olaf Scholz (SPD). Er plädiert für die Entwicklung einer bundesweiten Rasterfahndung. Die Innenministerkonferenz (IMK) von Bund und Ländern griff diese Forderung umgehend auf. Sie forderte den Bundesinnenminister auf, ein "Raster" zum Erkennen potenzieller islamischer Terroristen zu entwickeln, "die Deutschland als Ruheraum oder logistische Basis nutzen oder in Deutschland angeworben worden sind". Zudem verlangten die Innenminister aus Bund und Ländern eine restriktiver Handhabung bei der Visaerteilung, "einschließlich der Überprüfung von Besuchszweck und Besuchsadresse". Relevante Daten sollen an die Sicherheitsbehörden weitergegeben werden. Dazu müsse ein "obligatorische Überprüfung von Besuchern bestimmter Staaten" kommen. Außerdem soll das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge den Sicherheitsbehörden "im Rahmen laufender Asylantragsverfahren" Erkenntnisse zu Verdachtspersonen übermitteln. Zudem fordern sie den "automatisierten Abgleich von Fingerabdrücken aus dem Asylverfahren mit offenen Tatortspuren", die beim BKA gespeichert sind.

Der bayerische Innenminister Günther Beckstein ging da noch einen Schritt weiter. Er will, dass von allen visumspflichtigen AusländerInnen, die nach Deutschland kommen, in Zukunft Fingerabdrücke genommen werden. Er war es auch, der die bayerische Praxis der Regelanfrage beim Verfassungsschutz im Rahmen der Einbürgerung bundesweit ins Spiel gebracht hat.

Die "sicherheitspolitischen" Vorschläge im Bereich des Ausländer- und Asylrechts haben eine eindeutige Botschaft: Der Feind befindet sich bereits im eigenen Land. Damit werden rassistische Vorurteile geschürt und ein Klima der Denunziation erzeugt. Die aktuelle Diskussion zum Thema "Innere Sicherheit" gibt einen Vorgeschmack, welche Auswirkungen der langjährige "Feldzug gegen den Terrorismus" hier zu Lande haben soll.

mb.

6. "Wüste der Realität". Der 11. September in Reaktionen der Linken

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:16

Organisationen und Persönlichkeiten aus der internationalen Linken reagieren auf die Anschläge vom 11. September und ihre noch unabsehbaren Folgen mit Entsetzen, Appellen und ersten Analysen. Erkannten viele Linke nach den - trotz Repression - erfolgreichen Protesten in Genua noch den Silberstreif einer aufkommenden neuen Herrschafts- und Kapitalismuskritik am Horizont, ist jetzt nichts mehr, wie es vorher war, um eine in diesen Tagen gebräuchliche Formulierung zu verwenden. Angesichts des Terroranschlags in den USA und des drohenden Gegenterrors werden sich viele Linke gewahr, dass sie wenig in der Hand haben, was die Logik der Zerstörung aufhalten könnte. Im folgenden Überblick geben wir Reaktionen von Linken aus den USA, Lateinamerika, Afghanistan, Europa und dem Nahen Osten wieder.

Einer der ersten linken Intellektuellen, der sich nach dem big bang vom 11. September zu Wort meldete, war Noam Chomsky, anarchistischer Linguist und einer der schärfsten Kritiker der US-Hegemonialpolitik. Im ersten Absatz seiner Erklärung hält Chomsky fest, bei den "terroristischen Attacken" handele es sich um "große Grausamkeiten". Sie reichten in ihrem Ausmaß zwar nicht an viele Zerstörungsakte der US-Außenpolitik heran, aber die Anschläge seien als "furchtbare Verbrechen" zu bezeichnen. Opfer seien, "wie meist, arbeitende Menschen, Hausmeister, Büroangestellte, Feuerwehrleute etc." Außerdem würden die Attacken sich wahrscheinlich als ein "vernichtender Schlag" für "die Palästinenser und andere arme und unterdrückte Völker" erweisen. Gleichzeitig würden wahrscheinlich auch "verschärfte Sicherheitsmaßnahmen", "Kontrollen" sowie die "Untergrabung der Bürgerrechte und der innerstaatlichen Freiheiten" folgen. Mit "guten Public Relations" und "dünnsten Argumenten in der erschreckten Öffentlichkeit" würden die Ereignisse wohl dazu führen, auch das Projekt der "Nationalen Raketenverteidigung NMD" voranzutreiben, obwohl dieses angesichts der Anschläge absurd sei. "Mit anderen Worten, das Verbrechen ist ein Geschenk für die chauvinistische, hurrapatriotische Rechte, für all jene, die nur darauf warten, Gewalt einsetzen zu können, um ihre Interessen zu schützen", schreibt Chomsky.

Noch deutlicher als Chomsky rückt der brasilianische Befreiungstheologe Frei Betto die Terroranschläge in den Kontext des Nord-Süd-Konfliktes. Zuerst verurteilt auch er den Terror, weil er der extremen Rechten nutze. Doch dann fährt er fort: "Aber niemand erntet im Leben das, was er nicht gesät hat. Das gilt für das persönliche und das gesellschaftliche Leben. Wenn die USA heute auf so gewalttätige und ungerechtfertigte Art angegriffen werden, dann in gewisser Weise darum, weil sie Völker und Ethnien demütigen", erklärt Betto, der in Deutschland vor allem durch sein Buch "Nachtgespräche mit Fidel" bekannt wurde. Der in der lateinamerikanischen Linken einflussreiche Priester meint: "Seit Jahren missbrauchen die USA ihre Macht, wie im Fall von Puerto Rico, der Marinebasis auf Kuba, der Blockade gegen den Irak, der Beteiligung an den Kriegen in Mitteleuropa, der Unterlassung angesichts der Konflikte in Afrika." Längst wäre es notwendig gewesen, dass die USA Araber und Israelis zu einem Friedensabkommen hätten führen müssen. Dies hätten sie aber "im Namen der Hegemonie von Uncle Sam auf dem Planeten" hinausgeschoben. Die Folge: "Plötzlich brach der Hass auf brutalste Weise herein und bewies, dass der derzeitige Feind ebenfalls außerhalb jeglicher Ethik handelt". Dabei gebe es nur einen Unterschied: Er verfüge "nicht über internationale Foren (...), um seine kriminellen Aktionen zu legitimieren."

"Geschenk für die chauvinistische Rechte"

Das International Action Center (IAC) aus New York warnt in seiner Erklärung ebenfalls vor einer "neuen Aggressionsrunde gegen die Dritte Welt - insbesondere gegen die Menschen im Mittleren Osten" durch die US-Regierung als Reaktion auf die Anschläge, die eine "menschliche Tragödie" bedeuteten. "Die Bush-Administration wird die gegenwärtige Krise dazu nutzen, die weitere Aufrüstung auf Kosten von Wohnungsbau, Bildung, Gesundheitsvorsorge, Arbeitsplätzen und andere menschlichen Bedürfnissen zu rechtfertigen", schreibt das IAC, das vom ehemaligen Chefankläger der USA, Ramsey Clark, geleitet wird. Er gehört heute zu den profiliertesten Kritikern des US-Establishments und hat kürzlich Slobodan Milosevic Rechtsbeistand angeboten. Das IAC wendet sich vor allem gegen die anti-muslimische Hysterie, die in den USA ausgebrochen ist. "Araber und Muslime in den Vereinigten Staaten berichten von rassistischen

Belästigungen in ihren Wohnvierteln, am Arbeitsplatz und beim Besuch von Moscheen. Der antiarabische Rassismus ist ein Gift, das zurückgewiesen werden muss. Wir appellieren an alle, die Rassismus bekämpfen, sich Schulter an Schulter mit der arabisch-amerikanischen Gemeinschaft diesem rassistischen Wahnsinn entgegenzustellen." Außerdem warnt das IAC davor, die TäterInnen allzu schnell nur in einer Richtung zu vermuten. "Nach dem Bombenanschlag auf das Behördenhochhaus in Oklahoma City 1995 haben US-Regierung und Medien schnell spekuliert, arabische und islamistische Organisationen hätten die Tat zu verantworten; heute weiß jeder, dass der rechtsextremistische Armeeveteran Timothy McVeigh die Tat begangen hat."

Die Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans (RAWA) ist eine der wenigen Stimmen aus Afghanistan selbst, die sich zur vermuteten Urheberschaft Osama Bin Ladens für die Attacken äußert. In ihrer Erklärung verurteilt sie die Anschläge in den USA als "barbarischen Akt der Gewalt und des Terrors". Allerdings weist die RAWA nachdrücklich darauf hin, dass die USA in Afghanistan in der Vergangenheit die "heimtückischsten, kriminellsten, anti-demokratischsten und frauenfeindlichsten islamisch-fundamentalistischen Parteien" unterstützt hätten. "Es war die Regierung der Vereinigten Staaten, welche den pakistanischen Diktator Zia-u-Haq unterstützte, der tausende von Religionsschulen einrichtete, welche den Samen der Taliban legten. Auf ähnliche Weise, und das ist allen klar, war Osama Bin Laden ein Musterschüler der CIA." Besorgt fragt die RAWA: "Werden die USA Afghanistan nun einer militärischen Attacke wie 1998 unterwerfen und tausende unschuldiger Afghanis töten für die Verbrechen, welche die Taliban und Osama begangen haben?" Und weiter: "Die US-Regierung und die Amerikaner sollten wissen, dass es einen großen Unterschied zwischen der verarmten und zerstörten Bevölkerung Afghanistans und den terroristischen Jehadi und Taliban-Kriminellen gibt."

"Neue Aggressionsrunde gegen Dritte Welt"

Der slowenische Philosoph Slavoj Zizek überschreibt eine erste Reflexion zum 11. September mit den Worten: "Willkommen in der Wüste der Realität!" Symbolisch betrachtet ginge es beim Kollaps der beiden Türme des World Trade Centers (WTC) nicht so sehr darum, dass damit das "Zentrum des Finanzkapitalismus" getroffen worden sei. Vielmehr ständen die Türme für den "VIRTUELLEN Kapitalismus, in dem die Finanzspekulation von der Sphäre der materiellen Produktion getrennt" sei. Nur vor dem Hintergrund der "Grenzlinie, welche heute die digitalisierte Erste Welt von der ‚Wüste der Realität` der Dritten Welt" trennt, könne die Symbolik begriffen werden. Denn wie in den Hollywood-Filmen "Truman Show" und "Matrix" die Imagination einer glatten Traumwelt durch den Einbruch der darunter liegenden brutalen Realität destruiert werde, erzeuge der Angriff auf das WTC das Bewusstsein, dass "wir in einem isolierten künstlichen Universum leben" und "ein ominöser Agent uns die ganze Zeit mit der totalen Zerstörung bedroht". Zizeks Schlussfolgerung: "So brutal und indifferent es vielleicht klingen mag, sollten wir uns nun mehr denn je darüber klar werden, dass der aktuelle Effekt dieser Bombardierung viel mehr symbolisch als real ist. Die USA hat gerade einen Geschmack davon bekommen, was weltweit tagtäglich passiert, von Sarajevo bis Grozny, von Ruanda bis Kongo und Sierra Leone. Wenn man der Situation in New York Scharfschützen und Gangüberfälle hinzufügt, dann bekommt man eine Idee davon, was vor zehn Jahren in Sarajevo vorging."

In einem Text für das Wall Street Journal mit der Überschrift "Die Sprache der Unterdrückten" bringt die profilierte US-amerikanische Stadt- und Migrationsforscherin Saskia Sassen die Anschläge in New York mit der Diskussion über Globalisierung in Verbindung. "Die Attacke auf das World Trade Center und das Pentagon macht deutlicher als alles andere, dass wir uns nicht hinter den Mauern unseres Friedens und Wohlstandes verstecken können." Als Konsequenz der Globalisierung verschärften sich weltweit und insbesondere im Süden die Lebensverhältnisse, so Sassen. An der Schuldenkrise und der verstärkten Migration würde dies unter anderem deutlich. "Die Gewalt des Hungers, der Armut, der Reduzierung fruchtbaren Landes, der Unterdrückung schwächerer Staaten durch hochmilitarisierte, Verfolgung - all dies nährt eine komplexe, sich langsam, aber erbarmungslos drehende Spirale, die sich in den globalen Norden bewegt." Eine Herausforderung für den Norden sei die "Verbindung zwischen den Formen der Gewalt, die wir nicht immer als verbunden betrachten, zu erkennen." Sie folgert: "Wir mögen glauben, dass die Schulden und die wachsende Armut im globalen Süden nichts mit der heutigen Gewalt in New York und Washington zu tun haben. Sie haben aber damit zu tun. Diese Attacken sind die Sprache der letzten Rettung. Die Unterdrückten und Ausgebeuteten haben viele Sprachen benutzt, um uns zu erreichen. Wir scheinen unfähig zu übersetzen, was

sie meinen. Einige von ihnen nehmen es dann in die eigene Hand und wählen eine Sprache, die keine Übersetzung benötigt. Das war die Sprache, die heute benutzt wurde."

Globalisierung der Lösungen

Dagegen argumentiert der palästinensisch-amerikanische Literaturwissenschaftler Edward Said: "Die Selbstmordattentäter von New York und Washington scheinen Leute aus der Mittelschicht gewesen zu sein, gebildete Menschen und keine armen Migranten." Die "Verarmten und Verzweifelten" in vielen islamischen Staaten würden durch ein "magisches Denken, das schnelle, blutige Lösungen" verspreche, von religiösen Eiferern in die Irre geführt. Said, dessen grundlegendes Werk "Orientalism" den Ansatz der Post Colonial Studies mitbegründete, trat in den vergangenen Jahren als militanter Verfechter der palästinensischen Unabhängigkeitsforderungen auf. In seiner Stellungnahme wendet er sich gegen den Fundamentalismus: "Das Problem des gegenwärtigen religiösen und moralischen Fundamentalismus ist, dass seine primitiven Ideen von Revolution und Widerstand, einschließlich der Bereitschaft zu töten und zu sterben, auf engste mit der entwickelten Technologie verbunden sind." Außerdem zielten die Anschläge auf die Provokation "brutaler Repression".

Uri Averny von der israelischen Friedensbewegung Gush Shalom mahnt die Hinwendung zu den Ursachen des Terrors an. Diese liegen seiner Meinung nach in der Politik Amerikas, die "weltweit ungeheuren Hass provoziert" habe. "Nicht nur seiner Macht wegen, sondern wegen der Art, in der es diese Macht gebraucht. Es wird gehasst von den Gegnern der Globalisierung, die es für den schrecklichen Abgrund verantwortlich machen, der sich zwischen den Reichen und den Armen dieser Welt auftut. Es wird gehasst von Millionen Arabern, weil es die israelische Besatzung unterstützt und damit das Leid des palästinensischen Volkes. Es wird gehasst von einer Unzahl von Muslimen wegen seiner anscheinenden Unterstützung der jüdischen Herrschaft über die islamischen Heiligtümer in Jerusalem. Und es gibt noch viel mehr zornige Menschen, die glauben, dass Amerika denen hilft, die sie quälen." Das 21. Jahrhundert, das am 11. September begonnen habe, müsse "zur Globalisierung aller Probleme und zur Globalisierung ihrer Lösungen führen." Wie das jedoch konkret geschehen soll, lässt Averny offen, genauso wie die anderen Stimmen der internationalen Linken, die offenbar in tiefer Ratlosigkeit gefangen sind.

Boris Kanzleiter

7. Dokumentation: Innere Sicherheit. "Pro Asyl" und Flüchtlingsräte warnen

Autor: Frank John · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:31

"Ein neues Gespenst geht um in Europa: Es ist der klandestine Einwanderer, der Flüchtling, der Asylsuchende, die Verkörperung des unsichtbaren Menschen ohne Rechte. Alle Mächte des alten Europas haben sich zu einem Kreuzzug verbündet, um es zu verjagen und zurückzuschicken. Geplant wurde er von Politikern und Polizisten in Schengen zum Aufbau und der Verteidigung der Festung Europa." (YaBasta (2001): Demonstrationsaufruf gegen den G7-Gipfel in Genua)

Zu diesem Gespenst hat sich ein altbekanntes Gespenst gesellt: der internationale Terrorist, diesmal islamischen Glaubens, geboren im Emsland, mit deutscher Staatsangehörigkeit und Wehrdienst beim Panzergrenadierbataillon in Neugraben-Fischbek. Des weiteren ambitionierte Studenten aus begütertem Elternhaus in Nahost an der TU Harburg - ruhige, ernsthafte Zeitgenossen, fleißig und politisch unauffällig, bei KommilitonInnen geachtet oder sogar beliebt. Studenten, wie sie sich Eltern wünschen, und Ausländer, wie deutsche PolitikerInnen oder ideelle Gesamtdeutsche sie gern haben.

Rassismus im Zeitraffer

Wir wissen gegenwärtig nicht, ob die Verdächtigen tatsächlich die Attentäter sind. Wir wissen auch nicht, ob eine islamistische Programmatik der Hintergrund des Anschlages ist. Wir wissen ebenfalls nicht, ob Hamburg im Allgemeinen und die TU Harburg im Besonderen eine terroristische Kaderschmiede ist. Worüber wir aber sicher sein können, das ist die öffentliche Verschmelzung der beiden Feindbilder Terrorismus und Islam (bzw. je nach Bildungsstand auch: "islamischer Fundamentalismus"). Ein Klischee, das rassistische Ressentiments freisetzt. Bundesinnenminister Schily hat es umgehend bedient, als er seinen Gesetzesentwurf zum Einwanderungsgesetz zurückzog mit der Erklärung, eine erweiterte legale Zuwanderung von AusländerInnen aus Nicht-EU-Staaten werde derzeit kaum auf das Verständnis der Bevölkerung stoßen. Gescheitert war Otto Schily jedoch schon vorher. Der Fahrplan, das Gesetz im Hauruckverfahren durchzuziehen, war spätestens seit der kritischen Stellungnahme des Justizministeriums nicht mehr einzuhalten.

Der Entwurf des Zuwanderungsgesetzes war bereits ein negatives, feindseliges und repressives Dokument, in dem Migration und Flucht als Bedrohung und Problem gekennzeichnet wurden. Es stand für ein Staats- und Gesellschaftsverständnis, das nach wie vor tief im vorrepublikanischen Zeitalter und in nationalen Kategorien verwurzelt ist. Modern war daran nur die Absicht, das Ausländerrecht an die Verwertungsprinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung anzupassen. Dementsprechend haben die meisten Wohlfahrtsverbände, Menschenrechtsorganisationen, JuristInnen und schließlich auch die Kirchen und der DGB dem Vorhaben die rote Karte gezeigt. Das "So nicht" ist dabei oft überraschend deutlich und herzhaft formuliert worden. Und dieses "so nicht" wird bei einem neuen Entwurf erst recht aktuell bleiben. Denn die Richtung der Regierungsmaßnahmen ist eindeutig: Mehr innere Sicherheit, Fremde als Bedrohung und Machtzuwachs der Exekutive.

Interessant wird die Frage der sogenannten qualifizierten Einwanderung, denn die als Attentäter verdächtigten Migranten waren genau jene Experten, die zur Begründung immer herhalten mussten. Allein dieses Beispiel zeigt, dass eine Vielzahl klassischer rassistischer Zuschreibungen und Terrorismusprofile ins Leere läuft. So könnte es eigentlich für den Nützlichkeits- und Expertendiskurs der Regierung keinen größeren Dämpfer geben. Die Verdächtigen waren Prototypen der Sorte "nützliche Zuwanderer". Das offenbart zwar die Absurdität eines nationalen und kosten-nutzen-orientierten Blickwinkels auf Migration; für die Anpassung der gesellschaftlichen Standards an die internationalen Verhältnisse gibt es trotzdem kein Zurück. Denn umgekehrt gilt auch, dass für viele in diesem Land die Attentate eine willkommene Bestätigung oder Rechtfertigung ihres Rassismus sind.

"Nützliche Zuwanderer" oder "Terroristen"

Berichte aus Schulen und von der Straße über Beschimpfungen und Verunglimpfungen und aus München sogar über einen Brandanschlag auf eine Moschee markieren Einschnitte im Alltag. Aus den USA wird von 40

Aktionen "the day after" gegen Muslime oder ihre Einrichtungen berichtet. Unklar ist, ob solche Ereignisse vor dem Anschlag überhaupt gezählt und klassifiziert wurden. Auch in England kam es zu Beleidigungen und vereinzelten Übergriffen, eine islamische Gemeinde hat zur Selbstverteidigung aufgerufen, die British National Party will eine anti-islamische Aufkleberkampagne starten. Aus Italien berichtet eine Frau algerischer Herkunft, dass ihr nach dem Attentat die Wohnung gekündigt wurde. Weitere Beispiele von Diskriminierungen, Übergriffen, aber auch von Toleranzaufrufen und Solidaritätsbekundungen werden wir in den nächsten Tagen vermutlich noch reichlich lesen. Neu oder besonders ist daran eigentlich nichts. Auf Antidiskriminierungstagungen werden Beschimpfungen und Wohnungskündigungen bzw. Vermietungsabsagen als typische, rassistisch diskriminierende Maßnahmen im Alltag bezeichnet. In England gab es vor kurzem die bekannten Riots in Ghettos mit vielen muslimischen EinwohnerInnen, in den USA ist die Konfrontation zwischen christlichem und islamischem Fundamentalismus seit Jahrzehnten Alltag.

Neu aber ist das Tempo: Vergleichbar einem Zeitraffereffekt wurden nach den Attentaten diese Entwicklungen beschleunigt. Ob es in der Öffentlichkeit einen Paradigmenwechsel bezüglich rassistischer Diskurse gibt, wird sich zeigen. Die oben angeführten Beispiele zeigen das umkämpfte Terrain im Alltag. Auf der politischen Bühne wird umkämpft sein, ob die antiterroristische Rhetorik nun die Zustimmung der Verbände, Kirchen und Gewerkschaften für ein Zuwanderungsgesetz bringt, die vorher dem alten Schily-Entwurf versagt wurde. Der amtliche Diskurs setzt jedenfalls vollständig auf Homogenisierung und versucht, die Reihen zu schließen. Antirassistische AktivistInnen sind aufgefordert, ihr Nein zu einem Zuwanderungsgesetz, ihr Nein zum Krieg und ihr Ja zur Migration, ihr Ja zur Umverteilung des Reichtums auf der Straße zu äußern.

Infinite justice und unendlicher Krieg

Gegenwärtig erleben wir zwei Pole der Meinungsbildung: einmal den antiterroristischen Diskurs mit eindeutig rassistischem Profil und zum anderen die Zivilisationsrhetorik, die der Bundesinnenminister beispielhaft in der Talk-Show von Christiansen vorführte, als er der so genannten "Globalisierung von Menschenrechten" das Wort redete: Der Mythos des Westens als Hort einer offenen Gesellschaft wird gekoppelt an das Feindbild Islam. Die Geschichte der Aufklärung ist auch immer die Geschichte der Kolonisierung und der Zivilisierung der "Wilden" gewesen. Wenn Linke, wie geschehen, gegen den Utilitarismus in der Einwanderungsdebatte stattdessen den Humanismus und Kant in Anschlag bringen, dann vergessen sie, dass der Humanismus immer nur die Rechte und das Menschsein der europäischen BürgerInnen berücksichtigte und deshalb historisch vom Eurozentrismus nicht zu trennen ist. Seine Grenze findet er in folgender Frage: Wer entscheidet darüber, nach welcher Ordnung soziale, BürgerInnen- und Menschenrechte an wen verteilt werden?

Angesichts der Situation z.B. in Afghanistan aber kann sich der Humanismus auch nicht einfach in eine kulturrelativistische Verteidigung des Islamismus retten. Der moralische Antirassismus ist angesichts der "infinite justice" des George W. Bush sowieso am Ende der Fahnenstange angekommen. Denn diese unendliche Gerechtigkeit bedeutet in der logischen Konsequenz unendlichen Krieg.

Und dieser Krieg wird letzten Endes durch eine Front markiert - durch den Zugang zum Reichtum der Welt und zu den Mitteln, ihn zu produzieren und zu verbrauchen.

Frank John

Dokumentation:

Innere Sicherheit

Pro Asyl und Flüchtlingsräte warnen

Pro Asyl und die Flüchtlingsräte der Bundesländer warnen eindringlich vor einer Spirale von Gewalt und Rassismus in Deutschland. Schon jetzt häufen sich Pöbeleien und Angriffe auf hier lebende Migrantinnen und Migranten, die man für Muslime oder Araber hält. Es hat bereits Morddrohungen gegeben. Politiker von SPD und CDU überbieten sich gegenwärtig mit neuen restriktiven Vorschlägen und propagieren blinden Aktionismus. Pro Asyl und die Flüchtlingsräte kritisieren die Äußerungen führender Politiker als unverantwortlich und leichtfertig. Sie setzen mit ihren Vorschlägen die in Deutschland lebenden Menschen - Muslime, Araber und alle anderen Migrantinnen und Migranten - dem Verdacht aus, mit den Tätern unter einer Decke zu stecken oder zumindest zu sympathisieren.

Hier lebende Migrantinnen und Migranten dürfen nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden. Der Islam darf nicht mit Terrorismus gleichgesetzt werden. Die Ursachen und Hintergründe der Anschläge von New York müssen aufgeklärt und die Verantwortlichen mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Rechenschaft gezogen werden. Die Antwort auf den New Yorker "Anschlag auf die Freiheit" (Bundeskanzler Schröder) darf jedoch nicht darin bestehen, die Militarisierung der Politik nach innen und außen voranzutreiben. Es wäre die Niederlage der freiheitlichen Verfassung unseres Landes, wenn es Politikerinnen und Politikern durch die "Instrumentalisierung des Terrors" gelänge, die Grund- und Freiheitsrechte weiter zu beschneiden. Es wäre ein irreversibler Verlust an Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, wenn unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung staatliche Organe und Behörden mit weitgehend ungehinderten Kontroll- und Vollzugsgewalten ausgestattet würden.

Pro Asyl und die Flüchtlingsräte fordern eine Politik der Verständigung, eine Kultur des Dialogs und des Ausgleichs zwischen den Religionen. Die verantwortlichen deutschen Innenpolitiker stehen in einer hohen Verantwortung. Pro Asyl und die Flüchtlingsräte fordern die Politikerinnen und Politiker eindringlich auf, mögliche rassistische Effekte ihrer Worte und ihres Handelns zu bedenken. Wir warnen davor, die Situation weiter aufzuheizen, damit es nicht wieder - wie in den Jahren 1992 und 1993 - zu einer Welle rassistisch motivierter Angriffe und Morde gegen Flüchtlinge und Migranten in Deutschland kommt.

Geradezu zynisch muten Versuche an, die New Yorker Terroranschläge in einen Zusammenhang zur Asylthematik zu setzen und als Munition für die Forderung nach weiteren Verschärfungen des Ausländerrechts zu instrumentalisieren. Zu kritisieren sind insbesondere Beschlüsse der gestrigen Innenministerkonferenz, die u.a., wie zuvor Bayerns Ministerpräsident Stoiber, einen generellen Abgleich der Daten der Sicherheitsbehörden mit Daten von Flüchtlingen und politisch Verfolgten fordert. Schlimmer noch der bayerische Innenminister Beckstein, der im Bayerischen Rundfunk erklärt, er glaube nicht, dass man noch "unbefangen darüber diskutieren kann, ob man Leute zum Beispiel aus Irak, Leute aus der arabischen Welt, zu uns leichter kommen lässt". Mit derartigen Tönen werden Übergriffe auf Migranten und Flüchtlinge förmlich herbeigeredet.

Auf unseren scharfen Protest stößt die - inzwischen vom Bundesinnenministerium und der Innenministerkonferenz aufgegriffene - Forderung Becksteins, alle Migrantinnen und Migranten einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz zu unterziehen, sowie die Pläne von Bundesinnenminister Schily, den Datenschutz weiter einzuschränken und Militär ggf. auch für polizeiliche Ziele im Inland einzusetzen. Schily plant weiter einen Abgleich der Daten aus dem Ausländerzentralregister mit Daten anderer Behörden. Jeder Migrant und jede Migrantin wird so zum potenziellen Terroristen und Sicherheitsrisiko erklärt.

Wenn es sich, wie die Politik erklärt, um einen "Anschlag auf unsere Werte" handelt, ist sie jetzt umso mehr verpflichtet, sich in ihren Reaktionen auch nach ihnen zu richten. Nur Recht, soziale Gerechtigkeit und Toleranz können langfristig dem Terrorismus den Boden entziehen.

Heiko Kauffmann (Sprecher von PRO ASYL), Mehrnousch Zaeri-Esfahani (AK Asyl Baden-Württemberg), Christian Wunner (Bayerischer Flüchtlingsrat), Walid Chahrour (Flüchtlingsrat Berlin), Evamaria Friedrichsen (Verein ökumenischer Ausländerarbeit im Lande Bremen), Cornelia Gunßer (Flüchtlingsrat Hamburg), Kai Weber (Niedersächsischer Flüchtlingsrat), Dr. Michael Stoffels (Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen), Werner Meyknecht (Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt), Martin Link (Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein)

8. Zivilisierte dieser Erde wachen auf. Was Feuilletons und Kommentare nach dem 11. September umtreibt

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Medien; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:35

Am 13. 9. schrieb Theo Sommer in der Zeit: "Selbst im besten Fall markiert dieser 11. September eine weltpolitische Zensur." Die verpasste Korrektur, die statt der Zäsur die Zensur stehen ließ, könnte man auch als freudschen Fehler lesen. Dann hätte man einen guten Aufhänger, um zum Beispiel zu erklären, dass seit dem 11. September alle Medien gleichgeschaltet sind und die Wahrheit verboten ist. Nur stimmt das gar nicht.

Denn es können ja alle Meinungen geäußert werden. Und sie werden auch geäußert. Titelseitentexte und Feuilletonbeiträge geraten bisweilen in sogar regelrechte Widersprüche zueinander. Dass heißt aber nicht, dass es gar keine Selektion von Aussagen gibt. Denn in der Masse der Wörter tauchen einige Bilder sehr regelmäßig auf und gruppieren sich ebenso regelmäßig mit anderen Bildern; und wie das mit Bildern so ist, fotografierten oder beschriebenen, sie produzieren Gefühle und geben diesen Gefühlen eine Form. Eine Zensur arbeitet mit Verboten, hier arbeitet man mit Produkten; Gefühlsprodukten eben, die man sich, kaum hat man sie gesehen, gehört oder gelesen, irgendwie einverleiben muss, bis man selber eines Tages, wenn man nicht aufpasst, ein einziges Gefühlsprodukt ist. Was ein bisschen ähnlich wie Zensur ist, bloß dass Zensur den Text und das Gefühlsprodukt die Lesenden kontrolliert.

Jedenfalls sprach Schily kürzlich bei Christiansen sinngemäß vom Feldzug auf drei Ebenen, der jetzt ins Haus steht, wobei die dritte Ebene bestimmt die wichtigste ist, zumindest war sein Gesicht bei diesem Teil am feldherrlichsten: die geistig-moralische. So ein geistig-moralischer Feldzug ist eine Art Beglückungsprogramm für die arabische Welt, zumindest, wenn man nochmal auf Theo Sommer hört, der weiß: "Dass jedermann nach seiner Fasson selig werden möge, dieses Prinzip ist den Taliban, den bin Ladens, den Hizbullahi, den Hamas-Selbstmördern so fremd, wie es uns bis zum Dreißigjährigen Krieg gewesen ist." (Die Zeit, 13.9.) Und damit all diese Seligen (also wir alle seit 1648) gut gerüstet in den Feldzug ziehen, dafür braucht es eben diese ganz verschiedenen Gefühlsprodukte.

Die natürlich bei aller Verschiedenheit auch was Gemeinsames haben. Man kann sich sogar zu der etwas albernen Bemerkung versteigen, ihr Gemeinsames ist das Gemeinsame. Ja, weil es nämlich verschiedene Sorten von Gemeinsamen und von Gemeinsamkeiten sind, die alle gemeinsam haben, dass sie etwas gemeinsam haben, und das hat letztlich was mit wirklich emotionalen Angelegenheiten zu tun.

Da gibt es zunächst die Gemeinsamkeit der Opfer. Das sind die Leute, die im World Trade Center waren, und wir alle und unsere Kinder. Was die gemeinsam haben, ist das Trauma. Wer das anmaßend findet, der ist dann bestimmt "ein Gefangener von Ideologien". Wie die "tanzende Palästinenserfrau" die "so gespenstisch" war, weil bei ihr das "Mitgefühl so abwesend war". (taz 19.9.) Wie auch immer: Für die im World Trade Center kommt das jetzt zwar zu spät, aber unseren Kindern sollte man zeigen, dass man zu seinen Gefühlen stehen muss. Nein, das heißt nicht, dass man nicht Kindergeburtstag feiern darf. Man soll nur den Kindern gegenüber die eigene Betroffenheit nicht verbergen. Dann kann da was richtig Heilsames entstehen, eine schöne, gemeinsame Familientragödie; vorm Fernseher, oder, am besten, vorm Konsulat. Da freut sich auch das Fernsehen, das vorbeikommt und eins von diesen gemeinsam-tragischen Familienmitgliedern fragt, was es empfindet, wenn es dann so gänzlich authentisch rüberkommt: "Ich bin unfassbar!"

Aber was ist das eigentlich, ein Trauma? Im Lexikon steht, beim Trauma handelt es sich um eine plötzliche seelische Belastung, die unterschwellig derart auf ein Individuum einwirken kann, dass sie von ihm nicht bewältigt werden kann. Wenn das Individuum versagt, wer muss dann ran? Die gemeinsame Gemeinschaft natürlich. Und von unseren Kindern können wir auch was lernen! Die verarbeiten nämlich "das Gesehene in einem ‚traumatischen Spiel`", und davon dürfe man sie praktisch aus gesundheitlichen Gründen keinesfalls abhalten. (FAZ, 19.9.) In diesem Sinne ist Bushs unendlicher Gerechtigkeits-Feldzug eine regelrechte Traumatherapie. Ein Trauma heilen, das geht eben mit Argumenten nicht und auch nicht mit Demonstrationen. Nein, man muss sich entscheiden, ob man es tapfer bearbeiten oder ängstlich verdrängen will.

Die Anschläge haben uns aber neben dem Trauma auch noch was ganz Wunderbares beschert, nämlich eine Katharsis. Das ist auch wieder was Plötzliches, aber eher eine plötzliche psychische Selbstreinigung. Der

Schock sitzt zwar tief, denn: "Die ganze westliche Welt ist erschüttert in ihrer Selbstgewissheit, in ihren psychologischen Grundfesten." Aber diese Grundfeste freizulegen, das transzendiert den Westen gleichsam, führt ihn seinem eigenen Urgrund zu: "Es ist greifbar, auf schreckliche Weise erfahrbar geworden, dass wir nicht nur eine Gesellschaft miteinander konkurrierender Individuen, Unternehmen oder Staaten sein können, sondern dass, bei allem Wettbewerb und gerade wegen seiner Bedeutung, auch Solidarität und gegenseitige Hilfe nötig sind, mit einem altertümlichen Wort: Gemeinschaft." (FAZ, 13.9.) Das sind wir! Wir! Eine wirkliche Gemeinschaft! Es ist so bewegend.

Ja und diese Gemeinschaft ist sozusagen die Gemeinsamkeit der Zivilisation. Wir sind ja jetzt alle Amerikaner, weil Kennedy ein Berliner war, und die, denen das zu simpel ist, die sind noch was viel Besseres, und auch, damit da keine Missverständnisse aufkommen, was sehr Gemeinsames, die sind nämlich Europäer. Vorneweg übrigens Scholl-Latour, der "große alte Mann" (taz), dem sind die Amerikaner eigentlich zu blöd, und am liebsten hätte er eine zivilisierte europäische Armee ohne diese Trampel, die nicht wissen, wie man die Orientalen anfassen muss. Sowieso ist den meisten AutorInnen klar, dass nur die Amis einen Dämlack wie Huntington mit seiner platten These vom Kulturkampf hervorbringen können, die sind eben so gefesselt an simple Schwarz-weiß-Schemata, während die Europäer sich ja auf was berufen können, im Gegensatz zu den Amerikanern, auf Literatur zum Beispiel, und zur Zeit zitiert man speziell in Deutschland gerne Thomas Mann, weil der so tiefgründig auf dem Unterschied zwischen Kultur und Zivilisation besteht: "... und Deutschthum, das ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur". (FAZ, 19.9.) Und weil wir Deutschen jetzt auch so richtig gemeinsam sind, deshalb liest die taz-Kommentatorin Kerstin Decker grad von allen Bestsellern am liebsten die Erinnerungen von Olaf Henkel, dem früheren Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, auch ein Thomas-Mann-Leser übrigens, weil der nämlich eins so schön auf den Punkt bringt, "die zivilisatorische Zauberformel: Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft!" (taz, 19.9.)

Jedenfalls ist dieser Unterschied zwischen uns Europäern und den Amerikanern der einzig echte Unterschied unter den Zivilisierten. Und der Kapitalismus ist nicht mehr was Rohes, das sicherheitshalber ein bisschen humanisiert werden sollte, der Ruhe wegen, wie manche vielleicht vor einigen Wochen, nach Genua, noch dachten, sondern jetzt wissen wir: Der Kapitalismus, das ist die Bedingung und der letzte Grund der Zivilisation, oder, warum es nicht deutlich sagen, des Humanen.

Und all das, was wir Zivilisierte im Kern sind, was wir jetzt durch das Trauma in New York erstmal so richtig gemerkt haben, das ist nun in Gefahr wegen dieser anderen Gemeinsamkeit der Unzivilisierten. Das sind jetzt nicht nur die Araber. Da gibt es nämlich auch noch Leute, die nun die Gelegenheit hätten, sich als bekennende Zivilisierte zu outen, die das aber ausschlagen. Die gebildeten brasilianischen FreundInnen des Spiegel-Schreibers aus Rio de Janeiro zum Beispiel, die stemmten sich gegen den "solidarisierenden Sog" der TV-Bilder und steigen einfach zusammen mit den brasilianischen Tageszeitungen "aus der gemeinsamen Trauerarbeit aus" - und das, obwohl sie in Hollywood-Filme gehen, Frank Sinatra hören und Häagen-Dasz-Eis essen. Es sei fast so, überlegt der Spiegel-Mann, "als hätten die irren Fanatiker auf die brutalste Weise artikuliert, was an dunklen Widerständen selbst im kultiviertesten Lateinamerikaner lebt." Herrje, wie, wie dunkel mag es wohl erst in den zahllosen unkultivierten Lateinamerikanern aussehen?! Dazu hat auch Henryk M. Broder im Spiegel was zu sagen, nämlich, dass Huntington wohl doch Recht hat, weil es einen Kampf der Kulturen gibt, wo die andere Kultur sich hervortut durch "die reine Lust am Morden, die inzwischen nicht einmal einen Vorwand braucht." (Spiegel 38/2001). Und wenn dann zum Beispiel so ein zivilisiertes Gefühlspaket auf so einen pseudokultivierten Antizivilisierten trifft, dann kann der sich aber mal auf was gefasst machen.

Und damit kommen wir zu den beiden richtig interessanten Gemeinsamkeiten. Da gibt es erstens die Gemeinsamkeit des Verbrechens. Also: "Die Übergriffe in den Vereinigten Staaten auf Menschen orientalischer Abstammung (...) demonstrieren: dass das Teufelswerk der Todesflieger in den Köpfen der Menschen weitertickt." (FAZ, 18.9.) Denn mit dem Rassismus verhält es sich nämlich so, dass er die Unzivilisierten praktisch untereinander beschäftigt. Denn es ist ja das Teufelswerk der Todesflieger, das solche Leute mit einer orientalischen Abstammung in der Zivilisation auf der Straße überfällt. Es tickt und tickt, und die Zivilisierten stehen daneben und sind unfassbar. Der Rassist und der Terrorist, die sind jedenfalls beide dem Zivilisierten richtig fremd.

Zweitens gibt es die Gemeinsamkeit der Emotionen. Das ist eine Art von Gemeinschaft über die Grenzen der Gemeinsamkeiten hinweg, also eine Koalition nicht unbedingt von Personen, sondern eher von Gefühlen und

Gefühlspaketen, wenn man so will. Regelrecht angewidert ist der FAZ-Autor Lerch am 13.9., weil er was schreiben muss darüber, wie die arabischen Zeitungen jetzt agitieren, zum Beispiel mit Überschriften wie "Tag des jüngsten Gerichtes in Amerika" und so weiter. So sind sie aber nunmal, die Unzivilisierten, religiös, fanatisch, vormodern, hetzerisch. Die Zivilisierten müssen das bekämpfen, weil sie ja ein Trauma und eine Katharsis erfahren haben. Und wie sie dagegen kämpfen, darüber informiert uns nützlicherweise ein Kollege des FAZ-Autors gleich in derselben Ausgabe - nämlich mit einer "Vision vom Endkampf zwischen Gut und Böse vor dem Tag des jüngsten Gerichts" und einer Ahnung davon, "was der biblische Ortsname ‚Armageddon` bedeuten könnte." (FAZ, 13.9.) Heißt: Das Wesen der Unzivilisierten und das Wesen von unserm Feldzug, die sind eigentlich deckungsgleich. Und weil es da diese Gemeinsamkeit der Gefühle und der Wesen gibt, deswegen steht uns ein echter Gefühlskrieg bevor. Also nicht mehr so technokratisch wie noch beim Kosovo-Krieg, hier geht es nicht bloß um die praktisch-militärische Anwendung von Menschenrechten, hier geht es um die Menschheit. Und wenn es um alles geht, um den Kern, um das in uns und außer uns, wenn also alles im Menschheitskampf aufgeht, dann gibt es keine politischen Gegner mehr, dann gibt es nur noch Gefahren. Die man ausmerzen muss, im Inneren wie im Außen. Deswegen zitiert die Welt Herrn Direktor Laqueur vom Center for Strategic and International Studies in Washington, der weiß, wie es eigentlich hätte laufen müssen: "Die Vereinigten Staaten hätten sofort brutal zuschlagen müssen." Und zwar "einen oder zwei Tage nach dem Anschlag wahllos und mit Gewalt gegen irgendeine Regierung oder ein Land".(18.9.) Was nicht ist, kann ja noch werden. Die geistig-moralischen Voraussetzungen für diesen unendlichen Anti-Trauma-Kampf, den die Menschheit gegen das Außermenschliche führen will, sind jedenfalls da.

Falls es doch noch irgendwie einen Rest gibt, muss der schweigen, erläutert am 13.9. die FAZ: "Daß davon auch Völker oder Gruppen getroffen werden, die unter staatlicher Unterdrückung und Terror leiden, ist die Konsequenz eines welthistorischen Ereignisses, dessen Wucht komplizierte Abwägungen auf absehbare Zeit verstummen lassen wird."

Stefanie Gräfe

"In höchster Not zeigt sich eine zivilisierte Gesellschaft

von ihrer besten Seite." (FAZ ,13.9.)

"Was, wenn mein Kind islamische Kinder im

Kindergarten oder in der Klasse hat?" (Bild, 13.9.)

"Die islamische Welt spürt, dass die Menschenrechte

de facto gekoppelt sind an unsere

Wirtschaftsgesinnung, die allen Religionen im

Ursprung tief fremd erscheint." (taz, 19.9.)

9. Weltwirtschaft taumelt. Politik und Kapital machen in Zuversicht

Autor: gw · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:29

Weltweite Kursverluste an den Börsen, verunsicherte KonsumentInnen, PolitikerInnen, die Vertrauen schaffen wollen. Folgende Frage treibt sie um: Wie wirken sich die Anschläge vom 11. September aus? Damit aus dem Taumeln der kapitalistischen Ökonomie kein Sturz wird, wird heftig interveniert: mit Zinssenkungen der Notenbanken, staatlichen Subventionen für Airlines - und vor allem mit stetigen Warnungen vor Pessimismus und Weltuntergangsstimmung. Dabei hatten nicht erst die Anschläge die Wirtschaft zum Taumeln gebracht. Die Abwärtsfahrt der Weltökonomie hatte längst vorher begonnen. Deshalb bleibt jetzt auch aus, was sonst bei Katastrophen die Regel war: rascher Aufschwung nach kurzem Einbruch.

Auf 20 bis 40 Milliarden Dollar schätzt man die direkten Folgekosten der Terroranschläge bislang, also die Gelder für den Wiederaufbau plus Versicherungskosten. Hinzu kommen tägliche Einnahmeverluste der US-Fluggesellschaften von 300 Millionen Dollar. Ebenso werden Teile der Tourismusbranche in nächster Zeit Einbrüche erleiden. Auch die KonsumentInnen in den USA halten sich seit dem 11.9. beim Kauf langfristiger Konsumgüter zurück. In der BRD bemüht sich Kanzler Schröder, zurückhaltendem Kaufverhalten mit Verbreitung von Optimismus zu begegnen.

Doch schon vor den Anschlägen war die Konjunkturkurve in den USA in Richtung Rezession gefallen. Die Industrieproduktion war schon elf Monate in Folge gesunken und liegt derzeit um fast 5 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenquote stieg im August von 4,5 auf 4,9 Prozent und lag damit um einen Prozentpunkt über dem Vorjahresniveau. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um mehr als 0,4 Prozentpunkte, so der Wirtschaftsjournalist Robert Samuelson, war seit dem Zweiten Weltkrieg immer ein Indiz für eine bevorstehende Rezession. Und richtig: Alle Fundamentaldaten der ökonomischen Entwicklung zeigen seit einiger Zeit nach unten, nicht nur in den USA, sondern auch im europäischen und vor allem im asiatischen Wirtschaftsraum. Ein Trend, der sich durch die Ereignisse vom 11.9. noch verschärft hat.

So hatten die Jubelarien bei der Wiedereröffnung der Börse an der Wall Street vor allem den Zweck, Optimismus auszustrahlen, denn die Verluste waren beträchtlich. Allein, es hätte noch schlimmer kommen können, und es kommt täglich schlimmer für die Börsianer. Die Aktienkurse befinden sich auf einem kontinuierlichen Abwärtstrend. Dies gilt sowohl für den DAX, den Nemax, den Dow Jones als auch für den japanischen Aktienindex Nikkei. Dieser stürzte am 11. September auf das Niveau von 1983 - unter 10.000 Punkte. Und die Werte in den USA und Deutschland befinden sich zur Zeit unter dem Niveau der Asienkrise von 1997.

Vor der Wiedereröffnung der Börse in New York setzten sowohl die US-amerikanische als auch die europäische Zentralbank ein deutliches Zeichen mit der Senkung des Leitzinses um 0,5 Prozentpunkte. Mit dieser gemeinsamen Intervention versuchte man, einen Börsencrash abzuwenden und der schwächelnden Konjunktur genügend Liquidität zur Verfügung zu stellen - eine Möglichkeit, die der japanischen Notenbank verschlossen bleibt: Hier liegt der Leitzins sowieso schon bei Null Prozent.

... und es wird schlimmer kommen

Aber die abgestimmten Interventionen der Zentralbanken in den kapitalistischen Metropolen hatten keinen nennenswerten Effekt. Die Kurse stürzen drastisch weiter. Folglich setzt nun ein Regulierungsprozess ein, der insbesondere diejenigen hart treffen wird, die Kapitalismus mit einem Casino verwechselt haben. Am Ende herauskommen wird ein bereinigter Markt, auf dem einige Unternehmen auf der Strecke geblieben sein werden und viel Aktienkapital vernichtet sein wird. Ein Beispiel: Bei den Luftfahrtunternehmen lag schon länger eine immense Überkapazität vor. Schon vor den Anschlägen waren deshalb einige Unternehmen in einer akuten Krise. Genau diese werden jetzt sang- und klanglos vom Markt verschwinden. Die großen Fluggesellschaften hingegen werden zwar, wie jetzt in den USA verkündet, mit 15 Mrd. Dollar staatlich subventioniert, so dass sie nach dieser Krise wieder gestärkt sein und auf dem bereinigten Markt Gewinne realisieren werden. Zunächst aber kündigte die Branche einen Stellenabbau in einer Größenordnung von 100.000 Stellen an. Allein Boeing will bis Ende 2002 bis zu einem Drittel ihrer 93.000 Stellen streichen.

Lufthansa wiederum hat die Bestellung des Großraumjumbos A380 verschoben. Und der Aktienkurs der Airbus-Muttergesellschaft EADS sank seit dem 11. September von fast 20 Euro auf 11,14 Euro am 19. September.

Davon abgesehen startet man in den USA ein kräftiges Konjunkturstützungsprogramm - durch das Anwerfen der Militärmaschinerie. Wie viele staatliche Milliarden nun in den militärischen Komplex umgeschichtet bzw. umverteilt werden, lässt sich momentan noch nicht absehen. Dennoch ist eine Veränderung des allgemeinen Abwärtstrends zur Zeit nicht in Sicht. Denn eine Konjunkturlokomotive, wie es nach der Asienkrise die USA für die anderen Ökonomien waren, fehlt diesmal. Die USA sind längst auf dem Weg in die Rezession, und die japanische Wirtschaft vermeldet die vierte Rezession innerhalb von zehn Jahren, mit einer Industrieproduktion, die heute nur noch knapp über dem Niveau von vor zehn Jahren liegt. Und auch in der EU, und hier insbesondere in der BRD mussten die Wachstumserwartungen in diesem Jahr kontinuierlich nach unten korrigiert werden. Zwar ging man in den Wochen vor den Anschlägen immer noch von einem geringen Wirtschaftswachstum aus, doch dieses war bereits deutlich geringer als noch zu Anfang des Jahres prognostiziert. Jetzt zeigen alle Daten auch für die BRD deutlich in Richtung von Stagnation, wenn nicht gar Rezession. Auch die EU fällt jedenfalls als Kandidatin für die Konjunkturlokomotive der Weltökonomie aus, deren desolate Situation durch die schweren Finanzkrisen in Argentinien und der Türkei zusätzlich verstärkt wird.

Fazit: Alle Faktoren deuten darauf hin, dass sich das Taumeln der Weltökonomie ausweiten wird. Und Krieg war immer schon Teil des Lösungsrepertoires für die Überwindung ökonomischer Krisen im Kapitalismus. Linke und insbesondere gewerkschaftliche Linke sollten ihrerseits das Wissen darum gerade jetzt wieder in ihr Handlungsrepertoire einbeziehen.

gw

10. Kleine Schritte am Rande des Abgrunds. Israel/Palästina nach den Anschlägen vom 11. September

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:34

Durch die Attentate in New York und Washington hat sich die politische Großwetterlage in Israel/Palästina verändert. Die internationale Anti-Terror-Offensive unter US-Hegemonie ist nicht als ein Kampf des Lichtes gegen das Dunkel, der Zivilisation gegen die Barbarei, oder des Westens gegen den islamischen Fundamentalismus zu verstehen, sondern eher als eine konservative Reaktion der Weltmacht auf Kräfte, die die Stabilität des globalen politischen Systems auf äußerst destruktive Weise bedrohen. Manche sehen darin gar die Anfänge einer politischen Globalisierung. Tatsächlich wird es Zeit, in großen Dimensionen zu denken - eine Fähigkeit, die dieser Tage in Israel/Palästina ein seltenes Gut ist.

Direkt nach den grauenhaften Anschlägen gingen bestürzende Bilder von feiernden PalästinenserInnen um die Welt. Erinnerungen an die Unterstützung vieler PalästinenserInnen für Saddam Hussein im zweiten Golfkrieg kamen hoch, die palästinensische Administration und zahlreiche prominente PalästinenserInnen konnten auch mit ihren Beileids- und Solidaritätsbekundungen an die Adresse der USA diesen Eindruck nur schwer wettmachen. Es gibt keine Zahlen darüber, wie viele PalästinenserInnen sich insgeheim oder offen über die Attentate gefreut haben, weil sie darin eine Strafe für die arrogante Missachtung ihrer existenziellen Notlage seitens der einzigen Weltmacht sehen. So abgestumpft, selbstsüchtig und dumm muss man erst mal werden!

Auf den Inseln der (ehemals) Seligen ist es jedoch einfach, darüber die Nase zu rümpfen. Schwieriger bleibt es nachzuvollziehen, dass ein Leben in Armut und Unterdrückung, eine Militärbesatzung oder ein Knast eben keine moralischen Besserungsanstalten sind und nie welche waren. Immerhin haben weite Teile der palästinensischen Gesellschaft und der politischen Führung die tief greifende Bedeutung dieser Attentate umgehend verstanden und die einzige ihnen verbleibende Option gewählt - den demonstrativen Schulterschluss mit den AmerikanerInnen. Arafat hat aus den Fehlern von 1990/91 gelernt, als die PLO sich an die Seite Saddam Husseins stellte und damit das diplomatische Waterloo von Oslo einleitete. Nicht zuletzt dank der Verhandlungsofferten aus dem Hause Shimon Peres, der mit stoischer Geduld Schadensbegrenzung betreibt, werden die PalästinenserInnen diesmal nicht als die Verbündeten von Erzterroristen gelten.

Premierminister Sharon hat in anfänglicher Begriffsstutzigkeit seinen alten Lieblingsfeind Arafat der Weltöffentlichkeit als "den Bin Laden der Israelis" verkaufen wollen. Besonders in den ersten Stunden nach den Anschlägen waren israelische Politiker und Sicherheitsexperten auf allen Nachrichtenkanälen zu erleben, wie sie dem großen Bruder mit verständnisvoller Miene ihr Mitgefühl ("Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie es Euch jetzt geht") ausdrückten und eine Menge guter Tipps für den Anti-Terror-Kampf zum Besten gaben. Doch richten sich die Interessen der USA auf eine Einbeziehung der pragmatischen arabischen und muslimischen Staaten in eine internationale Anti-Terror-Koalition. So findet sich Israel wie schon 1991 auf einem Abstellgleis der Weltpolitik wieder. Die Botschaft Bushs an die Israelis lautet sinngemäß, mit den Worten von Yoel Markus in Haaretz (21.9.): Verschwindet uns aus den Augen! Was Muslime in aller Welt als israelischen Staatsterror gegen die Palästinenser empfinden, darf jetzt nicht in den Schlagzeilen stehen.

Israelische KommentatorInnen hatten bereits seit der Wahl Bushs auf die widersprüchlichen und für Israel potenziell nachteiligen strategischen Prämissen der USA im Nahen und Mittleren Osten hingewiesen. Seit dem 11. September haben sich die Spielregeln auf unabsehbare Weise verändert. Für Yossi Beilin, den Architekten der Oslo-Verträge, ist der israelisch-arabische Konflikt mithin zu einem Luxus geworden, den sich die USA angesichts neuer Herausforderungen nicht mehr leisten kann. (The Guardian, 19.9.)

Zu hoffen bleibt, dass die sinnlosen Zerstörungen in den USA letztlich der Einsicht zum Durchbruch verhelfen, dass jede Anti-Terror-Strategie zum Scheitern verurteilt ist, die nicht seine strukturellen Ursachen wirksam bekämpft. Die strukturelle Ursache für den Terror palästinensischer Selbstmordattentäter in Israel ist die israelische Besatzung in Westbank, Gaza und Ostjerusalem. Schon wird von einer neuerlichen diplomatischen Offensive von USA, EG und UN im israelisch-arabischen Konflikt gemunkelt, die für den Erfolg der angestrebten internationalen Anti-Terror-Koalition zwingend geboten wäre. Niemand hätte sich träumen

lassen, dass die von Arafat schon lange angestrebte Internationalisierung des Konfliktes letztlich auf diesem Wege zu Stande kommen könnte.

Palästinensische Militante wie der Fatah-Vorsitzende im Westjordanland und Chef der Tanzim, Marwan Barghuti, geben dem jetzt beiderseitig ausgerufenen Waffenstillstand allenfalls eine Woche. Tatsächlich lässt sich die Lage in Israel/Palästina nur kurzfristig per Machtwort aus den USA einfrieren. Die Besatzung ist damit schließlich nicht aufgehoben. Sollten weitergehende Verhandlungsinitiativen ausbleiben und ein Krieg gegen Afghanistan folgen, dann droht die Destabilisierung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens durch eine nie erlebte Gewaltspirale. Auf amerikanischen Druck hat Sharon seine Zustimmung zu einem Treffen zwischen Peres und Arafat signalisiert, selbst wenn keine absolute Waffenruhe herrscht: kleine Schritte am Rande des Abgrunds.

Achim Rohde, 21.9.2001

11. "Pearl Harbour´ dient dazu, das Kriegsfieber hochzutreiben." Interview mit der US-Aktivistin Leslie Cagan zur Lage in den USA

Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:24

Leslie Cagan ist Mitglied des Koordinierungsrats der linken "Committees of Correspondence", einer Abspaltung der US-KP. Sie war eine der Hauptorganisatorinnen gegen den Vietnam-Krieg und nationale Koordinatorin des Bündnisses gegen den Krieg am Persischen Golf 1990/91. Sie ist in der linken Lesben- und Gewerkschaftsbewegung aktiv.

ak: "Krieg", "Rache" und "Vergeltung" tönt es in den gesamten USA seit den verheerenden Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon rund um die Uhr. Wo ordnen Sie diese Rhetorik auf einer Skala ein, wenn diese bei Säbelrasseln anfängt und bei Massenmord aufhört?

Leslie Cagan: Es war anfangs nicht 100-prozentig zu sagen, wie die Gehirne der Herren im Pentagon und im Weißen Haus funktionieren. Die militante Rhetorik sollte Menschen und Regierungen zunächst einschüchtern, um sie zur Unterstützung der Marschrichtung zu veranlassen, die die USA vorgeben. Es geht um reale Vorbereitungen für einen Krieg, wie Bush in seiner Rede vor dem Kongress eindeutig gesagt hat. Der Begriff "Krieg" trifft dabei die Sache nicht ganz. "Massive militärische Angriffe" wäre genauer. Denn "Krieg" impliziert eine Abfolge von Angriff, Gegenangriff, erneutem Angriff und so weiter, eine Schlacht also. Es wird sich aber eher um einen einseitigen Angriff durch das US-Militär, unter Beteiligung der NATO-Staaten und wahrscheinlich auch anderer Länder, handeln. Die Herren bereiten die Welt darauf vor, die riesigen militärischen Kapazitäten, die sie über die Jahre angesammelt haben, auch massiv einzusetzen, was fast zwangsläufig Massenmord bedeutet.

Denken Sie, die Angriffe werden ein Ausmaß wie beim Golfkrieg gegen den Irak vor über zehn Jahren annehmen?

Ich gehe davon aus, dass sie sehr viel größer werden. Die Kriegskoalition wird umfassender sein, Afghanistan ist Hauptangriffsziel. Außenminister Colin Powell, Vizepräsident Dick Cheney und eine Reihe weiterer entscheidender Figuren aus der herrschenden Polit-Elite zogen tagelang durch die Talk-Shows, und den Interviews zufolge war schon vor der Bush-Rede klar, dass nicht nur Afghanistan gemeint ist. Bluternst zu nehmen ist auch die Ankündigung, alle diejenigen Länder anzugreifen, die den mutmaßlichen Hintermännern der Angriffe sowie jeglichem "internationalen Terrorismus" Schutz gewähren. Dieser ominöse "Krieg zur Ausrottung der Terroristen" soll Jahre dauern, das wird offen ausgesprochen.

Immer wieder wird von Regierung und Medien die Analogie mit Pearl Harbour von 1941 bemüht. Welche Bedeutung haben die Terroranschläge vom Dienstag tatsächlich psychologisch und für die politische Kultur in den USA?

Die Analogie mit Pearl Harbour ist hoch interessant. Viele Japaner sind bestürzt darüber. Denn der japanische Angriff auf Pearl Harbour war ein Angriff auf eine amerikanische Militäreinrichtung, und die New Yorker Twin Towers sind das ja nicht. Aber die Analogie wird in den USA immer wieder bemüht, da es seit dem Bürgerkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts tatsächlich keinen militärischen Angriff auf US-Eigentum auf US-Territorium gegeben hatte. Zum Verständnis der politischen Psychologie hier zu Lande ist es wichtig zu wissen, dass es direkte Erfahrungen oder Erzählungen von Eltern und Großeltern von Kriegsschäden, Flucht, Niederlage im eigenen Land als nationale Geschichtsschreibung und kollektives Gedächtnis nicht gibt. Amerikaner fühlen sich zum ersten Mal in ihrer Geschichte in ihrem eigenen Land physisch verletzlich, was als nationale Krise empfunden wird.

"Pearl Harbour" dient dazu, das Kriegsfieber nach oben zu treiben zu Gunsten des Blankoschecks, den die Bush-Regierung zum "Kampf der Guten gegen die Bösen" einlösen will. "Pearl Harbour" war schließlich das Ereignis, das direkt zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg führte.

Wie schätzen Sie die Reaktionen von liberal und links denkenden Amerikanern ein, sowohl was die Terroranschläge als auch das Kriegsgeschrei angeht ?

Ich habe kein Gespräch und keine Diskussion erlebt und auch keinen Artikel in der linken Presse gelesen, aus dem nicht das völlige Entsetzen über die Anschläge gesprochen hätte. Es geht ja nicht nur um die vielen Tausend Toten, sondern auch um die vielen lebenden Menschen, die davon materiell betroffen sind. 5.000 Tote - das heißt auch Hunderttausende von Angehörigen, Kollegen, Freunden und Bekannten, die trauern und dafür eine Erklärung haben wollen. Allein in New York sind auf einen Schlag 150.000 Arbeitsplätze verloren gegangen, nicht zu sprechen von der unglaublichen Zerstörung. Die Linke trauert nicht weniger als die Rechte.

Was "Vergeltung" und "Krieg" angeht, sind die progressiven, linken Amerikaner allerdings ziemlich einhellig dagegen. Schockiert sind wir darüber, dass der US-Kongress bis auf eine einzige Stimme dem Präsidenten einen Blankoscheck für Krieg ausgestellt hat.

Gibt es erste Anzeichen für eine Antikriegsbewegung in den USA?

Angesichts der lauten Kriegstrommeln sind wir erst in der Anfangsphase von Diskussionen. Zunächst geht es darum, die progressiven, die auf sozialen Wandel orientierten und die linken Kräfte zusammenzubringen, die gegen Krieg und Militarisierung sind. Wir müssen gemeinsam eine Strategie entwickeln, wie wir die Menschen erreichen und ihnen eine Alternative zur Marschrichtung des Weißen Hauses bieten können.

Ein Beispiel: In New York hatten wir bisher zwei Koordinierungstreffen von Organisationsvertretern - am ersten nahmen 200 Leute teil, am zweiten 500. Der Konsens lautet "Gerechtigkeit, nicht Rache". Auf nationaler Ebene finden Mobilisierungen statt, die an die erste Phase der "No-blood-for-Oil"-Bewegung gegen den Golfkrieg heranreichen. Das ist angesichts der kurzen Zeit, die erst verstrichen ist, sehr überraschend - die Teach-Ins an Universitäten und Colleges werden inzwischen von Tausenden besucht. An 105 Colleges in 30 US-Staaten hat es inzwischen Friedensdemonstrationen gegeben. Der nationale Kirchenrat mit seinen 1.200 Mitgliedern hat sich inzwischen gegen die militärische Intervention gestellt. Die Bewegung könnte größer werden als die vor zehn Jahren.

Das Interview führte Max Böhnel, New York

12. Multipolare Weltordnung. Der Bush-Krieg könnte die USA weiter schwächen

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:09

Der Präsident der USA erklärt den Krieg. Es soll ein langer Krieg gegen den Terrorismus und seine Helfer werden. Es gehe nicht darum, so der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, einzelne Personen zu bestrafen, sondern Staaten und Systeme "auszuschalten", die den Terrorismus unterstützten.

Vierundreißig solcher Staaten hat Amerika ins Visier genommen, allen voran die arabischen Staaten Iran, Irak, Syrien, Libyen, Sudan, Jemen - und als Zentrum des "Bösen" die Taliban, weil sie den Hauptverdächtigen, Osama Bin Laden, beherbergen. Dazu kommen noch Kuba, Korea und alle, die nicht bereit sind, sich mit der amerikanischen Kriegserklärung zu solidarisieren.

Es verwundert nicht, dass sich die NATO und all jene Staaten, die sich dem Westen zugehörig fühlen oder ihm wie die Staaten Osteuropas angehören möchten, auf die Seite der USA stellen - zumindest erst einmal verbal. In Reden und Medien mutieren die USA innerhalb weniger Tage zur "einzigen verbliebenen Weltmacht" und zum Zentrum und Botschafter der "Zivilisation". Wer sich abweichend äußert, wird ausgegrenzt.

Nachdenklich stimmen die Solidaritätsadressen der Regierungen Russlands und Chinas. Über Nacht wurden die USA auch in den offiziellen Verlautbarungen aus Moskau und Peking vom Störenfried einer sich herausbildenden multipolaren Ordnung zum strategischen Partner.

Dies alles erweckt den Eindruck, als ob jetzt, gut ein Jahrzehnt nach dem Ende der Sowjetunion, endgültig das amerikanische Zeitalter anbreche. Aber dieses Bild täuscht: In Wirklichkeit signalisieren die Anschläge nicht den endgültigen Sieg der "einzig verbliebenen Weltmacht", sondern deren einsetzende Entthronung:

Schon seit längerem befindet sich die "Supermacht" USA auf einem strategischen Rückzug aus ihrer Rolle als selbst ernannter Garant der Menschenrechte, bei gleichzeitiger Verschärfung militärischer Konfrontation an globalen Konfliktpunkten. Der neue Präsident George W. Bush ist die Verkörperung dieser Entwicklung: Die Amerikanisierung Russlands erwies sich als kostspieliger Fehlschlag - Bush kürzte die Kredite. Die NATO-Erweiterung und auch der NATO-Einsatz auf dem Balkan drohen zu einer Stärkung Europas auf Kosten der USA zu führen - Bush verlangt schnellere Erfolge und stärkeres Engagement der Europäer. Die strategische Partnerschaft mit China erwies sich als Entwicklungshilfe für einen Konkurrenten - die Neueinstufung Chinas als strategischer Konkurrent war Bushs erste Amtshandlung. Auch die Vermittlerrolle im Nahost-Konflikt gab er auf und intensivierte stattdessen den Druck auf die arabischen und andere "Schurkenstaaten". Zeitgleich zogen sich die USA aus internationalen Verpflichtungen der UNO, der UNESCO und ähnlicher Organisationen zurück. Die Kündigung des Klimavertrages ist nur der krasseste Ausdruck dieser Politik.

Aus Partnern werden Konkurrenten

Die Zerstörung des Symbols World Trade Centre und der Angriff auf das Pentagon lassen den strategischen Rückzug der USA urplötzlich ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit treten. Wenn die Europäer, noch mehr aber Russen und Chinesen der angeschlagenen Supermacht jetzt Hilfe beim Aufspüren der Terroristen versprechen, so tun sie das - jenseits aller diplomatischen Floskeln - allesamt unter einer Bedingung: dass sie von den USA konsultiert werden.

Aus Sicht der USA ist dies eine Zumutung, der sie sich in den letzten Jahren zunehmend entzogen haben. Jetzt befinden sie sich jedoch in einem Dilemma: Binden sie sich an Konsultationen, dann ist das ein Eingeständnis ihrer Schwäche und stärkt die Positionen ihrer wichtigsten globalen Konkurrenten Europa, Russland und China. Binden die USA sich nicht an die Konsultationen, verspielen sie den Kredit, den ihnen eben diese Konkurrenten jetzt noch zu geben bereit sind. Im schlimmeren Falle ziehen sie diese Mächte in einen Krieg, in dem deren Interessen und die der USA nicht nur nicht übereinstimmen, sondern einander entgegengesetzt sind.

China als potenzieller Führer des aufstrebenden asiatischen Raumes unterhält praktisch mit allen "Schurkenstaaten" wirtschaftliche und politische Beziehungen. Just am Tage des Anschlags berichtete die pakistanische Presse über Verhandlungen zu einem Handelsabkommen zwischen China und den Taliban. Auch die muslimisch geprägten zentralasiatischen Staaten versucht China über Wirtschafts-, Zoll- und Sicherheitsverträge an den asiatischen Raum zu binden.

Für Russland gilt Vergleichbares. Gerade unter dem Präsidenten Putin ist die russische Politik wieder neu nach Süden und Osten ausgerichtet worden: Nicht nur versucht Moskau seinen Einfluss in der GUS wieder geltend zu machen, es kooperiert auch zunehmend mit China und unterhält auch mit jenen Staaten auf der "Schurkenliste" der USA schon längere Zeit enge politische Verbindungen. Neuerdings betätigt sich Russland auch wieder mehr als potenter Waffenlieferant. Russlands relative Stabilisierung ist nicht nur den Öl-Dollars zu verdanken, die das Staatsbudget zu einem Drittel füllen, sondern auch ein Ergebnis des wieder gewachsenen Rüstungexports.

Noch komplizierter wird es, wenn wir uns dem von den USA angepeilten Konfliktzentrum Afghanistan nähern. Zwar erklärte Wladimir Putin seine Bereitschaft, die USA bei der Bekämpfung des von den Taliban gedeckten Osama Bin Laden zu unterstützen. Dies Interesse ist insoweit real, als Moskau die Taliban und Bin Laden beschuldigt, die radikalen tschetschenischen Kämpfer mit Nachschub und Waffen zu beliefern. Hier aber hören die Gemeinsamkeiten zwischen Moskau und Washington bereits auf. Denn erstens sind die materiellen Interessen Russlands und der USA - vor allem Öl in der kaukasischen und kaspischen Region - diametral entgegengesetzt. Zweitens hat Russland im Unterschied zu den USA keinerlei Interesse an einer Destabilisierung des kaukasischen und zentralasiatischen Raumes.

Die Vision vom "euro-asiatischen" Block

Destabilisierung aber droht, wenn Russland und die USA, die bis 1988 einen blutigen Stellvertreterkrieg auf dem Rücken der Afghanen austrugen, nunmehr in einer gemeinsamen Militäraktion gegen die talibanische Regierung vorgingen. Die Taliban müssten ihren Nachbarn nicht erst den "heiligen Krieg" für den Fall androhen, dass sie die USA unterstützen. Eine Eskalation der Konflikte wäre in jedem Fall die Folge, und die Taliban würden von der Verzweiflung radikalisierter Menschen profitieren.

Was Tschetschenien anbetrifft, so gibt es starke Anzeichen dafür, dass die russische Regierung nach einem Ausweg sucht, der ebenfalls nicht geeignet ist, mit den Amerikanern eine Front zu bilden. Im Gegenteil: Neuerdings kommen politische Konzepte zur Lösung des tschetschenischen Problems in die russische Diskussion, die aus der ideologischen Küche der sich selbst so nennenden neo-euroasiatischen Bewegung stammen. Deren Wortführer, Alexander Dugin, definiert Russland nicht nur als Macht zwischen Asien und Europa, er definiert Weltpolitik als grundsätzliche Konfrontation zwischen dem territorial-euro-asiatischen und dem maritim-atlantischen Block - kurz gesagt, zwischen Russland als potenziellem Führer des euroasiatischen und den USA als Führungsmacht des atlantischen Blocks. Neuerdings findet Dugin, der zu Perestroikazeiten als nationalistischer Extremist galt, nicht nur offene Ohren in Russlands neuen Eliten, er avancierte auch zum Berater und Organisator von politischen Kongressen im Dunstkreis Wladimir Putins. Die von ihm gegründete "Euro-asiatische Bewegung" ist dabei, sich mit Staatsmitteln im Land auszubreiten.

Nach Dugins Lesart sind russische Muslime, insbesondere die tschetschenische Bevölkerung, nicht als Gegner zu bekämpfen, sondern als Partner in eine euroasiatische Front gegen Amerika einzubeziehen. Es versteht sich, dass diese Linie, die zunehmend AnhängerInnen im Umfeld Wladimir Putins zu finden scheint, mit einer militärischen Unterstützung amerikanischer Vergeltungsmaßnahmen gegen "die" Taliban nur schwer zu vereinen ist.

So verwundert es auch nicht, dass der russische Außenminister Iwanow ebenso wie ranghohe russische Generäle eindeutig erklärt haben, eine militärische Unterstützung der USA komme nicht in Frage. Ähnliche Verlautbarungen sind auch aus China zu hören. Aber selbst die in die NATO eingebundenen Europäer sind nicht ohne weiteres bereit, sich von den USA in einen Krieg ziehen zu lassen, der ihnen nicht nützt.

Dies alles bedeutet, dass der amerikanische Krieg, wenn er denn stattfindet, nicht zu einer Stärkung der USA, sondern zu deren weiterer Schwächung beitragen könnte. Am Horizont erscheint eine multipolare Weltordnung, getragen von China, Russland, Europa, der arabischen Welt und weiteren Machtzentren, in welcher die USA nicht mehr die "einzig verbliebene Weltmacht", sondern eine Macht unter mehreren sind.

Besser wäre es, den Weg dorthin, wenn er denn unvermeidlich ist, nicht militärisch, sondern politisch zu gehen.

Kai Ehlers

13. Mubaraks Spagat. Ägypten zwischen Anti-Amerikanismus und US-Abhängigkeit

Autor: Götz Nordbruch · Rubrik: Ägypten; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:28

Als Aliierter der USA im arabischen Raum spielt Ägypten eine politische Schlüsselrolle bei der Kampagne der NATO gegen das "Terrornetzwerk islamischer Fundamentalisten", das sie für die Anschläge vom 11. September in den USA verantwortlich macht. Doch Präsident Hosni Mubarak steckt in der Klemme. Einerseits basiert Mubaraks Herrschaft auf der Unterstützung aus dem Westen. Andererseits gewinnen Fundamentalisten in Ägypten selbst seit Jahren einen wachsenden politischen Einfluss. Eine militärische Eskalation könnte die Regierung in erhebliche Bedrängnis bringen. Die Reaktionen der Öffentlichkeit auf die Anschläge in New York und Washington zeigen den wachsenden Anti-Amerikanismus.

Ein politischer Super-GAU lag in der Luft, als die ersten Bilder von tanzenden Palästinensern in den Sondersendungen des US-amerikanischen Fernsehsenders CNN auftauchten. Bereits wenige Stunden nach den Anschlägen in New York und Washington berichtete der Sender über Freudentänze in den palästinensischen Autonomiegebieten. Die Angst vor den politischen Schäden, welche durch ähnliche Berichte während des zweiten Golfkrieges ausgelöst wurden, war vielen arabischen Regierungschefs in ihren ersten Reaktionen ins Gesicht geschrieben. Neben Yassir Arafat rief schließlich selbst der libysche Präsident Muammar Gadafi zum Blutspenden für die amerikanische Bevölkerung auf.

Auch in Ägypten bemühte man sich in offiziellen Verlautbarungen um Schadensbegrenzung. Die Stimmungen in der ägyptischen Öffentlichkeit werfen ein besonderes Licht auf die Wahrnehmungen der USA in den arabischen Ländern. Der politische Spagat der ägyptischen Führung zwischen finanziellen Abhängigkeiten und den anti-amerikanischen Ressentiments in der Bevölkerung spiegelt sich dabei deutlich in den öffentlichen Reaktionen auf die Anschläge wider.

Die wiederholten Beteuerungen von Sprechern der Regierung, die ägyptische Bevölkerung stehe in tiefer Trauer um die Opfer des Terrors an der Seite der USA, standen im deutlichen Widerspruch zu ersten Stimmen, welche in den Stunden nach den Anschlägen die Runde machten. Auch die weniger spontanen Erklärungen, die von verschiedenen oppositionellen Parteien und Gruppierungen in den nächsten Tagen veröffentlicht wurden, vermitteln ein anderes Bild. "Warum freuen sich die Ägypter über den Orkan der Angst in den USA?", fragte beispielsweise die Zeitung der Nasseristen, al-'Arabi, ohne dabei einen Zweifel an ihrer Wahrnehmung der öffentlichen Stimmung zu lassen. Stimmungsberichte aus zahlreichen Cafés und öffentlichen Plätzen in Kairo erschienen schließlich neben Kommentaren, in denen sich die Autoren der Zeitung zu ihren Gefühlen bekannten: "Ich erkläre in aller Deutlichkeit, dass ich mich über die ungeheure Zahl der getöteten Amerikaner freue." (16.09.01)

"Freude über Orkan der Angst"

In der gleichen Ausgabe der Zeitung beschwerte sich ein anderer Autor über die Berichterstattung in den staatlichen Medien, die "die allgemeine Freude" in der Öffentlichkeit herunterspiele oder gänzlich bestreite. Die Boulevardzeitung al-Midan sah keinerlei Notwendigkeit, ihre Sicht der Dinge zu verbergen: "Strafe des Himmels und der Unschuldigen: Amerika ist groß, aber Gott ist größer" titelte sie, nur um mit einer rhetorischen Frage nach den möglichen Folgen eines ähnlichen Angriffs auf Tel Aviv nachzulegen. (18.09.01) Auch in einem Kommentar der Wochenzeitung al-Ahali, dem Organ der linken Partei Tagumma, werden keinerlei Zweifel an der Berechtigung des Kampfes gegen die USA geäußert. Ohne auf die Anschläge in den USA einzugehen, wird von Nabil Zaki ausdrücklich zur "Konfrontation mit den USA" aufgerufen und der Boykott amerikanischer Produkte eingefordert. (12.09.01)

In anderen Reaktionen, in denen die offizielle Kritik am "Terror gegen Unschuldige" aufgegriffen wird, steht weniger die spontane Freude als vielmehr der Versuch einer Erklärung der Anschläge im Vordergrund. Immer wieder wird dabei die pro-israelische Nahostpolitik der USA als eigentliche Ursache der Anschläge beschrieben, welche, trotz der Kritik an den "unschuldigen Opfern", berücksichtigt werden müsse. Der "amerikanische Rassismus" oder die "amerikanische Außenpolitik" sind weitere Gründe, welche in zahlreichen Erklärungsversuchen des Terrors angeführt werden. Mit dem Hinweis auf eine "Spirale der Gewalt", welche in

Zukunft durch eine gerechtere Politik der USA zu durchbrechen sei, sehen gerade die Kommentatoren in den regierungsnahen Medien die Möglichkeit, den Anschlägen ein gewisses Verständnis entgegenzubringen.

Die Rolle des Nahostkonfliktes wird in den Reaktionen in unterschiedlicher Weise gedeutet. Während die israelische Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in den meisten Kommentaren als Auslöser des Terrors ausgemacht wird, sprechen andere aus, was als vager Verdacht durch verschiedene Kommentare geisterte: Der israelische Geheimdienst Mossad stecke hinter den Anschlägen, schließlich habe allein Israel ein Interesse an den möglichen Folgen.

Kulturalisierung des Konfliktes

Bereits in den ersten Reaktionen wurde kritisiert, Araber und Muslime würden von den amerikanischen Medien allzu schnell als alleinige Verdächtige ins Spiel gebracht. Ohne die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, dass US-amerikanische Anhänger der extremen Rechten, japanische Kommunisten oder gar lateinamerikanische Drogenbarone als Hintermänner der Anschläge in Frage kommen, habe man sich umstandslos auf arabische und muslimische Verdächtige eingeschossen. Der "erklärte Weltkrieg gegen den Islam" (al-Usbu'a, 17.09.01) und die Verdächtigungen arabischer und muslimischer Gruppierungen werden als Ausdruck des amerikanischen Rassismus gewertet. Der antirassistisch begründete Protest gegen die rassistische Hetze in westlichen Medien und die zahlreichen rassistischen Übergriffe gegen MigrantInnen in den USA und Europa geht dabei verschiedentlich in den Vorwurf über, die Anschuldigungen und Übergriffe richteten sich gegen den falschen Feind. Denn, wie es in einem Beitrag heißt, "der wahre Feind sind die Juden". (al-Usbu'a, 17.09.01).

Zahlreiche Interpretationen der Anschläge und der anschließenden Erklärungen des US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush bedienen sich des Bildes eines "Kampfes der Kulturen". Im deutlichen Gegensatz zur Kritik, welche lange Zeit von arabischen Stimmen gegen dieses von Samuel Huntington geprägte Paradigma vorgebracht wurde, wird diese Deutung in den Kommentaren zu den Anschlägen aufgegriffen. Die aus deutschen oder amerikanischen Medien bekannten Versuche, die "freie Welt" in Abgrenzung vom "islamischen Terror" zu bestimmen und die Gefahr existenzieller Auseinandersetzungen, eines neuen "Kreuzzugs" (Bush), zu suggerieren, werden mit umgekehrten Vorzeichen reproduziert.

Diese Reaktionen spiegeln die anti-amerikanischen Ressentiments wider, welche sich gerade in den vergangenen Monaten in der ägyptischen Öffentlichkeit immer häufiger äußerten. Keine vierundzwanzig Stunden vor den Anschlägen und den ersten Sondersendungen im ägyptischen Fernsehen protestierten fast tausend DemonstrantInnen in Kairo gegen die US-amerikanische Nahostpolitik. Die angesichts der herrschenden politischen Repressionen ungewöhnlich große Beteiligung am Protestmarsch zur US-amerikanischen Botschaft steht dabei für die Bedeutung dieser Positionen, die seit Wochen die Zeitungen dominieren. Auf zahlreichen Veranstaltungen im Umfeld der UN-Konferenz gegen Rassismus in Durban und insbesondere in der Berichterstattung über die amerikanische Kritik an der Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus kamen ähnliche Sichtweisen zum Ausdruck.

"Hasse Amerika mit ganzem Herzen!"

Immer öfter finden sich Erklärungen, die den arabisch-israelischen Konflikt "in Wahrheit (als) arabischen Konflikt mit dem westlichen, und gerade dem amerikanischen Kolonialismus" beschreiben. (al-Akhbar, 29.08.01) Schließlich, so hieß es wenige Tage vor den Anschlägen in der regierungsnahen Zeitung al-Akhbar, habe sich "die USA, einschließlich der amerikanischen und der israelischen Bevölkerung, mittlerweile zum Feind Nr. 1 der Nationen" entwickelt. (28.08.01) Entsprechend dieser Logik richtet sich die Kritik immer weniger gegen konkrete Entscheidungen oder Ereignisse. Die Ablehnung politischer Einflussnahmen oder ökonomischer Abhängigkeiten wird vielmehr zunehmend durch die Sorge um die "Amerikanisierung" der Kultur, um die Bewahrung der "ägyptischen Identität" ersetzt.

Diese Kulturalisierung des Konfliktes zeigte sich beispielhaft in den Reaktionen auf internationale Proteste, welche durch einen strafrechtlichen Prozess gegen Homosexuelle in Kairo ausgelöst wurden. "Die Schwulen erklären Ägypten den Krieg", berichtete die Wochenzeitung al-Usbu'a über die Kritik von Mitgliedern des US-Kongresses. (20.08.01) "Die Kultur der Perversion" wird dabei lediglich als ein weiteres Produkt der amerikanischen Gesellschaft (al-Ahram al-'Arabi, 25.08.01) beschrieben, als deren Symbol immer häufiger der Sänger Michael Jackson gehandelt wird.

Die Verbreitung dieser Sichtweisen wird allerdings nicht nur in den Medien deutlich. Ebenso wie im ägyptischen Kino und Theater zeigt sich diese Stimmung auch in der neueren Literatur. So erschien in den letzten Wochen im regierungsnahen Verlag Akhbar al-Yaum ein Gedichtband des Autors Abd al-Hamid Zaqzuq, dessen einleitendes Gedicht "Hasse Amerika mit ganzem Herzen!" an den Sohn gerichtet ist.

Die gegenwärtigen Bemühungen der ägyptischen Regierung, einen militärischen Gegenschlag der USA oder der NATO zu verhindern, spiegeln die Besorgnis der Regierung über die anti-amerikanischen Stimmungen in der Öffentlichkeit wider. Die Erfahrungen aus dem Golfkrieg, als sich Ägypten trotz des massiven Protestes aus der Bevölkerung am Krieg gegen den Irak beteiligte, erklären den Eifer, mit welchem sich Ägypten in den letzten Tagen zusammen mit der Arabischen Liga um eine gemeinsame Position bemüht. Die offizielle Verurteilung des Terrorismus steht dabei neben den intensiven Versuchen, eine militärische Eskalation zu verhindern. Ob ein solcher Kompromiss, der zumindest teilweise auf die Sympathien für die Anschläge einginge, innenpolitisch zu vermitteln ist, wird sich spätestens bei den nun zu erwartenden Protesten der Opposition gegen Militärschläge der NATO zeigen.

Götz Nordbruch, Kairo 19.9.2001

14. Die Stadt als begehbarer Fernseher Interview mit der Bremer Gruppe city.crime.control

Rubrik: Sozialpolitik; Innenpolitik/Innere Sicherheit; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:07

Seit zwei Jahren beschäftigt sich die Bremer Gruppe city.crime.control mit den Themen Sicherheit, Kontrolle und Stadt. Das erste Projekt von C3 war die Aktions- und Veranstaltungswoche "Die Kontrolle der Räume" im Mai 1999, in der die Verdrängungspolitik der Stadt und Möglichkeiten der Selbstorganisation thematisiert wurden. Im September 2000 richtete city.crime.control im Rahmen der Ausstellung Safety first vor dem Bremer Schlachthof ein temporäres Stadt-Forschungslabor ein. Bei ihrem letzten Projekt tv-control wurde das Bremer Ostertorviertel in einen begehbaren Fernseher umgewandelt. Wir sprachen mit zwei Mitgliedern der Gruppe, Ulf Treger und Holger Börgartz.

Aus welcher Motivation heraus ist 1999 die Gruppe city.crime.control entstanden?

Ulf Treger: Wir sind aus einer Kampagne heraus entstanden. Es gab 1998 immer stärkere Tendenzen zu Deregulierungsbestrebungen in der städtischen Politik in Bremen wie auch in anderen Städten. Ein ganz markantes Beispiel dafür war, dass der damalige Innensenator das wilde Plakatieren verboten hat. Das war für viele Leute, die im subkulturellen Bereich arbeiten, ein Warnsignal. Wir haben als Schnittstelle zur Öffentlichkeit nur die Plakate, weil wir außer in unseren Kernmedien nicht in der Presse vorkommen und zum Teil auch nicht vorkommen wollen. Es hat sich spontan eine Initiative gebildet von verschiedenen Leuten aus der subkulturellen Szene bis hin zu mainstream Theaterleuten, die gesagt haben: Wir wollen versuchen zu verhindern, dass dieses Plakatierverbot durchgesetzt wird. In dieser Kampagne haben wir die zuständigen PolitikerInnen besucht und versucht, denen praktisch Freiraum abzutrotzen. Das ist dann relativ schnell gescheitert mit so aberwitzigen Angeboten, dass wir beim Plakatieren 50 Pfennig pro Plakat zahlen sollten, was sich keiner leisten kann. Die Initiative dieser Kampagne ist dann mehr oder weniger in sich zusammengebrochen. Etwa zehn Leute wollten weiterhin zu dem Thema was machen. Es ging uns nicht nur um das Plakatierverbot. Es geht um mehr: um die Umstrukturierung des städtischen Raumes, es geht um die Folgen für die Einwohner, für die Leute, die Kultur und Politik machen, für die ethnischen und sozialen Minderheiten.

Woran macht ihr die Umstrukturierung der Städte fest?

Holger Börgartz: Einerseits gibt es die konkreten Sachen im Alltag, wie das Plakatierverbot. Eine andere Sache, die sehr sichtbar ist, sind diese Kampagnen zur Sauberkeit in Städten. Konkret waren das die Sicherheitsdienste in Bahnhöfen, Zusammenarbeit von Bundesgrenzschutz, Polizei und privaten Sicherheitsdiensten. Wir haben im Mai 1999 eine Veranstaltungswoche zum Thema: "Die Kontrolle der Räume" gemacht. In dieser Woche haben wir erst mal gesammelt und geguckt: Wie hängt das eigentlich zusammen, wie wird ein Thema wie Sauberkeit mit Kriminalität verkoppelt? Wir haben viele Leute eingeladen, die zu diesen Themen gearbeitet und von ihrer Auseinandersetzung und Praxis berichtet haben.

Entstand eurer Name city.crime.control in Anlehnung an den Service-Sicherheit-Sauberkeit-Begriff der Deutschen Bahn?

UT: Nee, das hat einen anderen Ursprung. 1998/99 gab es bundesweit mehrere Kampagnen und inhaltliche Konzepte, wie zum Beispiel die Aktion Sicherheitsnetz, bei der der BGS nicht nur in den Bahnhöfen, sondern auch in der Innenstadt eingesetzt wurde. Im Rahmen der Aktion Saubere Stadt wurde das Plakatieren verboten, Aktion Saubere Stadt hieß dann aber auch, eine Aktivmentalität der BürgerInnen zu stimulieren, damit die Leute anfangen, ihre Nachbarn zu verpetzen, wenn sie ihre Mülltonne nicht an die richtige Stelle stellen. Der damalige Innensenator Bortscheller hat den Vorschlag gemacht, in Bremen eine city.crime.control-Initiative ins Leben zu rufen. Diesen Begriff hat er irgendwann mal in Amerika gehört. Die Initiative ist nie umgesetzt worden. Aber wir fanden den Namen so klasse, weil er zentrale Begriffe zusammenbringt: die Stadt, das Verbrechen bzw. Regelverstoß und dann als manipuliertes Szenario die Kontrolle, die das Ganze wieder gerade biegen soll.

Bei eurer letzten Aktion tv control im September habt ihr für einen Abend das Bremer Ostertorviertel in einen begehbaren Fernseher verwandelt. Lief dort ein öffentliches oder privates Programm?

UT: Mit dieser Veranstaltung haben wir versucht, den Konflikt zwischen öffentlichem und privaten Raum zu thematisieren. Im Zuge der Privatisierung von staatlichen Aufgaben, mit dem Rückzug von staatlichen Kompetenzen wird der öffentliche Raum immer mehr privatisiert. Das beste Beispiel sind die Shoppingmalls, die eigentlich kein öffentlicher, sondern privater Raum sind. Dort gilt das Hausrecht, das heißt, dass man dort seine Grundrechte wie Meinungsfreiheit oder Demonstrationsrecht nicht wahrnehmen kann. Im Viertel selbst lassen sich auch solche Tendenzen ablesen, und insofern fanden wir es wichtig, diesen öffentlichen Raum zu nutzen. Wie weit wir dann, wenn wir den Fernseher auf die Straße stellen, selber den öffentlichen Raum privatisieren, ist dann noch mal eine andere Diskussion. Wir wollen aber aufzeigen, dass die Nutzung des öffentlichen Raums nicht auf eine rein zielgerichtete Fortbewegung oder auf Konsumption beschränkt sein sollte.

HB: Wir machen unsere Veranstaltung im Viertel und nehmen uns den Raum, ohne danach zu fragen. Das Stichwort ist hier "Umkämpfte Räume", was ich sehr schön finde. Der öffentliche Raum ist nicht komplett verhökert - noch nicht ~ sondern es ist immer noch eine Auseinandersetzung möglich. Es geht darum zu probieren, was ist möglich und was nicht? In diesen Kontext würde ich auch tv-control einordnen. Genau diese Auseinandersetzung zwischen öffentlich und privat wollten wir zum Thema machen.

Tv-control basierte auf dem Konzept des Zappens. An 19 verschiedenen Stellen im Viertel liefen zeitgleich Kurzfilme, Videos und Installationen zum Thema öffentlicher/privater Raum. Kann mensch sich durch Kunst zappen?

UT: Diese Analogie ist eine bewusste Anlehnung an die KonsumentInnenmentalität, weil wir finden, dass durch dieses Spiel quasi auch die Hemmschwelle niedriger gesetzt wird, sich mit dem Thema zu befassen. So wie man sonst gezwungen wird, sich durch die Fernsehkanäle zu zappen, um das eine oder andere Schöne zu finden, so wurden die Einzelnen quasi gezwungen, den öffentlichen Raum zu erschreiten, um ihn für eine kurze Zeit in Besitz zu nehmen. Jeder hatte die Möglichkeit, sich einfach von einem Spielort zum anderen zu bewegen, aber wie es sich für einen Fernsehabend gehört, gab es für tv-control auch eine Fernsehzeitschrift, in der die einzelnen Sendungen aufgelistet waren. So konnten die ZuschauerInnen ihr eigenes Programm zusammenstellen. In dieser Zeitschrift gab es sowohl Hintergrundartikel, mit denen wir Inhalte und Kritik transportieren wollen, als auch Unterhaltung wie Horoskope und Comics und alles, was sonst noch so dazugehört.

Ihr nennt euch Stadtforschungsprojekt. Im September 2000 habt ihr ein Labor - das city containment center - errichtet, in dem öffentlich zum Thema Stadt geforscht wurde. Was waren eure Forschungsergebnisse?

HB: Es war nicht beabsichtigt, damit zu fertigen Ergebnissen zu kommen, sondern das Ziel war der Prozess unserer Arbeit. Wir haben eine Woche einen Container aufgestellt, von dem aus wir Exkursionen in die Stadt gemacht haben. Unter bestimmten thematischen Vorzeichen haben wir Punkte in der Stadt erkundet. "Schatten" war zum Beispiel ein thematisches Motiv, in dessen Rahmen wir in einem nächtlichen Spaziergang sogenannte "Gefahrenräume" aufgesucht haben. Bei den verschiedenen Exkursionen haben wir Material gesammelt und in den Container gebracht und aufgearbeitet. Gerade diesen Prozess des Erkundens und Sammelns wollten wir darstellen.

Ihr habt auch Exkursionen in den Stadtteil Tenever gemacht, einem Vorort von Bremen, der in den 70er-Jahren hochgezogen wurde. Was war der Anlass für die Exkursion?

HB: In Tenever war ursprünglich geplant, einen ganzen Stadtteil komplett Video zu überwachen. Dies ist erst mal auf Eis gelegt worden. Als Alternative wird derzeit eine Art Concierge-Modell ausprobiert: In den Eingangsbereichen der Hochhäusern sitzt ein Concierge, das ist eine Person, die den Eingang und per Videoüberwachung alle anderen allgemein zugänglichen Bereiche einsehen kann. Sie ist gleichzeitig auch Ansprechperson, die andere Aufgaben wie z.B. Briefmarkenverkauf übernimmt, um das reine Kontrollelement ein bisschen abzufedern.

UT: Dieser Prozess in Tenever ist insgesamt sehr ambivalent, da die Concierge durchaus soziale Funktion hat andererseits würde ich in dem Haus nicht leben wollen, weil ich selbst wenn ich durch den Hintereingang gehe,

weiß, dass ich gesehen werde. Das heißt die Kontrolle ist schon perfekt. Als die Idee mit der totalen Videoüberwachung aufkam, gab es dort ein öffentliches Treffen und die einzigen, die sich gegen die Videoüberwachung ausgesprochen haben, waren die beiden anwesenden Polizeibeamten. Sie hatten nicht prinzipiell etwas dagegen, aber sie hatten Bedenken, was die Wirksamkeit angeht. Alle anderen waren jedoch dafür.

Von BefürworterInnen der Videoüberwachung ist oft zu hören: Wer nichts zu verbergen hat, muss sich keine Sorgen machen. Wie geht Ihr mit diesen Einwänden um?

HB: Die Problematik, die ich dahinter sehe, ist dass man vielleicht ganz gern Ja zur Videoüberwachung sagt, weil man damit persönlich viel verbindet. Man kann ziemlich viel darauf projizieren, dass man sagt, wenn da eine Kamera steht, werden Täter abgeschreckt und ich kann mich sicherer fühlen. Die Frage ist: Wie viel von dem ist überhaupt durch die Kamera umsetzbar. Und die andere Frage ist: Was sind das überhaupt für Projektionen, die ich habe? In Tenever hat sich das Arbeitslosenzentrum zusammen mit den BürgerInnen Gedanken zum Thema Sicherheit gemacht. Dabei ist herausgekommen, dass die Bedürfnisse eigentlich in eine andere Richtung gehen, wie etwa eine bessere Nachbarschaft oder mehr Solidarität in den Häusern. Da können Kameras auch nicht viel machen. Diese anderen Bedürfnisse äußern sich vielleicht darin, dass alle sich plötzlich einig sind: Kameras sind gut. Das ist aber häufig keine wirkliche Zustimmung.

In eurer Selbstdarstellung schreibt ihr, dass Stadt nicht mehr gelebt, sondern inszeniert wird. Wie sieht diese Inszenierung aus?

UT: Im negativen Sinne wird ein Sicherheitsgefühl inszeniert, oder besser gesagt ein Unsicherheitsgefühl. Das wird dann mit Videoüberwachung und verstärkter Polizeipräsenz bedient. Auf der anderen Seite wird der positive Effekt, der Wohlfühl-Faktor vor Ort, immer mehr stimuliert und simuliert. Mit scheinbar schönen Angeboten wie Musicals und anderen Großevents versucht man, Leute an die Stadt zu binden. Diese Angebote richten sich nicht mehr in erster Linie an die Einwohner einer Stadt, sondern an geldkräftige TouristenInnen oder InvestorInnen. Nach innen wird so etwas wie ein Sicherheitsszenario, nach außen so was wie Entertainment angeboten. Diese Inszenierung spielt sich im konsumorientierten Bereich ab. Es geht nicht mehr darum, Bedürfnissen freien Raum zu lassen, sondern es wird etwas vorgesetzt, das mit entsprechenden Kampagnen verkauft werden soll.

Welchen Einfluss haben KünstlerInnen und Kulturschaffende auf die Inszenierung von Stadt?

HB: KünstlerInnen werden vermehrt benutzt, um diese Symbole zu produzieren. Kunst und Kultur sind Wirtschaftsfaktoren, die eine besondere Attraktivität der Stadt ausmachen sollen. Ich habe nicht das Gefühl, dass KünstlerInnen einen Einfluss auf diesen Imageprozess haben, wenn sich ihre Arbeiten beispielsweise nutzen lassen, um Touristen anzulocken.

UT: Es ist etwas vermessen, den Anspruch zu stellen, massiven Einfluss auf diese Prozesse zu haben. Es kann wirklich nur darum gehen, einerseits Alternativen zu entwickeln und zu platzieren, andererseits darum - etwas pessimistisch ausgedrückt - in Rückzugsgefechten Ansprüche auf gewisse Räume aufrechtzuerhalten. Wir haben dabei keine Lust, fertige Konzepte anzubieten, und glauben auch nicht, dass das möglich ist. Bei unseren Projekten wie tv-control haben wir immer Leute gesucht, die mit uns in Austausch treten und sich mit ihren eigenen Ideen einbringen. Das ist viel interessanter, wenn etwas Neues entsteht, da wir nicht von vornherein wissen, was passieren wird.

Interview: Nicole Vrenegor

Infos und Kontakt:www.citycrimecontrol.net, E-mail: c3@citycrimecontrol.net

15. Sozialpolitik von rechts außen. Zwischen "deutschem Sozialismus" und Neoliberalismus

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Sozialpolitik; Rechtsradikale, Neonazis; Republikaner · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:10

"Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre!" oder gar "Sozialismus ist machbar" - was wie Parolen der PDS klingt, stammt aus Wahlkampfmaterial der NPD. Selbstverständlich taucht darin auch die Parole "Arbeit zuerst für Deutsche" auf oder - bei den REPs - noch kürzer "Arbeit für Deutsche". Nicht erst seit NPD-Chef Udo Voigt 1998 die Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Schwerpunktthema erklärt hat, sind unter Rechtsextremen auch soziale Themen Bestandteil der Agitation. Tatsächlich hat rechts außen zumindest in den letzten zehn Jahren eine verstärkte Hinwendung zu dieser Thematik stattgefunden.

Prinzipiell sind heute im Rechtsextremismus zwei sozial- und damit wirtschaftspolitische Strömungen feststellbar. Diese Unterteilung beinhaltet zwar eine gewisse Zuspitzung, die allerdings die deutlich vorhandenen Haupttendenzen gut sichtbar macht. Nicht geleugnet werden kann, dass es zwischen diesen Strömungen Übergänge gibt und selbstverständlich auch solche zu nicht-rechtsextremen Kräften (insbesondere zum Konservatismus und Wirtschaftsliberalismus) vorhanden sind.

Die erste der beiden Hauptströmungen wird insbesondere von der Partei Die Republikaner (REP) sowie dem zwischenzeitlich nicht mehr existierenden Bund freier Bürger (BFB) vertreten und publizistisch durch Zeitschriften wie Junge Freiheit (JF) und Criticon unterstützt. Ihr Vorbild sehen diese Rechtsextremen in der FPÖ des Jörg Haider, unterhalten aber auch Verbindung zum national-liberalen Flügel der FDP. In einer Abkehrung vom klassischen Faschismus wenden sie sich hin zu neoliberalistischen Ideen und grenzen sich deshalb vehement z.B. von der NPD ab. So schrieb der einstige BFB-Spitzenfunktionär Eberhard Frohnecke in der FPÖ-nahen Zeitschrift Aula: "Die NPD ist für ihre Verhältnisse erfolgreich in Mitteldeutschland, da sie die gleichen altsozialistischen Klassenkampfparolen propagiert wie einst SED und PDS (...) Wer wie die NPD ‚zur Überwindung wirtschaftlicher Not streng dirigistische und zentralistische Mittel einsetzen will, ist ein Feind der Freiheit." (Leserbrief in Aula, 10/98)

Den Inhalt dieser neoliberalistischen Sozialpolitik beschreibt Ralf Ptak als umfassende "marktwirtschaftliche Durchdringung der Gesellschaft. Die Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft solle nicht dem im politischen Meinungsstreit entstandenen Entwurf der Mehrheit entsprechen, sondern in erster Linie durch den Markt erfolgen. Das neoliberale Konzept verlangt deshalb die Reduzierung staatlicher Aktivitäten auf die Sicherung der Eigentumsverhältnisse und die Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit, der allumfassenden Durchsetzung privatrechtlicher Verträge (an Stelle kollektiver Verträge wie z.B. Flächentarifverträge), die Privatisierung staatlicher Unternehmen, den Ausgleich des Staatshaushaltes sowie den konsequenten Abbau staatlicher Verschuldung und die Sicherung der Geldwertstabilität. Soziale Gerechtigkeit wird als gesellschaftliches Prinzip abgelehnt (...) Das Kriterium zur Verteilung des Einkommens ist ausschließlich das Leistungsprinzip (...) Umverteilung wird als ein Hemmnis für die Leistungsbereitschaft und die Innovationskraft einer Gesellschaft betrachtet." (Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996)

Die ultrarechten Neoliberalisten kommen allerdings nicht umhin, aus ideologischen Gründen ihre sozialpolitischen Vorschläge anzureichern. Schutz der Familie, Kinderförderung, Ausländerbegrenzung (die - siehe Greencard - völlig gegen Kapitalinteressen sein kann), Mittelstandsförderung (welche gegen das Wettbewerbsdogma des Liberalismus steht) etc. wären für reine Neoliberalisten Sakrilege, müssen rechts außen aber aus politischen Gründen zumindest propagandistisch eingebaut werden.

Wie aber zeigt sich die neoliberalistische Theorie in der konkreten Programmatik z.B. der REPs? Nehmen wir das Parteiprogramm von 1993. Im Kapitel 8 (Wirtschafts-, Finanz- und Mittelstandspolitik) ist zu lesen, dass die REPs "die Institution des Privateigentums und das uneingeschränkte Recht, es zu vererben, ausdrücklich" anerkennen. Sie stehen auf dem Boden einer "sozial verpflichtenden Marktwirtschaft", deren tragende Prinzipien kein sozialer Ausgleich, dafür aber "Wettbewerb, freie Preisbildung und freier Marktzugang" sind. Zwar sind die REPs "für einen verlässlichen starken Staat. Im wirtschaftlichen Bereich aber hat sich der Staat vornehmlich auf die Setzung von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu beschränken und eine soziale Mindestsicherung zu gewährleisten".

Rechte im neoliberalen Gewand

In Kapitel 9 (Arbeit und Soziales) wird alles um eine rassistische Komponente erweitert: "Solidarität kann es aber nicht mit allen und jedem geben. Sie ist vielmehr auf die Überschaubarkeit der an ihr teilhabenden sozialen Schichten unseres Volkes angewiesen. (...) Nur eine homogene Bevölkerung ist in der Lage, solidarisches Verhalten als Norm praktisch zu verwirklichen." Und quasi als Drohung an soziale Projekte wird der Satz angehängt: "Das Sozialleistungssystem ist nicht dazu da, gesellschaftspolitische Experimente und deren meist katastrophale Folgen zu finanzieren."

Die Einheitsgewerkschaft wird als "Speerspitze ideologischer Veränderung" diffamiert, nach "republikanischem Arbeitsethos kann es keine von vornherein unzumutbare Arbeit geben" und der "massenhafte Missbrauch von Sozialleistungen" sei "eine Tatsache und muss unterbunden werden". Wohin das alles zielt ist klar: Abbau von Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften und Betriebsräte, Verringerung der Arbeitsschutzbestimmungen, Sozialabbau, Beseitigung von Bürgerrechten (insbesondere von Rechten der hier lebenden AusländerInnen) und so weiter.

Es ist vor allem die NPD mit ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), die die zweite sozialpolitische Richtung im Rechtsextremismus vertritt; unterstützt wird die NPD dabei von Gruppen wie der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) und der ihr nahe stehenden Zeitschrift Nation & Europa (NE), nationalrevolutionären Zirkeln bzw. Freien Kameradschaften. In dieser Strömung werden sozial- und wirtschaftspolitische Vorgaben unter dem Primat des Ideologischen getroffen. So wird eine stark eingreifende Mittelstands- und Landwirtschaftsförderung propagiert, da die Vorstellung einer Autarkie Deutschlands noch immer in den Köpfen der Vordenker dieser Richtung umhergeistert. Zudem fordert die NPD eine "Sondersteuer für Unternehmen, die Ausländer beschäftigen" (Programmatische Aussagen, Stichwort: Arbeit!)

Insgesamt wird nach wie vor an einer "Volksgemeinschaft" gebastelt. Der Abbau sozialer Errungenschaften und gewerkschaftlicher Rechte steht dem nicht entgegen. Denn schließlich geht es dabei gegen volksfeindliche "Schmarotzer" und "Gewerkschaftsbonzen", die die Volksgemeinschaft stören. Denn die sind nur hinderlich auf dem "dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Kommunismus; auf diesem geht es mit wehenden Fahnen dem Morgenrot eines "deutschen Sozialismus" (der sich wohl alleine aus rechtlichen Gründen noch nicht öffentlich National-Sozialismus nennt) entgegen. Wieder einmal stört dabei insbesondere das "Finanzkapital", das vor allem dem wirtschaftlichen Hauptfeind USA zugeordnet wird. Antisemitische Töne sind nicht überhörbar, da gewollt.

Dominanz des Ideologischen

Mit ihrem "deutschen Sozialismus" versucht die NPD ganz gezielt im Osten der Republik auf Stimmen- und Mitgliederfang zu gehen. Die NPD geht davon aus, dass die DDR das bessere, weil nicht verwestlichte Deutschland war, und sieht dies durch die dort damals vorhandene Ordnung, den Militarismus und einen starken Staat mit lenkender Partei bestätigt. Gezielt sollen daher PDS-Anhänger geworben werden. So lobt dann auch der NPD-Ideologe Jürgen Schwab die ",völkische PDS-Politikerin Christine Ostrowski". Bei Schwab erkennen wir allerdings auch, in welche kruden Abgründe der "deutsche Sozialismus" führt: "Der sozialrevolutionäre Nationalist (...) erkennt die Existenz von Klassen an, will sie jedoch (...) in Ableitung der drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden, Kapital in Aufgabenstände überführen, die da heißen: Liberale (Produktionsmittel/Unternehmertum), Sozialisten (Arbeiter der Stirn und der Faust) und Konservative (adelige, klerikale und bäuerliche Grundbesitzer). In diesem Programm haben alle Volksgenossen ihren festen Platz - die sich zudem dem großen Gemeinsamen unterzuordnen haben: dem deutschen Staat." (Staatsbriefe, 6/98) Zwar ist dieses Modell eines reaktionären Ständestaates in Kreisen der NPD sicher nicht unumstritten; dennoch wird hier klar, wohin der "deutsche Sozialismus" in seiner Konsequenz führt.

Es ist festzustellen, dass NPD und Freie Kameradschaften bei ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Agitation gerne Begrifflichkeiten benutzen, die aus dem linken politischen Spektrum entwendet wurden. So bezeichnet sich die Kameradschaft Gera als Organisation der "sozialistischen Jugend" und "als Teil der nationalen Befreiungsbewegung". Sie kämpfe auch gegen "kapitalistische Ausbeuter." (Kameradschaft Gera: Was wir sind und was wir wollen) Die NPD verklebt massenhaft Aufkleber mit den Parolen "Arbeit statt Profite!" oder "Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre!", während sich die JN unter der Losung "Sie machen Kasse - Du sitzt auf der Straße" antikapitalistisch gebärdet. (Propagandamaterial der NPD/JN, 2000)

Die NPD sieht sich laut einem Flugblatt des Landesverbandes Sachsen als "moderne und revolutionäre", ja sogar als "antiimperialistische" Partei "in der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung". (zit. nach Jean Cremet: Die NPD und ihr nationalrevolutionäres Umfeld, hrsg. vom DGB-Bildungswerk Hessen, 1999) In ihrer Parteizeitung Deutsche Stimme (DS) kritisiert die NPD "die Vermögensumverteilung von den Schaffenden zu den Raffenden"(DS, 2/2000) und bedient damit nochmals antisemitische Stereotype. Unter der Überschrift "Die soziale Frage im nationalen Rahmen lösen" schwadronierte der NPD-Funktionär Frank Schwerdt in der Parteizeitung: "Wegen der sich ständig verschlechternden Wirtschaftslage in Mitteldeutschland steht natürlich dieses Thema (die Sozialpolitik, Anm. ak) im Mittelpunkt der Wahlkampagne." (DS, 8/1999)

Eine Menge an Gemeinsamkeiten

Egal ob mit biologistischer oder neoliberaler Begründung: Schon bei der Ablehnung der Gleichheit aller Menschen sind sich beide Strömungen des Rechtsextremismus einig. Die Zeitschrift Nation & Europa, in diesem Fall eher dem NPD-Flügel zugetan, will wissen, dass die "natürlichen Unterschiede der Menschen" dazu führen, dass das "Gleichheitsbedürfnis als Quelle überzogener Erwartungen (...) die Ursache von Verunsicherung und Chaos" darstellt. (NE, 2/90) Auch die Junge Freiheit (in diesem Fall dem REP-Spektrum nahe stehend) stellt dazu fest: "Ein freiheitlicher Konservatismus hat die Idee der gleichgeschalteten Gesellschaft als verbrecherischen Albtraum abgehakt." (JF, 36/95) Mit dieser Ablehnung von Gleichheitsgedanken wird selbstverständlich auch der moderne Sozialstaat abgelehnt und erst recht jeder wirklichen Weiterentwicklung im Sozialbereich eine Absage erteilt.

Einig sind sich beide Flügel des Rechtsextremismus auch in ihrer Ablehnung von betrieblichen Rechten und gewerkschaftlicher Vertretung. So kann der im ultrarechten Spektrum viel gelesenen Deutschen National-Zeitung (DNZ) entnommen werden, die Gewerkschaften seien ein "Kartell der Absahner" (DNZ, 12/96); die NPD wettert gegen "maßlose Forderungen" der Gewerkschaften (DS, 3/95) und der BFB verlangte eine "Öffnung im Tarifbereich" und andere Einschnitte in die Rechte der beschäftigten. (BFB: Wer wir sind. Was wir wollen, 1994)

Verbesserungen möchten beide Lager des Rechtsextremismus allerdings bei der Stärkung der deutschen Familie, des Mittelstandes und der Landwirtschaft. Ideologische Gründe hierfür sind offensichtlich. Für Frauen kann diese verlangte Familienförderung allerdings als Drohung ausfallen: "Nationaldemokraten lehnen jede Gemeinschaft gefährdende ‚Selbstverwirklichung und den mit ihr einhergehenden schrankenlosen Egoismus ab." Gegen wen die Ablehnung der "Selbstverwirklichung" gerichtet ist, können wir uns lebhaft vorstellen. Aber immerhin: "Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe vergleichbar." Deshalb sollte sie auch nicht arbeiten gehen. (Zitate aus NPD-Parteiprogramm) Noch deutsch-familiärer wird es bei der Gemeinschaft Deutscher Frauen (GDF): "Die Familie ist der erfüllte Lebenskreis der deutschen Frau. Hier gestaltet sie den kraftspendenden Ruhepunkt männlichen Tuns, die Stätte liebreicher Erziehung des jungen Geschlechts und den Mittelpunkt deutscher Geselligkeit." Der Mann sei der Kopf der Familie, den Beruf und politische Tätigkeit "oft zur Härte gegen sich selbst" zwinge, die Frau dagegen das familiäre Herz. (Internetseite der GDF) Sicherlich wird hier nur schmalziger, aber deutlicher als anderswo ausgesprochen, was sich manches (meist männliche) ultrarechte Herz beständig denkt.

Erwartungsgemäß findet sich bei den Neoliberalisten ebenso wie bei den "deutschen Sozialisten" ein rassistischer Grundton auch in den sozial- und wirtschaftspolitischen Ideen: "Arbeit zuerst für Deutsche" (NPD) oder "Arbeit für Deutsche" (REP) sind dabei die plakativen Ausführungen hierzu. Die NPD dröhnt weiter: "Das Problem der Massenerwerbslosigkeit ist von dem Problem der Masseneinwanderung nicht zu trennen." Diese sei "eine der Hauptursachen für den Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit und sozialer Verelendung in unserem Land." (Programmatische Aussagen, Stichwort: Arbeit!, 2000) Doch damit nicht genug: Die REPs z.B. halten es für "unverantwortlich, dass inzwischen fast ein Drittel der Sozialhilfe zum Lebensunterhalt für Asylbewerber und Asylanten aufgebracht wird". (Parteiprogramm 1993) Also auch Sozialleistungen nur für Deutsche.

Bei aller Unterschiedlichkeit der beiden Strömungen in der Frage staatlicher Einflussnahme auf die Wirtschaft, gilt dennoch, dass beide grundsätzlich an der Marktwirtschaft festhalten. Der BFB formulierte es in seinem Grundsatzprogramm (1995) für den neoliberalen Flügel: "Die natürliche Wirtschaftsordnung in einer Gesellschaft freier Bürger ist die Marktwirtschaft." Sehen wir von der Lächerlichkeit ab, dass hier ein gesellschaftliches Phänomen (eine Wirtschaftsordnung) zu einer naturgegebenen Erscheinung verklärt wird,

und befragen wir die NPD zu diesem Thema. Deren ehemaliger Vorsitzender Adolf von Thadden betonte in Nation & Europa: "Hitler hat eben nicht, wie Ulbricht, die Wirtschaft verstaatlicht und damit zu allmählicher Erstarrung verdammt - er hat vielmehr, Pläne hin oder her, die Marktwirtschaft kaum in ihrem Funktionieren beengt, sie jedoch mit seiner ‚Sozialisation der Herzen` flankiert." (NE, 12/91) Der Rechtsextremismus ist eben weder als "deutscher Sozialismus" noch als Neoliberalismus eine Verneinung des Kapitalismus, sondern lediglich eine jeweils spezifische Form.

Das Feld nicht überlassen

Die neoliberalistische Fraktion des Rechtsextremismus kann ihre Wirksamkeit auch aus der Tatsache ziehen, dass eine international anerkannte Wirtschaftstheorie zur Anwendung gebracht und davon ausgehend die Sozialpolitik bestimmt wird. Dadurch ist es möglich, den Stallgeruch der Ewiggestrigen abzuschütteln. So kann sie in national-liberalen und konservativen Kreisen auf Zulauf hoffen. Was ihr derzeit augenscheinlich fehlt, ist Führungspersonal, das attraktiver ist, als das der im rechts-bürgerlichen Lager konkurrierenden Parteien. Es ist kein Zufall, dass die REPs die meisten Erfolge im süddeutschen Speckgürtel hatten, wo niedrige Arbeitslosenquote und relativer Reichtum mit teils rationalen, teils irrationalen Ängsten einhergehen. Gerade für ein bürgerlich-sattes Publikum haben die REPs im Prinzip schon heute alle Attribute einer wählbaren Partei; die neoliberalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik ist ein ganz wesentliches.

Eine andere Zielgruppe sprechen die NPD/JN und die Freien Kameradschaften an. Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit (vermeintlich) bedrohte Ostdeutsche, erlebnishungrige westdeutsche Kids, gewaltbereite und im Wortsinne asoziale Skinheads, vereinzelte profilierungssüchtige Intellektuelle, - alle diese und noch mehr sind auf der Suche nach elitärem Erleben, einfachen Antworten, Opfern für ihre rassistischen Fantasien und sicherlich auch nach Sicherheit in einer höchst unüberschaubaren Welt. Gemessen an den neo-liberalistischen Rechtsextremen geht von dieser zweiten Gruppe erheblich mehr direkte Gefahr aus. Die sozialpolitischen Vorstellungen sind hier notwendig, um den ideologischen Hintergrund zu vervollständigen, ohne den es sich tatsächlich - wohl auch in der eigenen Wahrnehmung - nur um marodierende Banden handeln würde. Und diese sozialpolitischen Aussagen sind auch wichtig, um in der Bevölkerung überhaupt als Partei "der kleinen Leute" wahrgenommen werden zu können.

Noch vor 20 Jahren wären sozialpolitische Schwerpunkte bei der NPD unmöglich gewesen, da dieses Thema eindeutig links besetzt war. Es wird hier nicht behauptet, dass die Linke eingefleischte REP- oder NPD-Wähler wirklich erreichen könnte; vielmehr geht es um ein hegemoniales Problem: Wo die Linke stark ist und den sozialpolitischen Diskurs bestimmt, kann dieses Thema kaum von rechts besetzt werden. Bei aller Illusionslosigkeit bezüglich der Wirksamkeit linker Politik heute soll hier dennoch an eine einstige Stärke der Linken erinnert werden, an ihre Aussagen zur Wirtschafts- und damit Sozialpolitik. Bei weitem nicht alles muss hier neu erfunden werden. Noch immer verfügt die Linke (und damit sind hier nicht SPD und Grüne gemeint!) auf diesem Themenfeld über die weitaus besseren Analysen. Denn neben Anti-Rassismus und Anti-Sexismus ist die von links thematisierte Wirtschafts- und Sozialpolitik der dritte große Pfeiler linker Theorie und Politik: der Anti-Kapitalismus. Wer, wenn nicht die Linke, sollte den Rechtsextremen die Hegemonie bei diesem Thema streitig machen?

Martin Bayer

16. Sieg der Bürger. Die Hamburg-Wahl - ein folgenschwerer Sonderfall

Autor: Js. · Rubrik: Wahlen; CDU/CSU; SPD; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:41

Hamburg ist eine Weltstadt. Hamburg ist das Tor zur Welt. Hamburg ist eine CSU-Enklave im hohen Norden. Hamburg ist ein Sonderfall. Aber Sonderfälle sind wiederholbar: Wenn "günstige" Umstände vorliegen und ein "attraktiver" Kandidat antritt, kann das derzeit auf 20 Prozent geschätzte rechtsextreme Wählerpotenzial voll ausgeschöpft werden.

Spannend blieb es am Wahlabend nur noch wegen der FDP. Aber das Endergebnis ist eindeutig: CDU 26, Schill 19,4, FDP 5,1 Prozent. Rot-Grün ist abgewählt, der Bürgerblock, das Bürgerpack hat die Wahl gewonnen - ich korrigiere: das BürgerInnenpack. Denn der unbestrittene Wahlsieger, Amtsrichter Ronald Barnabas Schill, ist auch ein Liebling der Frauen: ein starker Mann, groß und breitschultrig, ein Beschützer und Hoffnungsträger etwa für jene Dame auf der Wahlparty der CDU, die nun wieder Mut schöpft, nachdem sie in der Vergangenheit - wörtlich - "an mehreren Raubüberfällen beteiligt" war. Auf welcher Seite, ließ sie offen.

Wer ist Schill? Ein "Rechtspopulist", sagen die Parteienforscher. Der Begriff erklärt alles und nichts. Rechts ist auch die CDU und populistisch die SPD, deren Generalsekretär Franz Müntefering am Wahlabend sinngemäß sagte: Schills Programm der "inneren Sicherheit" ist so wichtig, dass man seine Umsetzung nicht Amateuren überlassen sollte; das können Sozialdemokraten besser. Durch ihr "Umsteuern" in den vergangenen Monaten habe die SPD bewiesen, dass sie das Sicherheitsbedürfnis der Menschen ernst nehme. Mit Umsteuern meinte er die Absetzung des damaligen Innensenators Hartmut Wrocklage, der durch eine Kampagne der Polizeiführung und der Bild-Zeitung aus dem Amt gemobbt worden war. Sein Nachfolger Olaf Scholz, wie Wrocklage Sozialdemokrat, tat alles Erdenkliche, um die Law&Order-Fraktion zufrieden zu stellen, und lieferte der Hamburger Linken reichlich Munition für Witze über "Schilz und Scholl" und Wortspiele wie "Ich bin Scholz, ein Schill zu sein".

Dass er der bessere Schill sei, konnte der neue Hardliner aber nicht so richtig rüberbringen. Denn dieselbe Presse, nicht nur aus dem Springer-Verlag, die Schill erst aufgebaut hatte, machte seit Monaten Stimmung für den "Wechsel", gegen den "roten Filz" nach "44 Jahren sozialdemokratischer Herrschaft". Während die SPD ihren Stimmenanteil (36,8 Prozent) trotzdem halten konnte, wurden wieder einmal, wie schon bei den Landtagswahlen in Hessen, die Grünen Opfer des Wechselfiebers. Das kommt nicht unerwartet, und die SPD hat auf Bundesebene bereits vorgesorgt. Mit ihrem Werben um die FDP läuft sie bei den Möllemännern und Westerwelles offene Türen ein. Bundespolitische Rücksichten der Hamburger FDP sind für die SPD denn auch die letzte Hoffnung, dass der Bürgerblock doch noch scheitern könnte. Die wahrscheinlichste Alternative wäre dann nicht die "Ampel", sondern die große Koalition. "Im Interesse der Stadt", glaubt der amtierende Wirtschaftssenator Mirow (SPD), könnte auch die Hamburger Wirtschaft Einspruch einlegen gegen das Experiment mit Schill als zweitem Bürgermeister.

Was auch immer koalitionstechnisch das Ergebnis der Hamburger Wahl sein mag - die bundespolitischen Folgen sind in jedem Fall verheerend. "Kriminalität ist das Ergebnis offener Grenzen", erklärte Ex-Bürgermeister Klose (SPD), der auch schon als Kandidat für die Scharping-Nachfolge gehandelt wurde. Die informelle große Koalition steht. Gestärkt ist auch die Position Otto Schilys, der so gern "von Beckstein abschreibt", wie CSU-Generalsekretär Thomas Goppel am Wahlabend zufrieden grinsend erklärte. Der Wettstreit, wer denn die effektivere Law&Order-Partei sei, wird weiter gehen. Schill hat in Hamburg gleich viel Stimmen von der SPD wie von der CDU geholt, mehr als von den Rechtsextremen; die CDU muss sich Sorgen machen, dass ihr Spezialthema, die "innere Sicherheit", auch anderswo von rechten Newcomern für Wahlerfolge genutzt wird. Bislang haben CDU und CSU noch stets mit einer weiteren Rechtsentwicklung reagiert, wenn ihre Bindungskraft ins rechtsextreme Lager abzunehmen drohte. Das gilt auch jetzt - selbst wenn eine bundesweite Ausdehnung der Schill-Partei kaum Erfolg haben dürfte. Dazu fehlt ihrem Anführer denn doch das politische Format.

Und die Grünen? Sie werden immer weniger gebraucht, müssen sich vielmehr voll darauf konzentrieren, im nächsten Jahr überhaupt wieder in den Bundestag einzuziehen. Nach Lage der Dinge werden sie das

versuchen, indem sie noch deutlicher ihre Loyalität zum Kanzler demonstrieren, noch mehr auf kritische Töne oder gar ultimative Forderungen - etwa in Sachen Einwanderungsgesetz - verzichten. Die berechtigte Schadenfreude über den grünen Niedergang (von 13,9 auf 8,5 Prozent) wird allerdings nicht nur durch den Sieg des Mitte-Rechts-Blocks getrübt. Das Abschneiden der linksoppositionellen Gruppe Regenbogen. Für eine neue Linke (1,7 Prozent) ist besonders enttäuschend, auch wenn kaum jemand mit ihrem Wiedereinzug in die Bürgerschaft gerechnet hat. Das lag nicht nur an der blödsinnigen Konkurrenzkandidatur des sektiererischen Hamburger Landesverbandes der PDS (0,4 Prozent), sondern vor allem an der Schwäche der Hamburger Linken.

Der größte Erfolg der Regenbogen-Gruppe war ihre Konstituierung im April 1999, als sie sich aus Protest gegen den Jugoslawien-Krieg mit deutscher Beteiligung und grüner Unterstützung von der GAL abspaltete. Es verdient Respekt, dass sie das trotz erheblicher Anfeindungen durchgestanden hat. Natürlich konnte sie jetzt, zwei Jahre später, nicht auf eine Kandidatur verzichten. Ihr Scheitern zeigt, dass die Linke jenseits der PDS derzeit bei Parlamentswahlen nichts zu bestellen hat. Der Gruppe Regenbogen muss man wünschen, dass sie die Kraft zum Weitermachen findet und sich für das engagiert, was in ihrem vollständigen Namen als Ziel genannt ist: an der Rekonstruktion einer "neuen Linken" mitzuwirken.

Js.

17. Neue Mitte oder olle Kamellen. Interview mit U. Hiksch und R. Taheri über die PDS-Programmdiskussion

Interview mit Uwe Hiksch und Rouzbeh Taheri über die Programmdiskussion, die Berliner Wahl und den Zustand der PDS

Rubrik: Wahlen; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:19

Interview mit Uwe Hiksch und Rouzbeh Taheri über die Programmdiskussion, die Berliner Wahl und

den Zustand der PDS

Am 6./7. Oktober trifft sich in Dresden die PDS zu ihrem Parteitag. Dort soll ein Leitantrag verabschiedet werden, in dem die nächsten Schritte der Programmdiskussion festgelegt werden. Die hatte in den letzten Monaten hohe Wellen in der Partei geschlagen. Der von der Parteivorsitzenden Gabi Zimmer vorgelegte Programmentwurf stieß dabei ebenso wenig auf ungeteilte Zustimmung wie der Gegenentwurf von Winni Wolf u.a. (vgl. ak 450 und 451).

Im Sommer hat eine Gruppe von 30 Parteimitgliedern die Initiative ergriffen, um mit einem Diskussionsangebot die drohende Total-Polarisierung aufzubrechen. In einer Stellungnahme (1) zu den Programmentwürfen kritisierten sie den Gegenentwurf als "überholten Sprachformen verhaftet", der insgesamt "traditionalistisch argumentiert" und sich weder mit "den neuen Fragen noch mit den alten Fehlern auseinander setzt". Dem Entwurf, der vom Parteivorstand als Arbeitsgrundlage für die weitere Programmdebatte vorgeschlagen wird, bescheinigen sie, er würde sich "mitunter bis zur Begriffswahl" "programmatischen Schriften der neuen Sozialdemokratie" annähern, deshalb bedürfe es einer "grundlegenden Überarbeitung in Analyse und Schlussfolgerungen". Der Bundestagsabgeordnete Uwe Hiksch, der im Oktober 1999 von der SPD zur PDS übergetreten ist, und Rouzbeh Taheri, Mitglied im Parteivorstand, gehören zu den Initiatoren dieser Stellungnahme.

Warum habt ihr diesen Interventionsversuch unternommen?

Rouzbeh Taheri: In der Programmdebatte hatte bis dahin eine Schwarz-Weiß-Sicht vorgeherrscht: Entweder bist du für den einen Entwurf oder für den anderen, dazwischen gab es nichts. Mit unserer Stellungnahme wollten wir dokumentieren, dass es einige nicht unmaßgebliche Personen in der Partei gibt, die mit ihrer Position zwischen den beiden Entwürfen stehen.

Darüber hinaus wollten wir auch zur Versachlichung der Debatte beitragen, indem wir nicht nur allgemein die Entwürfe kritisieren, sondern an bestimmten Punkten eine Diskussion organisieren.

Uwe Hiksch: Wer sich die beiden Entwürfe ansieht, stellt fest, dass sich eine moderne Linke gerade in der Frage, in welcher ökonomischen und gesellschaftlichen Situation wir leben, auf der einen Seite nicht Antworten der "Neuen Mitte" geben darf und auf der anderen Seite nicht Antworten geben darf, die nach meiner Überzeugung in den siebziger Jahren in ihrer Grundanalyse noch richtig waren, die sich aber heute auf Grund der Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse zum Teil anders darstellen.

Der Entwurf von Winfried Wolf u.a. ist ein sehr traditionalistischer marxistischer Entwurf. Er geht davon aus, dass die Ökonomie vor allem von Banken, Versicherungen und großen dominierenden Unternehmensstrukturen beherrscht wird, wobei eine kleine Clique von Wirtschaftsbossen diese Ökonomie leitet.

Der Entwurf von Brie u.a. dagegen drückt sich in weiten Teilen vor einer ökonomischen Analyse und arbeitet sich statt dessen vor allem an Werten ab. Natürlich glauben auch wir, dass die Linke Werte haben muss, aber Werte sind nichts Abstraktes. Wer sich einmal mit sozialdemokratischen Programmdebatten beschäftigt hat, weiß, dass die Reformisten innerhalb der Sozialdemokratie die marxistische Analyse immer dadurch aushebeln wollten, dass sie stückchenweise ökonomische Analysen durch wertorientierte Politik ersetzen wollten. Werte sind in der Politik der "Neuen Mitte" etwas, das jederzeit flexibel ausgelegt werden kann. Ein

linker, sozialistischer Entwurf braucht eine saubere, ökonomische Analyse. Daraus müssen kurz-, mittel- und langfristig Ansatzpunkte für eine linke, systemüberwindende Politik abgeleitet werden.

Trotzdem habt ihr nun dem Leitantrag zum Parteitag zugestimmt, in dem von den vorliegenden Programmentwürfen nur der von Brie/Klein zur Diskussionsgrundlage gemacht wird.

R.T.: Der Brie/Klein-Entwurf wird nicht Diskussions-, sondern Arbeitsgrundlage, heißt es im Leitantrag. Nun könnte man eine semantische Debatte beginnen, was der Unterschied zwischen Arbeits- und Diskussionsgrundlage ist.

U.H.: Ich glaube, dass die semantische Formulierung, die gefunden wurde, eine Grundlage ist, hinter der sich große Teile der Partei sammeln können. Unser Papier sollte neben einer inhaltlichen Kritik, die zu einer Debatte führt, vor allem eine beruhigende Atmosphäre in die Programmdiskussion hineinbringen. Wenn die Auseinandersetzung zugespitzt worden wäre auf die Alternative Wolf oder Brie, hätte es nicht geringe Teile - und ich behaupte, auf beiden Seiten mindestens 20 Prozent - der Partei ausgegrenzt. Zwischen den beiden Entwürfen gibt es in nicht unterschiedlichen Fragen fundamental unterschiedliche Positionen. Eine Auseinandersetzung darum muss zu Kompromissen finden. In der Ökonomiedebatte wird man den Brie/Klein-Entwurf grundsätzlich verändern müssen, weil die Kapitalismuskritik und -analyse für eine linke Partei problematisch ist.

Die Brie/Klein-Entwurf ist von Gabi Zimmer unter Umgehung der eigentlich zuständigen Programmkommission über die Medien in die Öffentlichkeit getragen worden. Jetzt kann man den Entwurf nicht mehr zurückziehen, ohne das Ansehen der Parteivorsitzenden zu beschädigen. Warum fällt es der PDS so schwer, einen demokratischen Diskurs zu organisieren?

U.H.: Die PDS hat sicher Probleme mit härter geführten theoretischen Auseinandersetzungen. Das hat nach meiner Überzeugung damit zu tun, dass die PDS auf Grund ihrer schwierigen Geschichte im Jahr 1989 zum Teil aus taktischen Erwägungen, aber auch aus Überzeugung ihre gesamte bisherige Funktionärschicht, die Mitglieder der PDS geblieben sind, in die zweite und dritte Reihe zurückgezogen hat und aus dem relativ freien Markt der Linken so genannte nicht-dogmatische Linke gesucht wurden, die Gysis bunte Truppe dargestellt haben. Dadurch haben sich in der PDS zwei völlig unterschiedliche diskursive Spektren entwickelt: Auf der einen Seite das eher traditionell marxistisch-leninistisch ausgerichtete Spektrum, dass sich in den Basisorganisationen wiederfindet und der Meinung ist, diese Phase ist nur eine Zwischenphase, die mittelfristig wieder ein klares marxistisches Programm bringen kann, und auf der anderen Seite die medial wahrnehmbaren Querdenker.

Diese mediale Wahrnehmung ist von der Basis, die genau wusste, dass mit marxistischen Diskussionen nach 1989 kaum fünf Prozent zu organisieren sind, eine Zeit lang hingenommen worden. Beide Lager haben sich dann in sehr schweren Auseinandersetzungen, die eine Zeit lang unter der Decke verlaufen sind, immer mehr gegenübergestanden und nicht mehr miteinander reden können. Innerhalb der Parteiführung, in der ja eher der undogmatische Bereich dominiert, gibt es die tiefe und feste Überzeugung, dass sich der traditionelle Teil nicht mehr durchsetzen dürfte. Dadurch gibt es diese Spannungen.

Die taz hat vor kurzem geschrieben, es gebe keine andere Partei, in der die Führung so verächtlich auf die Basis herabblicke und dies auch noch so offen nach außen hin vertreten würde.

U.H.: Die Frage, die die taz aufgeworfen hat, würde ich durchaus als Frage sehen, die man innerhalb der PDS intensiv diskutieren sollte. (lacht)

Das ist auch eine sehr schöne semantische Wendung ... Ist eure Stellungnahme lediglich eine punktuelle Intervention zur Programmdebatte oder erleben wir einen Zusammenschluss der Parteilinken, wie es der Babelsberger Kreis bei den Grünen war?

R.T.: Es ist kein Zusammenschluss oder eine Strömung. Wir haben aber vor, bestimmte Projekte zu realisieren, wie unsere Internetseite www.pds-programmdebatte.de.

Klassische Strömungen, wie wir das aus der SPD oder den Grünen kennen, haben in der PDS keine Chance. Das kulturelle Selbstverständnis der Partei ist ein anderes. Wenn du dich in der PDS als Strömung zusammenfindest und den anderen zeigst, wir sind ein mehr oder weniger geschlossener Kreis, dann hast du

schon verloren. Genau wie die Kommunistische Plattform (KPF) verloren hat. Sie hat nie etwas als KPF durchgesetzt, nur einzelne Mitglieder der KPF konnten manchmal etwas durchsetzen. Wenn du der KPF zugerechnet wirst, dann bist du für die Mehrheit der Partei in einer bestimmten Schublade ...

Das dürfte doch eher an den Positionen der KPF liegen ...

R.T.: Wenn die Mitglieder der KPF die gleichen Positionen nicht als Strömung vertreten hätten, wären sie erfolgreicher gewesen.

U.H.: Dem kann ich nur voll und ganz zu stimmen. Wir sind der Überzeugung, dass es in der PDS gelingen muss, Diskurse zu organisieren. Wir wollen mit Beiträgen, die einem Teil der Parteiführung wahrscheinlich nicht gefallen werden, dazu beitragen, dass die Partei inhaltlich gestärkt wird. Hier wird der Kreis arbeiten, ohne sich als Strömung zu definieren. Wir wollen Angebote machen, dass unterschiedliche Denktraditionen zusammengebracht werden.

Hängt die Schwäche eurer Position, nennen wir sie einmal Mitte-Links, auch daran, dass ihr euch jahrelang an Sachfragen orientiert und nicht inhaltlich in die Richtungsdebatte eingegriffen habt?

U.H.: Auch dies halte ich für eine Einschätzung, die in der PDS diskutiert werden sollte ...

Dann diskutieren wir doch einmal den Brie/Klein-Entwurf. Eine der Stärken ist unseres Erachtens die Betonung der individuellen Freiheit.

R.T.: Dass sie die "liberalen Momente des Marxismus" stärker betonen, ist wunderbar! Seitdem ich in der PDS bin, gehörte ich immer zu den Menschen, die auf diesen Aspekt sehr viel Wert gelegt haben, sei es nun bei den Debatten um Innere Sicherheit oder Ähnlichem. Der PDS fehlt in vielen Bereichen ein solches Verständnis von individuellen Freiheitsrechten. Leider halten die Autoren dieses Entwurfes eine Negation des Systems der DDR automatisch für das Richtige. Sie setzen zu sehr auf Freiheitsrechte und zu wenig auf Gleichheit oder Gerechtigkeit. Wenn man sich die Geschichte der Partei und auch der Autoren des Programmentwurfs vergegenwärtigt, ist das verständlich.

Bei der Beurteilung der Arbeit geht es in dem Brie/Klein-Entwurf drunter und drüber. Zunächst wird der Zugang zu Erwerbsarbeit als "Freiheitsgut ersten Ranges" beschrieben. Dann heißt es, "Erwerbsarbeit muss Schritt für Schritt aus einem ökonomischem Zwangsverhältnis in eine Bedingung realer Freiheit verwandelt werden". Und schließlich wird die "bedarfsorientierte Grundsicherung" gefordert, damit Menschen "ihre individuellen Lebensentwürfe verwirklichen können". Ist Arbeit im Kapitalismus nun Freiheit oder der Zwang, seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen?

U.H.: Durch den Brie/Klein-Entwurf zieht sich eine Einschätzung des Kapitalismus, die ich so nicht teile. Innerhalb der PDS gibt es eine Denkströmung, die sich nach 1989 durch die Lektüre von undogmatischen Richtungen entwickelt hatte, die meint, man könne das System Kapitalismus in den Markt, der positiv ist, und in das System Kapitalismus als Ausbeutungsmechanismus, der negativ ist, unterscheiden. Wenn ich diesem System unterstelle, dass es auf der einen Seite diese emanzipatorischen Teile des Marktes gäbe, wo man nur die Ausschläge begrenzen müsste, dann schlägt sich das auch auf den Zugang zur Erwerbsarbeit durch.

Außerdem schwanken die Autoren in ihrer Position zwischen dem Theorem des Endes der Erwerbsarbeit und dem traditionellen Theorem der Zentralität der Erwerbsarbeit hin und her. Deswegen die mangelnde Stringenz: Die Autoren haben versucht, einen Mittelweg zwischen beiden Theoremen zu gehen.

Thema Bildung. Die wird von Brie und Klein als Chance gesehen, in der sozialdemokratischen Variante des Neoliberalismus die Verkaufsmacht der Ware Arbeitskraft gegenüber dem Kapital zu erhöhen. Das könnte man doch klassisch als permanentes Einstellen auf die Bedürfnisse des Kapitals oder sogar als Kolonisierung der Köpfe interpretieren ...

R.T.: Dem würde ich zustimmen. Je konkreter die Autoren des Entwurfs werden, desto schwammiger argumentieren sie. Was hier zur Bildungspolitik gesagt wird, hat nichts mit der emanzipatorischen Debatte bei SchülerInnen und StudentInnen zu tun. Bildung wird nur als Wirtschaftsfaktor, als Qualifizierung der Arbeitskraft verstanden, gleichwohl auch davon die Rede ist, dass Bildung ein Wert an sich sei. Hier haben wir wieder diese Unentschiedenheit.

U.H.: Das Problem des gesamten Programmentwurfes ist, dass sich die Autoren intensiv mit den intelligenten Theoretikern der "Neuen Mitte" auseinander gesetzt und auch Teile ihrer Programmatik übernommen haben. Die "Neue Mitte" hat aus der Frage der sozialen Gerechtigkeit eine Frage der Chancengleichheit gemacht. Der Programmentwurf versucht nun, eine durchaus linke Reflexion auf die Auseinandersetzung der Frage von Herstellung von gleichen Chancen zu geben und greift auch solidarische Elemente, wie die Sicherung des Sozialstaates oder einer solidarischen Rentenversicherung, auf. Er fordert auch ein Bildungssystem, das für alle offen sein soll. Er setzt aber seinen Ansatzpunkt immer wieder nur bei der Frage der Chancen. Hier sehe ich das eigentliche Problem. Das Bildungskapitel hat letztlich gar nichts mit aktuellen Bildungsdebatten zu tun, sondern etwas mit dem theoretischen Ausgangspunktes des gesamten Entwurfes, der dann sauber an Einzelthemen durchdekliniert wird.

Warum streitet sich eigentlich die PDS über Programme statt über die reale Entwicklung der Partei? Die Austeritätspolitik, die die Berliner PDS nach der Abgeordnetenhauswahl verwirklichen will, liegt, wenn man einmal die traditionellen Kategorien verwendet, doch weit rechts des linkssozialdemokratisch dominierten Programms von Brie/Klein.

R.T.: Was eine Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin anbelangt, so weiß ich nicht, wie das ausgeht. Für eine linke Partei, die als Juniorpartner in eine Regierung geht, kann es immer in einer Katastrophe enden. Aber in Berlin gibt es für die PDS keine andere Alternative. Aber ich gebe euch natürlich recht, die realen Veränderungen in der PDS werden in der Realpolitik vollzogen und nicht in der Programmdebatte.

U.H.: Natürlich sagen viele, unter welchem Programm ich Politik mache, ist mir egal. Während die einen Programme machen, organisiere ich die Realität. Dennoch muss die Linke um Programme kämpfen. Denn Programme zeigen in einer mittel- und langfristigen Linie eine Richtungsentwicklung auf.

Die PDS muss sich aber fragen, was Regierungsbeteiligungen bewirken. Dabei kann ich mir auf Kommunal- und Länderebene durchaus Regierungsbeteiligungen vorstellen, wenn es gelingt, ein linkssozialdemokratisches Reformprogramm zu definieren, an das sich die Sozialdemokraten auch halten. Die PDS könnte in einer Regierungsbeteiligung mithelfen, Grundvoraussetzungen zu schaffen, dass weitergehende Forderungen überhaupt wieder einen Resonanzboden finden. Wir müssen doch beispielsweise zur Kenntnis nehmen, dass vierzig Jahre Bildungspolitik in Bayern eine andere Voraussetzung für die Herausbildung linker Strömungen hervorgebracht haben als vierzig Jahre Bildungspolitik in NRW. Deshalb stehe ich nicht prinzipiell pro oder contra zu Regierungsbeteiligungen. Es muss in jedem Einzelfall geprüft werden und nachher auch analysiert werden, was dabei herausgekommen ist.

Auf Bundesebene muss es ein klares Nein zu einer Regierungsbeteiligung geben. Mit dieser SPD geht es nicht, da hat Müntefering recht: Eine PDS, die im Bund regieren will, muss sich außenpolitisch zur NATO und auch zu Kriegseinsätzen bekennen. Da dies die PDS nicht kann, wird sie die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre Opposition auf Bundesebene bleiben. Auf Landesebene stellen sich diese Fragen aber nicht. Landespolitik ist nicht viel mehr als gehobene Kommunalpolitik. Und Kommunalpolitik kann man auch mit Sozialdemokraten machen.

Was Berlin betrifft: Wenn ich mir das Wahlprogramm der Berliner SPD und der Grünen mit ihren Privatisierungs- und Deregulierungsansätzen ansehe, bin ich mir nicht sicher, ob damit ein linkssozialdemokratisches Reformprogramm möglich ist. Dies gilt es bei möglichen Koalitionsverhandlungen einzuschätzen.

Ein linkssozialdemokratisches Reformprogramm scheitert in Berlin doch zunächst einmal an der PDS, die sich als oberster Sparkommissar weit vor der SPD und den Grünen profiliert.

R.T.: Das PDS-Wahlprogramm unterscheidet sich an einem wesentlichen Punkt von denen der SPD und der Grünen: Es ist ehrlicher. In Berlin gibt es einfach das Problem, dass die Stadt pleite ist. Gleichzeitig gibt es nur die Wahl zwischen Großer Koalition und einer in welcher Form auch immer von der PDS unterstützten Regierung. In Berlin ist eine Situation entstanden, in der sich die PDS nicht heraushalten kann. Wichtig wird sein, wenn man an der Regierung beteiligt ist, wie man jeden einzelnen Schritt begründet und öffentlich und transparent damit umgeht.

Noch einmal zurück zur Programmdebatte. Uns scheint, dass sich die Abgeschlossenheit und Rückständigkeit der DDR noch einmal in der Programmdebatte der PDS reproduziert - dass heißt, die Parteispitze ist im Westen angekommen, aber im Westen der siebziger Jahre. Die PDS diskutiert noch über die Moderne, während der Westen schon längst die Postmoderne entdeckt hat. Und während heute eine globalisierungskritische Bewegung entsteht, preist die PDS die Innovationskraft des Unternehmertums.

U.H.: Die PDS ist für die Linke in der Bundesrepublik für eine relativ lange Zeit die letzte Möglichkeit, eine massenwirksame wahrnehmbare Kraft zu haben, wo sie ihre Theorien in der Gesellschaft anbieten und teilweise weiterentwickeln können. Insofern bietet die Programmdebatte für uns die Möglichkeit, unsere eigenen Ansätze einzubringen und sie auf ihre Überzeugungskraft zu überprüfen.

Für Linke gibt es das Problem, dass die PDS eine dreifache Aufarbeitung von Diskussionen leisten muss. Einmal muss die westdeutsche Linke das Spaltende in den linken Diskussionen überwinden. Dann wollen Menschen, die sich in ein politisches System eingebracht haben, nach einem Zusammenbruch dieses Systems natürlich eine Reflexion darüber vornehmen und finden dabei unterschiedliche Antworten. Das reicht von einer Verklärung bis zu Vorstellungen, die in dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus auch den Zusammenbruch einer gesamten Theorie sehen. Und dann muss man akzeptieren, dass es zwei ganz unterschiedliche Sozialisationen und dadurch Konzeptionen von Parteien gibt. In der DDR war die Aussage, dass Linke linke Politik machen können, wenn sie den Staat übernehmen, nie in Frage gestellt. Die Westlinke hat ganz andere Erfahrungen gemacht. Wenn Linke Positionen übernehmen, dann haben sie den Staat nur bedingt geändert, sich persönlich aber sehr. Das sind zwei völlig unterschiedliche Wahrnehmungen, was Übernahme von Funktionen im Kapitalismus bedeuten kann.

Das Interview führten Martin Beck und Martin Reeh.

Anmerkung:

1) "Eine zielgerichtete und offene Debatte für eine zukunftsfähige Linke. Gegen eine Richtungsentscheidung in Dresden", (www.pds-online.de/

programmentwurf/stellungsnahmen/0107/

hiksch_ua.htm)

Taheri: "Es hatte bis dahin eine Schwarz-Weiß-Sicht vorgeherrscht: Entweder bist du für den einen Entwurf oder für den anderen, dazwischen gab es nichts."

Hiksch: "Eine Auseinandersetzung darum muss zu Kompromissen finden. In der Ökonomiedebatte wird man den Brie/Klein-Entwurf grundsätzlich verändern müssen, weil die Kapitalismuskritik und -analyse für eine

linke Partei problematisch ist."

Hiksch: "Die PDS hat sicher Probleme mit härter geführten theoretischen Auseinandersetzungen."

Taheri: "Klassische Strömungen, wie wir das aus der SPD oder den Grünen kennen, haben in der PDS keine Chance."

Taheri: "Für eine linke Partei, die als Juniorpartner in eine Regierung geht, kann es immer in einer Katastrophe enden. Aber in Berlin gibt es für die PDS keine andere Alternative."

18. make-world festival. Ein Treffen der besonderen Art zu Grenzen und Globalisierung

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:27

Eigentlich ist "make world" ein Unix-Kommando, um das Betriebssystem eines Computers komplett zu erneuern. Auf diesem Wege ist es möglich, den jeweils jüngsten Entwicklungen zu folgen, wenn erst einmal die Quellen synchronisiert sind. Wer "make world" in die Befehlszeile eingibt, wechselt das gesamte System aus, während es gleichzeitig weiterläuft.

Was aber heißt überhaupt neu? Sogar in Zeiten, in denen alle durch die neusten Nachrichten schockiert sind, hat das, was neu ist, weniger mit gänzlich Unbekanntem oder nie zuvor Gesehenem zu tun, sondern mit der Allgegenwärtigkeit andauernder Veränderung. Was vor kurzem noch undenkbar war, dürfte im nächsten Moment schon keine große Überraschung mehr darstellen.

Im Niemandsland zwischen Kunst, Theorie und Politik bewegt sich ein außergewöhnliches Festival, das vom 18. bis 21. Oktober in München in der Muffathalle und der Münchner Medienkunstgalerie stattfindet. WissenschaftlerInnen, TheoretikerInnen, KünstlerInnen und AktivistInnen aus aller Welt sind zu Präsentationen, konstruktiven Debatten, Reflexionen und Diskussionen eingeladen. Unter dem Titel BORDER="0" LOCATION="YES" soll der Frage nachgegangen werden, welche neuen Formen von Subjektivität durch die gegenwärtigen Veränderungen der Welt hervorgebracht werden, die bislang als "Informatisierung", "Digitalisierung" und "Globalisierung" etikettiert wurden. Je mehr diese Schlagwörter nun an Glanz verlieren, desto wichtiger ist es, sich damit auseinander zu setzen, welche Rolle im Gegenzug Grenzen spielen, was Zugangsbeschränkungen und örtliche Ungebundenheit, Mobilität und Bewegungsfreiheit in Wirklichkeit bedeuten.

Der Konferenzteil von BORDER="0" LOCATION="YES" besteht aus einer Reihe von Vorträgen, Diskussionen und Workshops mit Gästen aus aller Welt: Von der Soziologin Saskia Sassen aus Chicago bis zur in Genua inhaftierten "no border/no nation"-Theatergruppe, vom Londoner Pop-Theoretiker Kodwo Eshun bis zu AktivistInnen aus südkoreanischen Gewerkschaften und US-amerikanischen Migrantenorganisationen, vom Performance Künstler Guillermo Gomez-Pena über Medientheoretiker wie Roman Leibov bis zu einer Videokonferenz mit Antonio Negri. Der Konferenzteil verläuft über drei Tage in zahlreichen Penals entlang verschiedener Pfade: "Arbeit ohne Grenzen", "Open Source und freies Fluten", "Under global Construction".

"Mehr denn je geht es um die Erfindung von neuen Lebensmöglichkeiten", heißt es im Aufruf zu dem Festival. "Mehr denn je um die Konstitution einer Sicht von Welt, die nicht Ungleiches mit immer Schlimmerem vergilt, sondern gleiche Rechte durchsetzt. Es geht um nichts weniger als globale Freizügigkeit und freie Zugänglichkeit zu Gütern, Räumen und Netzen."

Medien und Migration sind die zwei großen Themen der letzten Zeit, die sich nicht nur gegenseitig bedingen, sondern verstärken. Dass Menschen einen selbstbestimmten oder taktischen Umgang mit ihrer persönlichen Globalisierung ergreifen, diese bereichern, ihr widersprechen oder sie neu erfinden, hat eine Vielzahl neuer Situationen und Gefüge hervorgebracht: Kämpfe ums bloße Überleben oder Fluchtlinien aus der Starre des Bestehenden. Der Kommunikation dieser Kämpfe, die Vielfältigkeit sozialer und politischer Auseinandersetzungen kommt immer entscheidendere Bedeutung zu. "make-world" versucht hierfür eine Plattform anzubieten, die AktivistInnen kommen aus allen Kontinenten. Und es wird dementsprechend vor allem in Englisch vorgetragen und diskutiert.

Dass zudem ganz konkrete, praktische Impulse von dieser Konferenz ausgehen, bleibt ebenfalls nicht ausgeschlossen. "Von Genua via Brüssel nach Strasbourg ...", so wird ein Workshop betitelt sein, der nach der anstehenden Mobilisierung zum nächsten EU-Gipfel die supranationale Fahndungsdatei des europäischen Grenzregimes ins Visier nimmt. Das Schengener Informations-System (SIS) in Strasbourg, so lautet ein derzeit unter antirassistischen Gruppen kursierender Vorschlag, soll im Sommer 2002 mit einem internationalen noborder-camp belagert werden.

Weitere Informtaionen unter:

http://make-world.org,

E-Mail: 0yes@make-world.org

19. Frauen ohne Papiere - und ohne Geld. Illegalisierte brauchen Unterstützung

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:12

In Berlin gibt es seit fast zehn Jahren ein Bündnis von Frauen und Lesben, die Frauen ohne Papiere und ihre Kinder praktisch unterstützen. Es geht von dem Prinzip aus, dass jeder Grund, woanders leben zu wollen, legitim ist und jeder Mensch das Recht haben sollte, selber zu entscheiden, wo er oder sie leben will, ohne in Grundrechten eingeschränkt zu werden. Das Bündnis will neben der praktischen Unterstützung auch immer wieder auf die Situation von Frauen ohne legalen Aufenthaltsstatus aufmerksam machen und gegen das Totschweigen dieser Menschen in den Medien und deren Kriminalisierung in der Politik kämpfen.

Weltweit sind laut UNHCR ca. 21 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Gründe dafür sind so vielfältig wie die Menschen dieser Erde. Menschen gehen von zu Hause weg, weil sie vom Krieg vertrieben wurden, weil sie als Frauen entrechtet und unterdrückt oder wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, weil sie zu Hause arbeitslos sind und anderswo eine Arbeit gefunden haben oder zu finden hoffen, weil sie der Familie oder Freunden nachziehen, weil sie wegen ihren politischen Ansichten verfolgt werden, weil sie zu Hause nicht mehr genug zum Leben haben usw. Gemeinsam ist all diesen Gründen, der Wunsch nach Leben, bzw. einem besseren Leben.

Nur eine verschwindend geringe Anzahl dieser Menschen gelangt nach Europa, die wenigsten davon sind Frauen, die durch ihre Kinder und die finanzielle Abhängigkeit vom Mann oft gezwungen sind, zu bleiben. In Belgien werden nach Angaben der UNHCR pro 1.000 Einwohner und Jahr 4,2 Asylanträge gestellt, in Deutschland sind es sogar nur 0,96.

Eine legale Einreise nach Deutschland oder in ein anderes europäisches Land sind kaum noch möglich. Gleichzeitig wurde das Leben der hierher gekommenen Flüchtlinge durch die Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes so unerträglich wie möglich gemacht. Die politische Absicht dahinter wurde stets offen vertreten: Es ging um Abschreckung und darum, die Flüchtlinge so schnell wie möglich wieder los zu werden.

Inzwischen ist es so, dass selbst die wenigen, denen es gelingt, hier ihren Asylantrag vorzubringen, Gefahr laufen, kurzerhand als Wirtschaftsflüchtlinge abgestempelt und wieder zur Ausreise gezwungen zu werden. Andere bemühen sich deshalb erst gar nicht um ein Asylverfahren, weil die Aussichten auf Erfolg verschwindend gering sind. Da die Fluchtgründe aber weiter bestehen, sind immer mehr Menschen gezwungen, illegal hier zu leben.

Ohne legalen Aufenthaltsstatus hier zu leben heißt selbstverständliche Grundrechte nicht in Anspruch nehmen zu können:

- bei Unfall oder Krankheit nicht einfach zum Arzt oder ins Krankenhaus gehen zu können,

- keine Möglichkeit staatlicher Unterstützung und somit davon abhängig zu sein, jeden sich bietenden Job anzunehmen, oft für einen Hungerlohn. Dies kann auch heißen, gänzlich um den Lohn betrogen zu werden. Viele Arbeitgeber nutzen die rechtlose Situation von illegal hier lebenden Menschen für sich aus.

- nicht selbst eine Wohnung anmieten zu können, wenn möglich bei Verwandten und Freunden unterschlüpfen zu müssen, so dass oft viele Menschen auf kleinstem Raum zusammenleben müssen,

- die Kinder nicht in die Schule oder in den Kindergarten schicken zu können, was wiederum eine Erwerbstätigkeit erschwert,

- immer abhängig zu sein von der Unterstützung von FreundInnen, Bekannten und Verwandten,

- immer mit der Angst zu leben, "entdeckt" und abgeschoben zu werden, ob in der U-Bahn, auf der Straße oder in Sprachschulen.

Frauen ohne Papiere sind von der Illegalität noch auf andere Weise betroffen als Männer. Zum einen besteht meist eine große finanzielle Abhängigkeit vom Mann. Ist die Frau alleine hier, ist sie oftmals rassistischer und

sexistischer Diskriminierung, z.B. am Arbeitsplatz, ausgesetzt. Gegen sexuelle Übergriffe hat sie kaum Möglichkeiten sich zu wehren, ohne dabei das Risiko ihrer "Entdeckung" und Abschiebung in Kauf zu nehmen. Außerdem sind Frauen durch die Verantwortung für ihre Kinder noch einmal mehr eingeschränkt und belastet. Einige entscheiden sich auf Grund dieser Bedingungen für Arbeitsplätze in der Prostitution, wo sie sich wegen ihres rechtlosen Status wiederum in größerer Abhängigkeit befinden als ihre deutschen Kolleginnen.

Das Frauen- und Lesbenbündnis "Papiere für alle" hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Frauen zu unterstützen. Diese Unterstützung beinhaltet: Die Vermittlung von Wohnungen, "sicheren" Jobs, AnwältInnen, wenn die Frauen z. B. im Abschiebeknast landen, ÄrztInnen, die sie und ihre Kinder kostenlos oder für wenig Geld versorgen, die Vermittlung von Schul- und Kitaplätzen, usw. Diese ehrenamtliche Arbeit bedingt einen hohen Organisationsaufwand und bei der derzeitigen Rechtslage auch immer noch die Gefahr, selbst der Unterstützung eines illegalen Aufenthalts angeklagt zu werden. Immer noch müssen Frauen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind, abgewiesen werden, weil es schlicht an Geldmitteln mangelt. Mieten, Arzthonorare, Sprachkurse, usw. werden nämlich ausschließlich aus Spenden gedeckt. Da jeden Monat feste Beträge anfallen, freut sich das Bündnis besonders über Daueraufträge, auch wenn es kleine Summen sind.

Spenden (steuerlich absetzbar) bitte an: Förderverein Netzwerk Selbsthilfe e.V., Stichwort: Papeles!, Kto.-Nr.: 3023301, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ.: 100 205 00. Das Geld geht nur an Frauen. Kontakt: Papiere für alle, c/o Antirassistische Initiative e.V., Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Tel.: 030-7857281, Fax: 030-7869984, E-Mail: sorglosfinanz@yahoo.de

20. Flughafenblockade in Bremen. Antirassistische Aktion gegen die Abschiebung von libanesischen Flüchtlingen

Autor: Frank Baum · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:13

"Wenn die Flüchtlinge aus dem Libanon abgeschoben werden sollen, machen wir den Flughafen dicht!" Dies erklärten Ende Juni 2001 in Bremen über 700 Personen und etwa 20 Organisationen in einer Anzeige im Bremer Teil der taz. Inzwischen ist die Zahl der UnterstützerInnen auf über 1.000 angewachsen. Seit 1 1/2 Jahren engagieren sich die betroffenen Flüchtlinge, verschiedene Antirassismusgruppen, aber auch LehrerInnen an Bremer Schulen und RechtsanwältInnen gegen die drohende Abschiebung der libanesischen Bürgerkriegsflüchtlinge in die Türkei.

Der Bremer Senat will in den nächsten Wochen und Monaten hunderte von Flüchtlingen aus dem Libanon in die Türkei abschieben. Das Vorgehen des Bremer Senats gegen die libanesischen Flüchtlinge steht beispielhaft für die Kriminalisierung dieser Flüchtlingsgruppe auch in anderen Bundesländern. So gab Anfang 2000 der damalige Bremer Innensenator Schulte bekannt, es seien über 500 Personen mit falscher Identität ermittelt. "Die Polizei", so hieß es in einer Pressemitteilung, "hat systematischen Asylmissbrauch in großem Umfang aufgedeckt." Daraufhin setzte eine Kriminalisierungswelle ein. Im Innensenat rechnete man schon mal vor, was die 500 Personen die Stadt an "erschlichenen" Sozialleistungen gekostet hätten. Im März 2000 fanden erste Hausdurchsuchungen statt.

Die in Bremen, Berlin und anderen Städten verfolgten Menschen sind Mahalmi, die zumeist als kurdische LibanesInnen bezeichnet werden. Die Mahalmi waren bis zum Ende des ersten Weltkriegs eine arabisch sprechende Minderheit in der Türkei. Nach Gründung der türkischen Republik verstärkten sich die Repressionen nach Massakern, bei denen ganze Dörfer zerstört wurden, flohen viele Mahalmi aus der Türkei in Richtung Libanon. Nur eine Minderheit erhielt dort Staatsangehörigkeit; die Mehrzahl lebte als Staatenlose im Libanon. Mitte der 70er-Jahre spitzte sich die Situation im Libanon weiter zu. Viele Mahalmi flohen vor dem Bürgerkrieg und nutzten die Türkei als Zwischenstation. Tausende kamen in die Bundesrepublik; sie leben hier teilweise bereits in der dritten Generation.

Mahalmi von Abschiebung bedroht

Als staatenlose Bürgerkriegsflüchtlinge bekamen die Mahalmi in Deutschland Duldung und Aufenthaltsbefugnisse. Jahrelang wurde seitens der Behörden versucht, die Flüchtlinge in den Libanon abzuschieben. Als dies 1997 abschließend scheiterte, wurde von staatlicher Seite eine neue Kampagne mit dem Ziel, nun eben in die Türkei abzuschieben, initiiert. Dabei wurde den Mahalmi vorgeworfen, sich als "Bürgerkriegsflüchtlinge" ein Bleiberecht erschlichen zu haben. In Wahrheit würde es sich bei diesen Menschen um Türken und Türkinnen handeln. Als vorgebliche Beweise wurden Einträge in türkische Melderegister und türkische Papiere herangezogen.

Diese Vorwürfe sind 18 Monate später vollständig in sich zusammengebrochen. Es war nachzuweisen, dass die Behörden seit mindestens zehn Jahren von der Existenz dieser besonderen Gruppe wussten. Viele Mahalmi hatten bereits bei der Einreise angegeben, dass und warum sie mit türkischen Papieren eingereist seien. Das AntiRassismusBüro (ARAB) wies darauf hin, dass die Mahalmi auf ihrer Flucht darauf angewiesen waren, überhaupt an irgendwelche Papiere zu gelangen, um in die EU fliehen zu können. Ermittlungen in der Türkei ergaben darüber hinaus, dass die Melderegister dort offiziell als überaus fehlerhaft gelten. So würden Eintragungen auch ohne Kenntnis der Betroffenen fortgeschrieben oder auf Grund von Angaben entfernter Verwandter oder Dorfvorsteher ergänzt. Vor diesem Hintergrund sind inzwischen auf strafrechtlicher Ebene mehrere Betrugsverfahren gegen libanesische Flüchtlinge niedergeschlagen worden.

In den verwaltungsgerichtlichen Prozessen wird jedoch auf den Abschiebungen beharrt. Den Gerichten und in der Folge auch den Behörden ist einerlei, dass ihre These vom "systematischen Asylmissbrauch" in sich zusammengefallen ist. Inzwischen geht es nur noch darum, dass abgeschoben werden kann, wenn die Türkei bereit ist, die Flüchtlinge aufzunehmen. Motivation des gesamten Verfahrens ist nunmehr einzig und allein der

Abschiebewille des Bremer Senats. Auch andere Bundesländer drängen auf eine schnelle Abschiebung der Mahalmi. Wie ein bekannt gewordenes Protokoll aus dem Innenministerium Niedersachsen vom 5. Juli 2001 zeigt, könnte darüber hinaus ähnliches KurdInnen aus dem Irak treffen; ihnen wird ebenfalls unterstellt, sie sein türkische Staatsangehörige.

Das Schicksal der Mahalmi ist ungewiss. Derzeit laufen die letzten Prozesse aus und die Ausländerbehörde sammelt von allen Betroffenen Passbilder ein. Es ist zu befürchten, dass alle kurdischen LibanesInnen, die in Bremen leben, demnächst zentral mit Charterflügen abgeschoben werden.

Antirassismusgruppen und die Mahalmi selbst kämpfen seit Beginn 1990 mit verschiedenen Aktionen gegen die drohenden Abschiebungen. Am 22. Juni 2001 gab es in Bremen einen großen Aktionstag, auf dem auch die Aktion "Flughafenblockade" öffentlich bekannt gemacht und Unterschriften dafür gesammelt wurden, Ende Juni erschien in der taz die Anzeige mit den Namen der UnterstützerInnen der Flughafenblockade; eine weitere Anzeige ist geplant.

Mit der Ankündigung einer Flughafenblockade soll zunächst der Druck auf die Entscheidungsträger erhöht werden. Insbesondere VertreterInnen aus der SPD hatten sich von einzelnen Berichten der Mahalmi vorgeblich berührt gezeigt und Prüfungen zugesagt, die bis zum heutigen Tag nie stattfanden. Ziel der Blockade selbst ist, neben dem Abschiebetransport auch den Reiseverkehr auf dem Flughafen zu blockieren. Falls die Abschiebungen nicht über den Flughafen abgewickelt werden, dann soll - so ein Vertreter der Aktion - "die ganze Stadt Aktionsfeld werden".

Den OrganisatorInnen der Flughafenblockade geht es zum einen darum, eine Aktionsform zu finden, an der ein möglichst breites Spektrum unterschiedlichster Menschen teilnehmen kann. Die Aktion steht in der Tradition des zivilen Ungehorsams. Zum anderen besteht der Grundcharakter der Aktion gerade darin, bestehende Gesetze zu übertreten. Eine solche Aktion - so heißt es im Aufruf - mag "vielleicht nicht legal sein, für uns ist sie aber durchaus legitim."

Kriminalisierung der Flüchtlinge

Das Schicksal der Mahalmi ist in der Bremer Öffentlichkeit im Gegensatz zu zahlreichen anderen MigrantInnengruppen relativ breit diskutiert worden. Die Mobilisierung für die Flughafenblockade lief offenbar erfolgreich. Bleibt abzuwarten, ob es tatsächlich gelingt, eine größere Anzahl von Menschen für eine antirassistische Aktion zu mobilisieren und ob auf diesem Wege tatsächlich Abschiebungen verhindert werden können.

Frank Baum

Wer sich in die Telefonliste für die Flughafenblockade eintragen will, kann eine Postkarte ans Solidaritätskomitee c/o Infoladen, St. Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen oder ein Fax an 0421/5577382 senden. Spenden für die Soliarbeit an: Flüchtlingsinitiative, Stichwort: Staatenlos, Kn 116 73720, SPK Bremen 290 501 01, Infos unter: www.libasoli.de.

21. Ende der Versprechen. Ehemaliges Oppositionsbündnis in Jugoslawien zerfällt

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:02

Als am 5. Oktober vergangenen Jahres Tausende GegnerInnen Slobodan Milosevic' das Parlament in Belgrad gestürmt hatten und kurze Zeit später der Oppositionskandidat Vojislav Kostunica zum Präsidenten gekürt wurde, brach in Jugoslawien ein kurzer Herbst der Hoffnung an. Jetzt werde alles besser, versprachen die Wortführer der Anti-Milosevic-Allianz und ihre Schutzpatrone aus dem Westen. Demokratie, Marktwirtschaft, das Ende der internationalen Isolation, Verbesserung der Lebensverhältnisse und - nicht zuletzt - der Friede auf dem Balkan seien durch die Absetzung des "Diktators" Slobodan Milosevic in greifbare Nähe gerückt. Heute herrscht Ernüchterung, und das jetzt regierende ehemalige Oppositionsbündnis DOS ist tief gespalten. Die Zeit der Versprechen ist abgelaufen.

Ich kann den Bürgern Serbiens nicht sagen, dass die gegenwärtige Krise gelöst ist", erklärte Zarko Korac, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Union, nach einer Sitzung zerstrittener DOS-Führer in Belgrad. Das war Ende August. Aber seine Aussage wird wohl auch die nächsten Monate gültig bleiben. Auslöser für das Zerwürfnis war der Mord an Momir Gavrilovic, einem hochrangigen Geheimdienstoffizier, am 3. August. Dieser hatte sich, kurz bevor er auf einem Parkplatz im Neubaustadtteil Novi Beograd erschossen wurde, mit dem jugoslawischen Präsidenten Kostunica von der national-konservativen DOS-Mitgliedspartei DSS getroffen. Dabei soll er brisante Dokumente überbracht haben, welche die Verstrickung von Regierungspolitikern mit der Mafia belegen.

Kostunica vermutete als Drahtzieher des Attentates sofort Kreise um Zoran Djindjic, den serbischen Ministerpräsidenten, dessen neoliberal-pro-westliche Partei DS ebenfalls DOS-Mitglied ist. So brach der latente und immer wieder verdeckt ausgefochtene Machtkampf zwischen den beiden starken Männern der neuen serbischen (Djindjic) und jugoslawischen Regierung (Kostunica) offen aus. Djindjic empörte sich über die Anschuldigungen aus dem Lager Kostunicas, dieser wiederum zog seine Minister aus der Djindjic-Regierung zurück. "Die Hoffnungen unserer Wähler wurden enttäuscht", heißt es in einer DSS-Erklärung. Letztlich kam es aber nicht zum großen Bruch. Nur die Angst, die durch den Zerfall der DOS-Regierungen auf jugoslawischer und serbischer Ebene notwendigen Neuwahlen könnten letztlich beide Blöcke schwächen, glättete vorerst die Wogen.

Dennoch macht die Episode eines deutlich: Das Versprechen der DOS-Parteien, mit der grassierenden Korruption und Mafia-Aktivitäten, in die auch höchste Regierungskreise und Mitglieder der Staatsapparate verwickelt sind, Schluss zu machen, kann nicht gehalten werden. Außenminister Goran Svilanovic erklärte das mit bemerkenswerter Offenheit. In Jugoslawien gebe es derzeit drei konkurrierende Machtstrukturen: Die alten Strukturen der Milosevic-Ära, die neuen Regierungsstrukturen und die organisierte Kriminalität. "Diese drei sind so ineinander verflochten, dass du manchmal nicht weißt, mit wem du sprichst", erklärte der Politiker erstaunten ÖsterreicherInnen bei einem Forum. Jugoslawien sei ein "semi-mafiöser Staat".

Was Svilanovic nicht erklärte, war, dass das Muster räuberischer Aneignung auf dem Balkan den Normalzustand der kapitalistischen Transformation der Gesellschaft darstellt, egal ob im Kosovo, in Bosnien-Herzegovina, Kroatien oder Serbien. Da nach Krieg und Zerstörung kaum noch industriell produziert wird, greifen sich die Machteliten, was sie aus der Zirkulationssphäre fischen können oder was sonst wo zur Aneignung bereitliegt. Dabei stehen sie in Konkurrenz und diese wird oft gewalttätig ausgetragen. Die Grenzen zwischen Mafia, Kriegsheldentum, Staatsapparaten und Politik sind dabei aufgehoben. Aussichten auf einen "normalen" Kapitalismus mit bürgerlich-rechtsstaatlichen Garantien, den die Milosevic-Opposition versprochen hat und auf den so viele BalkanbewohnerInnen innig hoffen, gibt es daher nicht.

"Semi-mafioser Staat"

Das Zerwürfnis zwischen Djindjic und Kostunica geht aber viel tiefer als die Auseinandersetzung über das Versagen bei der Bekämpfung der Kriminalität. Denn letztlich können die ehemaligen Oppositionellen die meisten ihrer Versprechen nicht halten und sind sich auf vielen Ebenen uneins, wie es weitergehen soll. Aber die Bevölkerung erwartet eine Perspektive, denn ihre soziale Situation hat sich seit dem Regierungswechsel

vor einem Jahr verschlechtert und keineswegs verbessert. So ist das Durchschnittseinkommen zwar von 80 auf 180 DM pro Monat gestiegen, die Preise haben aber noch mehr angezogen. Vor allem Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs wie Nahrungsmittel, Strom, öffentliche Verkehrsmittel, Benzin, Telefon und Medikamente sind erheblich teurer geworden. Der Brotpreis wuchs gleich um das fünffache. Lediglich Importprodukte wie Fernseher oder Haushaltsmaschinen kann man etwas billiger erwerben, seitdem das Embargo gefallen ist. Aber solche Anschaffungen können sich ohnehin die wenigsten leisten.

Zur Steigerung der Lebenshaltungskosten kommt, dass die wirtschaftliche Umstrukturierung den Abbau vieler Arbeitsplätze bedeutet. Bereits in den vergangenen Monaten mussten einige große Unternehmen geschlossen werden oder ihre Produktion einschränken. Das Zastava-Werk in Kragujevac etwa soll von 11.500 Arbeitsplätzen nur 3.500 behalten. Das Kupferkombinat in Bor wurde praktisch stillgelegt. 30.000 Beschäftigte fürchten die Arbeitslosigkeit. Noch hat die Privatisierungswelle nicht richtig begonnen, zu unklar sind in vielen Fällen die Eigentumsverhältnisse. Doch eines steht schon fest: Hunderttausende Arbeitsplätze werden verloren gehen.

Wo sind die drei Milliarden?

Viele SerbInnen ahnten, was auf sie zukommen würde, als sie Milosevic vor einem Jahr zum Teufel jagten. Schließlich kennen sie die Erfahrungen mit Marktwirtschaftsreformen aus anderen Ländern Osteuropas. Was aber heute viele verärgert ist, dass der Westen seine großkotzigen Ankündigungen, er wolle Jugoslawien helfen, wenn erst Milosevic abgesetzt sei, nicht einhält.

Im Rahmen des Balkan-Stabilitätspaktes wurden dem Land mehrere Milliarden Mark versprochen. Doch davon ist bisher so gut wie nichts angekommen. Die 400 Millionen Mark, welche an die serbische Regierung überwiesen wurden, mussten komplett für Energielieferungen ausgegeben werden. Auch das "Kopfgeld" für die Auslieferung Milosevics an das Den Haager Kriegsverbrecher Tribunal wird der jugoslawischen Bevölkerung, die die milliardenschweren Kriegsschäden durch die Nato-Bombardements tragen muss, nicht zu Gute kommen. Noch am Tag, nachdem Milosevic ins Flugzeug nach Den Haag gesetzt wurde, versprach eine Brüssler Geberkonferenz, an der 42 Staaten und 26 internationale Organisationen teilnahmen, Jugoslawien eine Soforthilfe von 1,5 Milliarden Dollar für das laufende Jahr. Doch mittlerweile ist klar, wem mit dem Geldsegen sofort geholfen werden soll. Die Dollars werden nicht in die marode und zerstörte Infrastruktur in Jugoslawien investiert werden, sondern sollen zum größten Teil zur Begleichung alter Schuldenlasten benutzt werden. Sie bleiben also letztlich auf Konten im Westen.

"Als ich Oppositioneller war, hatte uns die Europäische Union drei Milliarden Mark in Cash für den Sturz von Milosevic versprochen. Wo sind die?", fragte Djindjic kürzlich den Spiegel. Wenn nicht bald real Geld zur Verfügung stehe, um Serbien über den Winter zu bringen, sei das Land demnächst "im Eimer" und er wahrscheinlich nicht mehr an der Regierung, warnte er. Es drohten dann soziale Unruhen und ein Sturz der "demokratischen Führung". Bislang scheinen Djindjics verzweifelte Appelle aber wenig genutzt zu haben.

Die kalte Schulter der westlichen Gläubigernationen nutzt Kostunica weidlich, um Djindjics pro-westliche Orientierung anzugreifen. Djindjic, der nach einer linksradikalen Studentenzeit in Belgrad in Deutschland studierte und in den 80er-Jahren zum neoliberalen Antikommunisten mutierte, gilt als "german boy" - kein Kompliment in Serbien. Dass er sich während der Nato-Bombardements auf Belgrad ins relativ sichere montenegrische Podgorica absetzte, vergessen ihm viele SerbInnen bis heute nicht. Kostunica dagegen sprach sich immer öffentlich gegen das Nato-Bombardement aus.

Die Kluft zwischen den beiden Rivalen wird nicht zuletzt auch bei der Kontroverse um die Milosevic-Auslieferung deutlich, die das DOS-Bündnis bereits Ende Juni vor die Zerreißrobe gestellt hatte. Während Djindjic sich mit der Auslieferung als Demokrat brüstete, der Serbien in die "internationale Gemeinschaft" zurückführe, bezeichnete Kostunica die Überstellung Milosevics an Den Haag als "Verfassungsbruch". Tatsächlich hatte das jugoslawische Verfassungsgericht das Auslieferungsdekret am 28. Juni außer Kraft gesetzt. Die serbische Regierung unter Djindjic hatte Milosevic trotzdem einen Tag später an das Tribunal ausgeliefert.

Kosovo- oder Kolumbien-Mythos

Die Polarisierung zwischen den beiden Exponenten der ehemaligen Opposition hat mittlerweile dazu geführt, dass große Teile der vormaligen Milosevic-UnterstützerInnen heute in Kostunica ihren Mann sehen. Auf den ersten Blick scheint das ein Paradox, hat Kostunica seinen Vorgänger Milosevic doch ausgebootet, aber letztlich gibt es viele Berührungspunkte. Kostunica gilt als ausgewiesener Nationalist und er möchte Jugoslawien, das durch die Sezession Kosovos und Montenegros weiter zu zerfallen droht, erhalten, ganz so wie Milosevic. Auch gegenüber dem neoliberalen Crash-Kurs Djindjic' bringt Kostunica Bedenken vor, ohne allerdings eine Alternative zu nennen.

So wundert es nicht, dass sich auch hochrangige Funktionäre der Milosevic-Ära unter Kostunicas Fittichen wohl fühlen. Dazu zählt beispielsweise der Armee-Generalstabschef Nebojsa Pavkovic, der dieses Amt auch schon unter Milosevic bekleidete und die Armee während des Kosovo-Krieges befehligte. Derselbe Pavkovic übrigens, der im Frühjahr nach Absprache mit der Nato die Rückkehr der jugoslawischen Armee in die Kosovo-Pufferzone, welche vom UCK-Anleger UCPMB infiltriert worden war, leitete.

Der Politologe Nebojsa Medojevic bringt den Unterschied zwischen Djindjic und Kostunica so auf den Punkt: Djindjic sei ein moderner, pro-europäischer Politiker, aber er habe "eine Menge Verbindungen zu Figuren der Unterwelt und des Verbrechens." Kostunica dagegen hänge der nationalistischen Ideologie an, sei dafür aber ein gesetzestreuer Legalist. Die Serben hätten also die Wahl zwischen dem "Kolumbien-Mythos" und dem "Kosovo-Mythos".

Was Medojevic allerdings vergisst ist, dass Djindjic auch ein ausgesprochener Opportunist ist, der sein Fähnchen gerne in den Wind hängt, um Punkte zu sammeln. So hat er sich 1995, als Milosevic mit dem Abschluss des Dayton-Abkommens die bosnischen Serben verprellte, publikumswirksam mit deren Anführer Radovan Karadjic verbrüdert. Zur Zeit versucht er auch wieder auf den nationalistischen Zug aufzuspringen. Denn wenn Versprechungen nicht mehr ziehen, kann man immer noch die Geschichte und den Glauben mobilisieren, um Popularität zu gewinnen.

Im August hieß Djindjic den aus dem Londoner "Exil" zurückkehrenden 60-jährigen serbischen Prinzen Aleksandar Karadjordjevic willkommen. Der Thronfolger, der nach dem Sieg der Tito-Partisanen nicht wieder in Jugoslawien war und nur gebrochen serbo-kroatisch spricht, wurde von Djindjic im Weißen Schloss einquartiert, wo früher Tito und bis vor kurzem Slobodan Milosevic residierten. Damit nicht genug. Ab 1. Oktober werden die Kinder in Serbien außerdem wieder Religionsunterricht haben, dessen Abschaffung neben dem Sturz der Dynastie eine andere Errungenschaft Titos war. Auch dafür sorgte Djindjic. So begleitet der reaktionäre Rückgriff auf identitätsstiftende archaische Mythen wie Königtum und Religion die neoliberale Umstrukturierung, die sich gerne das Kleid der "Modernisierung" umhängt. Das ist kein Paradox, sondern ein Prozess, den man überall auf dem Balkan beobachten kann - und nicht nur dort.

Boris Kanzleiter

22. Schlechte Ernte. "Friedensprozess" in Mazedonien im Stocken

Autor: Tobias Pflüger · Rubrik: Mazedonien · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:33

Eigentlich sollte in Mazedonien der Konflikt zwischen albanischen NationalistInnen und der slawisch-mazedonischen Bevölkerungsmehrheit durch die NATO-Waffensammel-Aktion "Notwendige Ernte" entschärft werden. Doch obwohl die UCK telegen einigen überschüssigen Waffenbestand aus ihren üppigen Arsenalen an die NATO-Friedensbringer ausgehändigt hat, sind die Grundkonflikte alles andere als gelöst.

Die von den albanischen NationalistInnen eingeforderten Verfassungsänderungen sind zwar im Parlament diskutiert worden; das heißt aber noch lange nicht, dass sie auch umgesetzt werden. Denn auf slawisch-mazedonische Seite gewinnen die GegnerInnen des Ohrid-Abkommens an Stärke. Sie fordern mittlerweile ein Referendum über die Reform, welche längerfristig die Separation der mehrheitlich albanisch bevölkerten Gebiete bedeuten könnte. Eine Volksabstimmung kann aber frühestens in zwei Monaten stattfinden. Was bereits vor Beginn des NATO-Einsatzes klar war - aber von NATO-PolitikerInnen immer abgestritten wurde - hat die NATO nun selbst beschlossen. Aus der "Notwendigen Ernte" wird ein dauerhafter Einsatz der NATO-Truppen in Mazedonien, in welcher Form wird noch entschieden. Nach Bosnien und Kosovo entsteht das dritte NATO-Protektorat auf dem Balkan.

Nach den brutalen Flugzeug-Anschlägen bzw. Mega-Attentaten (keines dieser Worte trifft die riesige Tragödie richtig) in den USA hat sich die weltpolitische Lage grundlegend verändert. Auch auf die Konfliktlage in Mazedonien wird der neue weltpolitische Kontext Einfluss nehmen. Schon seit Ausbruch der Krise zu Beginn dieses Jahre zeichnet sich ab, dass das Balkanland ein strategischer Spielball zwischen der EU und Deutschland einerseits sowie der USA anderseits wird, eine Tendenz, die sich verstärken könnte.

GegnerInnen des Ohrid-Abkommens gestärkt

In der Nachschau auf den Konflikt zeigt sich, dass es im Fall Mazedonien zu offensichtlichen Differenzen zwischen US- und EU-Interessen kam. Die Zusammensetzung der NATO-Truppe der Operation Essential Harvest sagt vieles aus: Großbritannien stellt das größte Kontingent mit 1.200 Soldaten, Frankreich hat 1.100 Soldaten abgestellt. Aus Italien kommen 600 Soldaten, aus dem benachbarten Griechenland 400, aus den Niederlanden und Kanada je 200 Soldaten, die Türkei und Spanien stellen jeweils 150, die Tschechische Republik 125, Belgien 100, Norwegen zwölf und Polen sechs Soldaten. Ungarn stellt zudem 50 zivile Heeresfachleute, die Erfahrungen bei Waffenvernichtung haben. Die Bundeswehr stellt etwa 500 Soldaten. Die USA stellt dagegen keine Truppen für den Interventionseinsatz zur Verfügung. Das ist sehr bezeichnend: Die USA haben ja auch die UCK im wesentlichen hochgerüstet, 70 Prozent der UCK-Bewaffnung stammen wohl aus den USA.

Aus der Zusammensetzung der Truppe bei der Mazedonien-Mission lässt sich noch mehr lesen: "Mazedonien ist der Testfall für die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik", schreibt die Frankfurter Rundschau (23.8.01). "Die EU hat das Konzept einer politischen Lösung verfolgt und in schwierigen Verhandlungen durchgesetzt. Geht das schief, könnte das auch eine Krise in Brüssel auslösen. Und auch der Unterauftrag an die NATO ist in seiner Weise ein Testfall. Die Truppe nämlich ähnelt in Zuschnitt, Auftrag und Kommandostruktur auffallend jener EU-Eingreiftruppe, die ab 2003 der europäischen Außenpolitik einen militärischen Arm beigeben soll." In der mazedonischen Regierung wird gemutmaßt, dass die MazedonierInnen "die Leittragenden des anhaltenden Konfliktes zwischen den USA und der EU um eine eigenständige Sicherheits- und Außenpolitik" seien (Hamburger Abendblatt, 11.6.01).

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Mazedonien wurden insbesondere im Vorfeld des Kosovo-Krieges ab Mitte 1998 verschärft. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte dabei, dass Mazedonien für die Angriffe auf Jugoslawien als Aufmarschgebiet und für Militärmanöver intensiv genutzt wurde. Grundlage dafür war die Mitgliedschaft Mazedoniens im NATO-Programm Partnerschaft für den Frieden (PfP), die nichts anderes ist als eine "NATO-Mitgliedschaft light". In Ländern, die dem PfP-Programm beigetreten sind, "können Soldaten der Allianz auch ohne Zustimmung der Parlamente in dem Bürgerkriegsland stationiert werden." (Hamburger Abendblatt, 21.6.01)

Drittes Balkan-Protektorat entsteht

Unter der Begründung "Sicherheit und Stabilität" gewährleisten zu wollen, beschloss die NATO am 28. Mai 1998 im Rahmen der PfP Truppenübungen und Stationierungen in Mazedonien und Albanien. (1) Die Umsetzung dauerte nicht lange: "Am Montag, 15. Juni 1998, fand über Albanien und Mazedonien das NATO-Manöver Determined Falcon (Entschlossener Falke) statt. Die Bundeswehr war mit acht Tornados an diesem Manöver beteiligt, eine Abstimmung im Bundestag fand dazu - trotz der unleugbaren Eskalationsgefahr - nicht statt. Bei diesem Drohmanöver waren die Militärflugzeuge voll bewaffnet. Die Staaten, über denen die Manöver stattfanden, Albanien und Mazedonien, sind Mitgliedsländer des NATO-Programms Partnerschaft für den Frieden" (2) Dieses Manöver war eine Generalprobe für die späteren Angriffe auf Jugoslawien, darauf hatte die Informationsstelle Militarisierung in einer Mitteilung vom 18. Juni 1998 hingewiesen. (3)

Weitere NATO-Manöver wurden auf dem Gelände Mazedoniens durchgeführt: "Der Nordatlantikrat hat im Zusammenhang mit der sicherheitspolitischen Entwicklung in Südosteuropa am 28. Mai 1998 beschlossen, als deutliches Signal für die Bereitschaft zu Kooperation und Solidarität im Bereich der Friedenssicherung die für September 1998 in Mazedonien geplante PfP-Übung Cooperative Best Effort 98 mit erweiterter Beteiligung durchzuführen und für August 1998 in Albanien die PfP-Übung Cooperative Assembly 98 kurzfristig neu anzusetzen." (4)

Parallel zum relativ stabilen Milosevic-Holbrooke-Abkommen vom Herbst 1998 beschloss die NATO eine Militäroperation Extraction Force zu beginnen, deren offizielle Aufgabe es war, das Abkommen von außerhalb Jugoslawiens in Mazedonien zu "überwachen". Die an der Extraction Force beteiligte 10. Panzerdivision der Bundeswehr, die in Sigmaringen (Baden-Württemberg) stationiert ist, beschreibt die Aufgabe von "Exfor" wie folgt: "Für die Soldaten galt es in erster Linie (!, Anmerkung durch den Verfasser) den Schutz der Beobachter im Kosovo zu gewährleisten." (5)

Die Informationsstelle Militarisierung warnte damals vor diesem Militäreinsatz: "Am Freitag, den 13.11.1998 hat der neue Bundestag dem Antrag der neuen Bundesregierung zugestimmt, sich militärisch an den NATO-Operationen im Umfeld des Kosovo zu beteiligen. Wir als Teilnehmer der Mitgliederversammlung und des Kongresses der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. bedauern diesen Beschluss. Damit ist der Einsatz von OSZE-Beobachter/innen unter eindeutiger NATO-Dominanz. Es wird nach wie vor nicht zuerst auf Prävention und dann auf Gewalt gesetzt, sondern umgekehrt. Demnächst steht ein zweiter Beschluss zu einem Militäreinsatz der Bundeswehr an. Die Bundeswehr soll sich nach dem Willen der Bundesregierung an der sogenannten Extraction Force der NATO beteiligen, die in Mazedonien stationiert werden soll. Die Extraction Force wird als ‚Notfalltruppe` bezeichnet. Dies ist in dieser Form nicht zutreffend. Presseberichte und -Kommentare lassen deutlich werden, jetzt geht es um eine weitere neue Qualität der Militäreinsätze der Bundeswehr. Der Kommentar der Frankfurter Rundschau vom 14.11. macht eine Problematik deutlich: Hier werden erstmals Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen der NATO eng verzahnt mit zivilen Operationen der OSZE. Eine Trennung ist kaum mehr möglich." (6)

Testlauf für neue EU-Truppe

Die Belgrader Regierung wies vergeblich darauf hin, dass die Stationierung der Extraction Force in Mazedonien nicht zum unterzeichneten Abkommen gehörte. Dies, so Jan Oberg, "zwang Mazedonien, eine antijugoslawische Rolle zu spielen, die allen anderen diente, nur nicht dem Land selbst. Belgrad sah von nun an Mazedonien als mögliches Ziel für Vergeltungsaktionen." (7)

Während des NATO-Angriffskrieges auf Jugoslawien waren 12.000 NATO-Soldaten in Mazedonien stationiert. Mazedonien glich einem militärisch belagerten Land. "Die USA, Großbritannien und Frankreich hatten dort etwa tausend Kommandotrupps stationiert. ‚Zu deren wichtigsten Aufgaben gehört es, mit Erkundigungen auf feindlichem Gebiet Luftangriffe oder auch die Ankunft von Bodentruppen vorzubereiten. Die Vorauskommandos am Boden ergänzen die Informationen über Angriffsziele, die bei bemannten und unbemannten Aufklärungsflügen oder durch Spionagesatelliten gesammelt wurden`, so das ZDF. Von britischer Seite ist der Special Air Service (SAS) vor Ort, von französischer das Commandement des Opérations Spéciales (COS) und die US-Marine-Truppe namens Seal Sea Air Land. Robert Burns von AP schrieb es in der Frankfurter Rundschau ganz deutlich: ‚Auch wenn ein Teil der derzeit auf dem Balkan stationierten NATO-Soldaten vornehmlich mit humanitären Hilfsleistungen beschäftigt ist oder sich auf einen

Einsatz in einem späteren Friedenskontingent vorbereitet, könnten diese Einheiten doch die Vorhut einer Invasionsstreitmacht bilden. Vorausgesetzt, die NATO-Führung beschließt, dass sie ihre Ziele nur noch mit dem Einsatz von Bodentruppen erreichen kann.`" (8)

Mazedonien wurde somit vor und während des NATO-Angriffskrieges zum Aufmarschgebiet für die NATO-Truppen. Rechtlich konnte die mazedonische Regierung wenig gegen diese militärische Besetzung und Nutzung unternehmen, sie hatte das Programm Partnerschaft für den Frieden der NATO unterschrieben.

Der offizielle Auftrag der geplanten NATO- und Bundeswehr-Mission ist das Einsammeln von Waffen der UCK. Doch woher kommen und kamen diese Waffen? "An Waffen und Munition herrscht kein Mangel in Mazedonien. Die Krisenregion quillt über von Waffen, Munition und militärischer Ausrüstung aller Art, die ganz offiziell als Hilfen aus NATO-Staaten und anderen Staaten in diese Region geflossen sind" (9). "Auch NATO-Länder haben Mazedonien als Müllhalde für ihre alten Rüstungsgüter missbraucht" (Mainzer Allgemeine Zeitung, 7.7.01). Beide Konfliktparteien wurden beliefert.

Hier wird also eingesammelt, was die westlichen Staaten vorher selbst geliefert haben. Friedenspolitik sieht anders aus: Bei einer wirklichen Friedenspolitik wären keine Waffen an die UCK und an Mazedonien geliefert worden. Krieg geht nur mit Waffen, deshalb haben die westlichen Staaten wesentliche Mitschuld an der jetzigen kriegerischen Situation.

Der Journalist Friedbert Pflüger hat die mögliche neue Konstellation formuliert: Bundeswehreinheiten sollen seiner Meinung nach möglicherweise US-Truppen auf dem Balkan ersetzen, "damit diese gegen den islamistischen Terrorismus zu Felde ziehen können." "Möglicherweise bitten die Vereinigten Staaten Europa und Deutschland, mehr Soldaten auf dem Balkan zu stationieren, damit sie ihre Truppen woanders hinschicken können" (Hannoversche Neue Presse, 18.09.2001)

Tobias Pflüger

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler, Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. (Bei IMI gibt es weitere Informationen zur Militarisierung der Europäischen Union, zur Bundeswehrentwicklung, zur NATO und zukünftigen Kriegen: IMI: Hechingerstrasse 203, 72072 Tübingen, Telefon: 07071-49154, Fax: 07071-49159, IMI@imi-online.de Internet: http://www.imi-online.de)

Anmerkungen:

1) NATO (1998): Erklärung zum Kosovo anlässlich des Ministertreffens des Nordatlantikrats am 28.05.1998 in Luxemburg, www.nato.int/docu/pr/1998/p98-061d.htm

2) Zitiert aus: IMI (1998,1): "Wir meinen, es ist notwendig, zu der derzeitigen Entwicklung im und um den Kosovo Stellung zu beziehen", Beschluss des IMI-Aktiventreffens vom 17. Juni 1998

3) zitiert aus: IMI (1998,1), a.a.O.

4) zitiert nach: www.parlinkom.gv.at/pd/pk/1998/PK0513.html

5) zitiert nach: www.10panzerdivision.de/einsatz/exfor/exfor.html

6) IMI (1998,2): Beschluss der Mitgliederversammlung der Informationsstelle Militarisierung im Rahmen des IMI-Kongresses vom 14./15. November 1998: "Aufforderung an die Mitglieder des Bundestages, dem Antrag der Bundesregierung zur Aufstellung der sogenannten ‚Extraction Force` die Zustimmung zu verweigern", zitiert nach www.imi-online.de

7) Oberg, Jan: Mazedonien und der internationale Anteil am Konflikt, in: Wissenschaft und Frieden 3/2001

8) zitiert nach: Pflüger, Tobias: Der schleichende Übergang zu Bodentruppen oder die NATO auf dem Weg nach Vietnam, in: Graswurzelrevolution 239, Mai 1999

9) IAP-Dienst Sicherheitspolitik, Nr. 8, August 2001, S. 10

23. Väterchen Diktator. Alexandr Lukaschenka bleibt Präsident von Belarus

Aleksandr Lukaschenka bleibt Präsident von Belarus

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:03

In Belarus werde es zu keinem "jugoslawischen Szenario" kommen, hatte Präsident Aleksandr Lukaschenka vor den Wahlen am 9. September mit unerbittlicher Mine angekündigt. Er werde keinem von "ausländischen Geheimdiensten inszenierten Putsch" weichen. Der im Westen als "letzter Diktator Europas" betitelte Präsident von Belarus hat Recht behalten.

Lukaschenka konnte sich mit knapp 76 Prozent der Stimmen durchsetzen. Auf den blassen Oppositionskandidaten Wladimir Gontscharik dagegen entfielen nur rund 15 Prozent. Die Opposition beklagte zwar "massive Wahlfälschungen", aber zu größeren Protesten, wie im Vorfeld für diesen Fall angekündigt, vermochte sie nicht zu mobilisieren. Nur knapp zweitausend Anhänger Gontschariks versammelten sich am Wahlabend im strömenden Regen vor dem Republikpalast im Zentrum der Hauptstadt Minsk. Es dauerte nicht lange bis die Sprechchöre verstummten und die frustrierte Menge sich in der kühlen, nassen Nacht verlief.

Auch die Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) blieb nach dem Wahlgang ungewöhnlich kleinlaut. Mit großem Aufwand hatte sie 20.000 nationale und 300 internationale Wahlbeobachter mobilisiert und eine "Parallelauszählung" der Stimmen in repräsentativen Wahllokalen angekündigt. Der deutsche Diplomat Hans Georg Wieck, Chef der OSZE Mission, lieferte sich im run up zur Wahl in den Medien einen täglichen Schlagabtausch mit Lukaschenka. Wieck, ehemaliger Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND) und Ex-Vertreter der Bundesrepublik im Nato-Rat, bezichtigte Lukaschenka mit autoritären Methoden die Opposition einzuschüchtern. Lukaschenka konterte und bezeichnete Wieck als "Provokateur", den er aus dem Land zu werfen gedenke. US-Außenminister Colin Powell wiederum warnte Lukaschenka davor, Belarus könne sich "in den einzigen Paria Europas" verwandeln.

Jugoslawisches Szenario fällt aus

Doch nach dem Urnengang glätten sich die Wogen auf einmal. Zwar hätten die Wahlen "OSZE Standards nicht genügt", heißt es in einer Stellungnahme der Wahlbeobachter. Aber konkrete Hinweise auf eine groß angelegte Fälschung werden in den Erklärungen nicht genannt. Statt dessen werden die Kontrolle der Medien durch die Regierung und die polizeiliche Schikanierung der Opposition beklagt, welche eine fairen Wahlkampf unmöglich gemacht habe. Doch das ist "OSZE-Standard" in manchem Land und nicht nur in Belarus. Dennoch sind die OSZE-Beobachtungen nicht aus der Luft gezaubert. Denn Wahlfälschung muss nicht allein darin bestehen, ein paar Stimmzettel verschwinden zu lassen. Eine nachhaltige Beeinflussung kann auch dadurch erzielt werden, dass - wie geschehen - die Regierung das größte Militärmanöver seit Gründung des Staates direkt im Vorfeld der Wahlen organisiert und in stundenlangen Fernsehsendungen einen sich mit Generälen und Soldaten verbrüdernden Präsidenten in alle Haushalte überträgt. Die Botschaft war klar: Ich bin und bleibe Präsident, und wer was dagegen hat, bekommt es mit den bewaffneten Organen zu tun.

Doch statt Konfrontation, wie noch vor den Wahlen, scheint nun auf einmal Zusammenarbeit mit Lukaschenka die neue Devise des Westens zu sein. "Die Auseinandersetzungen der vergangenen Monate sollten beigelegt werden", heißt es in der OSZE-Erklärung zur Wahl. Statt dessen sollte "ein neues Kapitel fruchtbarer Zusammenarbeit" aufgeschlagen werden. "Solch eine neue Bemühung könnte den Weg Belarus' zu den europäischen Gemeinschaften öffnen."

So ist nun eine gänzlich unerwartete Situation eingetreten. Lukaschenka scheint von seinem Spitzenplatz auf der Liste der Bösewichte zum beliebtesten Diktator Europas zu avancieren. Von allen Seiten wird er hofiert. Russlands Präsident Wladimir Putin gratulierte ihm schon kurz nach der Bekanntgabe der Ergebnisse per Telefon überschwänglich zu seinem "überzeugenden Sieg". Die Europäische Union (EU) umschmeichelt den neuen Präsidenten im devoten Ton der OSZE. Stef Goris, Delegationsleiter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Belarus, versprach "zur Abschaffung der internationalen Isolation" des Landes beizutragen. Diese habe ihre "Ineffizienz" bewiesen. "Stummheit und Isolation nutzen nichts. Kritischer

Dialog ist besser", meint auch die Vorsitzende der deutsch-belarussischen Parlamentariergruppe Ute Zapf (SPD). Und nicht zuletzt die schwachen Proteste in Belarus selbst machen deutlich, dass sich tatsächlich nur wenige Untertanen Lukaschenkas einen anderen Präsidenten wünschen und die offiziellen Wahlergebnisse der Stimmung der Bevölkerung relativ nahe kommen.

Die Umstände der Wahlen in Belarus werfen ein Licht auf dieses ganz und gar ungewöhnliche Land, das, zwischen Russland, der Ukraine, dem Baltikum und Polen eingeklemmt, noch keinen endgültigen Platz in der neuen Machtkonstellation Europas gefunden hat. Nach der Unabhängigkeitserklärung im August 1991 - in Moskau war der Putsch gegen Gorbatschow gerade niedergeschlagen worden - eroberte zunächst die nationalistische Belarussische Volksfront die Macht. Doch schon kurze Zeit später sollte deutlich werden, dass Belarus auf eine enge wirtschaftliche Beziehung mit Russland angewiesen ist und eine Unabhängigkeit mehr Nachteile als Vorteile brachte. Das Land stellte mit seinen zahlreichen Industriebetrieben immerhin so etwas wie die Fertigungshalle der Sowjetunion dar. So wurde Belarus zum Protagonisten der Wiederaufrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes der ehemaligen Sowjetrepubliken - und ist es bis heute geblieben.

paternalistisch-autoritäres Väterchen

Gleichzeitig blieb - im Gegensatz zu den Baltischen Staaten oder der Ukraine - die nationale Wiedererweckungsbewegung in Belarus schwach. Lediglich nach der Russischen Revolution hatte einige Monate lang ein unabhängiger belarussischer Staat existiert. Sonst war das Territorium aufgeteilt zwischen Polen, Litauen und Russland. Nach der Gründung der Sowjetunion bestand es als belarussische Sowjetrepublik. Zwischen 1941 und 1944 ermordeten die Soldaten der deutschen Wehrmacht in einem Vernichtungskrieg gegen die Bevölkerung ein Viertel der damals acht Millionen EinwohnerInnen, von denen viele jüdischen Glaubens waren. Die Traumatisierung der Verwüstung des Landes durch die Deutschen ist noch längst nicht überwunden.

Heute versuchen belarussische NationalistInnen verzweifelt, dem Volk die Bedeutung der Nation beizubringen. Diese definiert sich hauptsächlich über die Sprache, ein Dialekt des Russischen mit Einflüssen des Polnischen. Doch die NationalistInnen haben wenig Erfolg, wie die Unterstützung für den pro-russischen Präsidenten Lukaschenka zeigt.

Der 47-jährige Lukaschenka hatte sich 1994 gegen die belarussischen NationalistInnen mit einem fulminanten Wahlsieg durchgesetzt. Der ehemalige Direktor einer Kolchose konnte als Parlamentsabgeordneter und Vorsitzender der Anti-Korruptionskommission große Popularität gewinnen. Mit markigen Sprüchen, demonstrativer Volksverbundenheit, sowjet-nostalgischen Reminiszenzen und heftigen Angriffen gegen korrupte Politiker sowie ausländische Intriganten gewann er damals über 80 Prozent der Stimmen. Seither hat er ein paternalistisch-autoritäres Machtgefüge entwickelt, dem er als "Batjka" - "Väterchen" - unangefochten vorsteht, auch wenn er in den vergangenen Jahren an Glanz verloren hat.

Die russische Zeitung Nesawissimaja Gaseta erklärt die Popularität Lukaschenkas so: "Auf der Seite von 'Batjka' steht die stabile Zunahme der Produktion und die, im Vergleich zu anderen GUS-Staaten, ausreichend hohen durchschnittlichen Gehälter, die Zunahme des Exports und anderer wirtschaftlicher Kennziffern. Und all das unter der Bedingung, dass die Machtorgane praktisch die ganze Situation kontrollieren. Und obwohl alle diese Angaben die tatsächliche Armut und die sich anhäufenden Probleme verdecken, ist für die allmählich älter werdende Bevölkerung der Republik das Bestreben, alles beim alten zu belassen, die relative Stabilität nicht zu riskieren, wichtiger, als ein neues Leben mit einem neuen Präsidenten zu beginnen, um irgendwelche flüchtigen Freiheiten in Zukunft zu erlangen." Tatsächlich schrumpfte in den zehn Jahren nach dem Kollaps des Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zwischen 1989 und 1999 die Produktion in Belarus nur um 23 Prozent. In Russland lag diese Ziffer bei 45 Prozent, im südlichen Nachbarland Ukraine gar bei 63 Prozent. In den vergangenen Monaten kam es mit dem Aufschwung der russischen Ökonomie auch zu einer Zunahme der Produktion in Belarus.

Während die wirtschaftliche Struktur in Belarus - noch immer sind über 90 Prozent der Betriebe im Staatsbesitz, es gibt kaum Auslandsinvestitionen und Privatisierungen - also aus dem Westen als anachronistisch abgekanzelt wird, geht es der Bevölkerung damit zwar nicht gut, aber nicht so schlecht wie vielen Menschen in den ex-sowjetischen Nachbarländern. Daher hat es die Opposition nicht nur schwer mit Lukaschenkas Autoritarismus, sondern auch mit der Bevölkerung, vor allem auf dem Land, wo viele soziale

und politische Strukturen noch an die Sowjetzeit erinnern, auch wenn Lukaschenka alles andere ist als ein Kommunist. "Ich bin weder links noch rechts, ich bin mit dem Volk gegen jene, die es betrügen und berauben", fasste er sein komplett ent-ideologisiertes Programm einmal zusammen.

Die Oppositionsbewegung schlicht als pro-westlich zu bezeichnen, wäre indes ebenso falsch wie Lukaschenka als "Kommunist", so wie das in US-Medien geschieht. Vielmehr stellt die Opposition ein Sammelbecken für Unzufriedene jeglicher Coleur dar, nach konkreten wirtschaftspolitischen Konzepten fragt man allerdings vergebens. Belarussische NationalistInnen befinden sich genauso in der Gontascharik-Allianz wie KommunistInnen und von Lukaschenka geschasste Funktionäre. Gontscharik selbst war früher Chef des Gewerkschaftsverbands und verströmt das Flair eines Funktionärs aus der Breschnew Zeit.

Die wenigen linken Gruppen, welche sich abseits pro-russischer oder pro-belarussischer national-kommunistischer Zerfallsprodukte, die meist einen ausgeprägten Antisemitismus pflegen, organisieren, stehen Gontscharik mit großer Distanz gegenüber. "Wir hoffen, dass Lukaschenka gestürzt wird, versprechen uns aber nichts von der Opposition", meinen Mitglieder anarchistischer Gruppen in Minsk und Grodno. Sie arbeiten in antifaschistischen Basisinitiativen und im subkulturellen Bereich. "Das ist die einzige Möglichkeit hier Politik zu machen", meinen sie. Mit einigem Erfolg: Die von "marxistischen Anarchisten" herausgegebene Satirezeitung Navinki hat bei einer 14-tägigen Erscheinungsweise immerhin eine Auflage von 5.000 Exemplaren. Als Beilage erscheint ein Dossier mit Beiträgen zu Themen wie zur aktuellen Debatte über Genua und die Anti-Globalisierungsbewegung. Doch die HerausgeberInnen der Zeitung stellen fest: "In Belarus gibt es vielleicht 150 Linke."

Pro-westlich eingestellte BelarussInnen träumen von einer Entwicklung wie in Polen oder Tschechien und der Integration in die EU. Aber ihnen ist auch klar, woran dies scheitern dürfte: "75 Prozent der Emissionen der Tschernobyl-Havarie gingen in Belarus nieder. Weite Teile unseres Landes sind verstrahlt", meint ein Mitarbeiter einer Nichtregierungsorganisation.

sowjet-nostalgische Reminiszenzen

Dennoch ist Belarus für den Westen nicht gänzlich uninteressant, wie die Bemühungen der US-Botschaft und der OSZE um die Opposition zeigen. "Belarus bleibt einer der letzten Vorposten Moskaus gegen die sich immer weiter ausdehnende Nordatlantische Allianz", stellt die Nesawissimaja Gaseta fest. Nach dem Schiffbruch der Opposition ist Lukaschenka jetzt in der bequemen Lage die Interessen Russlands und des Westens zu nutzen. Er kündigte an, dass die Beziehungen zu Russland und den GUS-Staaten vorrangig seien. Gleichzeitig sei er aber bereit, sich auf eine "aktive Zusammenarbeit" mit der EU und den USA einzulassen, allerdings "ohne jegliche Vorbedingungen." So wird das "post-sowjetische Freiluftmuseum", wie die polnische Zeitung Rzeczpospolita Lukaschenkas Belarus kürzlich nannte, wohl noch eine Weile weiter bestehen.

Boris Kanzleiter

24. Reflexionen einer Reise ans Ende der Welt. Referendum über die Zukunft der Westsahara weiter ausgesetzt

Autor: Thomas Seibert · Rubrik: Westsahara · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:23

Die Geschichte der "Demokratischen Arabischen Republik Sahara" begann im Jahr 1976, als marokkanische Truppen den größten Teil der ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara besetzten und ihre BewohnerInnen, die Sahrauis, durch einen mörderischen Bombenkrieg in die menschenleere Ödnis der Hammada vertrieben. 170.000 Sahrauis leben seit ihrer Flucht in den vier Zeltstädten, die jetzt die Wilayas (Provinzen) der Flüchtlingsrepublik bilden.

I.

Im Juni diesen Jahres landet auf dem Militärflughafen Tindouf mitten in der Wüste Hammada (die Unfruchtbare) ein Charterflugzeug der Air Algerie. Die hundertdreißig Passagiere folgen einer Einladung der Hilfsorganisation medico international. Ziel der Reise ist weder die Hammada noch die triste algerische Garnisonsstadt, in der sich mehrere Karawanenwege kreuzen. Ziel ist vielmehr das von der Geröllwüste umschlossene, weltweit einzigartige Staatsgebilde, das den Namen "Demokratische Arabische Republik Sahara" (DARS) trägt und in diesem Jahr das fünfundzwanzigste Jubiläum seiner Gründung feiert.

Von Tindouf aus führt eine an ihren Rändern schon wieder zerbröselnde Asphaltstraße rund zwanzig Kilometer weiter nach Rabouni, dem Regierungssitz der DARS, einer ärmlichen Ansammlung von Gebäuden unweit eines Wasserturms. Unterwegs passieren wir in einem verbeulten Bus italienischer Herkunft eine schlagbaumbewehrte Grenzstation, die das algerische Territorium von dem der DARS trennt. Die Souveränität der DARS über das von ihren BürgerInnen gegenwärtig bewohnte Land wird durch die Gastfreundschaft Algeriens gewährt und ist nur provisorisch. Tatsächlich besteht die Einzigartigkeit dieses Staates darin, mit all seinen Institutionen und samt seiner BürgerInnen eine Republik im Exil zu bilden, eine Republik, die im strengen Sinn des Wortes über gar kein Staatsgebiet verfügt.

Die Geschichte der DARS begann im Jahr 1976, als marokkanische Truppen den größten Teil der ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara besetzten und ihre BewohnerInnen, die Sahrauis, durch einen mörderischen Bombenkrieg in die menschenleere Ödnis der Hammada vertrieben. 25.000 Menschen sollen den Napalm- und Splitterbomben und den Terroraktionen der marokkanischen Bodentruppen zum Opfer gefallen sein, die auch die Viehherden abschlachteten und die Brunnen der Siedlungen vergifteten. 170.000 Sahrauis leben seit ihrer Flucht in den vier Zeltstädten, die jetzt die Wilayas (Provinzen) der Flüchtlingsrepublik bilden. Noch einmal so viele Sahrauis sind im marokkanisch besetzten Teil der Westsahara zurückgeblieben, wo sie unter apartheidähnlichen Bedingungen zu leben gezwungen sind.

II.

Die jeweils von etwa 40.000 Menschen bewohnten Wilayas - Smara, El Ayoun, Aussert und Dakhla - sind nach Ortschaften in der Westsahara benannt und jede für sich noch einmal in vier Dairas (Gemeinden) unterteilt. Von Ziegengehegen aus rostigem Draht umstellt, tauchen sie wie eine Fata Morgana in der flimmernden Hitze auf, unter der es im Sommer tagsüber mehr als fünfzig Grad heiß wird, während nachts die Temperaturen um über dreißig Grad fallen können. Das Auge sieht ansonsten über Kilometer hinweg nichts als Sand und Geröll. Die Hammada kennt von vereinzelten Distelgewächsen abgesehen kaum Vegetation, sie war zuvor nie von Menschen und nur von wenigen Tieren bewohnt. Selbst Kamele, die in anderen Wüsten wild leben, können hier nur innerhalb der Lager überleben.

Zu Beginn ihres Exils hausten die Sahrauis in notdürftigen Zelten aus Stofffetzen und dünnen Decken. Die Zelte, in denen sie heute leben, sind von besserer Qualität und eigens auf ihre Lebensbedingungen zugeschnitten, viele Familien verfügen zudem über ein oder zwei kleine Lehmziegelhäuser. Die meisten Zelte sind in einfachster Weise mit Strom versorgt, abends dringt der bläuliche Schimmer von Fernsehgeräten ins Freie. Zwischen den Anwesen führen Sandpisten hindurch, an einzelnen Kreuzungen sind Wassertanks

aufgestellt. In einzelnen Höfen stehen uralte, klapprige Fahrzeuge, ein alter Renault, ein VW-Bus, in deren Schatten magere Ziegen lagern.

Die vier Zeltstädte gelten als die am besten organisierten Flüchtlingslager der Welt, ausgestattet mit einem eigenem Schul- und Gesundheitssystem, für das eine im Ansatz basisdemokratisch organisierte Selbstverwaltung aufkommt. An deren Spitze stehen diverse Ministerien und eine Präsidentschaft, die von der sahrauischen Befreiungsbewegung Frente Polisario gestellt und einem frei gewählten Nationalkongress kontrolliert wird. In ihrer Verfassung anerkennt die DARS die allgemeinen Menschenrechte und die bürgerlichen Grundrechte; deren Einhaltung soll wie in anderen bürgerlichen Staaten auch durch eine Teilung der Gewalten garantiert werden.

Es ist klar, dass der politisch beanspruchten partizipativen Demokratie sowohl von der Exilsituation wie vom fortdauernden Kriegszustand Grenzen gesetzt sind, die nur bedingt vom Willen der Sahrauis abhängen. Das liegt vor allem an ihrer vollständigen Angewiesenheit auf ausländische Hilfe. Nichts kann hier aus eigener Kraft produziert, alles muss von außen herangeschafft werden: Lebensmittel, Medikamente, Kleidung, Baustoffe, Werkzeuge, Maschinen und Wissen. Von Anfang an haben die Sahrauis vor allem auf Letzteres gesetzt. Deshalb stand neben der Gesundheitsversorgung der Auf- und Ausbau des Schulwesens im Mittelpunkt ihrer Anstrengungen. Betrug die Analphabetenrate unter der bis 1975 andauernden spanischen Kolonialherrschaft 90%, können heute nahezu alle Sahrauis Lesen und Schreiben, die meisten sprechen eine oder gar zwei Fremdsprachen. Viele der Kinder und Jugendlichen durchlaufen einen Bildungsweg, der sie von den Schulen in den Lagern über Internate in Algerien auf spanische und kubanische Universitäten führt, von wo aus sie als Mediziner, Agraringenieure, Radiotechniker und was immer auch zurückkehren, um wie alle anderen im öffentlichen System der gesellschaftlichen Arbeit tätig zu werden. Diese Arbeit wird entsprechend der gegebenen Nöte, Bedürfnisse und Möglichkeiten von funktional differenzierten "Komitees" organisiert, die sich auf der Daira-, der Wilaya- und schließlich der nationalen Ebene über einen Stufenbau gewählter Räte koordinieren.

Während einerseits niemand für seine Arbeit entlohnt wird, übernehmen DARS und Polisario umgekehrt die Versorgung eines und einer jeden mit den notwendigen Mitteln des Überlebens. Den allergrößten Teil der dabei umgeschlagenen Güter liefern Hilfsorganisationen wie medico international; finanziert wird die humanitäre Hilfe vom Welternährungsprogramm, von der Europäischen Union und aus Spendenmitteln. Nirgendwo trifft die auswärtige Hilfe unmittelbar auf ihre direkten Empfänger, alle Hilfsgüter werden in zentralen Magazinen eingelagert und von sahrauischen Stellen verteilt. Vor allem die Versorgung mit Nahrungsmitteln, aber auch die mit Medikamenten ist stets zu knapp bemessen und unterliegt strengster Rationierung, bei den regelmäßigen Verzögerungen im Nachschub droht stets Hunger. Alle Sahrauis leiden an Erkrankungen, die von Mangelernährung verursacht sind.

Neben dem geldfreien öffentlichen Sektor hat sich in den letzten Jahren ein privater Sektor des Kleinhandels etabliert, der aus einmaligen spanischen Pensionszahlungen an Sahrauis, die früher für die Kolonialverwaltung tätig waren, und aus Mitteln der individuellen Arbeitsmigration finanziert wird. Mit dem privaten Sektor begann eine begrenzte ökonomische Differenzierung, die durch eine funktionale Differenzierung je nach dem im Staat beziehungsweise in der Polisario eingenommenen Rang verstärkt wird. Obwohl die 1973 von linken StudentInnen gegründete und ideologisch an den Ideen Frantz Fanons und Amilcar Cabrals ausgerichtete Frente Polisario mit einem anti-tribalistischen Programm angetreten ist und den Bildungsprozess einer sahrauischen Nation gegen tradierte clangesellschaftliche Strukturen gerichtet hatte, sollen sich diese Strukturen in ihren inneren Machtverhältnissen reproduziert haben.

III.

Am Regierungssitz Rabouni vorbei schaukelt uns der Bus bis nach Smara, wo wir jeweils zu fünft auf Gastfamilien verteilt werden. In etwas größeren Gruppen bereisen wir in den folgenden Tagen alle vier Wilayas und den Teil der Westsahara, den das Militär der Polisario kontrolliert. In allen Begegnungen mit Sahrauis fällt auf, in welchem Maß das soziale, ökonomische und politische Leben von den Frauen bestimmt wird. Während die Männer die militärischen Stellungen an der Front halten, organisieren sie den Alltag in den Lagern. Das gilt nicht nur für den einzelnen Haushalt, sondern auch und gerade für das öffentliche Leben: Frauen wirken in allen Institutionen mit, arbeiten in den Schulen, den Gesundheitszentren, den wenigen Werkstätten, den kleinen Gemeindegärten, in denen mühselig Gemüse gezogen wird, das den Alten und den Kindern zukommt.

Aus dieser Arbeitsteilung resultiert ein Geschlechterverhältnis, das nicht nur im arabischen Raum außergewöhnlich ist: Männer und Frauen streiten in aller Öffentlichkeit gleichberechtigt um die "Dinge des Lebens" nicht weniger als um die die Angelegenheiten der Republik. In der inneren Organisation der DARS wie der Polisario hat sich das begrenzt auch institutionell niedergeschlagen; den gleichwohl weiter notwendigen Kampf um Emanzipation führen die Frauen in einer eigenständigen Organisation, die sich aus den "Frauenkomitees" der Dairas und Wilayas aufbaut. Von zentraler Bedeutung ist dabei die sogenannte "Frauenschule", eine aus mehreren öffentlichen Gebäuden und einer Zeltsiedlung bestehende Institution, die eigentlich ein fünftes Lager bildet. Hier befindet sich neben einigen Schulen eine große Werkstatt, in der Frauen andere Frauen in handwerklichen Tätigkeiten ausbilden. Hier besuchen wir auch ein spärlich ausgestattetes "Nationalmuseum", in dem nebst traditionellem Arbeitsgerät eine Chronologie des sahrauischen Befreiungskampfs präsentiert wird.

Was zum Geschlechterverhältnis zu sagen ist, gilt ähnlich auch für das Verhältnis der Generationen. Nicht, dass hier wie dort von einer schon erreichten Überwindung patriarchaler Verhältnisse gesprochen werden könnte; nachhaltig aber beeindruckt eine offenbar tief eingeübte und deshalb unbestrittene Kultur des freien Worts, die jeder und jedem Rederecht gewährt und gerade in der Begegnung mit Fremden zum Ausdruck kommt. Dem entspricht das für eine Guerilla im Befreiungskampf auffällig unmartialische Auftreten sowohl des Militärs wie der politisch-militärischen Führung. Dass die Polisario in den Dairas und Wilayas breit verankert ist, steht außerhalb jeden Zweifels. Tatsächlich waren gerade die etwa dreißig Zeitungs-, Radio- und TV-JournalistInnen, die der Reisegruppe angehörten, äußerst hellhörig für etwaige Widersprüche zwischen der Befreiungsbewegung und "ihren" Leuten. Doch sofern oppositionelle Äußerungen überhaupt vernehmbar waren, bezogen die sich auf eine zu große Verhandlungsbereitschaft der Regierung gegenüber den Marokkanern: Ginge es vor allem nach vielen jüngeren Leuten, dann sollte die Polisario eher heute als morgen erneut zu den Waffen greifen.

IV.

Tatsächlich hat die Polisario ihren Kampf jahrelang auch mit Waffengewalt geführt. Unter Vermittlung der UNO haben Polisario und marokkanisches Regime 1991 ein Friedensabkommen geschlossen, das den völkerrechtlichen Bestimmungen zur Dekolonisierung entspricht und die Abhaltung eines von der UNO überwachten Referendums vorsieht, in dem die Sahrauis frei über ihre Zukunft befinden sollen. Durch die diplomatische Anerkennung der DARS bestätigen mehr als siebzig Staaten vornehmlich der südlichen Kontinente ihre ausdrückliche Unterstützung des Friedensplans. Doch seit nunmehr zehn Jahren blockiert Marokko die Durchführung des Referendums, offen von Frankreich und den USA unterstützt und mit stillschweigender Duldung durch die anderen europäischen Staaten. Dabei ist es dem Regime in Rabat und seinen Verbündeten gelungen, fünf Referendumstermine platzen zu lassen. Ihre Motivation liegt auf der Hand: Das marokkanische Regime war über Jahrzehnte der verlässlichste Bündnispartner des Westens in Nordafrika, es spielt heute eine zentrale Rolle in der Abwehr der afrikanischen Migrationsbewegung und, nicht zuletzt, die marokkanische Besatzung garantiert westlichem Kapital den freien Zugriff auf die reichen Bodenschätze der Westsahara und die Fischgründe vor der Küste. Offizieller Stein des Anstoßes ist marokkanischerseits die Frage, wer am Referendum teilnehmen darf. Die Polisario beschränkt die Zahl der Wahlberechtigten auf diejenigen, die in einer von der UNO überwachten Ermittlung als "Sahrauis" identifiziert wurden, Marokko möchte möglichst alle 300.000 MarokkanerInnen, die in der Westsahara (zwangs-)angesiedelt wurden, an der Wahl teilnehmen lassen. Für die Polisario ist diese Lösung inakzeptabel, weil sie just die Bedingungen sanktioniert, die mit der marokkanischen Kolonialherrschaft und ihrer Vertreibung in die Hammada erst geschaffen wurden. Die sahrauische Position war bis vor kurzem auch die offizielle Position der UNO, sie ist Grundlage der letzten, in Houston ausgehandelten Fassung des Friedensplans. In den vergangenen Monaten aber mehrten sich die Zeichen, dass die UNO unter vereintem Druck aus Rabat, Paris und Washington von ihrer eigenen, völkerrechtlich bindenden Position abrücken wird.

Diese mehr als prekäre Situation war der unmittelbare Anlass für den Flug nach Tindouf, mit dem die Polisario und medico international MitstreiterInnen gewinnen wollten, die den Sahrauis nach der Rückkehr in Deutschland Öffentlichkeit schaffen würden. Wie notwendig das war, erfuhren wir unmittelbar nach der Rückkehr. Zwischenzeitlich hat die UNO einen Plan ihres Sonderbotschafters Baker akzeptiert, der vorgeblich einen "Dritten Weg" eröffnen soll, den Sahrauis in Wirklichkeit aber die marokkanische Position aufzwingt. Im Austausch gegen eine kümmerliche "Autonomie" in kulturellen Fragen und in Angelegenheiten lokaler

Verwaltung soll das Referendum um fünf Jahre verschoben werden. Nach dieser Frist sollen dann alle, die zu dieser Zeit seit wenigstens einem Jahr in der Westsahara leben, über die politische Zukunft des Landes entscheiden dürfen: gleichgültig, ob jemand (zwangs-)angesiedelte MarokkanerIn oder aus dem Exil zurückgekehrter Sahraui ist. Das aber heißt: die Entscheidung über die Zukunft der Westsahara wird de facto von den MarokkanerInnen getroffen werden, die Sahrauis sollen das abgekartete Spiel durch Abgabe eines Minderheitsvotums legitimieren.

Die Polisario hat diesen "Dritten Weg" zuletzt am 16. September ausdrücklich verworfen und erneut erklärt, dass sich ihr Mandat allein darauf bezieht, mit allen Mitteln den Weg zum Referendum zu öffnen: Die letzte Entscheidung kann dann nur von den Sahrauis selbst getroffen werden. Während Marokko triumphiert, haben sich viele südliche Länder - voran Algerien - an die Seite der Polisario gestellt. Die USA und Frankreich wirken hinter den Kulissen zu Gunsten Marokkos, die anderen EU-Staaten verweisen auf ihre "Neutralität". Die UNO wiederum hat den Baker-Plan mittlerweile zur bloßen Verhandlungsgrundlage relativiert. Gleichzeitig bleibt das Welternährungsprogramm weit hinter seinen Verpflichtungen zurück und übt dergestalt - willentlich oder nicht - massiven Druck auf die Sahrauis aus, deren Position durch die leeren Lebensmittel- und Medikamentenmagazine weiter geschwächt wird.

V.

In dieser von offenem Zynismus bestimmten Lage sollte sich eine solidarische Unterstützung der Sahrauis eigentlich von selbst verstehen. Tatsächlich haben viele der Mitreisenden nach der Rückkehr mehr unternommen, als die Polisario und medico international sich erhofft hatten. TV- und Radiosendungen haben über die Lage der Sahrauis berichtet, in überregionalen und lokalen Zeitungen sind eine Vielzahl von Artikeln erschienen, öffentliche Solidaritätsveranstaltungen wurden organisiert, die PDS-Bundestagsfraktion hat sich eingeschaltet, ein Protestbrief an das Auswärtige Amt ist verfasst worden. Dennoch sind auch aus unserem Kreis Zweifel an einer uneingeschränkten Solidarität angemeldet worden. Weil sie meines Erachtens von exemplarischer Bedeutung auch jenseits des Sahara-Konflikts sind, möchte ich meinen Bericht mit einem Kommentar dieser Zweifel abschließen.

In jungle World 32/01 hat Christian Y. Schmidt seinen Reisebericht publiziert und dabei ausführlich dargelegt, warum es "schwer fällt, im von der Weltöffentlichkeit vergessenen Westsahara-Konflikt nicht für die Befreiungsfront Polisario Partei zu ergreifen." Was Christian dazu anführt, deckt sich weithin mit meinen Beschreibungen. Im Resultat aber distanziert er sich von der zuvor in ihrer Plausibilität begründeten Parteinahme. Die Distanzierung begründet sich in der Qualifizierung der Polisario als einer "nationalistischen Befreiungsbewegung" mit einem wenigstens teilweise "völkischem" Programm. Spätestens nach den "völkischen Exzessen auf dem Balkan" aber komme Solidarität mit solchen Bewegungen "nicht mehr in Frage". Im Kern entspricht dies der antinationalen Kritik an der klassischen Solidaritätsbewegung, wiederum "im Kern" kann ich dieser Kritik nur beistimmen. Die Tücke aber steckt wie immer im Detail. Um mit dem weniger wichtigen Problem zu beginnen: Zunächst einmal ist der Sahara-Konflikt kein Sezessions-, sondern ein Dekolonisierungskonflikt und insofern nicht den jugoslawischen, sondern den Auseinandersetzungen um Ost-Timor zu vergleichen. Ein Verzicht der Sahrauis auf ihr Selbstbestimmungsrecht käme einer weiteren Modifikation geltenden Völkerrechts und realpolitisch der Hinnahme der kolonialen Aggression Marokkos und des fortdauernden marokkanischen Terrors gleich. Zweitens aber ist die Polisario zwar eine befreiungsnationalistische, doch keine "völkische" Organisation. Der historische Prozess der Nationenbildung - und auch die Sahraui-"Nation" ist natürlich eine soziale, d.h. eine ideologische Konstruktion - ist nicht überall derselbe. Bei den Sahrauis resultiert er aus der Zerstörung ihrer niemals völkisch definierten nomadischen Lebens- und Produktionsweise durch den spanischen und marokkanischen Kolonialismus. Konsequenterweise war und ist der sahrauische Befreiungsnationalismus direkt auf die Verteidigung, Bewahrung und Transformation (!) ihrer spezifischen Lebens- und Produktionsweise gerichtet, mithin ein originär soziales und eben kein "ethnisches" Projekt: Die Sahrauis kämpfen um ihre Form partizipatorischer Demokratie, ihre (clan-)genossenschaftliche Ökonomie, ihr vergleichsweise egalitäres Geschlechterverhältnis, ihren nach unseren Begriffen "protestantischen", d.h. hochgradig individuierten und in moralischer Hinsicht toleranten Islam, und sie kämpfen dabei nicht nur gegen den klerikalfeudalistischen marokkanischen Staat, sondern auch und gerade gegen die zutiefst "königstreue" marokkanische Gesellschaft und deren Lebens- und Produktionsweise. Man kann nun einmal nicht davon absehen, dass die koloniale Doktrin eines "Groß-Marokko" selbst von den linken Fraktionen der unterdrückten marokkanischen Opposition geteilt wird.

Daraus folgt zweierlei. Erstens ist eine Lösung des Sahara-Konflikts im marokkanischen Staat undenkbar: Den Sahrauis ist ganz realpolitisch weder die Unterwerfung unter diesen Staat, noch ein von diesem Staat dominiertes Zusammenleben mit dieser marokkanischen Gesellschaft zuzumuten. Zweitens ist umgekehrt der sahrauische Staat nicht einfach ein bürgerlicher Nationalstaat mehr, - und wer wollte, da hat Christian ganz recht, nach Bosnien und dem Kosovo deren Neubildung unterstützen -, sondern die unter den konkret gegebenen Bedingungen singuläre politische Form, unter der allein die Sahrauis ihre Lebens- und Produktionsweise verteidigen und selbstbestimmt verändern können. Wo sie alle Nationalstaaten politisch untereinander gleichmacht, fällt die antinationale Staatskritik notwendig abstrakt aus und droht ungewollt in Zynismus, mindestens aber in Metropolenliberalismus umzuschlagen.

Bleibt allerdings der konkrete Einwand Christians, dass die Sahrauis im Fall einer Rückkehr in eine unabhängige Westsahara den dort lebenden ca. 300.000 MarokkanerInnen zwar kulturelle und religiöse Autonomie, Aufenthaltsrecht und Unantastbarkeit des Privateigentums, nicht aber das volle BürgerInnenrecht garantieren wollen. Ich muss zugeben, dass auch ich mich hier äußerst unwohl fühle und meine Solidarität deshalb auch nicht als uneingeschränkte verstehe. Die Forderung auf ein universelles BürgerInnenrecht, auf das Recht einer jeden und eines jeden auf gleiche Rechte an jedem Ort, richtet sich deshalb auch an den sahrauischen Staat. Der hier sich abzeichnende Konflikt aber wird zu seiner Zeit und an seinem Ort geführt und kann nicht vorweg zum Argument werden, den Sahrauis die Unterwerfung unter das marokkanische Regime zu empfehlen. Auch bleibt im Konkreten zweierlei zu relativieren: Eine bedeutende Zahl der MarokkanerInnen in der massiv militarisierten Westsahara sind Angehörige von Geheimpolizei, Polizei und Armee, sie waren und sind unmittelbar an den Repressionen beteiligt, die den Sahrauis zugefügt wurden und immer noch zugefügt werden. Eine mehr oder minder freiwillige "Repatriierung" marokkanischer Polizei- und Armeeverbände hat nichts mit einem "völkischen" Wahn der Polisario zu tun und wird mich jedenfalls nur bedingt mit Trauer erfüllen. Darüber hinaus wollen tatsächlich nicht wenige der zwangsangesiedelten MarokkanerInnen an den Ort zurückkehren, von dem sie vertrieben wurden: Auch dies ist ein Moment des marokkanischen Kolonialismus und nicht Folge des Widerstands der Polisario.

Die von Christian zu Recht benannte Prekarität der sahrauischen Position ist damit nicht ausgeräumt - scheint mir aber der unvermeidlichen Prekarität des Politischen selbst anzugehören, die in antinationaler Perspektive bisweilen unterbelichtet wird: "Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden" (Marx). Die Prekarität des Politischen, die die Sahrauis zum Ausgangspunkt ihres Handelns nehmen, resultiert aus der mörderischen Feindschaft, mit der der marokkanische Staat, die marokkanische Gesellschaft und deren Verbündete ihnen gegenüberstehen. Wer sie in dieser Lage zum Verzicht auf ihr Selbstbestimmungsrecht auffordert - das nach Lage der Dinge nur über ihren Anspruch auf nationalstaatliche Unabhängigkeit artikuliert werden kann - fordert sie, wiederum nach Lage der Dinge, zur Unterwerfung auf.

Thomas Seibert,

medico international

25. "Der Handlungsspielraum der FSLN wäre negativ." Interview über die Situation in Nicaragua im Vorfeld der Wahlen

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:14

Cornelius Hopmann lebt seit 16 Jahren in Nicaragua. Seit zehn Jahren arbeitet er als Organisations- und EDV-Berater. Zu seinen Auftraggebern gehören neben der Privatwirtschaft und öffentlichen Stellen auch die Weltbank und die GTZ. Wir sprachen mit ihm über die bevorstehenden Wahlen in Nicaragua und die sozio-ökonomische Situation des Landes.

Am 4. November finden in Nicaragua Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Für die Sandinisten (FSLN) tritt erneut Daniel Ortega an. Für die Liberal-konstitutionalistische Partei (PLC), die den jetzigen Präsidenten Arnaldo Alemán stellt, kandidiert der 72-jährige Enrique Bolaños, ehemaliger Präsident des Unternehmerverbandes. Wie siehst du die Wahlchancen der FSLN?

Lange Zeit sah es so aus, als hätte Daniel Ortega die Wahl im ersten Wahlgang gewinnen können. Im "günstigsten Fall" hätte das für die FSLN bedeutet, dass es zu einem zweiten Wahlgang gekommen wäre, den mit Sicherheit allerdings Enrique Bolaños gewonnen hätte. Die Ereignisse in New York und Washington haben einen Wahlsieg der FSLN und ihres Kandidaten jedoch gänzlich unwahrscheinlich gemacht. Schon in den letzten Umfragen lag Bolaños mit zwei Prozent in Führung. Jetzt aber wird in den Medien und der PLC-geneigten öffentlichen Meinung offen gesagt, dass ein Präsident mit freundschaftlichen Beziehungen zu Gaddafi für Nicaragua ein nationales Unglück wäre. Mehr noch, es wird offen darauf angespielt, dass große Teile des Wahlkampfs der FSLN von Libyen finanziert werden, was - natürlich - die FSLN nicht bestätigt, aber auch nicht dementiert.

Die Vereinbarungen zwischen den Liberalen und der FSLN werden immer wieder als "Pakt" bezeichnet. Worin besteht die Tragweite der Vereinbarungen?

Einen Vertrag zwischen den beiden Parteien im eigentlichen Sinn gibt es nicht. Was es gibt, sind Dokumente, die von Vertretern beider Parteien unterschrieben wurden. Diese Dokumente beziehen sich dabei lediglich auf die gesetzgeberische Tätigkeit; im Kern ist das allerdings der Versuch, sich den Staat untereinander aufzuteilen. So sind Absprachen bei der Besetzung des Obersten Gerichts, der Obersten Wahlkommission, des Rechnungshofes und aller anderen Stellen, bei denen die jeweiligen Funktionäre durch die Nationalversammlung gewählt werden, vereinbart worden. Dann ist noch festgelegt worden, dass eigentlich nur diese beiden Parteien zu den Wahlen kandidieren können, was jedoch nicht so funktioniert hat, wie man sich das vorgestellt hatte. Daniel Ortega und Humberto Ortega haben eine weitere Vereinbarung als großen Erfolg gefeiert, nämlich dass man mit 35% der abgegebenen Stimmen Präsident Nicaraguas werden kann, wenn man fünf Prozent mehr hat als die andere Seite.

Es gibt aber auch noch eine ganze Reihe von Privatabsprachen, die nirgendwo schriftlich festgehalten worden sind. Diese Absprachen beziehen sich vor allem auf Wirtschaftsfragen, auf die Interessen der Neureichen auf beiden Seiten. Sowohl die Gruppe Alemán als auch die Gruppe Ortega vertreten eine neue Klasse von Reichen. Sie haben wirtschaftlich gesehen ausgesprochen viele gemeinsame Interessen und als gemeinsamen Gegner das historische Kapital in Nicaragua, von dem sie beide nicht ernst genommen werden. Alemán hatte sich einmal bitterlich beklagt, dass ihn die historischen Familien Nicaraguas nicht respektieren.

Was ist deiner Ansicht nach die ökonomische Basis des "Paktes" zwischen der FSLN und der Liberalen Partei?

Die Führungsgruppen des PLC und der FSLN kommen aus denselben kleinbürgerlichen, mittelständischen Schichten des Nicaraguas vor 1979. Es sind Rechtsanwälte, kleine Techniker und Gewerbetreibende. Die Quelle ihres heutigen Reichtums stammt aus der Umverteilung des expropierten Eigentums der sandinistischen Periode nach 1990.

Gleichzeitig stützen sich PLC und FSLN auf die Bauern. Auf der Seite der FSLN sind es die landlosen Bauern und Mitglieder der Kooperativen, die man nach Bedarf für die eigenen politischen Ziele mobilisiert. Auf der

Seite der Führungsgruppe des PLC sind es vor allem die Demobilisierten der Contra. Beide Führungscliquen lassen ihre Hilfstruppen erbarmungslos fallen, wenn sie ihre Funktion erledigt haben.

In diesem Zusammenhang ist eine Korrelation zwischen Armut und Wahlergebnissen bei den Kommunalwahlen des letzten Jahres interessant: Die FSLN gewann in den Departamento-Städten (Sitz der Regionalverwaltungen) und in jenen Gebieten Nicaraguas einschließlich Managua wo die Armut geringer ist; der PLC gewann auf dem Lande, insbesondere dort, wo die Armut am größten ist. Hierbei mag auch die Tatsache eine Rolle spielen, dass gerade in diesen Gebieten während der Regierung Alemán die meisten - selbstverständlich ausländisch finanzierten - Sozialprojekte angesiedelt wurden.

Ein weiterer Aspekt des "Paktes" ist die Immunität des bisherigen Präsidenten hinsichtlich seiner Tätigkeit in den letzten Jahren. Was ist dazu zu sagen?

Nach nicaraguanischen Regeln kann gegen jemanden, der parlamentarische oder anderweitige Immunität genießt, noch nicht einmal eine strafrechtliche Untersuchung unternommen werden, geschweige denn Anklage erhoben werden. Umgekehrt sind in der Strafprozessordnung Verjährungstatbestände festgelegt, die zwischen fünf und sieben Jahren liegen und während der Immunität nicht ruhen.

Im "Pakt" ist nun geregelt, dass der Ex-Präsident automatisch Abgeordneter der nächsten Nationalversammlung wird. Konkret bedeutet das, dass für sechs Jahre die Dinge, die man als Präsident gemacht hat, nicht untersucht werden können. Wenn diese sechs Jahre abgelaufen sind, ist auch die Verjährung abgelaufen - eine sehr praktische Sache. Von dieser Abmachung profitiert nicht nur Alemán. Auch Daniel Ortega hat ein brennendes Interesse daran, in den Genuss der Verjährung zu gelangen, da die Umstände seiner Beziehung zu seiner Stieftochter Zoilamérica bis heute nicht geklärt sind.

Gesetzt den Fall, die FSLN würde die Wahl gewinnen. Wie schätzt du den ökonomischen Handlungsspielraum ein?

Ich glaube, der Handlungsspielraum der FSLN wäre noch nicht einmal null, er wäre negativ. Zum einen hätte es ein Präsident Daniel Ortega auf jeden Fall mit einem Parlament zu tun, in der die FSLN eine Minderheitenposition hat. Zum anderen ist ein Präsident des FSLN, mehr als ein Präsident des PLC, erpressbar. Das hängt mit dem Helms-Burton-Gesetz in den USA zusammen, das die US-Regierung dazu zwingt, eigene Entwicklungshilfe einzustellen und in allen internationalen Organisationen gegen Kredite und Hilfen für solche Länder zu stimmen, in denen Eigentum von Staatsbürgern der USA missachtet wird. Als solche betrachten die USA ehemalige NicaraguanerInnen, die mittlerweile die US-Staatsbürgerschaft erworben haben, die aber noch in Nicaragua enteignet worden sind. Das Gesetz enthält auch eine Ausnahmeregelung: Der Präsident der USA kann jedes Jahr erklären, dass es aus strategischen Gründen notwendig ist, mit einem solchen Land Entwicklungsbeziehungen aufrechtzuerhalten. In den acht Jahren, die dieses Gesetz gültig ist, gab es für Nicaragua jedes Mal diese Ausnahmeregelung.

Nun stellen wir uns mal Ortega als Präsident vor. Das Erste, was die Regierung Bush Junior tun wird, ist zu sagen, entweder ihr gebt das Eigentum zurück oder es gibt keine Ausnahmegenehmigung mehr. Keine Ausnahmegenehmigung würde für Nicaragua zum sofortigen wirtschaftlichen Kollaps führen. Insofern wäre Präsident Ortega gezwungen, ein Programm durchzuführen, das eine forcierte Rückgabe von Ländereien und Fabriken ermöglicht, um den Ansprüchen der USA gerecht zu werden. Ich habe die Befürchtung, dass ein solches Programm nur unter dem Einsatz öffentlicher Gewalt durchzusetzen ist.

Hinzu kommt, dass die Regierung Alemán in sechs Jahren die Inlandsverschuldung von 30 Mio. US-$ auf fast 1,1 Mrd. US-$ hoch getrieben hat. Das sind größernteils kurzfristige Schulden mit Laufzeiten von 6 bis 18 Monaten, die man nach Ablauf mit Umschuldungsverträgen, den so genannten Investitionspapieren, kapitalisiert. Das war ein Instrument, um Bargeld dem Geldumlauf zu entziehen. Zu Beginn hatten diese Papiere einen Umfang von 20 Mio. US-$. Heute ist er auf 380 Mio. US-$ angewachsen. Außerdem existieren unbezahlte Rechnungen des Staates in einer Höhe von etwa 150 Mio. US-$ und in Höhe von 680 Mio. US-$ als Entschädigungsbons an ehemalige EigentümerInnen, bei denen die erste Rate im Jahr 2001 fällig wird. Wer immer hier die Präsidentschaft übernimmt, er hat ein massives Problem: die Bargeldbeschaffung in kürzester Zeit.

Nicaragua unterliegt seit nunmehr acht Jahren Programmen von IWF und Weltbank. Wie beurteilst du die Ergebnisse dieser Programme?

Die strukturellen Anpassungsprogramme, die die Handelsbilanz Nicaraguas in Ordnung bringen und den Staat wieder kreditfähig machen sollten, haben nicht ein einziges ihrer Ziele erreicht. Im Gegenteil, alles wesentlichen Indikatoren des IWF zeigen heute schlechtere Werte als vor acht Jahren: Das Außenhandelsdefizit ist explodiert, das Haushaltsdefizit ist genau so hoch wie zu Beginn der Programme, die Auslandsverschuldung ist deutlich höher als zum Beginn der Präsidentschaft von Alemán. Diese Programme gleichen der Quadratur des Kreises, denn sie setzen voraus, es gäbe in Nicaragua eine in der einen oder anderen Form funktionierende Wirtschaft. Die wichtigsten wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes bestehen jedoch darin, Entwicklungshilfegelder zu kanalisieren und die Überweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland entgegenzunehmen. 60% der Wirtschaftsaktivitäten Nicaraguas hängen unmittelbar von diesen Summen ab. Auf der einen Seite will man also eine effiziente, leistungsfähige Volkswirtschaft aufbauen; man hat aber auf der anderen Seite mehr als 60% der Bevölkerung, die abhängig von Transferleistungen sind. Dass ein solches Programm nicht funktionieren kann, ist offensichtlich.

Hinzu kommt noch, dass die nicaraguanische Wirtschaft extrem klein ist. Am Wirtschaftsgeschehen von Handel, Banken und Industrie nehmen in Nicaragua vielleicht 400.000 Personen teil, Familienangehörige mitgerechnet. Diese 400.000 Personen repräsentieren knapp 10% der Bevölkerung bei einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von etwa 2.100 US-$. Auf der anderen Seite erreichen die untersten 40% ein Jahres-Pro-Kopf-Einkommen von 60 US-$. Das ganze erscheint mir oft wie ein großes Monopoly-Spiel. Alle Beteiligten tun so, als ob das hier eine Wirtschaft wäre, als ob hier Gesetze von Angebot und Nachfrage, von Effizienz und Produktivität eine Rolle spielten, obwohl die realen Zahlen etwas ganz anderes zeigen.

Welche Dimensionen hat die internationale Kreditgabe und wie wirkt sich das auf die Politik des Landes aus?

Auf der einen Seite muss man feststellen, dass es zahlreiche Umschuldungen gegeben hat. Der Schuldenerlass liegt insgesamt weit jenseits von 6 Mrd. US-$, wahrscheinlich eher in der Größenordnung von 8-9 Mrd. Auf der anderen Seite hat Nicaragua von 1992 bis 1999 6,2 Mrd. US-$ an neuer Entwicklungshilfe in Form von Krediten und anderen Leistungen entgegengenommen. Der wesentliche Effekt dieser Entwicklungshilfe scheint allerdings die Herausbildung einer neuen Mittelklasse zu sein, die von der Verwaltung dieser Entwicklungshilfe lebt. Wenn man sich die strukturellen Ursachen ansieht, strukturelle Armut oder chronische Unterernährung - mittlerweile sind 980.000 NicaraguanerInnen auf Essen aus der Armenküche angewiesen, um nicht zu verhungern -, dann stellt man fest, dass sich durch die Entwicklungshilfe die Lage nicht verbessert hat.

Du sprichst von einer neuen Mittelschicht, die sich aus MitarbeiterInnen von internationalen NGO zusammensetzt. In welchem Umfang operieren z.Z. NGO in Nicaragua und welche Aufgaben haben sie übernommen?

Die Zentralregierung - LehrerInnen, Ärzte und Ärztinnen nicht eingerechnet - beschäftigt derzeit etwa 25.000 Menschen, die NGO geschätzt etwa 78.000. Die NGO sind also der größte Arbeitgeber des Landes. Für Leute mit technischer Qualifikation oder einem Hochschulabschluss sind die NGO die wichtigsten Arbeitgeber, noch vor dem Privatsektor oder dem öffentlichen Bereich. Natürlich kann man den EntwicklungshelferInnen keine bösen Absichten unterstellen, aber wenn Hilfe leisten die wirtschaftlich wichtigste Aktivität wird und für jemand mit höherer Qualifikation die Arbeit in einer Hilfsorganisation die wahrscheinlichste und beste Arbeitsmöglichkeit ist, dann stimmt irgendetwas nicht.

Das Interview führte Ulrich Böhling.

Sowohl die Gruppe Alemán,

als auch die Gruppe Ortega vertreten

eine neue Klasse von Reichen.

Wer immer hier die Präsidentschaft

übernimmt, er hat ein massives Problem.

Die IWF-Programme gleichen der Quadratur des Kreises

26. Tauziehen um Pinochet. Straffreiheit für Diktaturverbrechen in Chile

Autor: Ignacio Burgos · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:11

Das endlose Tauziehen um einen Prozess gegen den 85-jährigen chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet geht weiter. Ende 1998 wurde er auf Ersuchen des spanischen Ermittlungsrichters Baltasar Garzón bei einem Klinikaufenthalt in London verhaftet. Aus angeblichen Krankheitsgründen durfte er im März 2000 aus dem Londoner Hausarrest in die chilenische Hauptstadt Santiago zurückkehren, wo sich sein Gesundheitszustand überraschend schnell verbesserte - noch am Flughafen konnte er aus dem Rollstuhl wieder aufstehen. Zur Zeit geht es Pinochet wieder schlechter. Schließlich möchte er einen Prozess in Chile vermeiden.

Die chilenische Justiz hatte sich nach der Rückkehr Pinochets verpflichtet, über hundert bereits eingeleitete Strafverfahren in Bewegung zu bringen. Mit dem Ermittlungsrichter Juan Guzman fand sich auch ein engagierter Ankläger. Am 9. Juli allerdings wurde das laufende Verfahren wiederum aus "Gesundheitsgründen" eingestellt. Pinochet leide an einer "Altersdemenz", hatten Ärzte diagonistiziert. Ende August konnten Menschenrechtsanwälte aber einen Einspruch gegen die Aussetzung des Verfahrens durchsetzen. Jetzt muss das Oberste Gericht entscheiden, ob das Strafverfahren vor der chilenischen Justiz weitergeht oder nicht. Die Chance stehen schlecht.

Denn beim Strafverfahren gegen Pinochet geht es um viel mehr als die Feststellung seiner individuellen Schuld an den Verbrechen während der Diktaturzeit. Nach dem Militärputsch 1973 bis zum "Übergang zur Demokratie" 1990 ließ das Regime über 3.000 Oppositionelle ermorden. Hunderttausende wurden gefoltert, inhaftiert und ins Exil vertrieben, weil sie nach einem "chilenischen Weg zum Sozialismus" gesucht hatten. Letztlich wird heute darüber entschieden, ob die Militärs die Straflosigkeit ihrer Verbrechen weiter durchsetzen können, oder ob die Menschenrechtsbewegung den Pakt zwischen Militärs und den regierenden Parteien, der eben diese Straflosigkeit als Vorbedingung für den Wechsel 1990 festgelegt hat, brechen kann.

Denn die Zusicherung der Straflosigkeit für die Militärs war gewissermaßen Bestandteil der "Rückkehr zur Demokratie" in Chile. Jenseits der Rhetorik und der im großen und ganzen symbolischen Schritte, die nachträglich im Bereich der Menschenrechte getätigt wurden, bildete sie 1990 eine Grundlage der Aushandlung zwischen Militärs und der noch immer regierenden Regierungskoalition aus ChristdemokratInnen und SozialistInnen, der sogenannten Concertación por la Democracia.

Genauso wurde die Kontinuität des durch die Diktatur aufgezwungenen wirtschaftlichen Systems garantiert. Die hat große Bedeutung, denn bei der Repression nach dem Militärputsch ging es nicht um ziellose Verbrechen wild gewordener Militärs, wie manchmal suggeriert wird, sondern um das Zerschlagen der ArbeiterInnenbewegung mit dem Ziel einer grundlegenden Veränderung der sozialen Kräfteverhältnisse. Es sollte ein wirtschaftliches System durchgesetzt werden, das mit dem Modell einer nachholenden Entwicklung in Lateinamerika radikal brach und zum Vorreiter der weltweiten neoliberalen Umstrukturierung werden sollte, die sich mit dem Machtantritt Ronald Reagans und Margret Thatchers in den USA und Großbritannien Anfang der 80er-Jahre anschließend weltweit durchsetzte. Chile war das erste Laboratorium der Chicago-Boys, der Anhänger des neoliberalen Wirtschaftsideologen Milton Friedmann. "In einem Land, in dem der Terror alle gesellschaftlichen Kräfte lahm gelegt und jedes Haus erobert hatte und wo Ausgangssperren für leer gefegte Straßen sorgten, war es ein Leichtes, das erste große neoliberale Wirtschaftsexperiment durchzusetzen und als Erfolg zu feiern", schrieb der chilenische Schriftsteller Luis Sepúlveda dazu.

Pinochets rechtzeitige "Altersdemenz"

Der grundlegende Widerspruch im "Übergang zur Demokratie" liegt eben hier. Wenn die Wahrung der Kontinuität der wirtschaftlichen Umstrukturierung und die Straflosigkeit für die Militärs auch eine Bedingung für den "Übergang zur Demokratie" waren, wurde die christdemokratisch-sozialdemokratische Allianz 1990 doch nicht unwesentlich wegen ihres Versprechens gewählt, den Rechtsstaat wieder herzustellen und die Verantwortlichen für die während der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen zu bestrafen.

Es ist zwar wahr, dass die Streitkräfte sich nach der Wahlniederlage der Rechten aus dem Zentrum der Macht zurückzogen. Doch das geschah, nachdem die Verhandlungen mit der damaligen Opposition durchgeführt

wurden. In diesen wurde die Stärkung der Autonomie der Militärs genauso festgelegt wie die Schwächung der Macht des Präsidenten. Sie umfassten nicht zuletzt - nach einigen kosmetischen Veränderungen - die Legitimation der Verfassung der Diktatur. Der gefeierte "Übergang zur Demokratie" 1990 sah nicht im mindesten eine juristische Verfolgung der Verbrechen der Diktatur vor.

Als Folge davon hat es - bis zur Verhaftung von Pinochet in London - keine substanziellen Fortschritte bezüglich der Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen gegeben. Eine Ausnahme bildete nur die Verurteilung des ehemaligen Chefs der chilenischen Geheimpolizei auf Grund eines direkten Eingreifens der USA sowie die Verfahren gegen einige zweitrangige Offiziere. (1)

Straflosigkeit als Vorbedingung für "Demokratie"

Doch mit der Verhaftung Pinochets in London brach die Sicherheit, in der sich die Militärs und die Rechte bis dahin zu wiegen glaubten, zusammen. Das chilenische Establishment sah sich nun gezwungen, im Chor zu rufen, dass es nur chilenischen Gerichten zustehe, den Anklagen gegen den Ex-Diktator nachzugehen. Dies führte zur Selbstverpflichtung, dass die gegen Pinochet vorliegenden Anklagen wirklich durch chilenische Gerichte verhandelt werden würden. Dies hat nicht nur die Regierung wiederholt geäußert, sondern auch das Parlament, die Gerichte selbst und sogar die Militärs und die katholische Kirche.

So wurde es unvermeidlich, nach der Rückkehr Pinochets das ausstehenden, Verfahren einzuleiten und die Suche nach einem neuen Konsens zwischen der Macht der Militärs und der politischen Klasse zu beginnen. Angesichts der Offensichtlichkeit der Verbrechen mussten die Uniformierten und die Ultra-Rechte die Erniedrigungen und Schmähungen sowohl der so genannten militärischen Ehre als auch Pinochets selbst akzeptieren. Sie mussten sich mit der Vorstellung anfreunden, eine Bestrafung des Ex-Diktators nur vermeiden zu können, indem wiederum "gesundheitliche Gründe" angeführt werden.

Der Regierungskoalition ihrerseits schien es aber zu genügen, dass Pinochet seine "parlamentarische Immunität" entzogen, angeklagt und unter Hausarrest gestellt wurde. Dafür akzeptierte sie ein Ende der Verfahren auf Grund des angeblich schlechten Gesundheitszustandes Pinochets.

Was die institutionelle Verantwortung der Militärs für die Verbrechen der Diktatur betrifft, suchte das Establishment einen sehr ähnlichen Weg. Die Streitkräfte, die sich systematisch geweigert hatten, die begangenen Verbrechen anzuerkennen, mussten ihrerseits die Suche nach einer Einigung mit den Menschenrechtsorganisationen akzeptieren. Trotz der Ablehnung des Großteils jener Organisationen gab es einige, die es für opportun hielten, mit den Militärs zu sprechen. Das Ergebnis jener Verhandlungen war, dass die Streitkräfte schließlich in einem offiziell der Regierung überreichten Bericht einige der begangenen Verbrechen anerkannten. Die Regierung wiederum übergab den Bericht der Justiz.

Durch die teilweise Anerkennung ihrer Verbrechen hoffen die Militärs, die Einstellung der Mehrheit der gegen sie angestrengten Verfahren zu erreichen. Dafür sind sie bereit, den Preis von Verurteilungen in einigen aktuell verhandelten besonders emblematischen Fällen zahlen zu müssen. Im Gegenzug versuchen sie dafür die Straflosigkeit für jene zu erzielen, die die Verbrechen gestehen oder dazu Aussagen tätigen.

Hinter diesem Projekt steht die Gesamtheit der politischen Klasse Chiles, gleich welchen Ton ihre verschiedenen VertreterInnen gegenüber der Öffentlichkeit anschlagen. Von der ultrarechten UDI (2) und der vermeintlich "liberalen" Rechten bis hin zu den neoliberal gewendeten SozialistInnen und den ChristdemokratInnen und ihren anderen BündnispartnerInnen in der aktuellen Regierungskoalition: Sie alle sind definitiv dafür, das Kapitel der Diktatur ein für alle Mal abzuschließen.

Das äußert sich auch in der kompletten Indifferenz gegenüber den Forderungen der Opfer nach Entschädigung. Seit der Rückkehr Pinochets nach Chile und der Zunahme der Gerichtsverfahren gegen die "größeren" Verbrechen der Diktatur wurden zahlreiche Initiativen entwickelt, die auch eine Bestrafung der direkt Verantwortlichen der anderen Straftaten fordern sowie die entsprechende Entschädigung ihrer Opfer. Nach Ende des Militärregimes wurde sogar die Verabschiedung einiger Gesetzesinitiativen erzielt, wie etwa die Anerkennung gewisser Rechte der Familienangehörigen der Opfer der Diktatur oder jener, die aus politischen Gründen aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden.

Aber die grundlegende Frage, die Bestrafung der Schuldigen dieser ganzen Geschehnisse, die Suche nach Wiederherstellung des vorhergehenden Zustandes oder als Ersatz die Entschädigung der Opfer und ihrer Angehörigen, bleibt im aktuellen Szenario unberührt, ja, geradezu unsichtbar.

Für Opfer gibt es kein Vergessen

Das Vorhaben einiger RepräsentantInnen der Überlebenden der Folter und der Gefängnisse der Diktatur, die Bestrafung der Schuldigen zu fordern, rief den aktuellen Innenminister den "Sozialisten", Inzulsa, auf den Plan. Er erklärte, dies würde "eine Störung des sozialen Friedens" darstellen. Der Verteidigungsminister seinerseits verkündet, solche Forderungen würden "die friedliche Entwicklung der Demokratie stören".

Auch die Stimmen der Kirchenhierarchie ließen nicht auf sich warten. Kardinal Errázuriz stimmte ein in den Chor des Establishments und verstieg sich sogar in die Behauptung, "eine übertriebene Gerechtigkeit (sic!) kann sich in Ungerechtigkeit verwandeln". Ein einzigartiger Beitrag des chilenischen Würdenträgers zur Weiterentwicklung der christlichen Gerechtigkeitsdoktrin.

Was hier von den Opfern der Diktatur verlangt wird, beschreibt Luis Sepúlveda: "Wenn du, Frau, lediglich vergewaltigt worden bist, wenn man dir nur Elektroschocks versetzt, dir nur Ratten in die Vagina gesteckt, dich nur ein halbes Jahr lang in einem dreckigen Verlies der Villa Grimaldi gefangen gehalten hat, vergiss es, verzeihe, versöhne dich und versündige dich mit deiner Anzeige nicht am sozialen Frieden und wirtschaftlichen Wohlstand. Wenn du, Mann, lediglich in einen Wasserkübel gesteckt worden bist, bis dir die Lungen gerissen sind, wenn du nur impotent geworden bist, nachdem man dir die Hoden mit Elektroschocks weich gekocht hat, wenn du nur mit ansehen musstest, wie deine Mutter gefoltert wurde, wenn du nur zu fünfzehn oder zwanzig Jahren Exil verdammt gewesen bist und nur ein Haus, eine Stadt, ein Land, eine Vergangenheit verloren hast, vergiss es, verzeihe, und versöhne dich." Mag sein, dass Pinochet auf Grund seiner fortgeschrittenen mentalen Demenz vergisst, was in den Jahren zwischen 1973 und 1990 geschah. Für die Opfer aber gibt es kein Vergessen und auch kein Vergeben, bis die Verantwortlichen bestraft sind.

Welche Hoffnungen bleiben in diesem Kontext den Chileninnen und Chilenen, die unter Verhaftung, Folter und Verfolgung durch das diktatorische Regime leiden mussten und bis heute noch die Folgen spüren? Angesichts der Einbindung der regierenden Parteien der Concertación in das fortbestehende neoliberale Projekt und ihres Unwillens bei der Aufarbeitung der Diktaturverbrechen sind es heute die sozialen Bewegungen, die versuchen, eine Alternative zu entwickeln. Die Basis ist der einzige Akteur, der in der Lage ist, im Verlauf der Kämpfe um unmittelbare Forderungen die Herausbildung einer Projektes voran zu treiben, das über jenes hinaus reicht, dass, das Komödiantenstadel auf der politischen Bühne vorspielt.

Ignacio Burgos

Anmerkungen:

1) General Manuel Contreras wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt. Grund war die Ermordung von Orlando Letelier, Ex-Minister der Allende-Regierung, in Washington D.C.

2) UDI: Unión Demócrata Independiente ist definitiv die einzige Partei, die sich hundertprozentig mit der Militärdiktatur und ihren Verbrechen identifiziert.

27. Philippinische Militärs wittern Morgenluft. Neue Sicherheitsvorkehrungen sollen auch von alten Pannen ablenken

Neue Sicherheitsvorkehrungen sollen von alten Pannen ablenken

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:06

sollen von alten Pannen ablenken

Man kann ja verstehen, wenn Militärs pikiert sind, werden ihren Führungsoffizieren grobe Nachlässigkeit und taktische Schnitzer nachgewiesen. Erst recht wenn es heißt, sie hätten mit genau den Leuten unter einer Decke gesteckt, die sie eigentlich bekämpfen sollen. Seit über einem Jahr ist das philippinische Militär im Süden des Archipels damit befasst, der Terrorgruppe der Abu Sayyaf (ASG) ein für alle Mal den Garaus zu machen. Doch vieles deutet darauf hin, dass Manilas Truppen wie düpierte Deppen dastehen und die ASG quirliger und frecher denn je operiert.

Noch vor wenigen Monaten waren Diomedio Villanueva und Angelo Reyes hochgelobte Offiziere in der Hauptstadt Manila. Ersterer war Chef des einflussreichen Südkommandos (SouthCom) in Zamboanga und mit der Befriedung des Moro-Widerstandes betraut. General Reyes war Generalstabschef der Philippinischen Streitkräfte (AFP) und zugleich einer der Architekten des "totalen Krieges" gegen die Moros. Unter der erst seit Januar amtierenden neuen Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo avancierte Villanueva zum Generalstabschef, Reyes wurde die Leitung des Verteidigungsministeriums übertragen.

Nun sollen ausgerechnet einige ihrer Untergebenen ihren (Teil-)Frieden mit der ASG gemacht und von dieser Schmiergelder kassiert haben. Das sitzt tief. Am 10. September mochten Villanueva und Reyes einen Rücktritt nicht mehr ausschließen, sollte ein zwischenzeitlich vom Senat eingesetzter Untersuchungsausschuss zu dem Resultat gelangen, Brigadegeneral Romeo Dominguez und vier weitere hochrangige Offiziere hätten ASG-Mitglieder auf der südlichen Insel Basilan (wo von ihr seit Ende Mai noch immer über 20 Geiseln, darunter ein US-amerikanisches Missionarsehepaar, gefangen gehalten werden) entkommen lassen.

Anfang Juni war es einem ASG-Trupp in dem Ort Lamitan auf Basilan geglückt, trotz eines militärischen Großaufgebots mit Unterstützung aus der Luft am helllichten Tag zu entwischen. Seit Anfang August erhob der Gemeindepfarrer Cirilo Nacorda öffentlich den Vorwurf, die inkriminierten AFP-Offiziere hätten gegen die Zahlung von Bargeld die ASG-Mitglieder durch einen Belagerungsring schlüpfen lassen. Nacorda machte außerdem öffentlich, dass FBI-Mitarbeiter in einem gemeinsamen Gespräch in der US-amerikanischen Botschaft in Manila seine Einschätzung vollauf geteilt hätten. Das erklärte, wieso es der ASG, ob auf Basilan oder Jolo, bislang immer wieder gelang, einen haushoch überlegenen Gegner auszutricksen und sich mittels erpresster Lösegelder mit neuen hochkalibrigen Feuerwaffen einzudecken.

Abdul Akbar (Name geändert) stammt aus Lamitan und arbeitet seit langem für verschiedene NGOs in der Region. "Die AFP", so Abdul mit verschmitztem Lächeln, "sind entweder dumm oder clever genug, um sich fürs Wegschauen angemessen bezahlen zu lassen." "Allein in der vergangenen Woche", sagt Abdul, "flogen hohe Militärs des SouthCom zur Ortsbesichtigung ein. Die Mannschaften mussten stramm stehen und die Offiziere wurden zum Briefing geladen. Wenig später wunderte man sich, dass zwischenzeitlich Mitglieder der Abu Sayyaf einfach an unbeaufsichtigten militärischen Checkpoints vorbeistolziert waren."

"Wer früher für Ideale wie Unabhängigkeit oder Autonomie gekämpft hat, dann von den eigenen Führern im Stich gelassen wurde, ein Engagement der Regierung nur militärisch, nicht aber durch notwendige soziale oder wirtschaftliche Entwicklungsmaßnahmen erlebt und in dieser von Massenarmut geprägten Umgebung keine Perspektive hat, der", resümiert Abdul, "verknüpft sein persönliches Schicksal mit jenen, die ihm Anerkennung und Einkommen verschaffen. Für all das, vor allem aber Geld, hat in den vergangenen Jahren die Abu Sayyaf gesorgt. Hier auf Basilan entstand die Bewegung, und ihr Gründer und religiöser Führer Abdurajak Abubakar Janjalani genoss bis zu seinem gewaltsamen Tod Ende der neunziger Jahre großes Ansehen."

Jetzt führt sein Bruder Khadafy die Bewegung an, die mehrfach bewiesen hat, dass sie durch Kidnapping beträchtliche Summen kassieren und zunehmend Sympathisanten gewinnen konnte. Freundschaftliche, gar verwandtschaftliche Bande mit lokalen Sicherheitskräften und regionalen Politikern ermöglichten nicht nur das Fortbestehen, sondern gar das stetige Anwachsen der ASG. Solange die Zentralregierung einzig auf die militärische Karte setzt, vertieft sich die Kluft zwischen Zentrum und Peripherie. Peinlich ist die Sache für Manila allemal: Als Antwort auf die Diskreditierung der Sicherheitskräfte ordnete die Präsidentin bereits eine Säuberung innerhalb der Nationalpolizei an. Und Mitglieder des Senatausschusses zur Untersuchung der Basilan-Affäre schließen Verfahren gegen die Verdächtigen vor einem Militärgericht nicht mehr aus.

Im Wortsinn: erkaufte Stärke

Da kamen die verheerenden Terroranschläge in New York und Washington am 11. September gerade recht, um wenigstens teilweise das Image der philippinischen Sicherheitskräfte aufzupolieren. Diese hatten bereits Anfang 1995 nach eigenen Angaben Informationen an die US-Botschaft in Manila und die US Joint Task Force on Terrorism weitergeleitet, wonach gehijackte Maschinen von US-Fluggesellschaften als Bomben gegen amerikanische Militäreinrichtungen und zivile Ziele eingesetzt werden sollten.

Der damalige Vorsitzende der Präsidialen Sicherheitsgarde in Manila, Chefsuperintendent Avelino Razon, verwies Mitte September denn auch auf die Festnahme von Abdul Basit Mahmoud Kareem alias Murad und dessen spätere Auslieferung an die US-Behörden. Der in Kuwait geborenen Pakistani soll während ausgiebiger Verhöre zwischen dem 17. Januar und 31. März 1995 einen entsprechenden Plan mit dem Codenamen "Operation Bojinka" (Operation Laute Explosion) preisgegeben haben.

Ebenfalls seit Mitte September hat Manila seine Sicherheitsmaßnahmen verschärft: "Flugsheriffs" sollen fortan verstärkt auf Inlandflügen eingesetzt werden, während eine eigens geschaffene Terrorist-Watch-Truppe mit der Sicherung von Häfen und Flughäfen betraut ist. Bereits am Wochenende des 15./16. September wurden mehrere malaysische Staatsbürger auf dem zweitgrößten Flughafen des Landes, in Cebu City, umgehend mit der nächsten Maschine in die malaysische Hauptstadt Kuala Lumpur zurückgeflogen, weil sie sich zuvor fünf Monate in Pakistan aufgehalten hatten. Da Pakistan nach Auffassung der philippinischen Behörden zahlreichen Mudjahedin Unterschlupf bietet und sich dort etliche ihrer Trainingscamps befanden, genüge allein das als Grund zur Verweigerung der Einreise.

In Manila wird auch erwogen, die einstigen US-Militärbasen Subic und Clark den US-Streitkräften erneut für logistische Zwecke zur Verfügung zu stellen. Einige Kommentatoren kolportieren in den Medien bereits Gerüchte, wonach Osama bin Laden möglicherweise gar bei Gesinnungsgenossen im Süden des Archipels untertauchen könne und willkommen sei. Auch in den Philippinen gilt, was andernorts zunehmend die Realität bestimmen wird: Die Schwelle zum "Terrorismus" wird niedriger angesetzt und verstärkte Repression im Innern staatlicherseits legitimiert und praktiziert.

Rainer Werning

28. Land ohne Gedächtnis. Zwei Staudämme in Argentinien: Yacyetrá und Corpus

Autor: Juan Eduardo Gehring · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:18

Hunderte von Einwohnern der Provinz Misiones im Nordosten Argentiniens gingen im Frühjahr dieses Jahres auf die Straßen der Provinzhauptstadt Posadas. Auf ihren Transparenten war vor allem eine Parole zu lesen: "Nein zu Corpus". Was so klingt wie eine religiöse Forderung, bezieht sich ganz irdisch auf die Ablehnung des Baus des Staudamms Corpus am Paraná-Fluss. Obwohl das Projekt 1996 bei einem Referendum mit fast 90 Prozent der Stimmen abgelehnt wurde, hat die argentinische Regierung in diesem Jahr erneut einen Vorstoß zum Bau des Staudamms unternommen.

Unter den Organisationen, die sich zum Bündnis "Gegen die Staudämme" zusammengeschlossen haben, befinden sich sowohl Gruppen auf der paraguayischen, wie auch auf der argentinischen Seite des Paraná-Flusses: das "Netz der Ökologievereinigungen" (RAE), Gruppen von Agrarproduzenten, Frauen und Indígenas, Gemeindeverwaltungen, sowie Organisationen von Fischern, Ziegelbrennern, Weidenflechtern und Wäscherinnen sowie verschiedene Opfer des Wasserkraftwerks am Staudamm Yacyetrá. Sie protestieren nicht nur gegen den geplanten Bau von Corpus, sondern auch gegen die Erhöhung des Wasserpegels im Stausee Yacyretá um sieben Meter. Ihrer Ansicht nach würde dies weitere Umwelt- und soziale Schäden verursachen, wobei die bis heute entstandenen Verluste noch nicht entschädigt worden sind.

Das Wasserkraftwerk Yacyretá hat bis heute statt der veranschlagten 1.700 Millionen US Dollar satte 13.000 Millionen verschlungen und irreparable Umweltschäden verursacht. Um die Energieerzeugung zu optimieren, wurde eine teilweise bewaldete Fläche von 120.000 Hektar überschwemmt. Heute faulen die Bäume unter Wasser. Eine der Reparaturmaßnahmen zur Behebung der Schäden, die die Veränderung des Flusslaufs hervorrief, ist der Bau einer Fischtransferstation, ein "Fahrstuhl für Fische". Diese Apparatur wurde gebaut von der paraguayisch-argentinischen Betreibergesellschaft des Wasserkraftwerks Yacyretá, EBY. Sie soll es den Fischen ermöglichen, weiterhin flussaufwärts zu laichen. Das Problem ist schlicht folgendes, da sind sich die Umweltaktivistin Graciela Fontana und Juan Cinto, Generaldirektor für Ökologie der Provinz Misiones, einig: "Fische können nicht mit dem Fahrstuhl fahren". Von den Problemen der Fische abgesehen: 30.000 Menschen sind durch den Bau des Yacyretá-Staudamms bis heute vertrieben worden. Ganze Stadtteile von Posadas und Encarnación wurden umgesiedelt. Bei einer Erhöhung des Stauseepegels könnte die Zahl auf 50.000 steigen. Dabei wurde die Mehrzahl der EinwohnerInnen auf unterschiedliche Neubauviertel verteilt und ihr über die Jahre gewachsener sozialer Zusammenhalt zerstört.

Fische fahren nicht Fahrstuhl

Die Suche nach dem, was eine bunte EBY-Broschüre "Realität, die den Fortschritt nährt" nennt, führt beispielsweise in den Stadtteil Santa Rosa in Posadas. Am Ufer des Baches Zaimán produzieren einige Ziegelbrenner ihre Backsteine aus dem Ton "ña' ú", der von hoher Qualität ist und direkt am Ufer gewonnen wird. Drei von ihnen, Raúl Chejovich, Juan Manuel Acosta und Osmar García, sind in Betroffenenverbänden organisiert. Sie berichten von den Problemen, die sie seit dem Bau des Stausees haben: "Hier staut sich das Wasser jetzt. Dadurch gibt es mehr Krankheiten, es verbreiten sich Ungeziefer wie Schlangen und Skorpione", so Raúl Chejovich. "Früher haben wir am Ufer der Bäche und Flüsse gearbeitet, die in den Paraná fließen", erzählt der Ziegelbrenner Juan Manuel Acosta. "Jetzt können wir das nicht mehr tun, weil das Grundwasser bis zum Ufer des Baches gestiegen ist. Früher konnten wir bis zu zwei Meter tief graben, heute sickert das Wasser schon bei 30 Zentimetern durch und macht den Ton unbrauchbar. Außerdem bedeckt der Stausee auch die Wälder, in denen wir früher Brennholz für den Brennofen gesammelt haben." Betroffen sind neben den Ziegelbrennern auch noch die Fischer, weil die Fische rarer und vor allem kleiner geworden sind und weil neue Gesetze das Fischen untersagen; außerdem die Weidenflechter, weil sie kein Schilf und keine Weiden mehr finden; schließlich die Wäscherinnen, die keine Wäsche mehr waschen können, weil das Wasser verseucht ist.

Viele sind obdachlos geworden, denn viele haben keine Besitztitel für ihre Häuser. "Wenn dann der Wasserpegel bis hierher reicht, wissen wir nicht, wie lange wir überleben können," sagt Osmar García. Und Acosta berichtet davon, wie sie sich mit allen Betroffenen zusammengetan hatten, um ohne Vermittler für ihre Rechte zu kämpfen. Wie dann die EBY die Verhandlungen an "Green Cross", eine Consultingfirma, abgab.

Green Cross soll nicht nur verhandeln, sondern die Betroffenen auch wieder in den Arbeitsmarkt eingliedern. Dafür bekommt die Firma öffentliche Gelder. Sie vermittelt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, in der Regel begrenzt auf sechs Monate oder auch Jobs bei privaten Bauunternehmen - das gibt ungefähr 160 Pesos (2) pro Vermittlung. Die Betroffenen sind verpflichtet, diese Jobs anzunehmen und Green Cross sahnt ab. Green Cross musste außerdem der Weltbank bis zum 28. Februar diesen Jahres eine Liste der Betroffenen vorlegen, damit die Weltbank die Entschädigungs- und Eingliederungssummen auszahlen kann. Bislang ist aber nichts passiert und das Wasser wird kommen. Jetzt baut die Stadt Posadas Notunterkünfte von etwa zwölf Quadratmetern, um die Ziegelbrenner und ihre Familien - in der Regel mit 3 oder 4 Kindern - unterzubringen.

Schlangen und Skorpione breiten sich aus

Raúl Chejovich erklärt, die neu gebauten Wohnsiedlungen bedeuten vor allem eins: Entwurzelung: "Hier, wo wir sind, leben wir von dem, was uns die Natur bietet. In den neuen Siedlungen müssen wir die Fahrt zu unseren Arbeitsstätten zahlen. Außerdem können wir hier, wenn Regen droht, die Steine sofort zudecken, die wir zum Trocknen an die Luft gestellt haben. In den neuen Siedlungen müssen wir Strom und Trinkwasser zahlen, dafür gibt das Geschäft mit den Backsteinen aber nicht genug her." Was sie verlangen? García: "Eine gerechte Entschädigung, Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt - das heißt: brauchbares Land, Gesundheitsversorgung, eine unentgeltliche und den Bedürfnissen jeder Familie angepasste Wohnung, Bildung für unsere Kinder und eine Existenzsicherung für alle direkt vom Staudamm Betroffenen. Vor allem soll die EBY endlich alle Betroffenen anerkennen, denn vielen wird diese Anerkennung verweigert."

In Encarnación, Paraguay, ist die Lage keinen Deut besser. Das Bild, das der Stadtteil Villa Cándida am Ufer des Potiy bietet, ist verheerend. Empfangen wird man von einem penetranten Gestank, der aus dem verseuchten Bach aufsteigt. Unter den Pfahlbauten sind Pfützen. An den Häusern zeichnet sich eine waagerechte Linie ab, ein Überbleibsel der letzten Überschwemmung. Villa Cándida ist eines der vielen Wohnviertel, die von der EBY nicht als direkt oder indirekt vom Staudamm betroffen anerkannt werden. Aus Protest hat jetzt eine Gruppe von EinwohnerInnen dieses Viertels ein Stück Land der EBY besetzt. Die Vertreterin der BesetzterInnen, Fidelina Benítez, erklärt die Situation in Villa Cándida: "Mittlerweile gibt es vier bis fünf Überschwemmungen im Jahr. Sie kündigen sich 20 oder 30 Minuten vorher an, wir haben also keine Zeit, um unsere Sachen zu retten. Das Wasser ist von Kloaken verseucht, denn viele der Abwasserkanäle münden direkt in den Potiy. Die EBY erkennt nur diejenigen als Betroffene an, die in der Volkszählung von 1989/90 erfasst wurden. Doch die Kinder der damalig erfassten Familien haben mittlerweile ihre eigenen Familien gegründet und die sind genauso betroffen. Und die Firma Green Cross, die die Konflikte schlichten sollte, spricht nicht mit uns. Wir könnten ja kommen, wenn wir was wollen. Ich weiß aber gar nicht, was eine Privatfirma mit meiner Situation zu tun hat! Die EBY will im Staatszentrum von Encarnación nur die wieder ansiedeln, die Eigentumsurkunden vorweisen. Den Rest schicken sie dahin, wo der Pfeffer wächst."

Bleiben, wo der Pfeffer wächst

Zu alldem kommt nun die Gefahr von Epidemien, die von den Stauseen ausgeht: Malaria, Gelbfieber, Cholera und Denguefieber, aber hauptsächlich Bilharziose. Bekannt als "Krankheit der Staudämme", wird sie von Würmern übertragen, die sich im Blutkreislauf ansiedeln und Diarrhöen und Zirrhose verursachen. Die Larven des zuständigen Parasiten nisten besonders in bestimmten Süßwasserschnecken. Nach Angaben von RAE wurde diese Schnecke bereits im Stausee Yacyretá entdeckt. Diese Probleme sind übliche Folgen von Staudammprojekten. Nicht umsonst rät die Weltgesundheitsorganisation vom Bau von Staudämmen in tropischen und subtropischen Gebieten ab. Trotzdem werden diese Bauten öffentlich weiter als "Entwicklungsfaktoren" gepriesen - der Druck von Bauunternehmen, die von solchen Projekten profitieren und von den Banken, die sie finanzieren, ist wohl zu groß. Im Falle Yacyretás sind das die Weltbank und die interamerikanische Entwicklungsbank.

Nach offiziellen Angaben produziert Argentinien einen zehnprozentigen Energieüberschuss, Paraguay noch viel mehr. Diese Länder bräuchten also keine in sozialer und ökologischer Hinsicht katastrophalen Megaprojekte. Was den Stausee Yacyretá jedenfalls angeht, haben sich all die großen Versprechen als hohl erwiesen: Weder wurden Arbeitsplätze geschaffen noch wurde die Stromversorgung in der Region verbessert. Neben der Begradigung der Flüsse und der Stilllegung von Nebenflüssen ist der Staudamm selbst die Hauptursache für das Austrocknen der Feuchtgebiete. Die Feuchtgebiete und die Wälder aber - letztere werden in dieser Region in atemberaubendem Tempo gerodet - sind notwendig, um die regelmäßigen

Überschwemmungen zu regulieren. Der Verlust dieser Biotope führt folglich zu Überschwemmungen, und die betreffen inzwischen auch Gebiete, die mehr als 1.000 Kilometer flussabwärts liegen, wie etwa die argentinische Hauptstadt Buenos Aires.

Unter vollständiger Missachtung der Erfahrungen von Yacyretá und unter Missachtung des Referendum-Ergebnisses halten der argentinische Präsident, Fernando De la Rúa, und der Gouverneur der Provinz Misiones, Carlos Rovira, an dem Riesenprojekt "Staudamm Corpus" fest. Mit allen Mitteln versuchen sie, die Bevölkerung in Misiones davon zu überzeugen, dass sie Corpus braucht und sie versichern, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen würden. Und schließlich haben der argentinische Präsident und der paraguayische, Luis González Macchi, am 5 September ein Abkommen unterzeichnet, das die Richtlinien für den Bau des binationalen Staudamms Corpus Christi festlegt. Das Bündnis "Gegen die Staudämme" hält - jetzt erst recht - daran fest, dass Misiones keine Großprojekte braucht: Kein Corpus; nirgendwo.

Juan Eduardo Gehring

Anmerkungen:

1) Sumpfiges Feuchtgebiet zwischen den Flüssen Paraná und Uruguay in der argentinischen Provinz Corrientes, von unglaublicher Vielfalt an Flora und Fauna.

2) 1 Peso= 1 US-Dollar

29. Tod einer frühen Queer-Aktivistin. Judith Butler liest Antigone - eine Rezension.

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Gender · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:17

Der Patriarch hatte es ihr unter Androhung der Todesstrafe verboten. Aber sie gehorcht ihm nicht. Sie beerdigt ihren toten Bruder, gleich zwei Mal - und das, obwohl sie weiß, dass sie sterben wird. Ihr Bruder ist aber nicht bloß ihr Bruder. Er ist auch ihr Neffe, denn ihre Mutter ist zugleich die Mutter ihres Vaters. "Verwandtschaft" ist in ihrer Biografie ein kompliziert geknüpftes Netz aus verbotenen Beziehungen. Antigone, die Tochter des Ödipus, kennen viele von Theaterbühnen oder aus dem Deutschunterricht. Judith Butler liest diese Geschichte neu und, wen wunderts, queer.

Die Liste derer, die sich mit Antigones Schicksal in den vergangenen Jahrhunderten befasst haben, ist lang und illuster: Sophokles, Hegel, Leví-Strauss, Lacan, um nur einige zu nennen, und nun eben auch Judith Butler. Es überrascht nicht, dass ihre Lektüre des Antigone-Mythos vor allem eine philosophische Abrechnung mit früheren Interpreten ist. Der Anlass aber für die jetzt als Buch erschienene Vorlesungsreihe von 1998 war der Autorin zufolge ein politischer: Was eigentlich aus jenen feministischen Positionen geworden sei, die gegen den Staat gerichtet waren, das hätte sie interessiert, und Antigone wäre ihr als mögliche Antiheldin eines traurigen Gegenwartsmythos erschienen, des Mythos nämlich von der Autorität des Staates, auf den sich, so Butler, feministische Anliegen heute wieder gerne berufen. Antigone als Protagonistin einer feministischen Staatskritik?

Für zeitgenössische Feministinnen wie Irigaray repräsentiert Antigone den Übergang von matriarchaler zu patriarchaler Herrschaft. Bei Hegel zeigt sie die Überführung der Ordnung der Blutsverwandtschaft in die staatliche, auf universalen Prinzipien gründende Ordnung an. Für Lacan wiederum symbolisiert der Antigone-Mythos die Einsetzung des "Symbolischen", das "Gesetz des Vaters" also; die Normen, die die Regeln des Sprechbaren regulieren und Kultur erst möglich machen. Auch für Butler steht Antigone an einer Schnittstelle, aber diese ist nicht historisch, sondern erkenntnistheoretisch bestimmt. Das heißt, in Butlers Lektüre repräsentiert Antigone keinen Übergang, sondern eine Überkreuzung, nämlich die der zwei Sphären "Staat" und "Verwandtschaft". Butler will wissen, wie das Verhältnis von Verwandtschaft und Staat zu denken ist, wenn nicht davon ausgegangen wird, dass es sich um zwei autonome Bereiche handelt, sondern davon, dass sich beide wechselseitig voraussetzen. Für sie übertritt Antigone mit ihrer Tat sowohl die Normen der Geschlechtszugehörigkeit wie auch die Normen der Verwandtschaft und enthüllt damit eben den willkürlichen Charakter von Verwandtschaftsbeziehungen - die wiederum das Fundament des Staates bilden, der Antigone mörderisch sanktioniert. Tatsächlich wird Antigone in Sophokles' Stück vom Chor als "männlich" bezeichnet; wohl, weil sie sich dem patriarchalen Befehl widersetzte.

In einer Zeit, in der Idealisierungen der heterosexuellen Normalfamilie einerseits wieder an Konjunktur gewinnen, andererseits aber ständig neue Formen familialer Beziehungen realisiert werden, repräsentiert Antigone für Butler die "Krise der Verwandtschaft", eine Krise, die keineswegs zu Bestürzung Anlass gibt. Sie fragt: "Welche sozialen Arrangements können als legitime Liebe anerkannt werden und welche menschlichen Verluste dürfen ausdrücklich als reale und folgenreiche betrauert werden?" und erinnert damit an die "öffentlich nicht zu betrauernden Verluste an Menschenleben, durch AIDS beispielsweise" (S. 48). Was da also in die Krise geraten ist, ist vor allem die Idee, Verwandtschaft sei eine Form des "Seins" und nicht eine Form der sozialen Praxis. Eine überaus tief verwurzelte Vorstellung, nebenbei bemerkt, quer zu Grenzziehungen zwischen konservativ und progressiv. Nicht wenige Feministinnen hierzulande zum Beispiel kritisieren moderne Reproduktionstechnologien, weil sie dazu beitragen würden, Mutter- wie Vaterschaft aufzuspalten in eine soziale und eine biologische Elternschaft (etwa durch Eizell- oder Samenspende), was wiederum die "Identität" des Kindes nachhaltig gefährde.

Wider das Gesetz die unmögliche Liebe

Butler widmet sich auch Antigones Vater Ödipus. Der Fluch, der auf ihm lastet, ist in Form des Inzesttabus nicht nur beim Anthropologen Leví-Strauss Grundlage für Kultur. Dieses Inzesttabu, so Butler, verbietet aber nicht nur einfach den Inzest, es kultiviert ihn geradezu, und faktisch bewirke es die Erweiterung patriarchaler

Privilegien in der Familie; das Ausmaß an sexualisierter Gewalt in sogenannten Normalfamilien belegt diese paradoxe These. Zugleich diene das Inzesttabu dazu, bestimmte Verwandtschaftsformen zu legitimieren und damit gleichzeitig andere zu delegitimieren und Antigone, die ihren Bruder auf ungehörige Weise liebt, sehr viel mehr übrigens, als Vater und Ehemann, könnte erinnern helfen, dass es möglich ist, die scheinbar universalen Normen der Verwandtschaft zu unterlaufen: Was bei Lacan das ominöse, kultur-ermöglichende Gesetz des Vaters ist, und nicht zuletzt durch die Regeln von Verwandtschaft repräsentiert wird, deutet Butler als heterosexuelle Normativität. Diese umfasst sowohl die angebliche Natur der zwei Geschlechter als auch die angebliche Natürlichkeit der heterosexuellen Reproduktion und schließlich auch die den Geschlechterverhältnissen innewohnende Gewalt. Sie kritisiert folglich, dass dieses "Gesetz" bei Lacan und auch im sogenannten gesunden Menschenverstand als Voraussetzung und Bedingung für Kultur gedacht wird. Kinder beispielsweise, die keine Mutter, keinen Vater oder aber zwei Mütter oder zwei Väter haben, sind ja für Psychiater und Politiker und, wie gesagt, unter Umständen auch für Feministinnen Anlass zu grundlegender Besorgnis.

Ein Fluch, der Gewalt ermöglicht

Was würde mit dieser Besorgnis passieren, wenn wir endlich dahin kämen, uns von der Fiktion "Blutsverwandtschaft" als Synonym für grundlegende soziale Beziehungen zu verabschieden, und Verwandtschaft zum Beispiel als "konsensgeleiteten Zusammenschluss" denken würden? Butler verweist darauf, dass diese Idee einer "radikalen Verwandtschaft" nicht neu ist, allerdings, so sagt sie, hätten nicht wenige Sozialisten, die Anfang der 70er Jahre Monogamie und Familienstruktur ablehnten, am Ende desselben Jahrzehntes vor psychoanalytischen Praxen Schlange gestanden - weil sie inzwischen irgendwie gemerkt hatten, dass zum Beispiel beim Sex die Missachtung von Verboten und Einschränkungen Leid produziert, daraus bedauerlicherweise aber nicht den Schluss gezogen hatten, dass soziale Gesetze auszuhandeln und zu respektieren wichtig ist, sondern es vorzogen, sich auf der Couch in die Obhut eines vorsozialen Gesetzes zu begeben: wiederum das Gesetz des Vaters eben (S. 120).

Worum es Butler geht, ist die Deckungsgleichheit zwischen dem Biologischen und dem Sozialen, die herkömmliche Vorstellungen von Verwandtschaft strukturiert, zu unterlaufen und neue Formen sozialer Bindungen nicht nur als mangelhafte Kopien heterosexuell-patriarchaler Vorlagen zu denken. (Dass ihr dabei schwul-lesbische Bemühungen um die Anerkennung ihrer Beziehung als "Ehe" nicht besonders sympathisch sind, ist logisch.) Ihr geht es also um nicht weniger als die Dekonstruktion dessen, was in der dieser Tage allerorten angerufenen westlichen "Zivilisation" das ideologische Fundament bildet. Wunderbar! Ob dazu unbedingt Antigone hat herhalten müssen, weiß die Leserin nicht. Und bedauert zugleich, dass die von Butler eingangs aufgeworfene Frage nach dem inneren Zusammenhang von "Staat" und "Familie" so unbeantwortet im Raum stehen bleibt. Dass beide einander voraussetzen, ist ja längst bekannt und im Bonmot von der Familie als Keimzelle des Staates prägnant ausgedrückt. Nur, was bedeutet das konkret? Und wie genau würde über ein queeren von Familienstrukturen der Staat attackiert? Und welches wären die "sozialen Gesetze", nach denen eine radikal post-strukturalistische Verwandtschaft funktionieren würde? Das weiß wohl auch Antigone nicht.

Stefanie Gräfe

Judith Butler, Antigones Verlangen: Verwandtschaft zwischen Leben und Tod. edition suhrkamp, Frankfurt am Main 2001. DM 17,90

30. Repressionswelle in Spanien und Italien

Autor: nv · Rubrik: Italien; Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:32

In Göteborg und Genua sitzen weiterhin AktivistInnen in Haft. Nachdem am 1. September zehn deutsche Inhaftierte in Genua freigelassen und in die BRD abgeschoben wurden, sitzen derzeit noch vier Deutsche im Knast in Marassi, ein fünfter befindet sich 70 km außerhalb von Genua im Hausarrest. Ein Italiener und zwei Menschen aus der tschechischen Republik sind ebenfalls noch im Gefängnis Marassi inhaftiert. Die Haftbedingungen wurden verbessert, so haben die Gefangenen jetzt mehrmals täglich Hofgang.

Derweil zeichnet sich in Italien eine Welle von Repression gegen linke AktivistInnen ab, die in ihrem Ausmaß neue Dimensionen annimmt. Am 18. September wurden in zwanzig verschiedenen Städten Italiens ca. 100 Razzien vorgenommen, dabei wurden mindestens 60 Menschen verhaftet. Hausdurchsuchungen und Festnahmen gab es u.a. in Catania, Venedig, Florenz, Pisa und Orvieto. In Mailand stürmten vermummte ZivilpolizistInnen und Carabinieri der politischen Einheit ein besetztes Haus. Dabei wurden zwölf Menschen verhaftet, gegen zwei wird nach § 270 (Bildung einer subversiven Organisation) ermittelt; zudem wurde umfangreiches Papiermaterial und Computer beschlagnahmt. Zwar wurden alle 60 am 18. September in Italien Verhafteten am nächsten Tag wieder entlassen, ihnen stehen jedoch nun weit reichende Verfahren bevor: So wird insgesamt gegen 17 Leute wegen §270 ermittelt. Für diesen groß angelegten staatlichen Gegenschlag ist der Mailänder Staatsanwalt Stefano D'Ambrogie verantwortlich, der die Ermittlungen gegen die Bewegung "solidarieta internazionale" leitet. Die Gruppe, die sich gegen die Isolationshaft in Spanien und Griechenland engagiert, soll unter anderem für die versuchten Bombenanschläge auf die Basilika di Sant Ambrogio in Mailand (28.06.00), auf den Mailänder Dom (18.12.00) und die Polizeistation in Mailand-Musocco verantwortlich gemacht werden.

Von der neuen Repressionswelle sind aber nicht nur Menschen aus dem anarchistischen Spektrum betroffen. So wurden ebenfalls in der Nacht des 19. September 74 MigrantInnen in Genua abgeschoben. Allem Anschein nach wird derzeit in Italien versucht, nach dem G8-Gipfel und vor dem NATO-Gipfel in Napoli Fakten zu schaffen, indem Linke kriminalisiert und ihre Strukturen zerschlagen werden. Im Schatten der weltpolitischen Ereignisse im Zusammenhang mit den Anschlägen in den USA ziehen die italienischen Behörden von der Öffentlichkeit relativ unbemerkt die Repressionsschrauben gegen linke AktivistInnen fester.

Eine Verhaftungswelle ähnlichen Ausmaßes findet seit dem 24. August in Spanien statt. Unter dem Vorwand der Bekämpfung des Terrorismus wurden bislang 41 Personen festgenommen. Sie werden der Mitgliedschaft der ETA bezichtigt. Die Betroffenen kommen aus dem Umfeld der autonomen Szene sowie aus anderen sozialen Bewegungen. Die Liste der staatlichen Übergriffe in Spanien ist lang: So stürmte die Polizei in der Nacht vom 28. August ein besetztes Haus in Gasteiz (Baskenland), bei dem Einsatz wurden große Teile der Einrichtung zerstört, es gab 17 Festnahmen. Auch in der HausbesetzerInnenszene in Barcelona gab es mehrere Festnahmen, verschiedene Einrichtungen wurden geräumt. Auch in Spanien finden seit August massenhaft Abschiebungen statt. Die derzeitige staatliche Offensive sowohl in Spanien als auch in Italien stehen im Kontext mit den Repressionen im Zuge von Göteborg und Genua. In der Stellungnahme des Häuserrates von Barcelona heißt es: "Das Innenministerium verfolgt die Isolierung von Gruppen aus dem autonomen Spektrum, wie etwa der HausbesetzerInnenszene, durch deren Kriminalisierung. Dadurch soll verhindert werden, dass Bewegungen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen, wie z.B. GlobalisierungsgegnerInnen, von diesen Methoden und Formen einer politischen Praxis übernehmen, die für die repressiven Organe nicht mehr kontrollierbar wären."

nv, 21.09.01

31. Feindbild: Linker. Interview mit zwei freigelassenen Inhaftierten aus Genua

Rubrik: Geheimdienste; Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:15

Alexandra W. (27) aus Berlin und Sven L. (26) aus Bremen gehören zu der Gruppe von zehn deutschen Gefangenen in Genua, die am 1. September überraschend aus der Haft entlassen wurden. Die beiden wurden gemeinsam mit ihren FreundInnen nach dem Gipfelwochenende in der Nähe von Genua verhaftet. Von der italienischen Polizei und Justiz wurden sie als kriminelle Vereinigung präsentiert. Auf Grund von abenteuerlichen Indizien unterstellte man ihnen eine Teilnahme am sog. "Black Block". In den sechs Wochen ihrer Inhaftierung haben sie das gesamte Willkürarsenal des italienischen Rechtsstaates kennen gelernt.

ak: Von den jetzt freigelassenen deutschen Inhaftierten in Genua wurden massive Vorwürfe gegen die italienische Polizei und Justiz erhoben. Ein Berliner Anwalt sprach sogar von "systematischer Folter". Welche Erfahrungen habt ihr im Polizeigewahrsam und in der Haft mit Demütigungen, Schikanen und körperlichen Übergriffen gemacht ?

Alexandra: Im Polizeigewahrsam wurde versucht, durch massive Anwendung körperlicher Gewalt Aussagen von uns zu erpressen. Wir mussten in der Polizeiwache zehn Stunden mit auf dem Rücken gefesselten Händen verbringen und wurden reihum mit Schlagstöcken oder mit Tritten misshandelt. Gegen uns Frauen gab es Androhungen von sexueller Gewalt. Exemplarisch wurde eine Person besonders getreten und geschlagen. Irgendwann wurde diese Person auch mit der Androhung, sie zu töten, aus dem Raum herausgeführt.

Sven: Bei uns drei Männern war es speziell in der Haftanstalt Marassi so, dass wir in den ersten vier Tagen massiven Übergriffen und Angriffen ausgesetzt waren. Bei mir sah das in einem Fall z.B. so aus, dass ich alleine in einen Raum hereingeführt wurde und mich dort nackt ausziehen musste. Dort wurde ich dann so lange gedemütigt und geschlagen, bis ich nackt auf dem Boden lag und mir ein Stiefel ins Gesicht gestellt wurde. Ich wurde daraufhin angeschrien, und mir wurde erklärt, dass ich mich in einem faschistischen Land befinden würde und keine Rechte mehr hätte. Als Linker sei ich ihr Feind und genauso würde ich auch behandelt.

Euch wurde die Beteiligung am sog. "Black Block" und die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Damit ist Strafandrohung von immerhin acht bis fünfzehn Jahren verbunden. Worauf stützt die Staatsanwaltschaft die gegen euch erhobenen Vorwürfe?

A.: Es gab zu keinem Zeitpunkt einen konkreten Tatvorwurf gegen uns. Wir sind ja auch nicht am Rande der Demonstrationen, sondern erst zwei Tage später 40 km außerhalb von Genua festgenommen worden. Die ganze Anklage stützt sich ausschließlich auf Indizien. Es gab keinerlei Beweise. Schwerwiegende Indizien waren in erster Linie die schwarze Kleidung, die sich in unseren Autos befand. Dazu kamen Werkzeug, Küchenzubehör wie Brotmesser, normale Messer, Taschenmesser. Am besten lässt sich die Absurdität des Ganzen an den Zigarettenfiltern darstellen, aus denen die Staatsanwältin einen unabdinglichen Bestandteil zum Bau von Molotowcocktails gemacht hat. Und diese staatsanwaltlichen Anschuldigungen wurden bei den ersten beiden Haftprüfungsterminen einfach kommentarlos von den Haftrichtern übernommen und waren dann auch in den richterlichen Beschlüssen zur Verlängerung der U-Haft zu finden.

Ludger Volmer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, behauptete in einem Disput mit den BesetzerInnen seines Wahlkreisbüros in Gelsenkirchen, dass die Freilassung der meisten deutschen Inhaftierten dem Einsatz des deutschen Konsulates zu verdanken sei. Was haltet ihr von der Unterstützung durch die Bundesregierung und die deutsche Botschaft?

S.: Dazu ist zu sagen, dass Konsulatsbeamte uns besucht haben. Auf unseren Wunsch hin sind sie ungefähr einmal pro Woche in die Haftanstalt gekommen und haben sich nach der Einhaltung von Mindeststandards bei den Haftbedingungen erkundigt. Allerdings haben sie sich weder politisch noch persönlich zu unserem Fall verhalten oder geäußert. Wichtig ist uns dabei zu sagen, dass die ganze Unterstützung und alles das, was uns

ganz viel Mut und Kraft gegeben hat, von unseren Freundinnen und Freunden, UnterstützerInnen und auch von unseren Eltern gekommen ist, die draußen wirklich immense Dinge bewegt haben.

In den letzten beiden Wochen gab es immer wieder Berichte über eine enge Kooperation des BKAs mit den italienischen Behörden. Dabei soll ein umfangreicher Datenaustausch stattgefunden haben. Hatte diese Kollaboration irgendeinen bemerkbaren Einfluss auf eurer Verfahren?

S.: Mir wurden konkret bei der Haftprüfung Erkenntnisse vorgelegt, die belegen sollten, dass ich in der Vergangenheit an Protesten teilgenommen habt, z.B. an den Anti-Castor-Protesten in Gorleben 1997. Das wurde mir vorgelegt, ohne dass diesbezüglich jemals ein Ermittlungsverfahren gegen mich eingeleitet wurde oder dass ich verurteilt worden wäre.

Warum werden fünf eurer Haftgenossen noch weiter in Italien festgehalten?

A.: Gegen die fünf, von denen einer unter Hausarrest steht, sind ähnliche Vorwürfe wie gegen uns erhoben worden. Wobei bei einigen noch der Vorwurf des Bankraubs hinzukommt, weil bei ihnen angeblich ein Stempel einer geplünderten Bank gefunden worden ist. Die Beweis- und Indizienlage ist genauso vage wie bei uns.

Lässt sich das Regime in Italien noch mit rechtsstaatlichen und demokratischen Kategorien fassen? Oder ist es gerechtfertigt, von einer Faschisierung zu sprechen?

S.: Ich würde dazu gerne ein Beispiel aus der Presselandschaft anführen. Nach unserer Anhörung bei der Staatsanwaltschaft waren am nächsten Tag in der Presse namentlich gekennzeichnete Originalaussagen zu lesen. Sachen, die wir zu Protokoll gegeben haben, sind dann in der Zeitung veröffentlicht worden. Genauso wurden auch Fotos von den Erkennungsdienstlichen Behandlungen veröffentlicht. Sämtliche Fernsehberichte auf allen Kanälen waren gleichgeschnitten und gleichgeschaltet. Es war sehr auffällig, dass z. B. in den verschiedenen Nachrichtensendungen immer die gleichen Filmbeiträge zu den verschiedenen Themen zu sehen waren. Es ist ja eh so, dass Berlusconi als Medienzar die meisten Zeitungen und Fernsehsender besitzt.

A.: Dazu ist auch noch zu sagen, dass die Gefängniswärter und die Polizeibeamten, die uns gequält haben, davon ausgehen konnten, dass sie von der neuen Rechtsregierung politische Rückendeckung bekommen und deshalb auch ihre faschistische Gesinnung so offen zur Schau stellen konnten.

S.: Es war klar zu merken, dass sie nicht viel zu befürchten haben für ihr Verhalten. Das ist natürlich nicht verwunderlich bei Ministern, die Ämter bekleiden, die von Parteien wie der Allianza Nationale gestellt werden, gegen deren Schwesterorganisationen in Deutschland gerade Verbotsanträge gestellt werden. Gianfranco Fini, der stellvertretende Premierminister und Chef der Allianza Nationale, war bei dem Überfall auf die Diaz-Schule in der Einsatzzentrale zu Besuch.

Gibt es kurz vor dem NATO-Gipfel in Neapel Anzeichen für eine neue Repressionswelle und weitere Verschärfung der innenpolitischen Situation in Italien?

A.: Zum einen hat Berlusconi ja verlauten lassen, dass die Regierung keinen Schritt zurückweichen wird von dem Eskalationsniveau, das in Genua exekutiert wurde. Ich denke schon, dass die italienische Bewegung jetzt zum Herbst als Reaktion auf Genua noch mit einer massiven Repressionswelle zu rechnen hat. So weit wir wissen, gibt es nach der Auswertung des Video- und Fotomaterials von den Demonstrationen in Genua schon 400 Fotos von Leuten, die identifiziert werden sollen. Wir müssen also davon ausgehen, dass ab dem kommenden Monat eine massive Verhaftungswelle gegen italienische Leute einsetzen wird. Wir finden es sehr wichtig, von Deutschland und von anderen europäischen Ländern aus ein Auge darauf zu haben und die Leute dort zu unterstützen. Wir hatten in den letzten Tagen in Italien auch den Eindruck, dass von der Konstruktion des "Black Block" abgerückt wird, weil es einfach nicht durchzusetzen ist, da die Anzeichen für eine Organisation innerhalb des "Black Block" nicht gegeben sind. Stattdessen scheint sich die Repression auf andere bestehende Organisationen wie z.B. die Tute Bianche zu versteifen, um diese zu kriminalisieren. Es ist also eine Kriminalisierung der gesamten breit gefächerten sozialen Bewegung zu erwarten.

Interview: Thomas Binger

32. Wenn derAPO-Opa erzählt. Von lesenswert bis ärgerlich: Neuere Bücher über 1968

Autor: Js. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:04

Das Jahr 1968 und seine Folgen sind bis heute politisch nicht "bewältigt". Darauf weist nicht nur der immer mal wieder aufflammende Streit der Parteien um die Deutungshoheit hin, sondern auch die Produktion renommierter Verlage, die mit zum Teil dickleibigen Büchern erstaunliche Auflagen und breite mediale Resonanz erreichen.

Die Chronik "1968. Das Jahr, das alles verändert hat" erschien schon zum 30. Jahrestag der Revolte. Wolfgang Kraushaar, Historiker am Hamburger Institut für Sozialforschung, listet darin detailliert auf, was in diesem Jahr geschah - und das weltweit. Denn das 1968 war "internationalistisch", wie Guido Viale hervorhob: "Man kann den Sinn der Jugendbewegung gegen die imperialistische Aggression in Vietnam, die Studentenunruhen, die Begegnung von Arbeitern und Studenten und selbst die Art, in der das Machtproblem gestellt wird, nur begreifen, wenn man sich der Tatsache bewusst ist, dass die gleichen Verhaltensweisen sich ohne jede Verbindung oder Direktive unabhängig voneinander wiederholen, überall in der Welt." In einer früheren Arbeit - dem Anhang zu Peter Moslers 68er Bestseller "Was wir wollten, was wir wurden" - hatte Kraushaar noch auf die Problematik von Chronologien hingewiesen. Die Auswahl von 1998 ist immerhin so umfangreich, dass nichts Wesentliches vergessen wurde. Auch die zahlreichen Abbildungen, Fotos und Faksimiles, vermitteln den später Geborenen einen Eindruck von der Revolte und ihren vielfältigen Aktionsformen.

Zu kritisieren ist der reißerische Titel. Der Autor selbst tut das - implizit - in seinem Nachwort über "ein revolutionäres Selbstmissverständnis und seine nicht ganz unproduktiven Folgen". Denn die 68er Bewegung ist politisch gescheitert, sie hat eben nicht "alles" verändert, sondern vor allem "Einstellungen, Haltungen und Mentalitäten". Ob dies "nachhaltige" Wirkungen sind, wie Kraushaar schreibt, ist ebenso zweifelhaft wie der Versuch des Autors, die politische Niederlage nachträglich in einen Sieg zu verhandeln. "Selbstinitiative, Mündigkeit, Zivilcourage, Nonkonformismus und kollektive Verantwortlichkeit haben einen unverzichtbaren Stellenwert erhalten", schreibt er und zitiert zustimmend den ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der der Jugendrevolte eine "Vertiefung des demokratischen Engagements" als Verdienst anrechnet. In allen wesentlichen innenpolitischen Konflikten nach 1968 hat sich die völlige Ohnmacht dieses "demokratischen Engagements" gezeigt.

Die Werte der 68er "Reflexionselite"

Alles in allem ist Kraushaars Chronik ein unverzichtbares Buch. Es hat nur einen Nachteil: Die aus pragmatischen Gründen gebotene Beschränkung auf das Jahr 1968 verzerrt den Blickwinkel, vor allem auf die Revolte in Westdeutschland. Denn die begann - nach jahrelanger Latenzphase - spätestens am 2. Juni 1967 mit der Ermordung des gegen den Schah demonstrierenden Studenten Benno Ohnesorg durch den Polizeimeister Karl-Heinz Kurras.

In einem weiteren Buch - "1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur" - hat Wolfgang Kraushaar nach der kommentierten Chronologie eine "Collage" angefertigt: eine Reihe von Aufsätzen zu Aspekten der Revolte, die man im Zusammenhang, aber auch für sich lesen kann. Deutlich widerspricht er der von rechts lancierten These, der Wahlsieg von SPD und Grünen im September 1998 sei ein "später Sieg der 68er". Dagegen setzt er seine eigene, unbedingt diskussionswürdige Hypothese: "Die einstmalige Antielite der 68er-Bewegung ist weder zu einer Funktionselite noch zu einer Führungselite, auch nicht zu einer Weltanschauungselite mutiert, sondern zu einer Wertelite anderen Typs." So hätten die 68er als Multiplikatoren im Bereich der Bildung, der Medien und der Kultur "postmaterialistische" Werte propagiert und weitgehend durchgesetzt, das Bedürfnis nach "Selbstverwirklichung" sowie "soziale und emanzipatorische Bedürfnisse". Kraushaar sieht das durchweg positiv - zu den "postmaterialistischen" Wertorientierungen zählt er "Schönheit von Städten und Natur, Dominanz von Ideen und Redefreiheit sowie weniger Unpersönlichkeit in der Gesellschaft, mehr Mitspracherechte am Arbeitsplatz" und darüber hinaus. Das klingt zu schön, um wahr zu sein, auch wenn Kraushaar am Schluss noch einmal präzisiert, dass die Durchsetzung dieser Werte sich auf "Felder und

Institutionen" beschränke, "die im weitesten Sinne der Kultur zuzurechnen sind". Der Aufsatz über die "Antielite" enthält das Fazit von Kraushaars Buch. Auch wenn die Revolte keines von ihren Zielen erreichen konnte, ist 1968 - so lesen wir - doch eine Erfolgsstory.

Dagegen wäre zunächst einiges über den Niedergang, ja die Verächtlichmachung der alten "materialistischen" Wertvorstellungen der "subalternen Klassen" zu sagen. Wenn diese überhaupt noch ganz traditionell ihre Forderungen stellen, kontert die Wirtschaftselite mit den Totschlagargumenten "Standort" und "Globalisierung", während die von 68ern durchsetzte "Reflexionselite" (Kraushaar) das Hohelied der "postmaterialistischen" Werte singt. Die dauerhafteste Umwertung nach 1968 scheint in der Stärkung des Individualismus zu liegen. Das große Wort von der "Selbstverwirklichung" nimmt heute zwar kaum noch jemand in den Mund, aber ein möglichst großes Maß an Freiheit, auch in der Arbeit, ist der Wunsch vieler. Anders als 1968 wird diese Freiheit nicht jenseits der bestehenden Gesellschaft gesucht, sondern zunehmend in der unternehmerischen (Schein-)"Selbstständigkeit". So kann der Kapitalismus 68er-Ideale - Nonkonformismus, Autonomie, persönliche Entfaltung - spielend integrieren und für sich nutzen: als Flexibilität und Kreativität leistungsbereiter Individualisten - ein höchst zweifelhafter "Sieg" der 68er Kulturrevolution.

An anderer Stelle legt Kraushaar sich mit diversen Mitkämpfern von einst an: Wohltuend deutlich geißelt er den Opportunismus der Jusos, die Dutschkes subversiv gemeinte Parole vom "langen Marsch durch die Institutionen" in eine "Phrase für Philister" umfälschten. Dutschke selbst kritisiert er relativ zurückhaltend für dessen unsäglichen Versuch, die deutsche Wiedervereinigung zu einem linken Projekt zu machen. Seine Kritik an der RAF müsste Kraushaar weiter ausarbeiten, damit sie diskutierbar wird. Aber wahrscheinlich will er vor allem Rache nehmen für die langen Jahre in der "Identifikationsfalle", die immer dann eingeschnappt sei, wenn die RAF Opfer staatlicher Repression wurde. Kraushaar rächt sich mit Andeutungen über die "prognostische Qualität" von Habermas' "Linksfaschismusvorwurf" und über Carl Schmitt, der "insgeheim Pate" gestanden habe bei der Ausarbeitung des "Konzepts Stadtguerilla". Der diskutable Vorwurf, die RAF sei "autistisch und deshalb in ihrem Kern unpolitisch gewesen", weil sie "von Anfang an um sich kreiste", geht dabei eher unter.

Die unfreiwillige Komik des KBW

Noch weiter geht Gerd Koenen in seinem Buch "das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977". In dem Kapitel "Schwarze Milch des Terrors. Bewaffneter Kampf als deutsche Selbstbefreiung" deutet er den bewaffneten Kampf als Folge einer "tiefen narzisstischen" Kränkung, die eine "narzisstische Handlungslogik ausgelöst" habe. Das hat immerhin der Spiegel-Redaktion so gefallen, dass sie bei Koenen eine Kurzfassung für ihre Serie "Hitlers langer Schatten" bestellte. (siehe nebenstehenden Artikel)

Aber nicht nur bei der RAF und den anderen bewaffneten Gruppen sieht Koenen eine "generationsbedingte Fehlwahrnehmung, wonach es sich um eine ‚restaurative`, erstarrte Gesellschaft und ein reformunfähiges ‚System` gehandelt habe. Nichts war weniger zutreffend." Wenn die BRD-Gesellschaft aber schon "von selbst" auf dem Wege der Öffnung und Reform war, dann verliert die Revolte jede Berechtigung, war sie überflüssig, wenn nicht gar schädlich. Koenen spricht diese Konsequenz nicht offen aus. Es ist bezeichnend, dass er gerade dort besonders milde, teils schwärmerisch alte Zeiten lebendig werden lässt, wo es um die Organisation geht, der er als hauptamtlicher Funktionär diente: den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW).

Bei allem Spott über den "sich selbst genügenden Hochleistungsaktivismus", den er als Redakteur der Kommunistischen Volkszeitung (KVZ) mitgemacht hat, streicht Koenen doch etliche Errungenschaften und Vorteile seiner Organisation heraus: Sie vermied den "Parteitagspomp" von KPD/AO und KPD/ML; ihre Druckerzeugnisse waren "streng utilitär und meist schwarz-weiß" (das Lay-out der KVZ orientierte sich an dem der FAZ); die in den ML-Parteien üblichen Verkleidungen (kurze Haare und Kader-Anzüge) wurden vermieden - und außerdem "war der KBW als einzige kommunistische Organisation (außer der DKP) in der BRD flächendeckend (Hervorhebung G.K.) vertreten". Gleichwohl war sein blinder Optimismus ("Die Massen wollen nach links") eine Karikatur revolutionärer Politik, und zuweilen agierte der KBW noch sektiererischer als die operettenhaft kostümierte Konkurrenz. Das war auch damals schon leicht erkennbar - die einschlägige Polemik des Arbeiterkampf in der viel gelesenen Rubrik "Aus der ML-Szene" aber wurmt Koenen noch heute. So wird gerade in dem Kapitel "Bleierne Zeit. Der KBW als Schule des virtuellen Totalitarismus" deutlich, dass der Autor die Geschichte keineswegs so distanziert betrachtet, wie er es seinen LeserInnen weismachen will.

Die "Position der Anteil nehmenden Ironie", die er für sich reklamiert, hält Koenen nicht durch. An etlichen Stellen regiert der blanke Hass.

Eine ganz andere Annäherung an die Geschichte von 1968 versucht ein Autor, der spätestens seit seiner öffentlichen Distanzierung von der RAF im Jahr 1972 dem "rechten" Flügel der APO zugerechnet wurde: Oskar Negt (Jahrgang 1934), Soziologe und Philosoph, Mitglied des Sozialistischen Büros (SB). Sein Buch "Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht" erschien erstmals 1995 und wurde vom Göttinger Steidl-Verlag neu aufgelegt, als der Parteienstreit um Joschka Fischers und Jürgen Trittins wilde Jahre neue Verkaufserfolge versprach. Negt nimmt zwar von seiner Kritik an der RAF, auch an deren "Sympathisanten", nichts zurück. Ganz anders als Koenen aber verteidigt er die Revolte gegen die Abschwörer: "Manche Eiferer aus dieser Zeit ... scheinen den Konvertitenstatus öffentlich voll zu genießen", insbesondere jene "verdrehten Köpfe", die die westdeutsche Protestbewegung nachträglich als "Produkt der Stasi" entlarvten.

Negts Zorn gegen die Konvertiten

Negt hat sein Buch "im Zorn und gegen das Vergessen" geschrieben, wie er im Vorwort bekennt, gegen die sich häufenden Auftritte von Personen, "die sich selbst als 68er bezeichnen, um mit glaubwürdiger Geste alles abwerten zu können, wofür sie sich einst haben schlagen lassen." Der direkt folgende Satz ist als Formulierung eines deutschen Professors beachtlich: "Das lässt nur einen Schluss zu: Der Opportunismus ist die eigentliche Geisteskrankheit der Intellektuellen." Als positive Langzeitwirkung der Revolte würdigt Negt Veränderungen des Alltagslebens: "dort ,wo Aufmerksamkeitsverschiebungen in Richtung auf Umänderung des Alltagslebens, der Erziehung, des Denkens und der Bedürfnisse stattfanden - wo Fragen öffentlich wurden, wie das eigene Leben zu gestalten sei." 1968 habe dazu beigetragen, "verknöcherte, bürokratisierte Systeme in ihrer Fragwürdigkeit öffentlich zu machen und sie unter Rechtfertigungszwang zu setzen." Negt, ein erklärter Anhänger des rot-grünen Projekts, kommt zwar ohne Kraushaars "postmaterialistische" Werte aus, seine Bilanz ist aber ebenfalls in Teilen geschönt. Mit Gewinn lesen lässt sie sich dennoch.

Js.

Wolfgang Kraushaar: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat. München (Piper) 1998, 343 Seiten, 39,80 DM

Wolfgang Kraushaar: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg (Hamburger Edition) 2000, 370 Seiten, 48 DM

Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-77. Köln (Kiepenheuer & Witsch) 2001, 554 Seiten, 49,90 DM

Oskar Negt: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen (Steidl) 2001, 416 Seiten, 24 DM

33. Der Aufstand der Gekränkten. Der Spiegel enthüllt den Antifa-"Wahn" der 68er

Autor: Jens Renner · Rubrik: Medien; Westdeutsche Linke allgemein; Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:01

Die Revolte von 1968 sei nichts als eine "jugendliche Massenpsychose" gewesen, erklärte der sozialdemokratische Altkanzler Helmut Schmidt Anfang des Jahres, und der Focus (12/2001) machte sich diese Interpretation gern zu eigen. Einige Monate später legt der Spiegel (35/2001) nach, indem er Schmidts These variiert und teilweise zuspitzt: Bei der Konfrontation der 68er mit den alten Nazis und ihrer Warnung vor einem neuen Faschismus handle es sich um "Proteste gegen ein Phantom", denen eine "fast wahnhafte Verkennung der Wirklichkeit" zu Grund gelegen habe.

Um das "Hitler-Trauma von 1968" zu erklären, verpflichtete das Magazin einen Bewegungsveteranen: den Alt-SDSler und ehemaligen Funktionär des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Gerd Koenen.

Koenen hat sich als Spiegel-Autor geradezu aufgedrängt. In seinem im Frühjahr erschienenen Buch "Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967- 1977" hat er die Thesen ausführlich entwickelt, die er nun auf sechs reich bebilderten Spiegel-Seiten zusammenfasst. Wer die Kürze der Illustrierten-Version dem Autor als mildernden Umstand anrechnen möchte, muss wissen, dass die Langfassung kaum differenzierter ausgefallen ist. Historiker Koenen psychologisiert durchgängig, weil es ihm - und der Spiegel-Redaktion - darum geht, "wahnhafte" Trugbilder zu erklären. Seine Kernthese: Nicht nur das Erschrecken über die Verbrechen der Eltern- und Großelterngeneration, die im Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 eindringlich dokumentiert wurden, habe die Aktivistinnen und Aktivisten der APO zu einer "wütenden Distanzierung" von den Älteren gedrängt. Hinzu gekommen sei eine Art psychischer Defekt: "Sie (die Älteren, die Eltern) hatten uns das schließlich eingebrockt. Ihretwegen waren wir genötigt, uns ewig zu rechtfertigen, standen wir nicht nur als die Verlierer zweier Weltkriege, sondern als die Verbrecher der Weltgeschichte da. Moralische Empörung und narzisstische Kränkung flossen zusammen."

Die Verstörten aber verwandelten die Kränkung in ein "moralisches Negativkapital" und leiteten aus der Identifikation mit den Nazi- Opfern einen "neudeutschen Avantgardismus" ab. Als Höhepunkt - und Abschluss - der Verirrung erscheint Koenen der Mord an Hanns Martin Schleyer. Den hat zwar die RAF zu verantworten, gleichzeitig aber im Sinne der gesamten APO an dem Altnazi und "Boss der Bosse" als "Vatermord" zelebriert.

Zwei Alt-Nazis repräsentieren die BRD

In Wirklichkeit, belehrt uns Koenen, beruhten Antifaschismus und Linksradikalismus auf einem fatalen Missverständnis: Die BRD sei Erbin des NS-Regimes, was sich nicht zuletzt in den personellen Kontinuitäten zwischen den alten und den neuen Eliten zeige. Diese Kontinuitäten hatten für die Mobilisierung gegen das "Establishment" in der Tat eine große Bedeutung. Wie auch nicht? Bundespräsident und damit oberster Repräsentant der BRD war zwischen 1959 und 1969 Heinrich Lübke (CDU), der zwar nicht - wie die DDR-Propaganda behauptete - "KZ-Baumeister" gewesen war. In Peenemünde, wo Hitlers "Wunderwaffe" produziert werden sollte, trug er aber als oberster Bauleiter von 1943 bis 1945 die Verantwortung für den Einsatz von KZ-Häftlingen und "Ostarbeitern", die aus der Sowjetunion und Polen verschleppt worden waren.

Während der zunehmend senile Lübke in seiner zweiten Amtszeit kaum noch ernst genommen wurde, war ein anderer Altnazi ganz offensichtlich auf der Höhe seiner Aufgaben: Kurt-Georg Kiesinger (CDU), der Kanzler der Ende 1966 installierten großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Kiesinger war NSDAP-Mitglied und stellvertretender Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt gewesen. Im Juli 1968 als Zeuge in einem NS-Prozess vernommen, sagte er aus, er sei der NSDAP "weder aus Überzeugung noch aus Opportunismus" beigetreten. Zum Gegenstand des Prozesses, der Deportation und Ermordung bulgarischer Juden, erklärte er: "Er habe zwar etwa seit dem Jahr 1944 das Gefühl gehabt, dass mit den Juden nach ihrer Deportation etwas Schlimmes geschehe, jedoch weder aus amtlichen Quellen noch aus Unterlagen seiner Behörde irgendetwas über Vernichtungsaktionen von Juden erfahren." (1)

Nichts gewusst - das war die stereotype Ausrede einer ganzen Generation, als Aussage eines hohen politischen Beamten des NS-Regimes aber besonders unglaubwürdig. Dieser Mann stand nun an der Spitze

einer Regierung, deren wichtigstes innenpolitisches Ziel die Durchsetzung der Notstandsgesetze war, um bei "inneren Unruhen" Grundrechte außer Kraft setzen zu können. Klarer hätte die Kampfansage an die außerparlamentarische Opposition (APO) nicht formuliert werden können. Dass die "kleine, radikale Minderheit" sich bedroht sah, war kein Verfolgungswahn, wie sich in den folgenden Jahren nicht nur bei den Mordanschlägen auf Benno Ohnesorg (2. Juni 1967) und Rudi Dutschke (11. April 1968) zeigte.

Vor allem in den ersten Monaten des Jahres 1968 gab es eine regelrechte Pogromhetze gegen "die Krawallmacher". Um Westberlin, gleichzeitig Frontstadt des Kalten Krieges und Hochburg der Revolte, für die rebellische Jugend zur verbotenen Stadt zu machen, verfuhren die Medien des Axel-Springer-Verlages nach dem von Mao geborgten Motto "Aus den Massen schöpfen, in die Massen hineintragen". Als die Parteien des Abgeordnetenhauses und der DGB in Westberlin, wenige Tage nach dem Vietnam-Kongress (17./18.2.1968), zur Gegenkundgebung aufriefen, versammelten sich 80.000 Menschen. Bild erhöhte nicht nur die Teilnehmerzahl auf 150.000, sondern zitierte auch genüsslich den auf Transparente gemalten "Berliner Witz gegen Krawall-Studenten". Kostprobe: "Lasst Bauarbeiter ruhig schaffen! Kein Geld für langbehaarte Affen!"; "Lieber tot als rot!"; "Dutschke raus aus Berlin!". Die härtesten Transparenttexte unterschlugen die Springer-Zeitungen allerdings, darunter Parolen wie "Dutschke Volksfeind Nummer eins", "Bei Adolf wäre das nicht passiert" oder "Politische Feinde ins KZ".

Dass in Westberlin "kein Platz" für Oppositionelle sei, gehörte zu den Leitmotiven von Pressekommentaren und Politikerreden. Als der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) am 21. Februar 1968 sagte: "Diese Stadt gehört nicht den Extremisten, sondern denen, die sie unter Entbehrungen wieder aufgebaut haben", wiederholte er fast wörtlich, was Springers BZ schon am 2. Juni 1967 geschrieben hatte: "Die Anständigen in dieser Stadt aber sind jene Massen der Berliner, die Berlin aufgebaut und Berlins Wirtschaft angekurbelt haben. Ihnen gehört die Stadt. Ihnen ganz allein."

"Anständige" machen Jagd auf "Extremisten"

Das war als Aufforderung zum Handeln gemeint und wurde auch so verstanden. Die APO sah sich nicht nur mit einer entfesselt knüppelnden Polizei konfrontiert, sondern wurde auch öfter von Zivilisten attackiert. Der CDU-Abgeordnete Jürgen Wohlrabe ("Übelkrähe") befehligte eine eigene Knüppelgarde, "anständige Berliner" zwangen Langhaarige in S-Bahn-Züge Richtung Ostberlin. Nach der Kundgebung am 21.2.1968 schlug der Mob mehr als 30 "verdächtige" Personen zusammen, und nur durch das Eingreifen der Polizei (!) konnte ein Lynchmord verhindert werden. Die Rettung des Verwaltungsangestellten Lutz-Dieter Mende, der fälschlich für Rudi Dutschke gehalten worden war, schilderte ein Polizeioffizier so: "Es war für uns eine ganz neue Erfahrung: Das war ja eine entmenschte Masse. Ich war gerade nach vorn gegangen, um die Lage zu erforschen, als mir der junge Mann entgegen gerannt kam. Er fiel mir um den Hals und stammelte: ‚Um Gottes Willen, schützen Sie mich, die wollen mich totschlagen.` Hinter ihm her kamen an die tausend Leute, die johlten und riefen: ‚Schlagt den Dutschke tot!` Ich bekam Schläge auf den Rücken, wir wurden zu Boden geworfen, die Menge war außer sich. Wir haben uns dann die letzten Meter bis zum Wagen irgendwie hingeschleppt. Ich konnte gerade noch die Tür aufreißen und den jungen Mann hineinstoßen. Die Leute wollten daraufhin den Mannschaftswagen umkippen, zwei von ihnen schlugen eine Scheibe ein. Die Menge brüllte: ‚Lyncht ihn! Hängt ihn auf!`" (2)

Wenige Wochen danach wurde Rudi Dutschke dann tatsächlich Opfer eines Mordanschlages, an dessen Folgen er 1979 starb. Der Täter, Josef Bachmann, las regelmäßig Bild und Nationalzeitung, war aber in der Darstellung der Politiker natürlich ein "verwirrter Einzeltäter". Zehntausende in der gesamten BRD wussten es besser und reagierten mit militanten Angriffen auf Springers Verlagshäuser. Der Slogan "Heute Dutschke, morgen wir" hat sich zwar zum Glück nicht bewahrheitet. Die Bedrohung war aber real. Faschistoide Stimmungen gingen weit über die Anhängerschaft der NPD hinaus, die damals ihre größten Triumphe feierte; ihr Spitzenergebnis waren 9,8 Prozent in Baden-Württemberg.

Das alles ist Koenen, dem Zeitzeugen und Historiker, natürlich bekannt. Dennoch wischt er alle Hinweise auf eine faschistische Gefahr vom Tisch, indem er offensichtlich falsche Einschätzungen zur damaligen Lage zitiert: die Selbststilisierung mancher ProtestlerInnen als "neue Juden", die Gleichsetzung der Isolationshaft mit "Auschwitz", Ulrike Meinhofs unsägliches Gerede von "Israels Nazi-Faschismus", die häufig skandierte Demo-Parole "USA-SA-SS" und dergleichen mehr. Wer derlei gefährlichen Unfug mal richtig fand, hat allen Anlass, sich zu schämen. Koenen will aber mehr. Seine Zitatenauswahl soll zum einen zeigen, die APO hätte

keine Ahnung gehabt, was Faschismus bedeutet. Sie suggeriert aber auch, die wahre faschistische Gefahr hätte von links gedroht - namentlich von den mit palästinensischen Organisationen kooperierenden bewaffneten Gruppen. In dieser "Symbiose" sieht Koenen "brachiale Versuche der Befreiung von der Last der deutschen Geschichte. Und die neue Freiheit musste sich gerade im Angriff auf diejenigen bewähren, die für die Kränkung des Selbstbildes als Deutsche sorgten: die Juden, die man jetzt nur als ‚Zionisten` bezeichnete."

Demokratie in Zeiten der Krisenstäbe

Die alten Nazis erscheinen bei Koenen dagegen als harmlose Spießer: Opportunisten, die sich den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie angepasst haben und vor allem nicht auffallen wollen. Was ja zum Teil stimmt. Aber eben nur zum Teil: Denn die Probe aufs Exempel blieb aus, weil die APO allzu schnell zusammenbrach, ihre Erben sich als leicht integrierbar erwiesen (wie die Jusos), keinen nennenswerten Einfluss gewannen (die legale radikale Linke) oder militärisch zerschlagen wurden (die bewaffneten Gruppen). Es ist Spekulation, muss aber mitgedacht werden, wenn es um die Frage einer faschistischen Gefahr in den Jahren 1968ff. geht: Was wäre geschehen, wenn die Bewegung den Staat und die von alten Nazis durchsetzten Eliten wirklich herausgefordert hätte? Ein faschistisches Potenzial in der Bevölkerung war unzweifelhaft vorhanden, in Westberlin nahm es zeitweise den Charakter einer Massenbewegung an. Aber da die APO seit Sommer 1968 auf dem Rückzug war, konnte man die Angelegenheit den Spezialisten überlassen: den Politikern und der Polizei, die Zuckerbrot und Peitsche bereit hielten. Viel Peitsche: eine Prozesswelle, Berufsverbote und Verbotsdrohungen, Aufrüstung der Polizei, Ausnahmegesetze und "Terrorismusbekämpfung" mittels Killfahndung und Hochsicherheitstrakten - wenig Zuckerbrot: die sozialliberale Koalition, eine Amnestie für "Demonstrationsstraftäter" und Willy Brandts uneingelöstes Versprechen "Wir wollen mehr Demokratie wagen".

Auf den Nazi-Gegner Willy Brandt folgte schon 1974 der Wehrmachts-Unteroffizier Helmut Schmidt. Dessen Leitlinie waren die berüchtigten deutschen Sekundärtugenden, "mit denen man auch ein KZ betreiben kann" (Oskar Lafontaine). Drei Jahre später ging Koenens "rotes Jahrzehnt" mit dem "deutschen Herbst" zu Ende: eine, wenn auch befristete Diktatur der Krisenstäbe und der Polizei, abermals begleitet und unterstützt von einer faschistoiden Massenstimmung. Anstatt den Verlauf der Ereignisse nachzuzeichnen, reiht Koenen besonders wirklichkeitsfremd erscheinende Zitate aneinander. Eine leichte Übung: Wörtlich genommen sind viele Texte von 1968 widerlegt, teils lächerlich und allenfalls noch als Zeitdokumente von Interesse. Das gilt aber viel mehr für die vermeintlich großen strategischen Würfe als für die Analysen der Gesellschaft, die man revolutionieren wollte.

Jens Renner

In der Reihe Rotbuch 3000 (Europäische Verlagsanstalt/Rotbuch Verlag, Hamburg) erscheint demnächst Jens Renners Buch "1968"; 96 Seiten, 14,80 DM

Anmerkungen:

1)Wolfgang Kraushaar: "1968. Das Jahr das alles verändert hat". München (Piper) 1998, S. 204

2) zitiert in Michael Rütz: "Ihr müsst diesen Typen nur ins Gesicht sehen" (Klaus Schütz, SPD). APO Berlin 1966-1969. Frankfurt am Main (Zweitausendeins) 1980, S. 167

34. Ein Staatsbegräbnis für "68" oder: Scheitern als Erfolgsstory

Autor: Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:08

Januar 2001: Der Außenminister der Bundesrepublik ist als Zeuge vor das Frankfurter Landgericht geladen, vor dem gegen zwei mutmaßliche Mitglieder der Revolutionären Zellen (RZ) wegen des Anschlags auf die OPEC-Konferenz im Dezember 1975 verhandelt wird. Joschka Fischer soll vor dem Hintergrund seiner Erfahrung als Militanter der Frankfurter Spontis der siebziger Jahre Aufklärung über den "Irrweg" in den Untergrund geben. Über Wochen hinweg entspannt sich eine Debatte über die Vergangenheit des Ministers, die sich ausweitet zur "Inthronisierung der gescheiterten 68er Revolte als Leitkultur der Neuen Mitte", wie die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe schreibt. Am Ende der Debatte steht die erfolgreiche Historisierung und Einordnung der 68er-Bewegung in die deutsche Nachkriegsgeschichte als Erfolgsstory. Doch was unter der "schrittweisen Selbstzivilisierung dieser Gesellschaft" im Zuge der 68er-Bewegung eigentlich zu verstehen ist, darauf versucht die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe im Folgenden eine Antwort zu geben.

Abgesehen von den Eifersüchteleien, wer, wie deutsche Geschichte schreiben darf, blieb ein Problem: die Steine. Die Steine waren (und sind) nicht aus dem Bild zu kriegen, die brennenden Polizeiautos auch nicht. Manchmal flogen gar Mollies durchs gepflegte, bereinigte (Geschichts-)Bild. Molotow-Cocktails, die immer wieder zu Irritationen führten. Molotow-Cocktails, die die verstaatlichte 68er eigentlich den Vertretern des "Todestrips" in die Hände gelegt hatten. Doch allein die Erinnerungspolitik sponti-naher Buchautoren ließ diese Art der Waffenschieberei scheitern.

Wohin also mit den "Steinen", wo - bei allen Streitereien - Mitte rechts und Mitte links eines ganz fest zusammenhält: die Unantastbarkeit des staatlichen Gewaltmonopols?

Man könnte meinen: Mitte links und rechts hätten die Steine, die Mollies einfach unter den Tisch fallen lassen können. Wenn da nicht die 68er "Du-darfst"-Version wäre, in der "Steine" als Modernisierungsbeitrag einfach vorkommen müssen.

Die 68er Legende will es, dass damals die USA einen ungerechten Krieg gegen Vietnam geführt hat, dass damals der Staat mit Notstandsgesetzen jede innere Opposition ausschalten wollte, dass damals die Polizei mit unnötiger Härte gegen Demonstrantinnen vorging, dass damals ein gesellschaftliches Klima der Hetze und Lynchjustiz herrschte, dass deswegen - und jetzt ein letztes Mal - damals Steine fliegen mussten, um dorthin zu kommen, wo zumindest ein kleiner Teil der 68er Generation zufrieden angekommen ist: in der Zivilgesellschaft.

Oder verfassungspatriotisch ausgedrückt: Die "Steine" waren notwendig, um von der Unverhältnismäßigkeit zur Verhältnismäßigkeit staatlicher Gewaltpolitik zu gelangen. (...)

Das 68er Erbe im Abklingbecken

Kommen wir zurück auf den Versuch, die Verdienste der 68er an der "Selbstzivilisierung dieser Gesellschaft" auszutaxieren und einzulagern.

Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD-Entwicklungsministerin) will den "Impetus von Demokratie und Gewaltfreiheit, der mit der 68er-Bewegung verbunden war" (FR, 16.1.01) anerkannt sehen.

Für Joschka Fischer als Außenminister haben "68 und die Folgen (...) zu mehr Freiheit in diesem Land geführt und nicht zu weniger Freiheit!" (FR, 18.1.01)

Gerd Koenen, einst KBW-Funktionär und heute Publizist, versteht unter der Chiffre 68 "im Großen und Ganzen ... eine Erfolgsgeschichte", die in eine "schrittweise Selbstzivilisierung dieser Gesellschaft" (FR, 27.1.01) mündete.

Bundestagspräsident Thierse (SPD) will uns sagen, dass "diese 68er Bewegung, die zwar einen Freiheitsimpuls hatte, aber eben nicht nur demokratisch war, doch viel Demokratisierung bewirkt hat." (FR, 22.1.01)

Klaus Hartung hat "die Vision von 68 als einer zweiten, nachholenden Gründung der Nachkriegsdemokratie" (Zeit, 25.1.01) und fügt brav hinzu: "Zur Klarstellung: Ich gehörte in jener Zeit zum Berliner SDS und machte später in der Roten Hilfe mit, einer Organisation, in der man sich einbildete, man solle das staatliche Gewaltmonopol angreifen. Heute bin ich froh, dass aus Phrasen keine Wirklichkeit wurde."

Und Varieté-Besitzer Jonny Klinke will endlich Anerkennung dafür, "dass wir die ersten Modernisierer des deutschen Nachkriegskapitalismus waren." (FR, 26.1.01)

Das zweite Schweigen

Interessant an diesen Ausdeutungen der Folgen der 68er Revolte sind nicht die verblüffenden Übereinstimmungen in der Sprachregelung. Vielmehr Aufmerksamkeit verdient das konzertierte Schweigen, was das "mehr an Freiheit" heute ausmachen soll, wo genau die Realität von der "schrittweisen Selbstzivilisierung dieser Gesellschaft" zu finden ist. Kein einziger Beitrag, der im Zuge dieser 68er Debatte geschrieben und veröffentlicht wurde, füllt diese Leerstelle auch nur ansatzweise. Statt dessen herrscht konsensuales, überparteiliches Schweigen von CDU bis hin zu den Grünen. So heftig auch innerhalb der neuen und alten Mitte darüber gestritten wird, was in die deutschen Geschichtsbücher Eingang finden darf, so einig sind sie sich in der Weigerung, die Entwicklung der letzten 20 Jahre an dem angeblichen Demokratisierungsschub oder gar "Freiheitsimpuls" der 68er Revolte messen zu lassen.

Ich möchte im Folgenden drei Entwicklungslinien der letzten 10, 15 Jahre nachzeichnen, um die Verdrängungsleistungen dieser ZivilgesellschaftlerInnen - zumindest in Ansätzen - deutlich zu machen.

Dass nicht sie diesen Staat verändert haben, sondern der Staat sie, dass die heutige Verfasstheit von Staat und Gesellschaft "68" geschichtlich nicht überflüssig gemacht hat, sondern von der Geschichte erst noch eingelöst werden muss, darf zwischen jeder Zeile herausgelesen werden.

"Die Brandstifter sitzen (auch) in Bonn"

Seit 1989 zählt das Bundeskriminalamt über 100.000 rassistische Straftaten. Flüchtlingsheime wurden unter aktiver Teilnahme der Bevölkerung angegriffen und angezündet, während die Polizei "Schichtwechsel" machte und Politiker von CDU bis SPD Verständnis für die "berechtigen Sorgen" aufgebrachter Bürger äußerten. An verschiedenen Orten dieser BRD existieren "national befreite Zonen", innerhalb derer alles, was nicht deutsch aussieht, um sein/ihr Leben fürchten muss. Die Zivilgesellschaft schaut(e) zu, legt(e) in Wort und Tat(enlosigkeit) die mörderische Brandspur, der bisher über 50 Menschen zum Opfer fielen. 1993 wurde all dies - mit einer satten 2/3 Mehrheit im Bundestag - in Gesetz gegossen. Die faktischen Abschaffung des Asylrechts und dessen Ausweisung in sogenannte "sichere Drittländer" kann man mit Fug und Recht als Höhepunkt dieses Wechsel- und Zusammenspiels aus Pogromstimmung der "Straße" und staatlichem Rassismus bezeichnen.

Hätte sich eine solche Entwicklung irgendjemand 1968 vorstellen können? Wäre damals ein solcher rassistischer Konsens von unten und oben auf so wenig Widerstand gestoßen?

Wenn in dieser nationalistischen und rassistischen Entwicklung der letzten 10 Jahre irgend etwas aufscheint, dann mit Sicherheit nicht "68", sondern deren absolute Abwesenheit, das fast völlige Verschwinden der Vision von einer befreiten Gesellschaft, in der Hautfarbe, Herkunft, nationale Zuschreibungen keine Rolle mehr spielen. Nicht weil es die 68er Revolte und die anschließenden sozialen Kämpfe gab, sondern weil sie mit allen Mitteln (weitgehend) wirkungs- und folgenlos gemacht wurde, konnte die Entwicklung mit der sogenannten Wiedervereinigung Deutschlands 1989 seinen "freien" Lauf nehmen.

"Schafft eins, zwei, drei Vietnams"

Ein wesentlicher Anstoß für die 68er Revolte war die Wiederbewaffnung der BRD, die Restaurationsbemühungen des Nachkriegsdeutschland, wieder ein ganz "normaler" imperialistischen Staat zu werden, der seine Interessen weltweit auch militärisch durchzusetzen in der Lage ist. Der Krieg der USA gegen Vietnam, die Ermordung von über 2 Millionen "ZivilistInnen" und über 1 Millionen Vietcong-KämpferInnen, hat "68" die Propaganda des freien Westens von einem Krieg für Freiheit und Demokratie im Mark erschüttert und desavouiert. Die Große Koalition aus CDU und SPD gab diesem imperialistischen Krieg nicht nur politische Rückendeckung, sondern auch logistische. Von deutschen Standorten aus wurde der Luftkrieg gegen Vietnam

koordiniert. So galten die Anti-Vietnam-Demonstrationen nicht nur der USA, sondern gleichermaßen einer BRD, die sich anschickte, Zug um Zug an der weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung Anteile zurückzugewinnen. "Schafft eins, zwei, drei Vietnams" sollte als Parole die Absicht bekunden, den Kampf des Vietcong gegen Imperialismus und Kolonialismus in die Metropolen hinein zu verlängern, den Imperialismus im eigenen Lande zu bekämpfen. Als (vermeintliche) Lehre aus dem deutschen Faschismus sollte "Nie wieder Krieg" von deutschem Boden aus geführt werden (können).

Die USA verloren diesen Krieg nicht nur militärisch. Sie verloren ihn auch innenpolitisch, im eigenen Land. Das änderte nichts daran, dass die USA (und die BRD) Diktaturen in aller Welt unterstützten und etablierten, Militärputsche organisierten, Unterdrückung und Ausbeutung weltweit aufrechterhielten. Die antiimperialistischen Bewegungen in der BRD setzten sich dazu ins Verhältnis. Sie unterstützten den bewaffneten Befreiungskampf im Trikont - sie bekämpften den wachsenden Militarismus in der BRD (öffentliche Rekrutenvereinigungen, Gelöbnisse). Und einige sahen nicht nur die Zeit für gekommen, sondern auch die Bedingungen dafür gegeben, den bewaffneten Kampf (RAF) in der BRD aufzunehmen, als Teil eines weltweiten Befreiungskampfes.

Währenddessen setzte die BRD konsequent und unbeirrt den Weg zur "außenpolitischen Normalität" fort. Ökonomisch und politisch war und ist sie längst zur Weltmacht aufgestiegen. Es fehlte nur noch der geeignete Ernstfall, um die militärischen Fähigkeiten zur Kriegsführung in Marsch zu setzen. Die letzten 10 Jahre waren deshalb auch davon geprägt, dafür die politischen Rahmenbedingungen (Selbstmandatierung der NATO, Anpassung der NATO-Statuten an das faktische Kriegsbündnis) und die gesellschaftliche Akzeptanz nach innen zu schaffen.

Was Joschka Fischer noch 1994 als Gefahr beschrieb, wurde mit Eintritt der Grünen in die Regierung 1998 außenpolitische Realität:

"Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, dass die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamitaktik Anlässe suchen und Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinten Deutschland noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und Humanitätsfragen." (Die Woche, 30.12.94)

Es fing mit einem Bundeswehr-Sanitätstrupp in Somalia an, es ging mit der Teilnahme an "friedenssichernden" Maßnahmen der UN weiter. Was die CDU-Regierung unter Kohl lange und geduldig vorbereitete, brachte die rot-grüne Regierung zu Ende: der erste Angriffskrieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg 1999 gegen Jugoslawien.

Wenn man sich diese grobe Skizze, von der Wiederbewaffnung der BRD 1956 bis zum Krieg gegen Jugoslawien vor Augen hält, dann entdeckt man darin keine Brüche, sondern die geradezu beispielhafte Kontinuität deutscher Außenpolitik. Gerade an dem Weg in den Krieg wird wie kaum wo anders deutlich, wie unerheblich es ist, ob der Verteidigungs- oder Außenminister ein CDU-Mitglied oder ein Grüner ist. Wenn man sich die gradlinige Entwicklung der BRD von der Wiederbewaffnung, über die Aufrüstung der Bundeswehr bis hin zum Kriegseinsatz vergegenwärtigt, dann wird eines deutlich: die absolute Einflusslosigkeit der 68er Revolte auf die militärische und imperialistische Entwicklung der BRD nach 1945. Dass die 68er auf dem Weg in die Parlamente Insignien jener Zeit mit sich führten, ist richtig. Dass sie auf dem Weg, "Verantwortung zu übernehmen", all diese abgeworfen haben (Auflösung der NATO, Abrüstung, Umwandlung der Bundeswehr in eine nicht angriffsfähige Armee, Entmilitarisierung der Gesellschaft) ist eine Binsenweisheit, die die Grünen heute als Reifungsprozess feiern.

Dass die Staat gewordenen 68er heute dort angekommen sind, wo die Theoretiker der 68er Revolte die Waffe auf sie gerichtet hätten, lässt sich mit einer Rückblende andeuten: Was wäre passiert, wenn 1968 Deutschland irgendwo auf der Welt Krieg geführt hätte?

Rudi Dutschke kommt in einem 1967 geführten Fernsehgespräch mit Günter Gaus darauf zu sprechen: "Gaus: Würden Sie für ihre revolutionären Ziele notfalls auch mit der Waffe in der Hand eintreten? Dutschke: Klare Antwort: Wäre ich in Lateinamerika, würde ich mit der Waffe in der Hand kämpfen. Ich bin nicht in Lateinamerika, ich bin in der Bundesrepublik. Wir kämpfen dafür, dass es nie dazu kommt, dass Waffen in die Hand genommen werden müssen. Aber das liegt nicht bei uns. Wir sind nicht an der Macht (...) Wenn 1969 der NATO-Austritt nicht vollzogen wird, wenn wir reinkommen in den Prozess der internationalen

Auseinandersetzung - es ist sicher, dass wir dann Waffen benutzen werden, wenn bundesrepublikanische Truppen in Vietnam oder anderswo kämpfen - dass wir dann im eigenen Lande auch kämpfen werden. Gaus: Dieses wollen Sie tun? Dutschke: (...) Es liegt bei den bestehenden Mächten, dieses Leid der Zukunft zu vermeiden und politische Alternativen zu entwickeln. Gaus: Warum sagen Sie nicht: Wir können es nicht ändern, lass es doch laufen! Dutschke: Ganz im Gegenteil. Wir können eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat, eine Welt, die sich auszeichnet, keinen Krieg mehr zu kennen, keinen Hunger mehr zu haben, und zwar in der ganzen Welt. Das ist unsere geschichtliche Möglichkeit." (SZ, 27.1.01)

Die politischen Veränderungen, vor denen Rudi Dutschke 1967 warnte, sind eingetreten. Die (jede) Herrschaft negierende Utopie, die er mitentworfen hat, die Konsequenzen, die er daraus zog, warten noch auf ihre Verwirklichung: "Die ‚Propaganda der Schüsse` (Che) in der ‚Dritten Welt` muss durch die ‚Propaganda der Tat` in den Metropolen vervollständigt werden, welche eine Urbanisierung ruraler Guerillatätigkeiten geschichtlich möglich macht." (Rudi Dutschke/Hans-Jürgen Krahl, Organisationsreferat, aus dem Jahre 1967)

"Macht kaputt, was euch kaputt macht"

Die studentisch orientierte Protestbewegung, die in der Demokratisierung der Hochschulen ihre Ziele hatte, ging Anfang der 70er Jahre zu Ende. Sie fand in der Willi Brandts Losung "Mehr Demokratie wagen" staatliche Anerkennung und fand im "Marsch durch die Institutionen" ihren beruflichen Abschluss.

Ein neuer Protestzyklus entstand. Er nahm nicht nur die grundsätzliche Kritik am (westdeutschen) Kapitalismus auf, sondern verband sie zugleich mit einer Kritik am klassischen Kommunismus. Die radikale Kritik am System verließ den Campus und verlagerte den Aktionsradius in die Fabriken. Die betriebsinterventionistische Arbeit nahm ihren Anfang. Theorie und Praxis dieser neuen Formen der Fabrikkämpfe kamen aus Italien, wo die autonomia - im Widerspruch zur kommunistischen Betriebsarbeit - die dortigen Kämpfe ganz wesentlich prägte.

Grundsätzliche Kritik übte die autonomia an der Systemimmanenz kommunistischer Betriebsarbeit, der zufolge Kämpfe ausschließlich unter der Maxime des "gerechten Lohnes" geführt werden. Die autonomia dagegen hatte nicht die angemessene Teilhabe am Produktivitätszuwachs vor Augen, sondern die Ruinierung des Fabriksystems. Damit wurde eine tragende Säule kommunistischen Selbstverständnisses in Frage gestellt: der Mythos von der ehrlichen, sprich proletarischen Arbeit, die sich an der geleisteten und nicht an der verweigerten Arbeit misst. Der autonomia ging es strategisch nicht um den gerechten Lohn, sondern um die Zerstörung des Lohnarbeitssystems. Nicht-Arbeit ist Nicht-Kapital.

Diese theoretische Neubestimmung von Arbeitskämpfen verlangte nach neuen Kampfformen: Betriebssabotage, Krankfeiern, Betriebsbesetzungen, direkte Angriffe auf Fabrikdirektoren und leitende Angestellte, "wilde" Streiks.

Die Theorie und Praxis autonomer Fabrikkämpfe stieß jedoch auf andere Bedingungen als in Italien. Der Nachkriegskapitalismus hatte eine lange, ungebrochene Phase des Aufschwungs hinter sich. Der von Gewerkschaft und Kapital getragene innerbetriebliche Frieden und der gleichzeitige Mangel an Arbeitskräften, führte zu einem relativ hohen Lohnniveau. Das Betriebsklima basierte nicht auf Schikanen, sondern auf einem auskömmlichen Umgang. Als der deutsche Nachkriegskapitalismus 1966/67 zum ersten Mal an Verwertungsgrenzen stieß und mit Kurzarbeit, Lohnkürzungen und Abbau von innerbetrieblichen Zulagen reagierte, standen sich zwei Kampfstrategien gegenüber: der gewerkschaftlich-organisierte Kampf um die Verteidigung der Errungenschaften und der außergewerkschaftliche Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise. Im Ringen darum, eine Verbindung herzustellen, kam es zwar auch zu einigen "wilden Streiks". Doch neben dem Faktum gewerkschaftlicher Repressalien (Ausschlüsse etc.) und erfolgter Polizeieinsätze überwog letztendlich der mehrheitliche Wunsch der Arbeiterschaft, die Errungenschaften, innerhalb des bestehenden, zu verteidigen. Nach ein, zwei oder drei Jahren zogen sich diese Kader zurück und gaben den revolutionären Kampf in den Fabriken auf.

Seitdem hat die Theorie und Praxis militanter Kämpfe einen großen Bogen um die Fabriken gemacht - bis auf den Ansatz von Jobber-Inis, die zumindest den Versuch starteten, in prekäre Arbeitsverhältnisse ein wenig Unruhe hineinzutragen.

Seitdem herrscht nicht nur "sozialer Frieden" und ungestörte Sozialpartnerschaft. Gerade in den letzten 10 Jahren fand eine gigantische Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben statt. Was 1966/67 noch undenkbar war, was Anfang der 70er Jahre Öl ins auflodernde Feuer gegossen hätte, ist in den letzten 15 Jahren ohne Widerstand über die Bühne gegangen. Es steht noch in Gänze aus, die Dimension dieser kapitalistischen Umstrukturierungsmaßnahmen im Detail zu erfassen. Gleichfalls steht eine Analyse aus, die den Einfluss dieser nach-fordistischen Lohnarbeitsverhältnisse auf den Konstitutionsprozess von Widerstand ermisst.

Nachfolgende Eckdaten können dies nur andeuten: Während die Nettogewinne der Unternehmer von 1980 bis 1995 preisbereinigt um 116 Prozent explodierten, stiegen im selben Zeitraum die realen Nettolöhne um ganze 1,4 Prozent. (FR, 15..5.96) Für "Niedriglohngruppen" bedeutet dies, dass damit das Lohnniveau von 1968 bereits unterschritten ist. Die bereinigte Bruttolohnquote - der Anteil der Löhne am Volkseinkommen - geht noch weiter dahinter: Sie hat das Niveau der 50er Jahre erreicht. (FR, 23.7.98)

"Allein zwischen 1983 und 1993 ergaben sich als Folge von Steuerrechtsänderungen staatliche Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt rund 240 Milliarden DM. Der Löwenanteil mit gut 170 Mrd. DM kam dem Unternehmersektor zugute (...) Die Gewinnsteuerquote sank auf ein historisches Rekordtief, die Lohnsteuerquote stieg auf ein Rekordhoch." (FR, 23.7.97) Weitere Steuergeschenke für Unternehmen kamen seit 1994 hinzu, wie der Wegfall der Gewerbekapital- und der Vermögenssteuer, die Senkung der Körperschaftssteuer, "was jährlich rund 23 Milliarden Mark" (FR, 5.9.98) ausmacht.

Während also die durchschnittliche Steuerbelastung der Gewinne von 20 Prozent auf inzwischen sieben Prozent schrumpfte, haben bei durchschnittlichem Arbeitseinkommen "die Abzüge für Lohnsteuern und Sozialabgaben von 30 Prozent auf über 40 Prozent zugenommen". (FR, 23.7.98)

Was in Milliardenhöhe auf Kapitalseite verschoben wurde, wurde "unten" mit beiden Händen weggetragen. Auf rund 100 Milliarden Mark beläuft sich 1998 die Summe, die im Sozialbereich "eingespart" wurde. "Regierungsamtlich steht fest, dass kein anderes Land in Europa die sozialen Streichungen in den 90er Jahren so weit getrieben hat wie Deutschland." (FR, 30.7.98)

Hinter diesen abstrakten Zahlen verbirgt sich mehr als ein gigantischer Raubzug zu Gunsten einer extremistischen "Mitte", die minderheitlicher nicht mehr sein kann. Damit einher gingen und gehen einschneidende Veränderungen des Arbeits-Alltags, die sich bis in die Lebensabende hinein auswirken. Auch hier mögen einige Stichpunkte ausreichen, die Ausgangspunkt für eine grundlegende Analyse sein können:

Die Selbstverständlichkeit von garantierten, geschützten Arbeitsverträgen ist heute zum Privileg einer immer schmäler werdenden Schicht von LohnarbeiterInnen geworden. 1/3 der derzeitigen Arbeitsverhältnisse werden mit entkernten Werks- und Zeitverträge abgewickelt. Ein wachsender Anteil von abhängig Beschäftigten ist nicht mehr in der Lage, ihren Lebensunterhalt durch ein Arbeitsverhältnis zu sichern. Sie werden gezwungen, mehrere "Jobs" anzunehmen. Armut durch Arbeit ist in der BRD eine Realität geworden, die die 68er Bewegung - aus sicherem Abstand, als Imperialismus in der sogenannten Dritten Welt ausmachen konnte. So kommt der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu dem Ergebnis, dass "bei fast einem Drittel der Bürger im gesamten Bundesgebiet das ihnen eigene Einkommen nicht aus-(reicht), um die 50-Prozent-Grenze (die ermittelte Marke für ‚relative` Armut, d.V.) zu erreichen". Alleine in den alten Bundesländern leben "8,4% der Beschäftigten unter der Armutsschwelle". (FR, 27.2.01)

Die unzähligen "Reformen" des Arbeitslosen- und Arbeitslosenhilfegesetzes haben neben den vermehrten Ausschlussmöglichkeiten von (einstigen) Leistungsberechtigten mit der Pflicht zur Annahme schlechter gestellter Arbeitsverhältnisse die systematische Dequalifizierung von Arbeitslosen zur Folge.

Die Verschärfung der Sozialhilfegesetze führ(t)en nicht nur zu einer Senkung der Sozialhilfesätze. Mit dem dort verankerten Zwang zur Annahme so genannter "gemeinnütziger Arbeit" wird zugleich eine Entlohnung legalisiert, die weit unterhalb des "Billiglohnsektors" angesiedelt ist.

Der alltägliche Rassismus, mit dem asylsuchende Flüchtlinge begrüßt werden, findet in einem um 20% abgesenkten Sozialhilfesatz seine staatliche Bestätigung und "Wert-Schätzung".

Die "Reformen" zur sogenannten Kostendämpfung im Gesundheitssektor der letzten Jahre haben neben dem wachsenden Anteil von Eigenbeteiligungen u.a. den Ausschluss von medizinischen Maßnahmen zur Folge,

deren Inanspruchnahme sich nur noch diejenigen leisten können, die genug Geld für eine private Zusatzversicherung aufbringen können. Gesundheitsvor- und fürsorge werden zunehmend ein Privileg der Reichen. "Die Zweiklassenmedizin, zumindest in der BRD von den demokratischen Politikern jeglicher Couleur lauthals abgestritten, ist längst alltägliche Praxis." (Robert Kurz, Schwarzbuch Kapitalismus, S.709)

Existierte vor Jahren zumindest noch der Anspruch, mit der staatlich garantierten Rente vor Altersarmut geschützt zu sein, so ist mit der Renten"reform" 2000 selbst dieser Anspruch begraben worden. Von nun an laufen all diejenigen Lohnabhängigen in die sichere Altersarmut, die mit ihrem mageren Lohn keine zusätzliche, private Altersvorsorge finanzieren können.

Wenn wir uns also alleine diese Veränderungen anschauen, dann haben wir die Bedingungen, die die 68er Revolte vorfand, nicht hinter uns gelassen. Wir befinden uns weit davor.

Wenn man sich die verschiedenen Bewegungsausschnitte (antiautoritäre Bewegung, Anti-Heim-Kampagne, Frauenbewegung, Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe, Häuserkampf, Anti-Repressions/Knastkämpfe, Betriebskämpfe usw.) vor Augen hält, die sich unter der Chiffre 68 verbergen, dann wird die ganze Groteske deutlich, mit der die Kämpfe jener Zeit in eine Erfolgsstory in Richtung "Selbstzivilisierung" umgeschrieben werden. Die Umwidmung der Ziele und Vorstellungen jener "wilden" Zeiten mag angesichts der historischen Fakten aberwitzig anmuten. Doch wenn man in der öffentlichen Diskussion, in der medialen Wirkung, unter seinesgleichen bleibt (und dafür sorgt, dass dies so bleibt), dann zählen keine historischen Dokumente, sondern einzig und alleine das unwidersprochene Erzählen einer Geschichte. Wenn in ihren Fälschungswerkstätten alles ausgemerzt ist, was über das Bestehende hinausweist, wenn aus "68" alles verschwunden ist, was sich als Alternative zu Kapitalismus und Imperialismus formulierte, dann hat die verstaatlichen 68er etwas ganz wesentliches erreicht: Die Totalität des Bestehenden, die Historisierung von politischer Ohnmacht, die lähmende Allmacht der Alternativlosigkeit.

Dass sich die Staat gewordenen 68er das Scheitern der außerparlamentarischen Opposition zu eigen machen können, ist schmerzlich. Dem Versuch, dabei auch die Ziele und Vorstellungen jener radikalen Systemopposition ins Vergessen zu treiben, soll mit diesem Beitrag widersprechen werden.

Dabei geht es nicht darum, das "andere" 68 in eine seitenverkehrte Chiffre zu verwandeln. Darin drückt sich das bescheidene Bemühen aus, die radikale Kritik am bestehenden, die Fehler und blinden Flecken, gegenwärtig zu machen - für eine Alternative zum Phantasma der Zivilgesellschaft.

*) Die Chiffre "68" soll in diesem Text so übernommen werden, wie sie in der veröffentlichen Diskussion verwandt wird: als Zusammenfassung der "wilden" 60er und 70er Jahre, als Assoziationskette, die von studentischen Protesten, Anti-Vietnam-Demonstrationen bis hin zur Ulrike-Meinhof-Demonstration 1976 reicht.

Auszug aus dem Buch:

Autonome L.U.P.U.S.-Gruppe: Die Hunde bellen ... Eine Zeitreise durch die 68er Revolte und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre, Unrast-Verlag, Münster, Herbst 2001, 190 S., DM 24,80

35. Eine andere Welt ist möglich. Kongress der internationalen attac-Bewegung vom 19.-21. Oktober in Berlin

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:38

Seit den Protesten in Genua ist die globalisierungskritische Bewegung und ihre Forderungen nach sozialer und ökologischer Gerechtigkeit in aller Munde. Eine Aufbruchstimmung macht sich bei Menschen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen breit. Der Attac-Kongress "Globalisierung ist kein Schicksal - eine andere Welt ist möglich" vom 19. bis 21. Oktober in Berlin wird zum Treffpunkt dieser Bewegung. Mit einer bunten Vielzahl von Veranstaltungen bietet Attac vielen Menschen die Möglichkeit, sich an der Debatte über die neoliberale Globalisierung zu beteiligen. Nach dem großen Erfolgen von Genua wird der Kongress ein Forum sein, neue Ideen und Kampagnen zu entwickeln und aktiv zu werden - eine andere Welt möglich zu machen.

Der Kongress will sich mit der neoliberalen Globalisierung in der ganzen Bandbreite beschäftigen. Im Zentrum steht die Auseinandersetzung mit dem internationalen Kapital und den Finanzmärkten. Das Spektrum umfasst Fragen zur Verschuldung, zu Steuerflucht und -oasen, zur ungezügelten Spekulation an den Börsen, der Zukunft kapitalgedeckter Renten und den Irrfahrten der Aktienkurse und Währungen. Darüber hinaus sollen handels- und umweltpolitisch relevante Themen behandelt werden; von den WTO-Verhandlungen über den Handel mit Dienstleistungen und geistigem Eigentum. Der Vielfalt der Themen mit Bezug auf die Globalisierung, ob Gentechnik, Geschlechterverhältnisse, Sozialabbau oder Arbeitslosigkeit, ist keine andere Grenze als Euer oder Ihr Interesse gesetzt.

Organisatorisches

Veranstaltungsort: TU Berlin

Unterbringung: Informationen zur Übernachtung in Privatunterkünften, Turnhallen, Jugendherbergen, Pensionen oder Hotels senden wir nach Anmeldung zu.

Kosten: Die Teilnahme kostet für die ganze Zeit mindestens 30.- DM (ermäßigt 10.- DM), pro Tag kostet die Teilnahme mindestens 10.- DM (ermäßigt 5.- DM). Wenn Sie in der Lage sind, einen höheren Beitrag zu zahlen, würde uns das sehr helfen.

Getränke und Essen: Vegetarische Lebensmittel sind nicht im Preis inbegriffen, können aber die ganze Zeit über an verschiedenen Ständen erworben werden.

Programm

Freitag 19. Oktober

20:00 Uhr: Eröffnungsveranstaltung "Realität und Mythos ökonomischer Globalisierung", Joao Batista de Oliveira, Vorsitzender der MST (Bewegung der brasilianischen Landlosen) im Bundesstaat Sao Paulo. und Jean Ziegler (schweizer Schriftsteller, Soziologe und Politiker)

Samstag 20. Oktober

9:30 Uhr: Auftaktplenum "Eine andere Welt ist möglich" mit Bernard Cassen (Vorsitzender Attac Frankreich), Jürgen Borchert (Sozialrichter und Attac Deutschland) und Barbara Unmüssig (WEED e.V.)

11- 19:00 Uhr: Workshops und "Markt der Möglichkeiten"

20:30 Uhr: Die Theatergruppe Berliner Compagnie führt ihr neues Stück "Hotel Justice" auf.

Ganztägiges Kulturprogramm bis in den späten Abend

Sonntag 21. Oktober

9:30 Uhr: Podiumsdiskussion "Ohnmacht des Nationalstaates - Kernproblem oder Mythos?" mit Wolf-Dieter Narr (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Oskar Lafontaine (ehemaliger Bundesfinanzminister), Christa Wichterich (Autorin)

11:30 Uhr: Abschlussplenum: "Attac - eine Bewegung kommt ins Rollen" mit Susan George (Autorin und Vizepräsidentin von Attac Frankreich), Horst Schmitthenner (Hauptvorstand der IG Metall) und anderen

ab 14:00 Uhr: Abreise

36. Ein Modell für den Standort. VW und IG Metall schaffen neue Standards

Autor: gw. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak454/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:22

Ein Sieg für den Standort Deutschland sei die jüngste Tarifvereinbarung bei VW - in dieser Bewertung sind sich Arbeitgeberverbände, IG Metall und Bundesregierung einig. In der Mitbestimmung, dem Magazin der Hans-Böckler-Stiftung, wird der Abschluss als geradezu "bahnbrechend (...) für die Entwicklung eines neuen Produktionsmodells" gefeiert. Bahnbrechend, weil er "nicht nur auf Kostensenkung, sondern auch auf intelligente und innovative Wege der Produktivitätssteigerung im Rahmen einer Modernisierungskonkurrenz" ziele.

Einmal mehr schien der Autoproduktionsstandort Deutschland bedroht. Das VW-Management argumentierte mit der vorgeblichen Niedriglohnkonkurrenz im europäischen Ausland, um beim Bau des neuen Minivan Kosten einzusparen und den Profit zu steigern. Verkauft wird das Ganze als innovatives Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die werbewirksame neue Zauberformel heißt: 5.000 mal 5.000. Fünftausend Menschen sollen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft monatlich fünftausend Mark erhalten. Der Clou dabei: Es sollen vorrangig Erwerbslose aus der Region um Wolfsburg eingestellt werden.

Mit einer gekonnten medialen Inszenierung wurde die IG Metall unter Druck gesetzt: hier der VW-Konzern, der Arbeitsplätze schaffen will, dort die halsstarrige Gewerkschaft, die lediglich die Besitzstandswahrung der Facharbeiterklientel im Sinn hat. Vornehm verschwiegen wurde, dass es bei der Einstellung von Erwerbslosen aus der Region nicht nur um die Senkung des bisherigen Lohnniveaus ging, sondern auch um die Sicherung staatlicher Subventionen. Allein über Lohnzuschüsse durch die Arbeitsämter wird VW rund 25 Millionen DM in einem halben Jahr erhalten. Eine nicht unerhebliche Subvention für einen Konzern, der bei der Erzielung von Gewinnen ganz hervorragend dasteht.

Flexible Arbeitszeit, je nach Auftragslage

Das VW-Management hat sein Ziel klar benannt. Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in norddeutschen Landen sollte belohnt werden durch längere Arbeitszeiten, die Ausweitung der Maschinenlaufzeiten und die Unterschreitung der haustariflich geltenden Löhne und Gehälter. Arbeitszeit und Produktionsausstoß haben sich an den jeweils aktuellen Verkaufszahlen zu orientieren. Damit soll die Kosten verursachende Produktion auf Halde weitgehend vermieden werden. Funktionieren kann das nur, wenn bestehende tarifliche Regeln ausgehebelt werden. Prinzipiell ist die IG Metall solchen Überlegungen nicht abgeneigt, so lange sie bei der Erarbeitung der neuen Regeln als Verhandlungspartner und Ordnungsfaktor anerkannt wird. Dieses Anliegen hat das VW-Management ansonsten durchaus berücksichtigt. In der ersten Verhandlungsrunde aber legten die Konzernvertreter Forderungen auf den Tisch, die auch eine kompromisswillige IG Metall nicht akzeptieren konnte: An sechs Tagen sollte im Drei-Schicht-System gearbeitet werden, das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitszeiten von 60 Stunden pro Woche und von 48 Stunden pro Woche im Halbjahresdurchschnitt ermöglicht, sollte voll ausgeschöpft werden. Die IG Metall sollte also längere Arbeitszeiten und gegenüber dem geltenden Haustarifvertrag um 40 Prozent niedrigere Löhne akzeptieren. Insbesondere von den Betriebsräten der anderen Autokonzerne kam erheblicher Protest. Die Befürchtung, dass mit der Einführung eines solchen Modells eine Lohnsenkungsspirale in Bewegung gesetzt wird und VW erhebliche Konkurrenzvorteile erhält, war mehr als begründet. Die überzogenen Forderungen des VW-Vorstands und der Druck aus den anderen Konzernen führten dazu, dass die IG Metall im Juni die Verhandlungen abbrach.

Wegen dieses Vorgehens geriet Klaus Zwickel nicht nur in der Öffentlichkeit in die Schusslinie. Der VW-Betriebsrat und die Konzernleitung signalisierten, man könne auch über die Gewerkschaft hinweg zu einer Einigung kommen. Zusätzlich übte Kanzler Schröder sanften Druck auf die Verhandlungspartner aus, indem er auf eine möglichst schnelle Lösung drängte.

Diese Faktoren haben schließlich dazu beigetragen, dass Ende August zwischen IG Metall und VW-Vorstand eine Einigung erzielt wurde. Zwar blieb sie um einiges von den Wunschvorstellungen des Konzerns entfernt, dennoch wird sie erheblich zur Aushöhlung der Flächentarifverträge beitragen, weil ihr Modellcharakter zugeschrieben wird.

Die zunächst 3.500 Beschäftigten der neu gegründeten "Auto5000GmbH" arbeiten durchschnittlich 35 Stunden in der Woche, hinzu kommen drei Wochenstunden für Qualifizierungen, von denen die Hälfte bezahlt wird. Dass nicht von einer 38-Stunden-Woche geredet wird, ist ein Taschenspielertrick: Man tut so, als würde der gültige Tarifvertrag über die 35-Stunden-Woche nicht unterlaufen. An Samstagen können Zusatzschichten hinzukommen, so dass eine Wochenstundenzahl von 42 möglich ist. Überstunden werden auf einem Arbeitszeitkonto gesammelt, das bis zu 200 Stunden umfassen darf. Diese Überstunden müssen dann bei schlechter Auftragslage abgefeiert werden. Überstundenzuschläge von 25 Prozent gibt es erst, wenn sich auch nach 15 Monaten keine Möglichkeit zum Überstundenabbau ergeben hat. Überstundenzuschläge werden damit elegant eingespart, ebenso die Zuschläge für Samstagsarbeit.

Im Schnitt erhalten die Beschäftigten 4.500 DM brutto im Monat, bei einem niedrigeren Einstiegs- und einem höheren Endgehalt. Hinzu kommt ein monatlicher Mindestbonus von 500 DM. Besonders "willige" Mitarbeiter können darüber hinaus einen "Leistungsbonus" erhalten. Damit wird besondere Flexibilität bei der Arbeitszeit belohnt.

Unbezahlte Beseitigung von Mängeln

Der größte Clou - falls man angesichts der vielfältigen Unterbietung des Haustarifvertrags überhaupt davon sprechen kann - dieses Abschlusses liegt in der zusätzlichen Ausweitung der Arbeitszeit, wenn die angepeilte Stückzahl nicht erreicht wird oder Qualitätsmängel an den Autos festgestellt werden. In diesen Fällen müssen die KollegInnen weiterarbeiten, bis die vereinbarte Stückzahl bzw. die angestrebte Qualität erreicht ist. Dies alles ohne Bezahlung! Das ist ein Vorgang, der in der Arbeitswelt bisher seinesgleichen sucht. Die IG Metall verkauft es als Erfolg ihrer Verhandlungsführung, dass die Beweispflicht für Mängel bei VW liegt.

Auch das Gesamtpaket feiert IG Metall als Erfolg: "Wir haben mit der 35-Stunden-Woche und den vereinbarten Einkommensregelungen zentrale Eckpunkte des Flächentarifvertrages auch in dem neuen Tarifmodell vereinbart", versuchte Klaus Zwickel das Verhandlungsergebnis schönzureden. Der Versuch, die 35-Stunden-Woche und bisherige VW-Standards bei der Entlohnung zu halten, ist vollkommen gescheitert. Die IG Metall vermittelte in der zweiten Runde weder Konfliktwilligkeit, noch Konfliktfähigkeit.

Recht hat Klaus Zwickel mit der Aussage, der Bau des Minivan in Wolfsburg sei ein "wichtiges Signal zum Aufbau neuer Arbeitplätze und für die Attraktivität des Standortes Deutschland". (Metall-Pressedienste Nr. 099/2001) Fast wortgleich äußerte sich Schröder, der den Abschluss als "wegweisende Einigung" für den "Standort Deutschland" lobte; "andere Unternehmen in Deutschland seien aufgefordert dem Beispiel von IG Metall zu folgen".

Diesem Ratschlag wollen andere Unternehmen und die Arbeitgeberverbände gerne folgen. Die IG Metall hat mit dem Abschluss bei VW eine weitere

gw.

37. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak454/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:05

Eine kritische Geschichte der KPD

Was lange braucht, gibt manchmal ein nützliches Buch. Mehr als vier Jahre sind vergangen, seit fünf junge Linke aus dem Rheinischen daran gingen, die Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) kritisch aufzuarbeiten. Seit Juni liegt das Ergebnis ihrer Forschung und teils kontroversen Diskussion vor, das Buch ",...Denn Angriff ist die beste Verteidigung`. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus." Es sei nicht nur all denen zum Lesen empfohlen, die grundlegende Kenntnisse über die Geschichte des 20. Jahrhunderts erwerben oder auffrischen wollen. Neben einer Fülle von Fakten bietet es eine Menge Diskussionsstoff, der keineswegs nur für die "traditionsbewusste" Linke von Interesse ist. Insbesondere die katastrophale Niederlage der Arbeiterbewegung von 1933 - eines der zentralen in dem Buch diskutierten Themen - ist nach wie vor nicht hinreichend erklärt. Die Autoren arbeiten zunächst heraus, dass selbst eine funktionierende "antifaschistische Einheitsfront", bestehend aus SPD und KPD, den Siegeszug der Nazis wahrscheinlich kaum aufgehalten hätten - eben weil die Herrschenden und mit ihnen die Mehrheit der Bevölkerung Hitler an der Macht sehen wollten. Mit dieser Feststellung wollen die Autoren die Fehler der KPD keineswegs relativieren. Zwar lasten sie zu Recht der SPD eine entscheidende Mitverantwortung für die "Machtergreifung" an. Sie kritisieren aber auch den nationalistischen Kurs der KPD, die das im Ersten Weltkrieg besiegte Deutsche Reich zur ausgebeuteten Kolonie erklärte. Ebenso geißeln sie das Unverständnis, mit dem die Partei dem Antisemitismus der Nazis gegenübertrat, und ihre auch nach 1945 aufrecht erhaltene Neigung, aus Millionen deutscher MittäterInnen Opfer des Faschismus zu machen. "In ihrer unheilbaren Massenverliebtheit", schreiben die Autoren in ihrem "Fazit in fünf Thesen", "blieb der KPD gar nichts anderes übrig, als einerseits den antifaschistischen Widerstand zu überhöhen und andererseits den Mythos vom verführten und geknechteten Volk fortzuführen".

Gruppe MAGMA: "...Denn Angriff ist die beste Verteidigung". Die KPD zwischen Revolution und Faschismus. Bonn (Pahl-Rugenstein Nachfolger) 2001, 296 Seiten, 36 DM

Das Brot der Nazis

Einen wenig bekannten Aspekt des nationalsozialistischen Alltags behandelt Uwe Spiekermann in der neuesten Ausgabe von 1999, der Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. "Vollkorn für die Führer" heißt sein Artikel über die NS-"Vollkornbrotpolitik", mit der an Stelle des hellen Weizenbrotes das gesündere dunkle Roggen-Vollkornbrot als Grundnahrungsmittel der deutschen Volksgenossen durchgesetzt werden sollte. Was auf den ersten Blick ein wenig abseitig erscheinen mag, erweist sich bei der Lektüre als interessanter und wichtiger Beitrag gegen die immer mal wieder - und nicht nur von alten Nazis - zu hörende Ansicht, es sei doch "damals nicht alles schlecht gewesen". In seinem Fazit schreibt Spiekermann: "Allein physiologisch, allein analytisch war die Vollkornbrotpolitik des ‚Dritten Reiches` eine an sich sinnvolle Art der Gesundheitsfürsorge." Sie war gleichzeitig aber auch "Teil einer menschenverachtenden und verbrecherischen Politik, unterstützte und stärkte sie zugleich." Denn die NS-Gesundheitspolitik war "Mittel zur Steigerung der menschlichen Arbeitsleistung zum Wohle des Volksganzen." Und nicht nur das: "Die Vollkornbrotpolitik zielte auf die Hege des deutschen Menschen als rassisches Ideal", sie diente der "Heranzüchtung eines soldatischen Volkes". Dass sie trotz intensiver Werbung und Schulung scheiterte, lag zum einen an den Ernährungsgewohnheiten vor allem in den süddeutschen Regionen, zum anderen an der kriegsbedingten Mangelwirtschaft. Einen neuen Aufschwung nahm die Vollkornbrotpropaganda in den 1950er Jahren, vorgetragen von denselben, scheinbar "unbelasteten" Ernährungswissenschaftlern, die vor 1945 mit ihrem Expertenwissen zum Endsieg der Herrenrasse beitragen wollten. Was alles nicht gegen den Verzehr von Vollkornbrot spricht - wohl aber für Geschichtsbewusstsein auch am Küchentisch. Die beiden anderen Aufsätze der Rubrik Forschung behandeln die Annexion Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39 (Karl Heinz Roth) und deutsche Afrikafirmen im "Osteinsatz" (Karsten Linne).

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Heft 1/01, Verlag Peter Lang, Bern, 248 Seiten, 35 DM

Europäische Linke

Um "Linke in Europa" geht es im September-Heft der Z., was so viel heißt wie: Zeitschrift marxistische Erneuerung. Andreas Wehr stellt eine nur selten öffentlich wahr genommene Gruppierung vor, die linke Fraktion im Europäischen Parlament. Unter dem wenig einprägsamen Namen "Groupe de la Gauche Unitaire Européen/Nordic Green Left" (GUE/ NGL) sind 42 Abgeordnete aus zehn Ländern und 15 Parteien versammelt. Dazu gehören: die französischen Trotzkisten der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) und von Lutte Ouvrière (LO); die italienischen Kommunisten, sowohl Rifondazione Comunista (RC) als auch die abgespaltenen Comunisti Italiani (PdCI); skandinavische Linkssozialisten und Linksgrüne; die niederländischen Sozialisten; die griechische KP und schließlich die deutsche PDS. Einigkeit besteht weder in "ideologischen" Grundfragen (Sozialismus, Klassenkampf, Reformpolitik) noch in der Bewertung der EU und ihrer weiteren Entwicklung. Die skandinavischen Parteien lehnen eine Vertiefung und fortschreitende Integration ab, um nationale soziale Standards zu erhalten; die "Europa-Optimisten", zu denen mittlerweile auch die PDS zählt, neigen eher der Position zu: EU-Integration ja, aber anders, etwa mit einer wirksamen Sozial-Charta. Ob die Fraktion trotz solcher Differenzen der "europäischen Linken" in Zukunft mehr Gehör verschaffen kann, ist fraglich. Profil zeigen eher einzelne Parteien wie die italienische Rifondazione Comunista. Deren Sekretär Fausto Bertinotti ist im selben Heft der Z.. mit einem Beitrag vertreten, in dem es um Aufgaben und Möglichkeiten nach dem Wahlsieg der Rechten geht. Kernsatz: "1996 gewannen Ulivo und Rifondazione die Wahlen, aber die Rechte hatte die Gesellschaft erobert. Jetzt hat die Rechte gewonnen, aber ihre Herrschaft über die Gesellschaft bricht auseinander." Letzteres klingt ziemlich optimistisch. Um die Opposition gegen die Rechten zu stärken, soll RC sich nach dem Willen Bertinottis noch mehr für die Bewegungen öffnen und bei der Konstituierung einer "pluralen Linken" mitwirken. Möge die Übung gelingen.

Z.. Zeitschrift marxistische Erneuerung Nr. 47, September 2001: Linke in Europa. Z.., Postfach 500936, 60397 Frankfurt/M., Fon/Fax: 069/53054406. 222 S., 18 DM

Heimkehr aus Auschwitz

"Endlich unterwegs nach Hause! Mit meinem Stock wandere ich friedlich. Manchmal wende ich den Kopf ins Blaue, nach oben." (Tào) Dieser Prolog lässt eher einen angenehmen Reisebericht erwarten als eine Erzählung über die Heimkehr aus Auschwitz-Birkenau. Liana Millu, Italienerin, geboren 1914, 1944 nach Auschwitz deportiert, beschreibt in "Die Brücke von Schwerin" ihre ersten Schritte in die wiedergewonnene Freiheit. Freiheit bedeutet Hoffnung, erzwingt aber zugleich sofort Entscheidungen: An der Brücke von Schwerin sollen die Amerikaner sein, von dort gehe es nach Hause. Mangels Organisation der Rückkehr macht sich Liana allein auf den Weg, sie lässt ihre Lagergefährtin mit einer Leiche im Keller des geplünderten polnischen Hofes, ihrem zeitweiligen Unterschlupf zurück, diese will dort lieber auf das Rote Kreuz warten. Liana ist hoffnungsvoll und erschöpft zugleich. Sie konfrontiert sich mit ehemaligen KZ-Häftlingen, Überlebenden wie sie. Solidarität und Gleichheit im Lager ist jetzt kaum mehr als ein Mythos, z. B. ist die Nationalität plötzlich ein Kriterium. Und sie trifft auf Menschen, die in unterschiedlicher Weise teilhatten an der Vernichtung und Ausbeutung der jüdischen Menschen und immer noch vorgeben, von allem nichts gewusst zu haben. Von denen gibt es keine Unterstützung, sie bedeuten eher Gefahr. Bei einer gebärenden Polin und deren Mutter findet Liana ihr Handtuch, abgegeben im eigenen Koffer in Auschwitz-Birkenau. Das Handtuch löst unterschiedlichste Gefühle aus, Ekel, Ungläubigkeit, Faszination, kein Mitleid. Liana muss das Handtuch wieder haben, Symbol für das Leben vor Auschwitz? Aber auch dieses Leben war nicht einfach, bereits geprägt von antisemitischen Strukturen, z.B. in der Schule, und von sexistischen Vorbehalten, Ausgrenzungen, auch durch die eigenen Eltern, die doch lieber einen Jungen wollten. Liana Millus Erlebnisse auf dem Weg nach Schwerin und auch ihre Erinnerungen sind krass, hart, sie beschreibt realistisch und knapp. Und dennoch: Zwischen den Zeilen zeigen sich Zuversicht, Wärme, die Stärke einer Frau. "Die Brücke von Schwerin" ist beeindruckend und sehr lesenswert (und ebenso zu empfehlen wie Liana Millus Buch "Der Rauch über Birkenau").

Liana Millu: "Die Brücke von Schwerin". Frankfurt am Main (Fischer Taschenbücher) 2001, 187 Seiten, 17,90 DM

38. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak454/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:21

Stopp Schily

Die Anschläge in den USA werden in Deutschland innenpolitisch vor allem eins bewirken: weitere Repressionen und verschärften Rassismus gegen Flüchtlinge und AsylbewerberInnen. Angesichts der derzeitigen angeheizten Stimmung wird auch Otto Schilys rassistischer Gesetzesentwurf zur Einwanderung auf immer weniger Widerstand treffen. Am 29. September rufen verschiedene Flüchtlingsgruppen und Exilorganisationen zu einer Demonstration unter dem Motto "Asylrecht ist Menschenrecht und kein Privileg" auf. MitorganisatorInnen sind u.a. die Brandenburger Flüchtlingsinitiative, The Voice und die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen.

Berlin, 29.9., 12 Uhr, Alexanderplatz

Weg mit allen Abschiebeknästen

Was soll mensch Besseres mit dem 3. Oktober anfangen, als gegen Abschiebeknäste zu demonstrieren? Während die Neue Mitte sich am Nationalfeiertag am Brandenburger Tor selbst feiert, rufen antirassistische Gruppen zur Demo am Abschiebeknast Büren auf, der mit 560 Haftplätzen einer der größten Abschiebeknäste Europas ist.

Büren, 3.10., 12 Uhr, vor dem Abschiebeknast, Infos unter www.aha-bueren.de oder Tel.: 05251/690574

Guerilla und Grenzgänger

Am 4. Oktober lädt die Werkstatt 3 in Hamburg zu einer gemeinsamen Lesung von Raul Zelik und Arturo Alape ein. Zelik liest Texte aus seinem aktuellen Buch "Grenzgängerbeatz", Alape stellt Guerilla-Geschichten vor. Carlos Ruiz alias Arturo Alape ist Schriftsteller, Sozialwissenschaftler und Journalist aus Kolumbien. Er stammt aus dem Umfeld der Gründer der größten Guerilla-Gruppe des Landes, der FARC, ohne an deren bewaffnetem Kampf selbst mitgewirkt zu haben. Bekannt wurde er durch seine Biografie über den Guerilla-Führer Manuel Marulanda. Als Terrorist in Kolumbien gesucht, flüchtete Ruiz 1987 ins kubanische Exil.

Hamburg, 4.10., 19.30 Uhr,

Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Zeitreise durch militante Geschichte

"Am Anfang stand der Versuch, etwas zu begreifen, was ich mit meinen Erinnerungen nicht zusammenbringen konnte. Zu guter Letzt ist daraus eine Zeitreise durch die militanten Kämpfe der letzten 30 Jahre geworden". So heißt es auf dem Klappentext des gerade erschienen Buchs "Die Hunde bellen . . . von A bis RZ" der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe. Ob Häuserkampf, die Unterstützung der Befreiungsbewegungen im Trikont, Startbahn West, die Revolutionären Zellen und das Scheitern der 68er Revolte, die im rot-grünen Staatsakt mündet, die L.U.P.U.S.-Gruppe analysiert die wichtigsten (Wende-)Punkte und Brüche militanter linker Politik.

Bonn, 4.10., 20 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76. , Frankfurt, 12.10., 20 Uhr, Cafè ExZeß, Leipzigerstr. 91, Wiesbaden, 4.11., Cafe Klatsch

Ohne Spucke

"Mein Gen gehört mir" gilt schon lange nicht mehr. Unter dem Vorwand, Sexualstraftäter zu finden, wurde das Sammeln von Erbgut längst gesellschaftsfähig. Die Sammelwut der Ermittlungsbehörden kennt keine Grenzen, so sind vor allem Menschen aus dem Antifa- und RAF-Umfeld Opfer einer erzwungenen Speichelprobe. Die Rote Hilfe Hamburg informiert in einer Veranstaltung "Da bleibt einem glatt die Spucke weg" über die DNA-Analysen als Repressionsinstrument.

Hamburg, 10.10., 20 Uhr, Brigittenstr. 5

CSU proudly presents Berlusconi

Am 12./13.10. findet der diesjährige CSU-Parteitag bezeichnenderweise in Nürnberg statt. Als prominenter Gastredner wird der italienische Ministerpräsident Berlusconi erwartet. Gegen den Parteitag und Berlusconi-Besuch haben sich zwei Bündnisse gebildet, die Stoiber und Berlusconi einen heißen Empfang bereiten wollen. So ist für Freitag eine Blockadeaktion vor der Frankenhalle, in der der Parteitag stattfinden soll, geplant, am Samstag mobilisieren die Gruppen für eine Großdemo in Nürnberg.

Nürnberg, 12.10., 17 Uhr, Frankenhalle, 13.10., 10 Uhr Kundgebung, Weisser Turm in der Nürnberger Innenstadt. Weitere Informationen unter www.go.to/csu-berlusconi oder

Tel.: 0172/5856439 (täglich 18-20 Uhr)

Gewerkschaftslinke

Das 4. Treffen der Betriebs- und Gewerkschaftslinken unter der Fragestellung "Welche Gewerkschaften haben Zukunft?" findet dieses Jahr in Stuttgart statt. Als Referenten sind u.a. Bernd Riexinger, Rainer Roth und Ewald Wegner geladen.

Stuttgart, 12./13.10., Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20. Weitere Infos und Anmeldung unter www.labournet.de

Sternenklare Zukunft

Der 24. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) wird sich mit den drei Themenbereichen: Europäisierung der Rüstungs- und Kriegspolitik, Abschottung und Erweiterung der EU und Europäische Wirtschafts- und Entwicklungspolitik befassen. In den Diskussionen geht es darum, Perspektiven jenseits von Nationalstaat und Europäischer Union zu entwickeln. Der Kongress wird dieses Jahr vom BUKO und von dem SprecherInnenrat der Universität München organisiert.

München, 12.-14. 10., Universität München, Leopoldstr. 15, Infos und Anmeldung bei der BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, www.buko24.de

Watch indonesia

Das Evangelische Missionswerk in Südwestdeutschland (EMS) veranstaltet eine Tagung zum Thema "Vielfalt und Einheit. Chancen der Zivilgesellschaft in Indonesien". Der Sozialwissenschaftler Robert B. Baowollo referiert über die Chancen und sozialen Perspektiven nach dem Machtwechsel, es gibt AGs zu den Themen "Zivilgesellschaft - Ideal und Realität" und zur Rolle der Kirche in Indonesien.

Stuttgart, 26.-28.10., Tagungsstätte EMS, Vogelsangstr. 66a, Tel.: 0711-63319819, Kosten: 110 DM (80 DM Erwerbslose), Infos unter

www.ems-online.org

Zuwanderungsgesetz

Der Gesetzesentwurf zur Zuwanderung sieht vor, die Bedingungen für Flüchtlinge weiter zu verschärfen: So soll u.a. das Abschiebeverfahren beschleunigt und die Duldung abgeschafft werden. Welche Auswirkungen hat das Zuwanderungsgesetz für Flüchtlinge und Illegalisierte? Entsteht eine neue MigrantInnen-Klasse? Sind gleiche Rechte Utopie? Georg Classen vom Flüchtlingsrat Berlin (angefragt) und ein/e VertreterIn einer Flüchtlingsorganisation werden in der Veranstaltung "Durchs Netz gefallen - Flüchtlinge und Illegalisierte" diesen Fragen nachgehen.

Hamburg, 25.10., 19.30 Uhr, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, 20359 Hamburg

39. LESERBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak454/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:26

Freud und Leid

Betr.: Schlesien jenseits nationaler Mythen, ak 453

Liebe ak-Redaktion,

ich habe das Buch von Bartosz und Hofbauer zwar noch nicht gelesen, erlaube mir aber ein paar Bemerkungen zur Rezension von Gerd Bedszent.

Zunächst einmal finde ich es sehr erfreulich, dass sich hier einem linken Tabu-Thema angenähert wird. Einige Feststellungen Bedszents (auch Bartoszs und Hofbauers ???) hinsichtlich der Geschichte Schlesiens unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg sind jedoch falsch. Hierbei darf Schlesien nicht getrennt von den restlichen ehemaligen "Ostgebieten" des Deutschen Reiches betrachtet werden, andererseits müsste eine Differenzierung zwischen Ober- und Niederschlesien erfolgen.

Auf der Potsdamer Konferenz wurde die Zwangsumsiedlung der Bevölkerung aus diesen Gebieten (ebenso der "Deutschen" aus dem restlichen Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn) beschlossen. In Niederschlesien, das als "rein deutsch" galt (ebenso in Pommern und Ex-Ost-Brandenburg) gab es für die verbliebene Bevölkerung keine Möglichkeit, sich als "Polen" verifizieren zu lassen, sondern sie wurde unterschiedslos - ob Nazi, Kommunist/Widerstandskämpfer oder wer auch immer - vertrieben; einzelne Ausnahmen gab es, wo Facharbeitskräfte benötigt wurden. Lediglich in Oberschlesien (und teilweise in Masuren) gab es diese Möglichkeit der "Verifizierung", da die dortige Bevölkerung vom polnischen Staat als (teilweise) "polnisch" betrachtet wurde. Und hier hat es den im Artikel beschriebenen mehrfachen "Nationalitätswechsel" poln.-dt.-poln.-dt. auch tatsächlich gegeben.

Wie auch immer die unterschiedslose Vertreibung zu betrachten ist (ich persönlich kann sie nicht als "gerecht" ansehen, wie es manche tun - es traf wieder mal im Wesentlichen die Falschen), auf jeden Fall darf sie nicht verschwiegen und so das Thema den Rechten überlassen werden. Weiterhin falsch ist die Behauptung, die "deutsche Garnison in Breslau" habe sich bis nach dem 8. Mai verteidigt. Vielmehr fiel die so genannte "Festung Breslau" am 6. Mai 1945, zwei Tage vor der bedingungslosen Kapitulation der faschistischen Wehrmacht. Ob sich eventuell einzelne Wehrmachts- oder SS-Einheiten weiter verteidigt haben, bleibt von dieser Feststellung unberührt.

Gruß, Philip

40. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak454/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:39

Besondere Situationen erfordern besonderes Reagieren. Deshalb haben wir unsere ursprüngliche Planung umgeworfen und zehn Seiten zur Situation nach den Anschlägen in den USA zusammengestellt. Genauso wie wahrscheinlich unsere LeserInnen haben wir die letzten anderthalb Wochen, wenn es die Zeit zuließ, mit intensiven Diskussionen um die Einschätzung der politischen Weltlage nach den Anschlägen in den USA verbracht.

Bei der vorliegenden Ausgabe haben wir uns bemüht, das momentan unvermeidliche Stochern im Nebel so gründlich wie möglich zu betreiben und der um sich greifenden Hysterie mit Analyse und Kritik zu begegnen. Das wäre kaum möglich gewesen, wenn nicht auch unsere AutorInnen bereit gewesen wären, schnell und unter erheblichem Zeitdruck Artikel zur aktuellen Lage für ak zu liefern. Während die Zeitung nun schon fast fertig layoutet ist, sitzen einige RedakteurInnen noch an den letzten Artikeln und tippen, was das Zeug hält.

Unsere Redaktionserklärung ist ein Ergebnis der intensiven politischen Debatten, die wir in den letzten Tagen in den Redaktionsräumen und in diversen Kneipen geführt haben. Sie wurde uns soeben auf der Hamburger Anti-Kriegsdemo regelrecht aus den Händen gerissen - das freut uns sehr. Ihr findet sie gleich nebendran.

Ein Wort zur Bebilderung der aktuellen Seiten: Wir haben uns bewusst dagegen entschieden, dort noch einmal die Fotos der Katastrophe zu reproduzieren, mit denen gezielt für den Krieg Stimmung gemacht wird.

Ja und dann soll auch diesmal nicht unerwähnt bleiben, dass wir hier in einem feuchten, dunklen Redaktionskeller unsere Arbeit (trotzdem gerne) tun. Und längst kann keine Rede mehr davon sein, dass während der ak-Produktion immer die Sonne scheint. Stattdessen: Hamburger Dauerregen. Und jetzt auch noch Schill. Schluss mit dem Gejammer ...

.... viel Spaß beim Lesen zu wünschen ist unserem aktuellen Schwerpunktthema zwar nicht angemessen, aber ihr wisst schon, wie wir das meinen!

Eure ak-Redaktion

41. Soziale Bewegungen in Zeiten von Globalisierung und Krieg

CD-Datei: daten/aksuche/ak454/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:40

Seminar des Vereins für politische Bildung, Analyse und Kritik in Zusammenarbeit mit der ak-Redaktion

27./28.Oktober in Hamburg

Samstag 14.00-19.00 / Sonntag 10.00-14.00

Die Anschläge vom 11. September gegen das World Trade Center und das Pentagon werden von den USA und ihren Bündnispartnern zum Anlass genommen, die Koordinaten bisheriger Politik zu verschieben. Der Rachefeldzug gegen einen noch zu findenden Feind ist angekündigt, und stündlich ist mit militärischen Aktionen zu rechnen. Die NATO-Bündnispartner - allen voran Deutschland - haben der USA ihre uneingeschränkte Solidarität zugesagt inklusive militärischer Unterstützung. Kriege sollen fortan zur "Verteidigung der westlichen Zivilisation" gegen die "Barbaren" geführt werden - "Barbaren", die auch im Inneren des jeweiligen Landes vermutet werden und bekämpft werden sollen.

Wir wollen auf dem Seminar über die neuen militärstrategischen Planungen informieren und über Handlungsmöglichkeiten einer antimilitaristischen Bewegung diskutieren. In der jüngsten Vergangenheit hat sich eine internationale Bewegung gegen die Auswirkungen neoliberaler Politik entwickelt. Die Massendemonstrationen von Seattle bis Genua wurden mit einem bisher ungekannten Arsenal staatlicher Repression bekämpft. In Genua wurde mit der Ermordung eines Demonstranten und mit massiver staatlicher Repression deutlich gemacht, dass die Regierenden alles tun, um die Massenproteste einzugrenzen. Zunächst schien es so, dass sich die heterogene Bewegung davon nicht beeindrucken ließ. Angesichts der jüngsten Entwicklung wird sich aber beweisen müssen, ob die Bewegung in der Lage sein wird, weiter deutlich sichtbare Proteste zu organisieren. Wir wollen auf dem Seminar diskutieren, welche Chancen der Intervention bestehen und ob und wie sich Verbindungen zwischen den einzelnen Teil-Bewegungen herstellen lassen.

Referent: Ulrich Cremer (Buch- und ak-Autor)

Referent: Ein Mitglied des Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des BUKO

Anmeldungen bitte an: Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, 040-401 701 74 (Fon), 040-401 701 75 (Fax)

ak-Redaktion@cl-hh.comlink.de

42. 1968 - Revolte und Wahn

CD-Datei: daten/aksuche/ak454/titel68.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:454:titel68

"1968, das ist das lustvolle Zähnefletschen des Gespenstes der Freiheit, der nachhaltige Schrecken für jede Art von Autoritäten und Bürokraten" - so umschreibt der linke Verleger Lutz Schulenburg die Langzeitwirkung der "fröhlichen Provokation", des "großen weltumspannenden Aufbruchs". Bei allem in diesen Formulierungen enthaltenen Pathos, das dem heutigen Zeitgeist so fremd ist - Schulenburgs Satz bietet eine Erklärung für die Verbissenheit, mit der nicht nur Konservative die Legitimität des antiautoritären Aufbruchs bestreiten. Die AktivistInnen von damals erreichen mit ihren autobiografischen Erzählungen und zeitgeschichtlichen Interpretationen nur dann ein Massenpublikum, wenn sie sich möglichst weitgehend von ihren "Jugendtorheiten" distanzieren.

An die Spitze der Bewegungsveteranen, die in Sachen "68" um Deutungshoheit wetteifern, spurtete - mit freundlicher Unterstützung des Verlages Kiepenheuer & Witsch und des Spiegel - der ehemalige KBW-Funktionär Gerd Koenen, der mit einer besonders bizarren These aufwartet: Die 68er Konfrontation mit alten Nazis und die Warnung vor einem neuen Faschismus seien Ausdruck einer "narzisstischen Kränkung" und zeigten - so die Spiegel-Redaktion im Vorspann zu Koenens Pamphlet - "eine fast wahnhafte Verkennung der Wirklichkeit".

Entgegen solchen interessegeleiteten Versuchen, die RebellInnen für verrückt zu erklären, zeigen wir, dass der 68er Antifaschismus berechtigt und keineswegs Ausdruck psychischer Defekte war. In einem weiteren Artikel geht es um die angebliche Erfolgsstory von 1968. Denn viele RednerInnen beim "Staatsbegräbnis für 68" wissen auch Romantisierendes zu berichten über die früh verstorbene Revolte. Das funktioniert nur, weil "in ihren Fälschungswerkstätten alles ausgemerzt ist, was sich als Alternative zu Kapitalismus und Imperialismus formulierte", schreibt Wolf Wetzel. Die Kontroverse um den Höhepunkt linker Rebellion in der BRD ist ein Streitthema auch für die Jüngeren. Nicht Traditionalismus, Geschichtsbewusstsein ist gefragt - und Wissen über die historischen Fakten.

Seiten 30-33